

A n h a n g

**zum
Entwicklungsprogramm für den ländlichen
Raum
des Landes Sachsen-Anhalt
im Zeitraum 2007 bis 2013**

rev 5

Inhaltsverzeichnis

Anhang 1

Übersichtskarte der ILE-Gebiete in Sachsen-Anhalt

Anhang 2

Ablauf- und Zeitplan

Anhang 3

Anlage 1: Ex-ante-Bewertung
Anlage 2: Strategische Umweltprüfung

Anhang 4

Anlage 1: Gebietskulisse benachteiligte Gebiete Sachsen-Anhalt
Anlage 2: Gebietskulisse Natura 2000-Gebiete Sachsen-Anhalt
Anlage 3: Gebietskulisse für Freiwillige Gewässerschutzleistungen

Anhang 5

Anlage 1: Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für die „markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung“
Anlage 2: Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für „Freiwillige Naturschutzleistungen“
Anlage 3: Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für „Freiwillige Gewässerschutzleistungen“
Anlage 4: Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für die „Natura 2000 - Ausgleichszahlung“

Anhang 6

Anlage 1: Plan zum Schutz des Waldes
Anlage 2: Darstellung der Gebiete mit hohem Waldbrandrisiko in Sachsen-Anhalt

Anhang 7

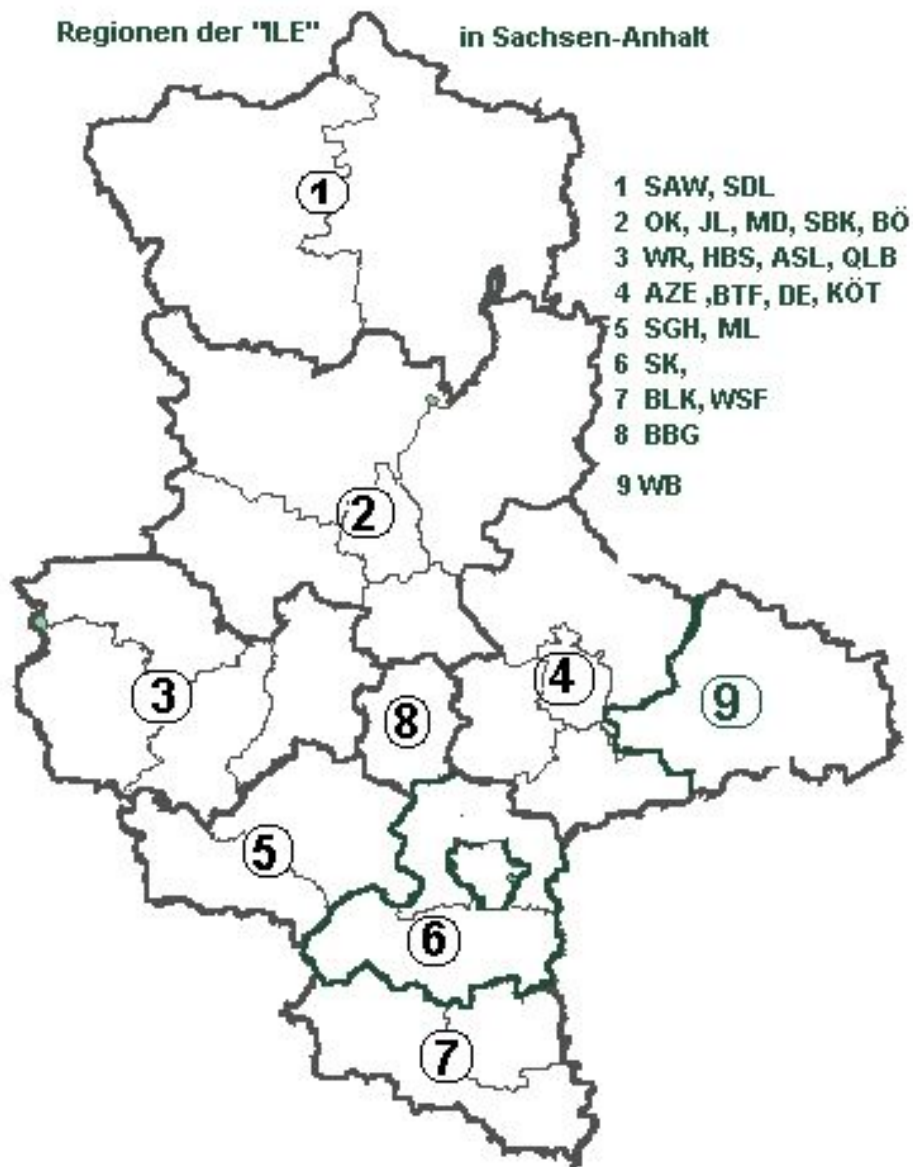
Hektarpauschalen für Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung und Erstaufforstung in Eigenregie

Anhang 8

Kommunikationsplan des Landes Sachsen-Anhalt zur Durchführung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum im Zeitraum 2007 bis 2013

Anhang 1

Übersichtskarte der ILE-Gebiete in Sachsen-Anhalt



Legende:

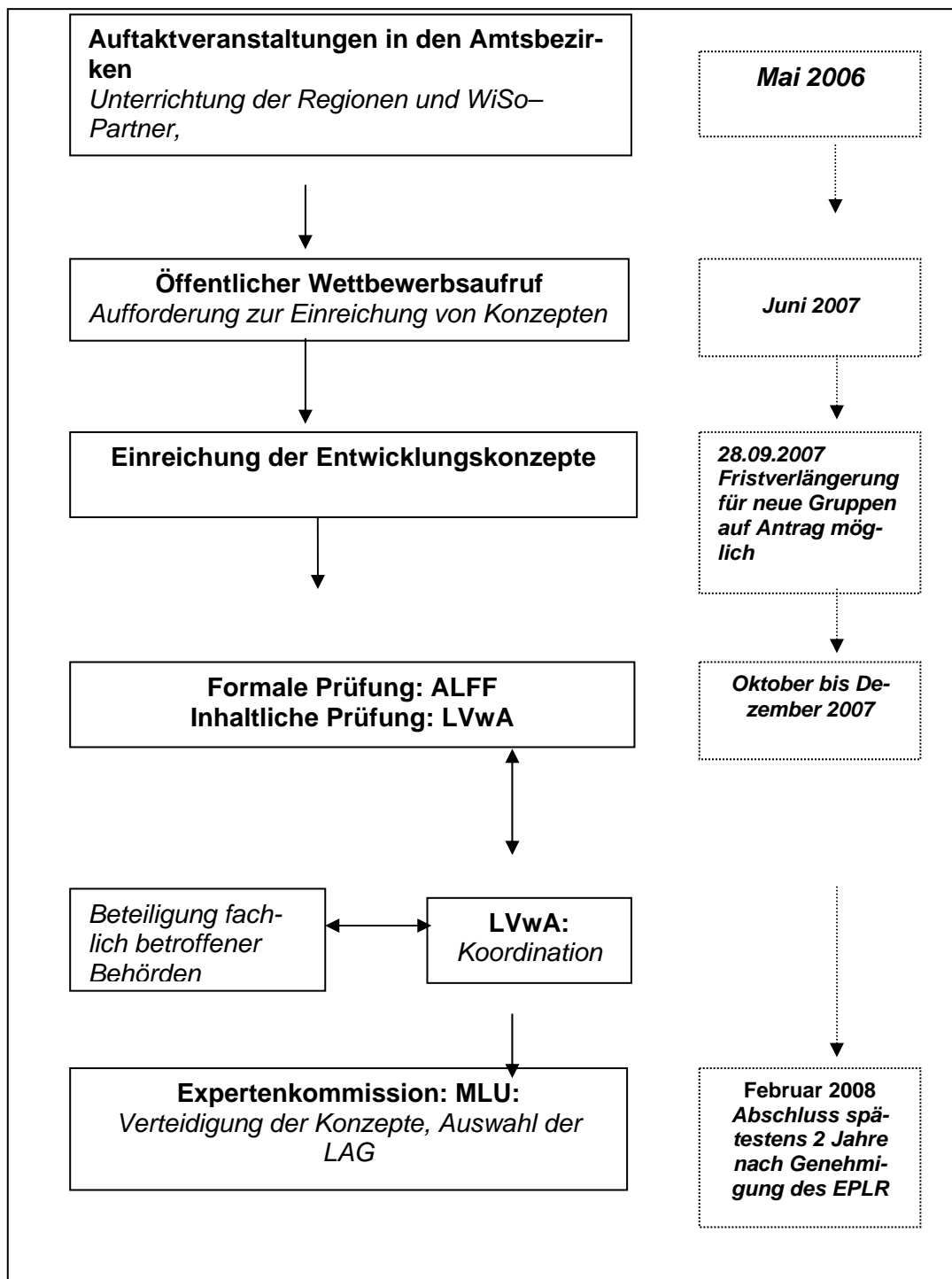
SAW Salzwedel
SDL Stendal
OK Ohrekreis
JL Jerichower Land
MD Magdeburg
SBK Schönebeck
Bö Bördekreis
WR Wernigerode
HBS Halberstadt
ASL Aschersleben
QLB Quedlinburg

AZE Anhalt-Zerbst
BTF Bitterfeld
DE Dessau
Köt Köthen
SGH Sangerhausen
ML Mansfelder Land
SK Saalkreis
BLK Burgenlandkreis
WSF Weißenfels
BBG Bernburg
WB Wittenberg

Anhang 2

Die folgende Abbildung enthält den vorläufigen zeitlichen Ablaufplan für die Planung, Information der Akteure, die Einreichung der Konzepte sowie die Entscheidung über die Zulassung der LAG'en.

Ablauf- und Zeitplan



Anhang 3

Anlage 1: Ex-ante-Bewertung

Anlage 2: Strategische Umweltprüfung



**Ex-Ante-Evaluierung des
Einsatzes der EU-Fonds im
Bundesland Sachsen-Anhalt
in der Förderperiode 2007 – 2013**

*Europäische Strukturfonds
Sachsen-Anhalt 2000 – 2006*



**Ex-Ante-Evaluierung
des Einsatzes der EU-Fonds im
Bundesland Sachsen-Anhalt
in der Förderperiode 2007-2013**

Gutachten im Auftrag
der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Endbericht zum 20.09.2006

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke, Dr. Astrid Häger
Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Helmut Karl
Ruhr-Universität Bochum

Dr. Steffen Noleppa
agripol – network for policy advice GbR

Vorwort

Mit diesem Gutachten wird die Programmplanung für die EU-Fonds im Bundesland Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2007-2013 einer umfassenden Bewertung unterzogen, wie sie von der Europäischen Kommission im Rahmen einer Ex-Ante-Evaluierung verlangt wird. Die Staatskanzlei Sachsen-Anhalt als Auftraggeber hat die Konsortialpartnerschaft Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke, Humboldt-Universität zu Berlin, und Dr. Steffen Noleppa, agripol – network for policy advice GbR, mit der Evaluierung und Erstellung des Gutachtens beauftragt.

Die Auftragnehmer bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen und die kooperative Zusammenarbeit seitens der Staatskanzlei und weiterer Ministerien und Behörden des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Ein besonderer Dank gilt Dr. Frank Scharr für inhaltsreiche und kritische Diskussionen, die die Arbeit an dem Gutachten wesentlich unterstützt und uns darüber hinaus weit reichende Einblicke in die komplexe und nicht immer einfache Planung der EU-Fonds ermöglicht haben. Substanzielle Informationen haben wir darüber hinaus von Dr. Ulf Rosner und Ulf Zietlow erhalten; beide standen jederzeit für klärende Gespräche und Rückfragen zur Verfügung.

Autoren des Gutachtens sind neben den Auftragnehmern Prof. Dr. Helmut Karl, Ruhr-Universität Bochum, und Dr. Astrid Häger, Humboldt-Universität zu Berlin. Prof. Karl hat wesentlich zur Evaluierung der Operativen Programme für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und für den Europäischen Sozialfonds beigetragen, und Dr. Häger hat uns maßgeblich bei der Evaluierung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum unterstützt.

Schließlich gilt unser Dank Franziska Kirschke für die Projektassistenz und Kerstin Oertel für die technische Unterstützung.

Berlin, 20. September 2006

Dieter Kirschke und Steffen Noleppa

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	i
Inhaltsverzeichnis.....	ii
Abbildungsverzeichnis	iii
Abkürzungen.....	iv
1. Einführung.....	1
1.1 Problemstellung und Zielsetzung	1
1.2 Informationsbasis, Vorgehensweise und methodische Grundlagen	2
2. Darstellung der allgemeinen Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.....	5
3. Ex-Ante-Evaluierung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum.....	13
3.1 Bewertung der sozio-ökonomischen Analyse und der Relevanz der Strategie für den ermittelten Bedarf (Modul 1)	13
3.2 Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie (Modul 2)	18
3.3 Beurteilung der Kohärenz der Strategie mit regionalen und nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft (Modul 3).....	25
3.4 Bewertung der quantifizierten Zielvorgaben und Bewertung der erwarteten Auswirkungen (Modul 4).....	31
3.5 Bewertung des vorgeschlagenen Durchführungssystems (Modul 5).....	33
3.6 Zusammenfassung (Modul 6)	35
4. Ex-Ante-Evaluierung der allgemeinen Förderstrategie.....	41
4.1 Bewertung der sozio-ökonomischen Analyse und der Relevanz der Strategie für den ermittelten Bedarf (Modul 1)	41
4.2 Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie (Modul 2)	42
4.3 Beurteilung der Kohärenz der Strategie mit regionalen und nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft (Modul 3).....	43
4.4 Bewertung der quantifizierten Zielvorgaben und Bewertung der erwarteten Auswirkungen (Modul 4).....	44
4.5 Bewertung des vorgeschlagenen Durchführungssystems (Modul 5).....	45
4.6 Zusammenfassung (Modul 6)	46
Literatur	48

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Verteilung der Budgetmittel der EU auf den EFRE, den ESF und den ELER und deren Prioritätsachsen bzw. Schwerpunkte.....	12
Abbildung 2:	Zielstrukturen zum ELER in der EU und Sachsen-Anhalt.....	27
Abbildung 3:	Zielstrukturen zum ELER in Deutschland und Sachsen-Anhalt	30

Abkürzungen

AFP	Agrarinvestitionsförderungsprogramm
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EFF	Europäischer Fischereifonds
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EPLR	Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESRI	Economic and Social Research Institute
EU	Europäische Union
EUR	Euro
FuE	Forschung und Entwicklung
GAK	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
GEFRA	Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
ISW	Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung gGmbH
KMU	Kleine und mittelständische Unternehmen
MLU	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
NR	Nationales Reformprogramm
NSR	Nationaler Strategischer Rahmenplan
OP	Operationelles Programm
SUP	Strategische Umweltprüfung
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie

1. Einführung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung

Die Europäische Kommission misst der Bewertung der Programmplanung zu den Strukturfonds eine besondere Bedeutung zu, die konkret auf der Grundlage der entsprechenden Verordnungen dieser Fonds erfolgt. Diese Verordnungen sehen vor Beginn der Förderperiode eine Ex-Ante-Evaluierung im Rahmen der Programmplanung in den europäischen Mitgliedstaaten und Regionen vor. Die Ex-Ante-Evaluierung ist demnach zwingender Bestandteil der Programmplanung für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Das Bundesland Sachsen-Anhalt stellt sich dieser Aufgabe und hat ein Gutachten zur Ex-Ante-Evaluierung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum (EPLR) für den ELER in Auftrag gegeben. Darüber hinaus soll eine Bewertung der allgemeinen Förderstrategie des Landes erfolgen. Dieses Gutachten wird hiermit vorgelegt.

Nach der Leistungsbeschreibung sollen mit dem Gutachten vor allem die folgenden Ziele erreicht werden:

- Es ist zu bewerten, ob die Planungen den Entwicklungsnotwendigkeiten gerecht werden und eine adäquate Antwort auf die Stärken und Schwächen sowie auf die Entwicklungsmöglichkeiten und die Ressourcenausstattung des Landes geben.
- Es ist zudem zu beurteilen, ob die Ziele, Prioritäten und Strategien relevant, kohärent und realistisch sind sowie mit dem Kohäsions- und anderen Zielen der Gemeinschaft (Umwelt, Chancengleichheit, etc.) übereinstimmen.
- Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Planungen auf den verschiedenen Ebenen auf einer quantitativen Grundlage erfolgen und geeignete Indikatoren formuliert werden, die eine künftige Überprüfung der Programmumsetzung gewährleisten.
- Schließlich sind die organisatorisch-institutionellen Mechanismen der Implementierung und Programmbegleitung einer Überprüfung zu unterziehen.

In Bezug auf diese Ziele das EPLR für den ELER sowie die allgemeine Förderstrategie einer eingehenden Evaluierung unterzogen werden. Im Kern geht es bei dieser Bewertung des Programms um folgende Kriterien: Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz, Nutzen, Nachhaltigkeit sowie gemeinschaftlicher Mehrwert.

Das Gutachten ist wie folgt strukturiert: An die einleitenden Bemerkungen (Kapitel 1) schließt sich eine Darstellung und Diskussion der allgemeinen Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt an (Kapitel 2). Die spezifische Ex-Ante-Evaluierung des EPLR für den ELER erfolgt im Kapitel 3. An die programmspezifische Ex-Ante-Evaluierung schließt sich eine zusammenfassende Bewertung der allgemeinen Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt an, und es werden einige weiterführende Überlegungen zur Programmplanung diskutiert (Kapitel 4).

Zudem ist auf den Umweltbericht zum Gutachten zu verweisen, wie er von den Gutachtern in Abstimmung mit dem Auftraggeber im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung (SUP) erstellt worden ist. Alle Bewertungsfragen zum Thema Umwelt finden sich nicht in der programmspezifischen Ex-Ante-Evaluierung, sondern zusammengefasst in diesem separaten Bericht.

1.2 Informationsbasis, Vorgehensweise und methodische Grundlagen

Gemäß Leistungsbeschreibung zur Erstellung des Gutachtens soll die Analyse vor allem auf schriftlichen Ergebnissen des Programmierungsprozesses einschließlich der bereits durchgeführten Gutachten aufbauen. Vor diesem Hintergrund ist auf eine Vielzahl von Dokumenten zu verweisen, zu denen die Gutachter Zugang hatten. Dies betrifft Dokumente übergeordneter Ebenen, namentlich der Europäischen Union (EU) und der Bundesregierung, die den Rahmen für die Programmplanung im Bundesland Sachsen-Anhalt setzen, aber vor allem auch Dokumente der Landesregierung Sachsen-Anhalt bzw. ihr zugeordneter Behörden. Wesentlich für die Bewertung waren insbesondere die in den folgenden Dokumenten enthaltenen Informationen: GEFRA und ESRI (2006), LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006), MLU (2006), STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2005, 2006a-e).

Darüber hinaus wurde die Informationsbasis durch gezielte Gespräche und Diskussionen mit Entscheidungsträgern des Bundeslandes Sachsen-Anhalt erweitert, was eine substantielle Bewertung aller drei Programme und der allgemeinen Förderstrategie zulässt.

Die Ex-Ante-Evaluierung orientiert sich eng an der Leistungsbeschreibung und insbesondere an der von der Europäischen Kommission (DIRECTORATE GENERAL FOR AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT 2005) vorgeschlagenen Vorgehensweise. Demnach wird für die Evaluierung des Programms zum ELER und der allgemeinen Förderstrategie die Bearbeitung von insgesamt sechs Modulen gefordert. Diese werden im Folgenden kurz skizziert.

Modul 1: Bewertung der sozio-ökonomischen Analyse und der Relevanz der Strategie für den ermittelten Bedarf

Zunächst gilt es, die sozio-ökonomische Analyse und die sich daraus ergebende Stärken-Schwächen-Analyse zu bewerten, wobei gegebenenfalls Ergänzungen vorgenommen bzw. entsprechende Hinweise auf notwendige Ergänzungen platziert werden sollen. Beurteilt werden soll zudem die Relevanz des Programms für den ermittelten Bedarf. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wurden für das Modul die folgenden Leitfragen formuliert: (a) Sind die Probleme, Risiken und Bedarfsanforderungen aus Sicht ökonomischer, sozialer und umweltbezogener Kriterien ausreichend klar beschrieben? (b) Werden die treibenden Kräfte, die Stärken und die sich bietenden Möglichkeiten eines Programms beachtet? (c) Werden offensichtliche Disparitäten und deren Gründe hinreichend identifiziert? (d) Und sind die Zielgruppen und deren spezifische Bedarfsanforderungen identifiziert?

Modul 2: Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie

Das Modul 2 bildet den eigentlichen Kern der Ex-Ante-Evaluierung. Die Bewertung der Relevanz der Strategie soll eine Analyse der Beziehungen zwischen den verschiedenen Programmschwerpunkten beinhalten und etwaige Zielkonflikte herausarbeiten. Auch die Frage, welche politischen Risiken mit der Wahl der Schwerpunkte verbunden sind, soll aufgegriffen werden. Dazu ist neben der Programmanalyse auch eine Bewertung der theoretischen Grundlagen der Strategie erforderlich und ebenso sind Argumente für Interventionen der öffentlichen Hand zu diskutieren. Folgende Fragen sollen beantwortet werden: (a) Welches sind die übergeordneten Ziele und wie werden die dazu erwarteten Wirkungen beschrieben? (b) Welches sind die spezifischen, d.h. operationalisierbaren Ziele und wie werden deren erwartete Resultate beschrieben? (c) Basieren die formulierten Ziele auf dem ermittelten Bedarf? (d) Welche Zielkonflikte treten dabei auf? (e) Welches sind die vorgeschlagenen Maßnahmen, um die begründeten Ziele zu erreichen, sind Maßnahmen und Ziele in einem balancierten Verhältnis zueinander? (f) Sind die finanziellen Mittel sinnvoll verteilt und ausreichend für die Erreichung der Ziele? (g) Und wurden die richtigen Schlussfolgerungen aus den Erkenntnissen der abgelaufenen Förderperiode gezogen?

Modul 3: Bewertung der Kohärenz der Strategie mit regionalen und nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft

Es sollen Synergien zwischen regionalen bzw. nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft im Hinblick auf die Umsetzung der Lissabon- und Göteborg-Strategie geprüft werden. Ebenfalls in diese Bewertung einzubeziehen sind die Nationalen Strategiepläne. Bei dem Programm ist zu bewerten, ob dem Aspekt der Gleichstellung und den Belangen der Nichtdiskriminierung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Folgende Fragen liegen der Bewertung zugrunde: (a) Wird Bezug genommen zu den Zielen der Gemeinschaft? (b) Werden die Vorgaben in Bezug auf Subsidiarität, Kohärenz, Konformität, Komplementarität und Synergien beachtet? (c) Gibt es einen gemeinschaftlichen Mehrwert der Landesplanung? (d) Ist Kohärenz gegenüber dem entsprechenden Nationalen Rahmenplan gegeben? (e) Und sind der Genderaspekt und andere Querschnittsziele hinreichend berücksichtigt?

Modul 4: Bewertung der quantifizierten Zielvorgaben und Bewertung der erwarteten Auswirkungen

Hierbei geht es vor allem darum, auf der Grundlage von Erfahrungen und geeigneten Vergleichsgrößen, so genannter Benchmarks, die Angemessenheit von Gliederung und Hierarchie der Ziele und entsprechender Indikatoren zu beurteilen. Dabei sollen auch mögliche Wirkungen im Zeitablauf identifiziert werden. Folgende Fragen werden gestellt: (a) Welche Indikatoren werden auf der

Ziel- und der Maßnahmenebene für die Messung des Politikerfolgs vorgeschlagen? Ist die Messung des Erfolgs realistisch? Gibt es gegebenenfalls Indikatoren, die geeigneter sind als die vorgeschlagenen? (b) Gibt es potenzielle Konflikte zwischen einzelnen oder mehreren erwarteten Wirkungen, wenn ja, wie können diese begrenzt oder gar vermieden werden? (c) Und welche speziellen Zielgruppen werden positiv oder negativ tangiert?

Modul 5: Bewertung des vorgeschlagenen Durchführungssystems

Die vorgeschlagenen Durchführungsbestimmungen für die Einführung, Begleitung und finanzielle Abwicklung des Programms sollen innerhalb dieses Moduls bewertet werden. Zugleich soll eine Risikobeurteilung vorgenommen werden und ggf. sollen vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung von Risiken empfohlen werden. In diesem Modul geht es ausschließlich um die Bewertung eher verwaltungstechnischer Abläufe. Folgende Fragen werden gestellt: (a) Wie ist das begleitende Monitoring-, Evaluierungs- und Entscheidungssystem zu beurteilen? (b) Wie gestaltet sich das System der Sammlung, Aufbewahrung und Verarbeitung von Daten und Informationen des Monitoring?

Modul 6: Zusammenfassung

In der Zusammenfassung sollen die Bewertungen verdichtet werden. Erwartet werden eindeutige und klar verständliche programmspezifische Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

Die formulierten Leitfragen zu den beschriebenen sechs Modulen sollen helfen, die Analyse zu strukturieren. Antworten erfolgen im Kontext des Programm bzw. der allgemeinen Förderstrategie. In der Tat lassen sich einige der aufgeworfenen Leitfragen nur im Rahmen der allgemeinen Förderstrategie, andere wiederum besser im Zusammenhang mit dem Programm beantworten.

Betont werden soll an dieser Stelle, dass die gesamte Ex-Ante-Evaluierung im Rahmen eines interaktiven Prozesses mit der Staatskanzlei und weiteren Behörden des Landes Sachsen-Anhalt erarbeitet wurde. Die Ex-Ante-Evaluierung erfolgte während der noch laufenden Programmplanungsperiode, so dass die Bewertung auf teilweise noch nicht abgeschlossenen Diskussionen und Dokumenten beruht und im Programmplanungsprozess des Landes selbst fortentwickelt wurde. Sachstand der Argumentation ist der 17. August 2006.

2. Darstellung der allgemeinen Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt

Die Programmierung der EU-Fonds durch das Bundesland Sachsen-Anhalt ist noch nicht vollständig abgeschlossen, und so wird die allgemeine Förderstrategie des Landes in einigen Bereichen noch fortentwickelt. Dennoch sind die wesentlichen Grundzüge der allgemeinen Förderstrategie deutlich, und diese werden in verschiedenen Dokumenten umrissen (u.a. LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT 2006, MLU 2006, STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT 2006a, b). Die genannten Dokumente beschreiben in zusammenfassender Form die verfolgten Ziele und strategischen Leitlinien und geben Einblick in die vorgesehenen Förderprioritäten und Maßnahmen. Hervorzuheben ist an diesen Dokumenten, dass sie in knapper Form die wesentlichen Eckpunkte der Landesplanung darstellen und damit eine übergreifende Diskussion der Nutzung von EU-Fonds im Bundesland Sachsen-Anhalt erleichtern.

Die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und die Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Arbeitsmarktlage werden als so genannte Oberziele für den Einsatz der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013 definiert. Diese Ziele stehen im Mittelpunkt einer insgesamt auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Entwicklungsstrategie. Mit der Priorität für Wachstum und Beschäftigung unterstreicht die Landesregierung die mit der Lissabon-Strategie verfolgten Ziele. Sie hebt andererseits hervor, dass auch die Ziele der Göteborg-Strategie nicht vernachlässigt werden sollen.

Begründet wird die Prioritätensetzung mit dem erheblichen ökonomischen Entwicklungsrückstand des Landes, der im Rahmen der sozio-ökonomischen Analyse festgestellt wird (vgl. GEFRA und ESRI 2006). Hier bestehe deshalb ein ausgesprochen drängender und umfassender Handlungsbedarf. Demgegenüber sei ein vergleichbarer Entwicklungsrückstand im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes nicht vorhanden, wenngleich auch in diesem Bereich noch weiterer Handlungsbedarf zur Erreichung der europäischen, nationalen und landespolitischen Ziele gesehen wird.

Vor diesem Hintergrund sieht es die Landesregierung Sachsen-Anhalt bei der Programmierung der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013 als primäre Aufgabe an, den Fördermitteleinsatz auf Maßnahmen zu konzentrieren, die hohe und nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungseffekte versprechen. In einem ersten Schritt zur Umsetzung dieser Aufgabe wurden drei fondsübergreifende Strategieschwerpunkte definiert: „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Bildung“ und „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen“. Aus diesen Überlegungen zieht die Landesregierung verschiedene Konsequenzen:

- Im Strategieschwerpunkt „Forschung, Entwicklung und Innovation“ sollen insbesondere die Kapazitäten im Bereich der Forschungs- und Entwicklung (FuE) in Unternehmen gestärkt werden; die öffentliche Forschungsinfrastruktur soll weiterentwickelt werden; und der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll verbessert werden. Das Bundesland Sachsen-Anhalt will dabei den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weg der Kon-

zentration und Schwerpunktbildung im Bereich der öffentlichen Forschung auf wirtschaftlich bedeutsame Felder fortführen und die Effizienz des Technologietransfers verbessern.

- Im Mittelpunkt des Strategieschwerpunkts „Bildung“ soll vor allem die systematische Stärkung aller Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, d.h. von der Krippe bis zur Hochschule, aber auch die Qualifizierung und Weiterqualifizierung von Beschäftigten und die Förderung der unternehmerischen Selbständigkeit stehen.
- Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) stehen im Zentrum des Strategieschwerpunkts „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen“. Konkret zielt die anvisierte Investitions- und Mittelstandsförderung auf die Verbreiterung der Kapitalausstattung des Unternehmenssektors und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere in so genannten fernabsatzorientierten Wirtschaftsbereichen, ab. Zudem bleibt die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) ein bedeutendes Interventionsfeld. An Gewicht gewinnen sollen verschiedene Darlehens- und Beteiligungsinstrumente, um Hemmnisse im Bereich der Unternehmensfinanzierung abzubauen, die durch Unvollkommenheiten auf Kapitalmärkten entstehen.

Seitens der Landesregierung wird grundsätzlich konstatiert, dass der Programmierungsansatz fondsübergreifend erfolgen soll und dass der EFRE, der ESF und der ELER zur Erreichung der drei Strategieschwerpunkte zusammenwirken sollen. Dieser übergreifende Ansatz ist grundsätzlich zu begrüßen, weil er aus theoretischer Sicht Verzerrungen zu vermeiden sucht, die durch fondsbezogene Finanzierungsrestriktionen entstehen können. Inwieweit diese Absicht freilich auch umgesetzt und der Spielraum genutzt wird, ist eine andere Frage. So gibt eine bloße Zuordnung von Maßnahmen aus unterschiedlichen EU-Fonds zu den definierten Strategieschwerpunkten noch keine hinreichende Information darüber, inwieweit mit der konkreten Finanzierung dieser Maßnahmen die mit den Strategieschwerpunkten verfolgten Ziele in geeigneter Weise – oder besser: in bestmöglicher Weise – erreicht werden. Auch werden vor allem Maßnahmen der beiden Strukturfonds EFRE und ESF den Strategieschwerpunkten zugeordnet, während das beim ELER nur begrenzt der Fall ist. Natürlich sind beim ELER andere Rahmenbedingungen zu beachten, die eine Fokussierung auf die Strategieschwerpunkte einschränken; andererseits können auch Maßnahmen, die nicht den Strategieschwerpunkten zugeordnet sind, einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der mit ihnen verbundenen Ziele leisten. Hier zeigt sich, dass der Programmierungsansatz für eine konsequente fondsübergreifende Strategie noch weiterentwickelt und differenzierter gestaltet werden sollte.

Neben den fondsübergreifenden Strategieschwerpunkten formuliert die allgemeine Förderstrategie auch drei so genannte fondsübergreifende Querschnittsziele: (a) Umwelt- und Naturschutz, (b) Chancengleichheit und (c) nachhaltige Stadtentwicklung. Die Querschnittsziele stellen nach Aussage der Landesregierung Sachsen-Anhalt eine Nebenbedingung für die Verteilung der Fördermittel dar, durch die sichergestellt werden soll, dass ein Teil des Budgets für entsprechende Handlungsfelder trotz fehlender Beiträge zur Erreichung der Oberziele genutzt wird. Aus der tatsächlichen Aufteilung der Fondsmittel ist al-

lerdings kaum ersichtlich, inwieweit diese Restriktionen die Mittelaufteilung konkret verursacht bzw. beeinflusst haben.

Die dargestellten Zielvorstellungen in der allgemeinen Förderstrategie wurden bereits im April 2005 in ihren Grundzügen vom Kabinett beschlossen. Zur besseren Fundierung der darauf beruhenden allgemeinen Förderstrategie hat die Landesregierung wissenschaftliche Unterstützung in Anspruch genommen. Im Rahmen einer makroökonomischen Bewertung ging es dabei um die zu erwartenden Wirkungen der Förderprogramme des Landes, und im Rahmen einer mikroökonomischen Bewertung wurden die einzelnen geplanten Maßnahmen mittels einer Scoring-Analyse nach verschiedenen Kriterien eingeschätzt (vgl. GEFRA und ESRI 2006).

Im Rahmen der makroökonomischen Analyse wurden mit dem so genannten HERMIN-Modell (vgl. u.a. ALECKE et al. 2004 sowie BRADLEY et al. 2003) Prognosewerte für das wirtschaftliche Wachstum und die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt errechnet. Das HERMIN-Modell konzipiert Fördergebiete für die EU-Fonds, also hier das Bundesland Sachsen-Anhalt, makroökonomisch als kleine, offene Volkswirtschaften mit einem neoklassischen Angebot und einem ansatzweise endogenen Innovationssystem. Hierfür werden wirtschaftliche Entwicklungen mit und ohne EU-Fondsintervention, etwa für die Kohäsionsländer oder Ostdeutschland, simuliert. Die Produktionsseite ist mit dem verarbeitenden Gewerbe, das international handelbare Güter produziert, dem Dienstleistungssektor, der lokal handelbare Güter anbietet, sowie der Landwirtschaft und dem Staatssektor vergleichsweise einfach sektoral differenziert; sie ist zudem neoklassisch konzipiert, wobei von gewinnmaximierenden Unternehmen und einer geschätzten Produktionsfunktion ausgegangen wird, die konstante Substitutionselastizitäten zwischen den Einsatzfaktoren annimmt. Auf dieser Basis werden der Output, die Beschäftigung und das Investitionsvolumen generiert. Letztlich bestimmen die relativen Faktorpreise, d.h. Lohnkosten und Kapitalnutzungskosten, das Faktoreinsatzverhältnis in der Produktion, und sie determinieren damit die Nachfrage nach Arbeit und Kapital. Die Nachfrage wird keynesianisch modelliert: Der private Konsum ist vom verfügbaren Einkommen abhängig und in Abhängigkeit von freien Kapazitäten sind mit Nachfragevariationen Multiplikatoreffekte verbunden.

Die kurzfristigen Wirkungen der Förderpolitik ergeben sich im HERMIN-Modell über Effekte auf der Nachfrageseite. Die Investitionszuschüsse erhöhen die Investitionsnachfrage, und die mit der Nachfragesteigerung in der Förderregion verbundenen keynesianischen Multiplikatoreffekte erhöhen die Einkommen, aber sie verebben im Zeitablauf, wenn die Förderung ausläuft.

Die langfristigen Wirkungen der EU-Fonds resultieren demgegenüber aus komplexen Angebotsprozessen:

- Infrastrukturverbesserungen führen in einem ersten Schritt zu einer Kostensenkung und zu verbesserten Angebotsbedingungen im Fördergebiet. Dies beeinflusst die Standortentscheidungen von heimischen und internationalen Unternehmen und führt zu einem höheren Anteil der Produktion in der Förderregion an der globalen Produktion.

- Infrastrukturinvestitionen schaffen zudem ebenso wie Investitionen in das Humankapital einen weiteren Standortvorteil. So profitiert bei einem besser ausgebildeten Pool von Arbeitskräften nicht nur die einzelne Person von Humankapitalinvestitionen, sondern insgesamt steigt die Standortattraktivität. Ebenso verhält es sich mit FuE-Infrastruktureinrichtungen und anderen Elementen der Netzinfrastruktur. Deshalb werden EU-Fondsinterventionen in diesem Bereich über Skalenparameter in der sektoralen Produktionsfunktion berücksichtigt.
- Die Förderung der privaten Investitionstätigkeit führt zu einer Reduktion der Kapitalnutzungskosten und deshalb zu wachsenden Investitionen in das Sachanlagevermögen. Durch die Förderung wird der private Kapitalstock erhöht und trägt damit zu einer Erweiterung der Produktionsmöglichkeiten bei. Die Höhe der Investitionen wird in den geförderten Sektoren endogen bestimmt. Im Gegensatz zur Qualifikation der Humanressourcen und des Ausbaus der Infrastruktur wird dabei nur der direkte Einfluss modelliert, d.h. es wird angenommen, alle Erträge der Investition können privat angeeignet werden. Dies erscheint nicht in jeder Hinsicht überzeugend, da mit dem Import von Kapitalgütern eben auch technologische Spillover-Effekte durch Nachahmung und Adaption des technischen Fortschritts eintreten. Ist der Tendenz wird der Fördereffekt deshalb etwas unterzeichnet.

Es sind somit zwei Externalitäten, die für die langfristigen Effekte der Strukturfonds verantwortlich sind: Die Produktionsexternalität variiert mit dem induzierten Kapitalzufluss im Zuge der Infrastrukturverbesserung; die Faktorexternalität schlägt sich hingegen in höheren Faktorproduktivitäten im Zuge der Infrastruktur- sowie der FuE-Politik nieder.

Bei der Bestimmung der quantitativen Werte orientiert sich das HERMIN-Modell für das Bundesland Sachsen-Anhalt an den in der Literatur erörterten Bandbreiten für kleine Volkswirtschaften. Insgesamt wird mit dem HERMIN-Modell auf einen Modellansatz zur Analyse der Wirkungen von EU-Fonds zurückgegriffen, der inzwischen für verschiedene Analysen genutzt worden ist und der die quantitative Entscheidungsgrundlage zweifellos verbessern hilft. Der Ansatz ist transparent und erlaubt es insbesondere, die Konsequenzen verschiedener Allokationen von EU-Fonds zu simulieren. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Qualität der Modellkalkulationen entscheidend von den vorhandenen Informationen und den Einschätzungen über Wirkungszusammenhänge abhängt, also modellextern ist. Zudem ist anzumerken, dass die Modellierung von Wachstumseffekten im HERMIN-Modell über einige wenige grundlegende Stellschrauben erfolgt, die damit natürlich entscheidend für das Ergebnis sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, die Relevanz der getroffenen Modellannahmen zu hinterfragen und auch weitere Modellrechnungen für alternative Modellannahmen durchzuführen, um die Stabilität der Ergebnisse besser einschätzen zu können. Mit anderen Worten: Eine Sensitivitätsanalyse der Modellkalkulationen würde den Aussagegehalt erhöhen können.

Im Rahmen der Programmierung der EU-Fonds für die Finanzierungsperiode 2007-2013 wurde im Bundesland Sachsen-Anhalt des Weiteren ein Scoring-Verfahren zur Bewertung bisheriger und künftiger Fördermaßnahmen eingesetzt. Das Scoring-Verfahren soll zu ei-

ner vergleichenden und ressortübergreifenden Einschätzung von Fördermaßnahmen führen. Hierzu werden Kriterien formuliert, und es wird die Relevanz der betrachteten Maßnahmen in Bezug auf diese Kriterien eingeschätzt. Der so genannte Score markiert den Wert einer Maßnahme auf einer definierten Skala im Vergleich zu anderen Maßnahmen. Dieser Grundansatz des Scoring-Verfahrens hat verschiedene positive Implikationen: Das Verfahren führt dazu, dass sich alle Beteiligten mit allen relevanten Fördermaßnahmen im Detail auseinandersetzen; es führt zu einer vergleichenden Diskussion und Sicht über einzelne Maßnahmen hinaus; und es erhöht damit wirkungsvoll die Transparenz im Programmierungsverfahren.

In der Diskussion des Scoring-Verfahrens stellt sich aus Sicht einzelner Fördermaßnahmen bzw. Ressorts einmal die Frage, inwieweit die ermittelten Scores tatsächliche Zusammenhänge widerspiegeln und überzeugend sind. Darüber hinaus ist zu diskutieren, was die einzelnen Scores konkret aussagen und welche Folgerungen sich daraus für die Programmierung von Fördermaßnahmen ergeben. Es erscheint wesentlich, die ermittelten Scores nicht fehl- oder überzuinterpretieren, sondern als das, was sie sind: Maßzahlen, die auf der Grundlage der definierten Kriterien und der benutzten Gewichtungsfaktoren die relative Vorzüglichkeit einer Maßnahme im Vergleich zu anderen Maßnahmen beschreiben. Das Scoring-Verfahren liefert wichtige Ergebnisse für einen übergreifenden Vergleich von Fördermaßnahmen; der Ansatz ist andererseits noch keine hinreichende Entscheidungsgrundlage für die Finanzierung einzelner Maßnahmen (KIRSCHKE und HÄGER 2006).

Die Landesregierung nutzt die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Entscheidungsunterstützung für die Ausformulierung und Untersetzung der allgemeinen Förderstrategie. Hierzu wurden drei alternative Förderszenarien mit dem HERMIN-Modell berechnet und verglichen. So wurden einmal die zur Verfügung stehenden Budgetmittel aus den EU-Fonds entsprechend den Ressortanmeldungen verteilt (Variante 1); in einer weiteren Berechnung wurden demgegenüber vor allem die Schwerpunktsetzungen der EU-Fonds stärker gewichtet, die eine so genannte ausgeprägte Wachstumsorientierung haben (Variante 2); und in einer dritten Berechnung wurden gegenüber der Variante 2 infrastrukturelle Schwerpunkte des EFRE betont (Variante 3). Es zeigt sich, dass bei der stark wachstumsorientierten Strategie, die auch der Infrastruktur ein starkes Gewicht einräumt (Variante 3), die besten makroökonomischen Werte erzielt werden. Insbesondere werden langfristig die größeren Wachstums- und Beschäftigungseffekte erzielt.

Bei einer Einschätzung dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die für das Bundesland Sachsen-Anhalt erfassten und vorliegenden Daten in die Simulationsrechnung des HERMIN-Modells, das das Land als kleine offene Volkswirtschaft modelliert, eingespeist werden. Darüber hinaus werden die Prognosen über die Interventionswirkungen durch Daten bzw. Annahmen über ebenfalls relevante Externalitäten beeinflusst. Diese werden plausibel in Abhängigkeit von den Infrastruktur- und Humankapitalbeständen im Bundesland Sachsen-Anhalt und vor dem Hintergrund der europäischen Erfahrungen mit den Strukturfondsinterventionen abgeschätzt, sind allerdings nicht im Einzelnen für das Land empirisch nachgewiesen. Zudem liegt eine landesspezifische Aufbereitung der Spilloverkanäle und Transmissionsmechanismen, die für die langfristigen Wachstumswirkungen der Strukturfonds verant-

wortlich sind, noch nicht vor. Damit beruht die Prognose über die erwarteten Wirkungen der Strukturfonds sicherlich auf dem augenblicklichen Stand der Forschung, andererseits existieren Datenrestriktionen, die bei der Wertung der Prognoseergebnisse zu berücksichtigen sind (KARL 2006).¹

Vor dem Hintergrund dieser Modellrechnungen hat sich das Land entschlossen, bei der Finanzierung einzelner Schwerpunkte der Variante 3 zu folgen, also der Wachstumsorientierung unter Berücksichtigung von Infrastrukturaspekten höchste Priorität einzuräumen. Unter der Prämisse, dass die Modellannahmen die Situation im Bundesland Sachsen-Anhalt widerspiegeln, ist diese Ausrichtung konsequent und nachvollziehbar.

Die Ergebnisse der Scoring-Analyse werden in zweifacher Hinsicht für die Programmplanung genutzt. Zum einen werden Maßnahmen, die von den einzelnen Ressorts vorgeschlagen wurden, i.d.R nicht in die weitere Programmplanung einbezogen, wenn diesen Maßnahmen nicht ein Mindest-Score zugeordnet worden ist. Zum anderen wurden die Scorewerte genutzt, um die Mittelverfügbarkeit mit dem angemeldeten Bedarf in Einklang zu bringen. So wurden Abschlagsfaktoren konstruiert, die umso geringer ausfallen, je höher die Scorewerte sind.

Ein solches Vorgehen erscheint auf den ersten Blick einleuchtend und ist in jedem Fall pragmatisch. Es darf aber nicht übersehen werden, dass bei der Scoring-Analyse die benutzten Kriterien nur begrenzt als Ziele und die Scores somit auch nur begrenzt als Zielbeiträge interpretiert werden können. So werden in der Analyse zwar auch potenzielle Zielbeiträge einer Fördermaßnahme in Bezug auf die nachhaltige Stärkung von Wachstum und Beschäftigung erfasst; andererseits werden Kriterien berücksichtigt, wie z.B. Kosteneffizienz und Mitnahmeeffekte, die zweifellos auch relevante Aspekte für die Finanzierung von Maßnahmen abdecken, jedoch keine Zielbeiträge darstellen. Für das Vorgehen bei der Mittelallokation bedeutet das konkret, dass bei einem Ausschluss von Maßnahmen bzw. bei einer Reduktion von Mittelanmeldungen nur bedingt sichtbar wird, inwieweit dadurch die Erreichung der landespolitischen Ziele beeinflusst wird.

Die begrenzte Eignung der Scores als Zielindikatoren wird z.B. auch daran deutlich, dass es bei dem zentralen ersten Kriterium in der Scoring-Analyse, der Effektivität der Maßnahme in Bezug auf die Oberziele, praktisch um eine Null-Eins-Einschätzung geht. Bei einem Score von Null wird der jeweiligen Maßnahmen nur eine mittlere und bei einem Score von Eins eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben. Hier werden komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge sehr stark reduziert, was im Einzelfall verständlich und nachvollziehbar ist, weil der wissenschaftliche Erkenntnisstand für weitergehende Einschätzungen noch begrenzt ist. Andererseits zeigt sich die Notwendigkeit für weitergehende und differenziertere Wirkungsanalysen zu Fördermaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund fällt auf und ist zu hinterfragen, dass der überwiegende Teil der ELER-Maßnahmen einen Score von Null beim ersten Kriterium erhält. Für eine Bewertung von Fördermaßnahmen im Agrarsektor in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung ist es

¹ Siehe hierzu im Einzelnen auch BACHTLER (2006) sowie MARTIN und TYLER (2006).

wichtig zu wissen, welche Shift-Effekte von einzelnen Maßnahmen auf Produktion und Produktivität ausgehen. Hierzu sind, wie für jeden anderen Sektor auch, konkrete Erkenntnisse notwendig bzw. Analysen erforderlich, und es kann etwa nicht a priori davon ausgegangen werden, dass die Shift-Effekte im Agrarsektor vergleichsweise klein sind, weil dieser Sektor etwa selbst klein ist, weiter schrumpft oder subventioniert wird. Die Scoring-Analyse weist deshalb den Weg für eine sinnvolle fondsübergreifende Programmplanung auf; die Einschätzung von Wachstumseffekten einzelner Fördermaßnahmen und deren Beitrag zur Entwicklung eines Landes sollte allerdings noch ausgebaut werden. Angemerkt sei, dass dieses Problem in der Bewertung von ELER-Maßnahmen augenscheinlich ist.

Neben diesen theoretischen Überlegungen zur Programmplanung der EU-Fonds sind natürlich noch weitere Faktoren wichtig für die Finanzierungsentscheidung der Landesregierung. Dieses sind etwa die Haushaltssituation des Landes, eingegangene Verpflichtungen seitens der Landesregierung und politische Restriktionen im Willensbildungsprozess. In der Tat spielt die Haushaltssituation im Bundesland Sachsen-Anhalt eine entscheidende Rolle für die Formulierung der allgemeinen Förderstrategie. In die strategischen Überlegungen wurden die zu erwartenden Einnahmeverluste des Landes infolge der demografischen Entwicklung und der in den nächsten Jahren rückläufigen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen mit einbezogen. Schwerpunkte und Maßnahmen zu den EU-Fonds sollten vor diesem Hintergrund so geplant werden, dass die Umsetzung der Fördermaßnahmen unter den Rahmenbedingungen rückläufiger Einnahmen im Landeshaushalt möglich ist. Dies betrifft die weitestgehend mögliche Nutzung von Ko-Finanzierungen, eine Vermeidung von Dopplungen bei Bund-Länder-Programmen und die Aufnahme einer auf Darlehen beruhenden Förderung. Diese Orientierung an den Haushaltsmöglichkeiten ist natürlich grundlegend richtig. Die Landesregierung legt ein differenziertes und anspruchsvolles Finanzierungsprogramm vor, mit dem die Haushaltssituation berücksichtigt werden soll. Darüber hinaus existieren aufgrund der strukturellen Probleme des Finanzhaushaltes des Bundes und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt Haushaltsrisiken, die die durchgängig erwartete Ko-Finanzierung des Programms in Frage stellen können.

In Bezug auf die wissenschaftliche Fundierung der allgemeinen Förderstrategie ist schließlich anzumerken, dass die tatsächliche Mittelallokation zwar weitgehend, aber nicht mit aller Konsequenz der Modellkalkulation auf der Grundlage der Variante 3 folgt. Solche Abweichungen weisen auf politische und andere Restriktionen im Programmplanungsprozess hin, stellen aber die grundlegende Orientierung der Programmplanung nicht in Frage.

Im Ergebnis der Programmplanung wurde schließlich ein Finanzierungsmix gefunden, der in der folgenden Abbildung 1 dargestellt wird. Demnach werden die aus den EU-Fonds dem Bundesland Sachsen-Anhalt zustehenden EU-Mittel in Höhe von 3.204,1 Mio. EUR (ohne Mittel aus dem Europäischen Fischereifonds (EFF)²) zu etwa 57 % dem EFRE zugewiesen; 19 % entfallen auf den ESF und auf den ELER etwas mehr als 24 %. In den folgenden Kapiteln wird dargelegt, inwieweit die Programme zu den drei EU-Fonds und

² Die Ex-Ante-Evaluierung des EFF ist nicht Leistungsgegenstand des Gutachtens.

ihre Schwerpunkte sowie die allgemeine Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt ex ante zu bewerten sind.

Abbildung 1: Verteilung der Budgetmittel der EU auf den EFRE, den ESF und den ELER und deren Prioritätsachsen bzw. Schwerpunkte

Fonds/Prioritätsachse bzw. Schwerpunkt	Verteilung in % des Fonds	Mio. EUR in Preisen von 2007
EFRE		1.825,2
1. Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung	25,4	463,4
2. Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft	36,5	665,9
3. Entwicklung und Ausbau der Infrastrukturen für nachhaltiges Wachstum	31,3	570,5
4. Technische Hilfe	4,0	73,0
5. Nicht verteilte Reserve EFRE	2,9	52,4
ESF		608,4
1. Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten	32,0	194,7
2. Verbesserung des Humankapitals	40,9	248,7
3. Verbesserung der Arbeitsmarktchancen und Integration benachteiligter Personen	18,2	110,9
4. Technische Hilfe	4,0	24,3
5. Nicht verteilte Reserve ESF	4,9	29,8
ELER		770,5
1. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	29,2	224,6
2. Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	28,3	218,0
3. Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	35,7	275,1
4. LEADER	0,9	7,0
5. Technische Hilfe	4,0	30,8
6. Nicht verteilte Reserve ELER	1,9	14,9
Insgesamt (ohne EFF)		3.204,1

Quelle: Eigene Darstellung nach STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006c) in Anlehnung an LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006).

3. Ex-Ante-Evaluierung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum

3.1 Bewertung der sozio-ökonomischen Analyse und der Relevanz der Strategie für den ermittelten Bedarf (Modul 1)

Die sozio-ökonomische Analyse ist Grundlage für die Entwicklung der strategischen Ausrichtung des EPLR. Sie soll im Kontext des EPLR insbesondere die Ausgangssituation im Agrarsektor und im ländlichen Raum untersuchen und bewerten (Ist-Analyse) und vor diesem Hintergrund struktur- und agrarstrukturpolitische Bedarfsanforderungen und Zielsetzungen für das Bundesland Sachsen-Anhalt formulieren (Soll-Analyse). Auf Basis einer Soll-Ist-Analyse wird dann eine Strategie mit dem Ziel erarbeitet, die erkannten Lücken zu schließen.

Es folgt zunächst die Bewertung der vorliegenden Dokumente zur sozio-ökonomischen Analyse im Bundesland Sachsen-Anhalt. Diese Bewertung setzt sich zum einen mit dem methodischen Vorgehen bei der Analyse auseinander; zum anderen werden die zentralen inhaltlichen Aussagen der Analyse bewertet.

Unter methodischen Gesichtspunkten ist erstens zu fragen, ob im Kontext des ELER die empirisch relevanten Zusammenhänge dargestellt und hinreichend detailliert sowie sektoral und räumlich differenziert aufbereitet werden. Zweitens ist zu prüfen, ob die Stärken und Schwächen des Agrarsektors und des ländlichen Raums im Bundesland Sachsen-Anhalt durch geeignete Vergleiche mit anderen Regionen – so genannte Benchmarks – deutlich werden.

In Bezug auf den ersten Punkt ist festzustellen, dass die Auswahl der empirisch relevanten Beobachtungsmerkmale und Indikatoren in der sozio-ökonomischen Analyse sich aus den Zielen des ELER ergibt. Wie auch der EFRE und der ESF soll der ELER im Kontext der Lissabon- und der Göteborg-Strategie einen entscheidenden Beitrag zu Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Beschäftigung und Nachhaltigkeit leisten. Es geht um einen gezielten Ressourceneinsatz für Investitionen und Arbeitskräfte, Umwelt, Wissen und Innovation (vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2006). Im Speziellen zielt der ELER darauf ab, (a) die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft durch Förderung von Umstrukturierung, Entwicklung und Innovation zu steigern, (b) Umwelt und Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung zu verbessern und (c) die Lebensqualität sowie die Diversifizierung der Wirtschaft im ländlichen Raum zu fördern (vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2005).

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die sozio-ökonomische Analyse für das Bundesland Sachsen-Anhalt folgerichtig mit Strukturdaten, die für eine wettbewerbsfähige, auf Vollbeschäftigung ausgerichtete und nachhaltige Volkswirtschaft relevant sind und einen Bezug zum Agrar- und Ernährungssektor und zum ländlichen Raum haben. Analysiert werden vor allem:

- Wirtschaftswachstum und Pro-Kopf-Einkommen,
- Entwicklung der Erwerbstätigkeit und des Arbeitsmarkts,

- Produktivität und Lohnstückkosten,
- Umweltsituation und Landnutzung sowie
- ländliche Wirtschaft und Lebensqualität.

Diese strukturierte Bestandsaufnahme für das Bundesland Sachsen-Anhalt wird mit einer Analyse der Potenzialfaktoren für eine nachhaltige Entwicklung kombiniert. Als solche Potenzialfaktoren werden insbesondere die Bevölkerung und das mit ihr akkumulierte Humankapital, FuE, Investitionen und Kapitalausstattung sowie die Infrastruktur gesehen. Diese Daten werden sowohl sektoral als auch regional beschrieben und analysiert.

Ein wichtiger Baustein der Untersuchung der Rahmenbedingungen in der sozio-ökonomischen Analyse ist die Beschreibung der öffentlichen Finanzen. Das verfügbare öffentliche Finanzvolumen ist neben den Potenzialfaktoren ein für die nachhaltige Entwicklung und die Programmplanung wesentlicher Faktor; Haushaltsrestriktionen müssen folglich im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung der Programme berücksichtigt werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die sozio-ökonomische Analyse für das Bundesland Sachsen-Anhalt aus volkswirtschaftlicher Sicht alle empirisch relevanten Zusammenhänge dargestellt und aufbereitet. Diese Analyse ist von unmittelbarer Relevanz für den ländlichen Raum, weil im Bundesland Sachsen-Anhalt als ländlicher Raum das gesamte Land außerhalb der Verdichtungsräume Magdeburg und Halle verstanden wird (vgl. MLU 2005), mithin regionale Zusammenhänge weitestgehend auch Beziehungen im ländlichen Raum darstellen. Die Analyse der Ausgangssituation im EPLR-Kontext (MLU 2006) greift diese allgemeine sozio-ökonomische Analyse auf und ergänzt diese um weiterführende spezifische Aspekte zur Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, zu Umwelt und Landschaft sowie zur ländlichen Wirtschaft und zur Lebensqualität. In dieser Analyse der Ausgangssituation werden die wesentlichen Strukturdaten und Potenzialfaktoren sektoral für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Ernährungswirtschaft detailliert dargestellt und räumlich untersetzt. Ebenso werden für die Bereiche Umwelt und Landschaft sowie ländliche Wirtschaft und Lebensqualität die empirisch relevanten Zusammenhänge analysiert und durch eine räumliche Untersetzung detailliert aufbereitet. Die Analyse der Ausgangssituation bietet eine geeignete Basis, um wesentliche Soll-Ist-Lücken im Agrar- und Ernährungssektor und darüber hinaus im ländlichen Raum zu identifizieren und eine bedarfsgerechte Strategie im Sinne des EPLR zu entwickeln.

Im Bezug auf die Stärken-Schwächen-Analyse im Vergleich zu anderen Regionen werden zunächst die relevanten Stärken und Schwächen für das Bundesland Sachsen-Anhalt zusammengestellt. Dabei geht es zum einen um den allgemeinen sozio-ökonomischen Kontext und zum anderen um die für das EPLR besonders relevanten Bereiche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Landschaft sowie ländliche Wirtschaft und Lebensqualität. Für die Gesamtwirtschaft des Landes wird diese Analyse mit geeigneten Vergleichen untersetzt, die die relative Position des Bundeslandes Sachsen-Anhalt innerhalb der EU, der Bundesrepublik Deutschland und der neuen Bundesländer darstellen. Grundsätzlich ist dieses Benchmarking aussagekräftig und von unmittelbarer Relevanz für die Strategie-

gieentwicklung von EFRE und ESF, aber auch für die hier zu diskutierende Programmplanung im Rahmen des ELER, weil auch über diesen EU-Fonds das Konvergenzziel und das Anliegen, gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum zu erhalten bzw. zu schaffen, verfolgt werden.

Im sektoralen Kontext findet ein Benchmarking für wesentliche Strukturdaten Anwendung, das für die Programmplanung ausreichend ist, aber durchaus noch ausgebaut werden könnte. Im Bereich Umwelt und Landschaft sowie ländliche Wirtschaft und Lebensqualität werden andererseits Indikatoren detailliert räumlich untersetzt, aber der Vergleich mit anderen Regionen im Sinne eines Benchmarking fehlt weitgehend.

Zusammenfassend kann man hinsichtlich des methodischen Vorgehens bei der sozio-ökonomischen Analyse für das Bundesland Sachsen-Anhalt konstatieren, dass viele wesentliche Strukturdaten, Potenzialfaktoren und finanzielle Restriktionen sowie Stärken und Schwächen der Region benannt und detailliert beschrieben werden und somit alle notwendigen Informationen für die Strategieentwicklung enthalten sind.

Die Analyse beschreibt also ausreichend klar und detailliert Herausforderungen, Risiken, Bedarfsanforderungen und Triebkräfte für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie den ländlichen Raum im Bundesland Sachsen-Anhalt. Dabei werden inhaltlich wesentliche Schwächen angesprochen, aber auch die Stärken des Landes aufgezeigt. Als besondere Probleme werden genannt:

- Es wird auf Produktivitätsdefizite bei einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen, z.B. im Gartenbau, bei Sonderkulturen und in der Tierproduktion, sowie auf bestehende Einkommensdisparitäten und Mängel in der Kapitalausstattung und der Liquidität hingewiesen.
- Schrumpfende finanzielle Ressourcen werden in Zukunft die Handlungsspielräume zur Unterstützung des Agrar- und Ernährungssektors und regionaler Entwicklung geringer ausfallen lassen.
- Demographische Entwicklungstendenzen sowie Qualitätsdefizite beim Humankapital und in der Innovationsperformance lassen einen wachsenden Bedarf an Fachkräften, insbesondere mit höherer Qualifikation, erwarten.
- Die Verbreiterung der ernährungswirtschaftlichen Basis im Bundesland Sachsen-Anhalt wird als zentraler Ansatzpunkt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Ernährungssektors wie auch für die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, die Erschließung von Einkommensalternativen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum angesehen.
- Der Agrar- und Ernährungssektor hat zudem in einem weniger stabilen Umfeld als bisher zu agieren, da in Folge der zunehmenden Marktliberalisierung von stärkeren Preisschwankungen auszugehen ist. Dies und neue verschärfte Anforderungen in den Bereichen Umwelt-, Natur-, Tierschutz sowie Produkt- und Lebensmittelsicherheit erfordern substanzielle Anpassungen.

- Die Situation des ländlichen Raums unterscheidet sich in Bezug auf die wirtschaftlichen, arbeitsmarktbezogenen und demographischen Herausforderungen nicht grundsätzlich von der Situation in den Städten und damit von der Lage im Bundesland Sachsen-Anhalt insgesamt.
- Ein besonderes Problem im ländlichen Raum stellt zudem die Infrastrukturausstattung dar. Insbesondere im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, aber auch bei Schulen und Kindertagesstätten ist die infrastrukturelle Basis vergleichsweise schwach und bedarf einer besonderen Ausweitung bzw. Modernisierung.
- Auch für den Bereich Umwelt und Landschaft werden weiterhin bestehende Herausforderungen benannt, etwa unzureichende ökologische Verbundstrukturen, ein besonderes Gefährdungspotenzial im Hinblick auf die Wasserressourcen sowie andauernder Flächenentzug und zunehmende Flächenversiegelung.

Diese Problemdarstellung ist im Wesentlichen nachvollziehbar und beschreibt zentrale Anpassungsprobleme der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie im ländlichen Raum. Darüber hinaus ist anzumerken, dass auch im Bundesland Sachsen-Anhalt der Agrarsektor und der ländliche Raum vor weiteren Anpassungsproblemen stehen werden, die sich als Konsequenz der Luxemburger Agrarreform und insbesondere der Entkopplungsbeschlüsse ergeben werden (vgl. KIRSCHKE et al. 2005b, d; KIRSCHKE und WEBER 2004).

Auf der Grundlage der Analyse werden aber auch Chancen für das Bundesland Sachsen-Anhalt gesehen, die sich für den Agrarsektor und den ländlichen Raum bieten:

- So hat die Region nicht nur hohe industrielle Wachstumsraten, sondern auch eine über dem Durchschnitt der EU und der Bundesrepublik Deutschland liegende Zunahme der Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. Im Vergleich zum durchschnittlichen Wachstum im Bundesland Sachsen-Anhalt wächst freilich auch der Agrarsektor unterdurchschnittlich. Auch geht das Wachstum im Agrarsektor einher mit einem überproportional hohen Abbau der sektoralen Erwerbstätigkeit.
- Nicht zuletzt wegen des vergleichsweise hohen Wachstums im Land konnten die Produktivität gesteigert und noch teilweise bestehende Lohnstückkostennachteile abgebaut werden.
- Zudem ist auf die positive Entwicklung der Umweltsituation zu verweisen. Im Unterschied zur sozio-ökonomischen Lage besteht kein vergleichbarer Entwicklungsrückstand zu den genannten Referenzregionen, gerade auch im ländlichen Raum. Bei einer Reihe von wichtigen Umweltindikatoren weist das Bundesland Sachsen-Anhalt sogar eine im Vergleich zur EU und zum Bundesdurchschnitt günstigere Position auf.
- Nach der sozio-ökonomischen Analyse erscheinen für die Land- und Forstwirtschaft des Landes in diesem Zusammenhang die Potenziale im Bereich nachwachsender Rohstoffe besonders interessant. Demnach sind diese Potenziale bei weitem nicht ausgeschöpft und liegen vor allem in der verbesserten energetischen Nutzung und der Erschließung neuer stofflicher Verwendungs- und Verwertungsmöglichkeiten nachwachsender Rohstoffe. Vor einer Euphorie im Bereich nachwachsender Rohstoffe sei vor dem Hintergrund aktueller

Entwicklungen allerdings gewarnt. Die derzeitige Ausweitung der Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist vor allem das Ergebnis hoher und auch verzerrender Subventionen. Inwieweit sich in diesem Bereich für das Bundesland Sachsen-Anhalt tatsächlich Chancen im überregionalen und internationalen Vergleich ergeben, ist eine offene Frage.

- Hinsichtlich des ländlichen Raums wird ein vorhandenes und noch weitgehend ungenutztes Potenzial an unternehmerischen Aktivitäten zur Schaffung zusätzlicher Einkommen und Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen und vor allem auch nicht landwirtschaftlichen Bereich gesehen.
- Insbesondere bieten die bereits praktizierten Formen partnerschaftlicher Zusammenarbeit, etwa auf der Basis integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte, eine gute Grundlage, brachliegende Potenziale zu identifizieren und zu aktivieren.

Vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage und der bestehenden Probleme und Herausforderungen wird für den Förderbedarf im Rahmen der EU-Fonds und auch für den ELER eine zentrale Schlussfolgerung gezogen: Handlungsbedarf bestehe insbesondere in Bezug auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungsrückstände und weniger im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz. Das ist die wesentliche Botschaft der Analyse. Diese Schlussfolgerung ist auf der Grundlage der durchgeführten Analyse nachvollziehbar und konsequent.

Hinsichtlich der Zielgruppen von Fördermaßnahmen des EPLR werden im Rahmen der sozio-ökonomischen Analyse und der Stärken-Schwächen-Analyse durchaus spezifische Aussagen getroffen. Beispielhaft wird der Abbau von Wettbewerbsnachteilen für Gartenbau- und Sonderkulturbetriebe sowie Tierproduzenten als Ziel postuliert; darüber hinaus finden sich Abgrenzungen von Wirtschaftsakteuren in räumlichen Kulissen, z.B. im Kontext von NATURA 2000 und LEADER. Generell zeichnet sich jedoch ab, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt den Weg einer vergleichsweise breiten Förderung von Wirtschaftsakteuren im ländlichen Raum gehen wird.

Diese Orientierung weg von einer traditionell sektoral orientierten hin zu einer Förderpolitik für den ländlichen Raum ist generell zu begrüßen, und unterstreicht z.B. die Empfehlungen des WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS FÜR AGRARPOLITIK (2006). Eine sozio-ökonomische Analyse der Ausgangssituation muss deshalb sowohl für die sektorale als auch für die räumliche Politikorientierung eine angemessene und ausgewogene Grundlage schaffen. Mit der vorgelegten sozio-ökonomischen Analyse ist das im Großen und Ganzen gelungen, wenngleich die regionalbezogene Analyse im Rahmen des EPLR noch weiter ausgebaut werden könnte.

Der in der Analyse ermittelte Bedarf wird durch die fondsübergreifende Strategie in wesentlichen Bereichen aufgegriffen. Mit den Oberzielen Wachstum und Beschäftigung werden Bedarfsanforderungen, wie z.B. der Abbau von Produktivitätsdefiziten und Einkommensdisparitäten, die Verbreiterung der ernährungswirtschaftlichen Basis und die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, bedient. Die Strategieschwerpunkte „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Bildung“ sowie „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungs-

hemmnissen“ berücksichtigen zudem Zielbeiträge hinsichtlich solcher Herausforderungen wie die Verbesserung der Innovationsperformance, den Abbau von Qualitätsdefiziten beim Humankapital oder die Verringerung von Mängeln in der Kapitalausstattung und bei der Liquidität. Schließlich berücksichtigen das strategische Querschnittsziel „Umwelt und Naturschutz“ sowie ein Bekenntnis zur Stabilisierung des ländlichen Raums weitere identifizierte Erfordernisse für das Bundesland Sachsen-Anhalt. Die Relevanz der fondsübergreifenden Strategie für den ermittelten Bedarf ist also grundsätzlich positiv zu bewerten.

Fondsspezifisch wird die Strategie weiter akzentuiert. Hinsichtlich der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft wird die Stärkung der Humanressourcen, die Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Sachkapitals, die Innovationsförderung und die Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Produktion und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse als Erfordernis gesehen. Im Hinblick auf die Verbesserung der Umwelt und der Landschaft ergibt sich ein besonderer Bedarf bei der nachhaltigen Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen und bewaldeten Flächen. Und hinsichtlich der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft stehen u.a. die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten im landwirtschaftsnahen Bereich, die Initiierung von Wertschöpfungsketten, die Sicherung einer bedarfsgerechten Grundversorgung sowie die Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Kulturerbes im Vordergrund. Auf der Grundlage des ermittelten Bedarfs erscheinen solche strategischen Überlegungen konsequent.

3.2 Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie (Modul 2)

Ausgangspunkt der Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie ist die übergeordnete Zielsetzung der mit dem ELER verfolgten Politik. Der ELER hat den Auftrag, eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums zu fördern. Er ergänzt in dieser Hinsicht zum einen die Markt- und Einkommensstützungsmaßnahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, zum anderen die Kohäsionspolitik der EU. Der ELER verfolgt bei der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums konkret die drei folgenden Ziele (vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2005):

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und der Innovation,
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Landbewirtschaftung und
- Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat sich in einem fondsübergreifenden Ansatz dafür entschieden, dem Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang gegenüber anderen Zielen und damit etwa auch gegenüber dem Umweltziel zu geben. Dabei werden wie bereits beschrieben Strategieschwerpunkte gesetzt im Hinblick auf „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Bildung“ sowie „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen“. Dieses ist einerseits eine politische Entscheidung; sie entspricht andererseits den Ergeb-

nissen der sozio-ökonomischen Analyse und insbesondere dem dort ermittelten Bedarf (vgl. Modul 1). Zudem werden durch das Bundesland Sachsen-Anhalt im engeren ELER-Kontext die von der EU vorgegebenen Ziele übernommen: Es geht um Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt und Landschaft, wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität (vgl. LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT 2006).

Diese Zielorientierung ist ein erster Hinweis für eine gegebene allgemeine Relevanz des EPLR bzw. der damit verbundenen Strategie. Für die Bewertung der spezifischen Relevanz und inneren Kohärenz der EPLR-Strategie ist es notwendig, in die Tiefe zu gehen. Im Folgenden soll diskutiert werden, inwieweit die ELER-spezifischen Schwerpunktsetzungen den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung entsprechen; zum anderen ist aufzuzeigen, inwieweit die Programmplanung zu den schwerpunktspezifischen Zielen des ELER beiträgt.

Orientierung für die Programmplanung zum EPLR im Bundesland Sachsen-Anhalt geben zunächst die in der ELER-Verordnung (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2005) und der Nationalen Rahmenregelung für Deutschland (BUNDESREGIERUNG 2006b) vorgegebenen Maßnahmenkataloge. Ausgehend von der sozio-ökonomischen Analyse (GEFRA und ESRI 2006) und den im engeren ELER-Kontext formulierten Stärken und Schwächen (MLU 2006) und auch von den Erfahrungen in vorangegangenen Programmierungszeiträumen schlägt das Bundesland Sachsen-Anhalt spezifische Maßnahmen für drei Schwerpunkte vor und ordnet diesen ein Finanzvolumen zu. Für den Schwerpunkt 1 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ sind 29,2 % der ELER-Mittel vorgesehen, für den Schwerpunkt 2 „Verbesserung der Umwelt und Landschaft“ 28,3 % und für den Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ sind 35,7 % geplant. Die restlichen 6,8 % der ELER-Mittel stehen spezifisch für LEADER, Technische Hilfe und als Reserve zur Verfügung.

Der Schwerpunkt 1 widmet sich dem strategischen Leitgedanken einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft. Inhaltlich wird dieser Schwerpunkt durch die Implementierung der folgenden Maßnahmen geprägt: Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP); Beratung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben; Bildungs- und Informationsmaßnahmen; Flurbereinigung; Hochwasserschutz; Teilnahme an Lebensmittelqualitätsregelungen/Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen; Verarbeitung und Vermarktung; Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau; Zusammenarbeit/neue Technologien; Investitionsfonds für die Land-, Forst und Ernährungswirtschaft.

Bezüglich der finanziellen Ausstattung liegen die Prioritäten im ersten Förderschwerpunkt auf dem Hochwasserschutz (88,0 Mio. EUR), der Förderung der Verarbeitung und Vermarktung (40,0 Mio. EUR), der Flurbereinigung (39,0 Mio. EUR), dem AFP (30,0 Mio. EUR), dem land- und forstwirtschaftlichen Wegebau (10,3 Mio. EUR) sowie dem Investitionsfonds für Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (10,0 Mio. EUR). Die übrigen Maßnahmen werden nur mit kleineren Beträgen gefördert.

Die Verbesserung der Umwelt und der Landschaft ist das Ziel des Schwerpunkts 2. Die folgenden Maßnahmen sollen hierzu beitragen: Ausgleichszulage; Erstaufforstung landwirtschaftlicher/nichtlandwirtschaftlicher Flächen; Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung; NATURA 2000, Umweltmaßnahmen/Waldumbau; Umweltschonender Anbau und Nutztiere; Wiederaufbau Wald; NATURA 2000 Vertragsnaturschutz/NATURA 2000 Ausgleich/NATURA 2000 Wasserrahmenrichtlinie (WRRL).

Hinsichtlich der finanziellen Ausstattung des Schwerpunkts haben die Maßnahmen Markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (111,5 Mio. EUR), NATURA 2000 Vertragsnaturschutz/NATURA 2000 Ausgleich/NATURA 2000 WRRL (70,0 Mio. EUR) sowie Ausgleichszulage (14,5 Mio. EUR) die größte Bedeutung.

Der Schwerpunkt 3 zielt auf eine Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum ab. Die vorgesehenen Maßnahmen sind: Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen; Nachhaltige, umweltintegrierte Entwicklung; Investitionen im Bereich Kindertagesstätten; Dorferneuerung; Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten; Netzwerk NATURA 2000; Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser; Umweltbildung; Unternehmensgründungen und -entwicklung; Weinbau; Umsetzung WRRL – Kulturerbe.

In diesem Schwerpunkt gibt das Bundesland Sachsen-Anhalt insbesondere den folgenden Maßnahmen finanzielle Priorität: der Dorferneuerung (63,1 Mio. EUR), der Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen (60,0 Mio. EUR), dem Netzwerk NATURA 2000 (57,0 Mio. EUR), den Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser (30,0 Mio. EUR); der Umsetzung WRRL – Kulturerbe (30,0 Mio. EUR) und den Investitionen im Bereich der Kindertagesstätten (ca. 20 Mio. EUR).

Eine Besonderheit des EPLR stellt die obligatorisch vorzusehende Umsetzung von so genannten LEADER-Konzepten dar, was einen eigenen vierten Schwerpunkt bildet. Dem Schwerpunkt sind 7,0 Mio. EUR zugewiesen.

Im Folgenden soll die Programmplanung in den einzelnen Schwerpunkten bewertet werden. Beim Schwerpunkt 1 ist zunächst zu diskutieren, inwieweit eine Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors generell zu einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum und zur Beschäftigung beiträgt. Von einer Investitions- und Innovationsförderung in diesem Sektor können durchaus positive Effekte für das Wachstum und die Beschäftigung im Bundesland Sachsen-Anhalt ausgehen, wenn im Vergleich zu anderen Sektoren die Shift-Effekte solcher Maßnahmen auf Produktion und Produktivität erheblich sind. Dieses ist im Einzelfall zu prüfen (vgl. Ausführungen im Kapitel 2). Dieses ist kein Plädoyer für eine sektorspezifische Investitionsförderung, die generell kritisch zu sehen ist (WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT FÜR AGRARPOLITIK 2006); vielmehr wird argumentiert, dass eine Investitions- und Innovationsförderung auch im Agrarsektor unter den derzeitigen Bedingungen gesamtwirtschaftlich Sinn machen kann.

In Bezug auf den Schwerpunkt 1 ist des Weiteren anzumerken, dass auf den ersten Blick nicht alle Maßnahmen konsequent an der wachstums- und beschäftigungsorientierten Zielsetzung ausgerichtet zu sein scheinen. So ist der Hochwasserschutz zweifellos eine wichtige landespolitische Aufgabe, doch hat er mit der genannten Zielsetzung nur mittelbar zu tun. Natürlich ist hervorzuheben, dass die Vermeidung von Risiken wie Überflutung gerade für das Bundesland Sachsen-Anhalt eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Ebenso ist der Hochwasserschutz zweifellos eine übergreifende Maßnahme zur Entwicklung des Landes und geht damit weit über die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft hinaus.

Für eine Bewertung des Hochwasserschutzes im Rahmen des EPLR ist indessen zu berücksichtigen, dass das EPLR nur einen Ausschnitt der Förderpolitik des Landes für den ländlichen Raum darstellt und eine Arbeitsteilung zwischen den EPLR- und anderen Förderinstrumenten besteht. So kommen beispielsweise zwischen 80 % und 90 % der Investitionszuschüsse aus der GRW im ländlichen Raum zum Einsatz, so dass es wenig Sinn machen würde, ein paralleles Förderinstrumentarium im EPLR aufzubauen. Der EPLR trägt damit auch durch die Übernahme komplementärer Investitionen (z.B. für den Hochwasserschutz) zu Wachstum und Beschäftigung bei, die ansonsten stärker aus dem EFRE zu finanzieren wären. Gerade dieses Beispiel unterstreicht die Notwendigkeit einer fondsübergreifenden Programmplanung, für die sich das Bundesland Sachsen-Anhalt entschieden hat.

Ähnlich wie beim Hochwasserschutz handelt es sich bei der Flurbereinigung und dem land- und forstwirtschaftlichen Wegebau um Maßnahmen, die nur indirekt und im Zeitablauf zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Hier profitiert der Agrarsektor langfristig u.a. von der Lösung von Landnutzungskonflikten und einer besseren Infrastruktur (FASTERDING und RIXEN 2005).

Bei einer generell positiven Einschätzung der Investitions- und Innovationsförderung im Bundesland Sachsen-Anhalt aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind allerdings zwei kritische Anmerkungen erforderlich. So sind bei den verfolgten Oberzielen Wachstum und Beschäftigung Konflikte nicht zu vermeiden, und das gilt natürlich auch für die hier diskutierte Programmplanung zum Schwerpunkt 1 des ELER. Investitions- und Innovationsförderung resultiert oftmals in Produktivitätsschüben, die zu kurzfristigen Beschäftigungsproblemen führen können. So wird es von der konkreten Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen abhängen, ob diese Konflikte reduziert werden können oder eine übergeordnete Entscheidung zugunsten eines Ziels erforderlich ist, etwa der Betonung des langfristigen Wachstumsziels zulasten eines eher kurzfristigen Beschäftigungsziels.

Die zweite kritische Anmerkung betrifft die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen der Investitions- und Innovationsförderung in Bezug auf Produktivität und Wachstum. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass die Wirksamkeit einzelner bisheriger Maßnahmen der Agrarstrukturförderung eher begrenzt ist (vgl. u.a. FASTERDING und RIXEN 2005). Es liegt an der konkreten Ausgestaltung der zukünftigen Maßnahmen, zweifellos vorhandene Wachstums- und Beschäftigungspotenziale zu nutzen und hohe Zielbeiträge zu erreichen.

An der Programmplanung zum Schwerpunkt 1 wird auch deutlich, dass rechtliche Vorgaben die konsequente Ausrichtung nach den gesetzten Zielen einschränken können. So ist der auf einer Darlehensvergabe basierende Innovationsfonds für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sicherlich ein geeignetes Instrument, Wachstums- und Beschäftigungspotenziale bestmöglich zu erschließen, weil Darlehen Anreize für sinnvolle unternehmerische Entscheidungen geben und Mitnahmeeffekte vermindern. Allerdings ist die Darlehensfinanzierung im Unternehmensbereich aufgrund von EU-Vorgaben weitgehend auf Gründungen, junge Unternehmungen und Erweiterungen beschränkt, was eine wünschenswerte stärkere Nutzung dieses Instruments im Agrar- und Ernährungssektor begrenzt.

Die im Folgenden zu diskutierende Programmplanung zum Schwerpunkt 2 orientiert sich an dem Ziel der Verbesserung von Umwelt und Landschaft und ist deshalb naturgemäß nicht an den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet. Einzelnen Maßnahmen, wie etwa einer Erstaufforstung oder Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, können durchaus erhaltende oder gar positive Beschäftigungseffekte zugesprochen werden, doch sind solche Effekte nur begrenzt nachhaltig. Eher zu vernachlässigen sind mögliche Wachstumseffekte von Maßnahmen aus diesem Schwerpunktbereich. Die Programmplanung in diesem Bereich verdeutlicht deshalb zum einen Vorgaben für die Umsetzung des ELER, die das Land einzuhalten hat, und zum anderen macht sie den Zielkonflikt zwischen den Oberzielen Wachstum und Beschäftigung und dem Querschnittsziel „Umwelt und Naturschutz“ deutlich.

In Bezug auf die geplanten Maßnahmen im Schwerpunktbereich wird klar, dass auch diese wesentlich durch die finanziellen Rahmenbedingungen und Vorgaben bestimmt werden. So ist z.B. diskutiert worden, dass verschiedenen Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes ein höherer Beitrag in Bezug auf Umweltziele zugesprochen werden kann als Maßnahmen der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung (KIRSCHKE et al. 2005a); allerdings sind letztere aus Sicht des Landes wegen der Ko-Finanzierung mit Bundesmitteln kostengünstiger. In der Programmplanung wird der Maßnahme Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung eine deutliche Priorität gegeben. Es stellt sich folglich die Frage, ob eine konsequente Verfolgung des Ziels „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ ohne diese konkrete Form der Ko-Finanzierung im Bundesland Sachsen-Anhalt noch verbessert werden könnte. Das Beispiel ist typisch für die zunehmende Kritik an der Mehr-Ebenen-Finanzierung von strukturpolitischen Maßnahmen im EU-Kontext, die in der Tendenz zu Verzerrungen und einer verminderten Zielerreichung der Programme führt (KIRSCHKE et al. 2005c). Angesichts der bestehenden „Verflechtungsfälle“ fordert der WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT FÜR AGRARPOLITIK (2006), diese Mehr-Ebenen-Beteiligung wieder zu entflechten.

Einschränkend für eine konsequente Umsetzung umweltpolitischer Ziele sind auch Verpflichtungen aus Vorperioden, die in der Programmplanung für die künftige Förderperiode zu berücksichtigen sind. Es stellt sich die Frage, welche Bedeutung solche Verpflichtungen im konkreten Fall haben und ob angesichts der Finanzknappheit überhaupt noch ein

substanzieller politischer Handlungsspielraum besteht, um bei der Umsetzung des Ziels „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ neue Akzente zu setzen.

Die Berechtigung der Ausgleichszulage als Maßnahme im Schwerpunkt 2 wird kritisiert (vgl. u.a. BERNHARDS et al. 2003), weil ein umweltpolitischer Beitrag der Maßnahme hinterfragt wird, die Maßnahme wenig zielgerichtet ist und eher einkommenspolitisch motiviert erscheint. Allerdings ist diese Kritik für das Bundesland Sachsen-Anhalt einzuschränken, weil im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt die Maßnahme stärker auf tatsächlich benachteiligte Agrarzonen fokussiert ist. Zudem wird natürlich auch durch diese Maßnahme in bestimmten Regionen die Erhaltung einer regionalspezifischen Landnutzung und Landbewirtschaftung gefördert, was durchaus als ein Beitrag zur Verbesserung der Landschaft gewertet werden kann. Außerdem ist das Finanzvolumen für diese Maßnahme gegenüber der Vorperiode gekürzt worden und beschränkt sich auf die Roggenmodulationsmittel. Generell stellt sich die Frage, ob die Gewährung der Ausgleichszulage nicht stärker mit anderen Maßnahmen aus dem Schwerpunkt 2, wie die Förderung zu NATURA 2000, abgestimmt werden sollte.

Die Programmplanung im Schwerpunkt 3 zielt neben den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung auf das spezifische Ziel der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Die Maßnahmen in diesem Schwerpunkt sind vor allem raumbezogen und weniger sektoral orientiert. Verschiedene Analysen haben gezeigt, dass solche Ansätze in der Tat einen wirksameren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von ländlichen Regionen leisten können als eine alleinige Fokussierung auf den Agrarsektor. In dieses Bild passt auch die Aussage, dass die Beiträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Maßnahmen der regionalen Wirtschaftsförderung höher und effizienter sein können als im Rahmen von ländlichen Entwicklungsprogrammen, die bisher stärker sektororientiert waren (FASTERDING und RIXEN 2005). Daraus folgt natürlich grundsätzlich, dass in Bezug auf die konsequente Verfolgung der Ziele

in diesem Schwerpunkt die Maßnahmen auch konsequent räumlich ausgerichtet sein müssen. Die neuere Ausrichtung der Agrarpolitik weg von einer sektorbezogenen Markt- und Preispolitik hin zu einer Strukturpolitik und zu einer Politik für den ländlichen Raum (WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT FÜR AGRARPOLITIK 2006) unterstreicht diese Perspektive.

Vor diesem Hintergrund ist zu diskutieren, ob die geplante Programmplanung und die Maßnahmengestaltung konsequent an der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume orientiert sind. Die in der Vergangenheit praktizierte Maßnahme der Dorferneuerung ist hier durchaus zu hinterfragen. Sie war überwiegend auf die Verbesserung des dörflichen Wohnumfeldes und der Infrastruktur ausgerichtet und hat vielleicht kurzfristige Beschäftigungseffekte erzielt; die Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen im ländlichen Raum konnte auf diese Weise nur begrenzt erreicht werden. Künftig sollte die Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen im Zentrum von Dorferneuerung und -entwicklung stehen, was in der Programmplanung der Landesregierung erkannt und hervorgehoben wird.

Die beiden Maßnahmen „Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen“ sowie „Investitionen im Bereich Kindertagesstätten“ nehmen im Finanzvolumen des Schwerpunkts 3 einen erheblichen Raum ein. Diese Maßnahmen tragen ohne Zweifel zu einer Verbesserung der Wachstumschancen im ländlichen Raum bei, weil eine Erhöhung des Bildungsniveaus mittel- und langfristig das Wachstumspotenzial verbessert und bereits kurzfristig die Standortattraktivität erhöht wird. Zudem sind auch kurzfristig schon positive Beschäftigungseffekte zu nennen. Wenn man darüber hinaus berücksichtigt, dass der ländliche Raum im Bundesland Sachsen-Anhalt das gesamte Landesgebiet bis auf die Ballungszentren Magdeburg und Halle berücksichtigt, so tragen diese Maßnahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Erhöhung der Lebensqualität im Land bei.

Bei dieser insgesamt positiven Einschätzung ist anzumerken, dass der Verordnungstext für den ELER (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2005) eine Finanzierung der Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen sowie von Investitionen im Bereich Kindertagesstätten nicht explizit nennt; angesprochen wird die Förderung von Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung. Nach Auskunft der Landesregierung ist die rechtliche Förderfähigkeit von Baumaßnahmen im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten aus dem ELER nach Vorgesprächen mit der Europäischen Kommission geklärt.

Von den weiteren Maßnahmen im Schwerpunkt 3 nehmen das Netzwerk NATURA 2000, die Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser und die Umsetzung WRRL – Kulturerbe einen vergleichsweise großen finanziellen Raum ein. Das entspricht zum Teil übergeordneten Pflichtaufgaben und zum anderen Teil der Vorstellung, die Grundversorgung im ländlichen Raum zu stärken und damit zur Verbesserung der Lebensqualität beizutragen.

Die Umsetzung von LEADER-Maßnahmen soll nach den Vorgaben der ELER-Verordnung künftig mindestens 5 % der gesamten Finanzbeteiligung des Fonds umfassen und kann über Maßnahmen der drei diskutierten Schwerpunkte erfolgen. Darüber hinaus wird der Förderung der Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien und des Regionalmanagements eine besondere Bedeutung beigemessen. Diese Vorgehensweise des Landes erscheint angemessen.

Grundsätzlich sind auch die LEADER-Aktivitäten an den beiden landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung sowie in Bezug auf die drei Schwerpunktziele zu bewerten. Wissenschaftliche Analysen zeigen, dass bei einem Bottom-Up-Ansatz und damit der Delegation von Entscheidungen auf die lokale Ebene die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungssituation besonders unterstützt werden können (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2003; GEIßENDÖRFER et al. 1998). Das zeigen auch Erfahrungen zum Bundesförderinstrumentarium Regionen Aktiv (ELBE 2006; NOLEPPA 2005). Daraus folgt, dass LEADER-Maßnahmen in der Programmplanung zum ELER des Bundeslandes Sachsen-Anhalt eine besondere Bedeutung zukommen sollte. Nach den vorliegenden Informationen ist bislang noch nicht vollends erkennbar, wie entsprechende Maßnahmen formuliert und umgesetzt werden sollen.

Zu begrüßen ist schließlich, dass die Programmplanung dem Instrument der Technischen Hilfe mit 4,0 % des gesamten Finanzvolumens einen besonderen Stellenwert gibt und mit der Planung die vorgegebene Obergrenze ausschöpft. Angesichts der zunehmenden Komplexität strukturpolitischer Aufgaben und der Dimension der landespolitischen Probleme ist der Unterstützung durch externes Know-how ein zweckmäßiges Vorgehen.

Die beschriebene Schwerpunktsetzung und die Planung von Maßnahmen berücksichtigen auch Empfehlungen, die für die ablaufende Förderperiode gemacht worden sind (vgl. ISW 2005). Diesen Empfehlungen folgend verzichtet das Bundesland Sachsen-Anhalt auf die Maßnahme Junglandwirteförderung, und sie räumt der naturnahen Waldbewirtschaftung einen angemessenen Stellenwert ein. Das Land versucht darüber hinaus, durch geeignete Maßnahmen die Attraktivität des ländlichen Raums zu erhalten und dessen Ausgleichs- und Erholungsfunktion zu stärken sowie regionale Entwicklungspotenziale, beispielsweise über den LEADER-Ansatz, verstärkt zu nutzen. Der ebenfalls empfohlenen Erschließung von Beschäftigungs- und Einkommensalternativen außerhalb des Agrarsektors wird aus den

oben genannten Gründen weniger Priorität eingeräumt. Die auch empfohlene und eigentlich notwendige aktive Gestaltung von Schrumpfungsprozessen im ländlichen Raum und die Weiterentwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge sind in der neuen Programmplanung unterrepräsentiert. Dies ist bedauerlich, aber verständlich, weil der politische Handlungsspielraum durch übergeordnete Vorgaben und Haushaltsrestriktionen stark eingeschränkt ist.

Betrachtet man abschließend das geplante Finanzvolumen zu den drei grundlegenden Schwerpunkten, so orientiert sich die Aufteilung im Wesentlichen an der Planungsvariante 3, die der allgemeinen Förderstrategie zugrunde liegt und die primär auf Wachstum und Beschäftigung unter stärkerer Beachtung von Infrastruktur ausgerichtet ist; zudem berücksichtigt sie die ELER-spezifischen Vorgaben und Restriktionen. In Bezug auf das Schwerpunktziel 2 „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ wird nur wenig mehr als das geforderte Finanzvolumen geplant, und das entspricht dem Ergebnis der sozio-ökonomischen Analyse, nach der im Bundesland Sachsen-Anhalt Handlungsbedarf im Umweltbereich weniger gesehen wird als bei den wachstums- und beschäftigungspolitischen Problemen. Die finanzielle Ausstattung der Schwerpunkte 1 und 3 erscheint insgesamt angemessen und ausgewogen. Der Schwerpunkt 1 ist eher sektoral orientiert, doch können von den Maßnahmen durchaus Impulse für Wachstum und Beschäftigung im Land ausgehen. Andererseits verspricht die raumbezogene Orientierung der Förderung im Schwerpunkt 3 positive Effekte für die landespolitischen Oberziele.

3.3 Beurteilung der Kohärenz der Strategie mit regionalen und nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft (Modul 3)

Im Bundesland Sachsen-Anhalt erfolgt der Einsatz des ELER im Rahmen der Politik für den ländlichen Raum der EU, d.h. der so genannten 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. Zudem sind Bezüge zur europäischen Strukturpolitik gegeben. Auf der Ebene des Bundeslandes Sachsen-Anhalt besteht darüber hinaus ein enger Bezug zur Agrarstrukturpolitik

und zur Politik für den ländlichen Raum auf Bundesebene, insbesondere zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Vor diesem Hintergrund einer vertikalen Mehr-Ebenen-Politik können Effizienz- und Reibungsverluste nur vermieden werden, wenn die Referenzsysteme auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene miteinander kompatibel sind und somit eine externe Politikkohärenz gegeben ist. Dies gilt es hier zu bewerten.

Das politische Referenzsystem der EU schlägt sich zum einen in den Prioritäten der Gemeinschaft nieder; zum anderen sollen die finanziellen Ressourcen des ELER entsprechend den Strategischen Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums im Programmplanungszeitraum 2007-2013 eingesetzt werden.

Die Gipfeltreffen in Lissabon 2000 und Göteborg 2001 haben das Wachstums- und Beschäftigungsanliegen sowie den nachhaltigen Umweltschutz hervorgehoben. Und diese strategische Orientierung auf Wachstum und Beschäftigung, Entwicklung einer wissens- und innovationsbasierten Wettbewerbsfähigkeit sowie Nachhaltigkeit ist erneut auf der Tagung des Europäischen Rates 2005 und mit dem „Dreijahresplan für Wachstum und Beschäftigung“ bekräftigt worden.

Der ELER ist vor diesem Hintergrund ausgerichtet auf eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums in der Gemeinschaft und soll damit die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik der Gemeinschaft ergänzen bzw. flankieren. Wenn wirtschaftliches Wachstum der Ansatzpunkt ist für einen Abbau von Disparitäten im ländlichen Raum und damit die Basis für eine nachhaltige ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung legt, wird die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft durch den ELER einen Beitrag zur Umsetzung der Lissabon-Strategie leisten (vgl. FISCHER BOEL 2005), und es werden Verbesserungen der Umwelt und des ländlichen Lebensraums im Sinne der Göteborg-Strategie erzielt werden können.

Es ist zu prüfen, ob und wie sich das Bundesland Sachsen-Anhalt an den damit verbundenen strategischen Leitlinien der Gemeinschaft orientiert und kohärent im Sinne der Zielformulierung vorgeht. Die folgende Abbildung 11 verdeutlicht die Zielsetzungen der EU und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Abbildung 2: Zielstrukturen zum ELER in der EU und Sachsen-Anhalt

	Europäische Union	Sachsen-Anhalt	Kommentar
Übergeordnete Ziele	<u>Übergeordnete Prioritäten:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Konvergenz ▪ Wettbewerbsfähigkeit ▪ Beschäftigung 	<u>Landespolitische Oberziele:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes ▪ Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Arbeitsmarktlage 	Die landespolitischen Oberziele stimmen de facto mit den übergeordneten Prioritäten der EU überein.
Strategische Ziele	<u>Strategische Leitlinien:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Forstsektors ▪ Verbesserung von Umwelt und Landschaft ▪ Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft ▪ Aufbau lokaler Prioritäten für Beschäftigung und Diversifizierung ▪ Gewährleistung einer kohärenten Programmplanung ▪ Komplementarität zwischen den Gemeinschaftsinstrumenten 	<u>Strategieschwerpunkte:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschung, Entwicklung und Innovation ▪ Bildung ▪ Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen 	Die landespolitisch definierten Strategieschwerpunkte sind in der Lage, maßgeblich zur Umsetzung der strategischen Leitlinien der EU beizutragen.
ELER-spezifische Ziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft ▪ Verbesserung der Umwelt und der Landschaft ▪ Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft 	<u>EPLR-Schwerpunkte:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft ▪ Verbesserung der Umwelt und der Landschaft ▪ Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft 	Die mit den EPLR-Schwerpunkten verbundenen Zielsetzungen sind identisch mit den ELER-spezifischen Zielen und tragen ebenfalls zur Erreichung der strategischen Ziele in der EU und im Land bei.

Quelle: Eigene Darstellung nach RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2005, 2006), LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006) und MLU (2006).

In den Strategischen Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raums orientiert die Gemeinschaft auf Kernaktionen zur Umsetzung der genannten übergeordneten Prioritäten. Bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit des Agrar- und Forstsektors sind Wissenstransfer, Modernisierung, Innovation und Qualität in der Lebensmittelkette sowie Investitionen in Sach- und Humankapital prioritär für den Mitteleinsatz. Für die Verbesserung von Umwelt und Landschaft sind die Förderung von Umweltleistungen und artgerechter Tierhaltung, die Erhaltung der Kulturlandschaft und der Wälder oder der ökologische Landbau als solche Kernaktionen definiert. Zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum wird von der Gemeinschaft u.a. Priorität für Maßnahmen für Wachstum, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum, die Neubelebung der Dörfer, die Ausbildung junger Menschen oder die Modernisierung der örtlichen Infrastruktur gefordert. Besonderer Wert wird darauf gelegt, über die Erschließung endogenen Entwicklungspotenzials und integrierter Ansätze die genannten Ziele Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Lebensqualität und Diversifizierung zu kombinieren.

Der Entwurf für das EPLR im Bundesland Sachsen-Anhalt lässt erkennen, dass die Programmplanung des Landes wesentliche von der EU vorgeschlagene Kernaktionen aufgreift und somit externe Kohärenz gegeben ist.

Der „Nationale Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume“ (BUNDESREGIERUNG 2006a) und die „Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume“ (BUNDESREGIERUNG 2006b) sind wesentliche Elemente, die zum einen die Kohärenz zwischen der Politik der Gemeinschaft und der nationalen Politik für den ländlichen Raum sicherstellen sollen, zum anderen als Referenzsystem dienen, um Kohärenz zwischen der nationalen Strategie und den Strategien der Bundesländer, hier der Strategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, zur Entwicklung der ländlichen Räume zu erreichen.

Der Nationale Strategieplan zielt auf eine multifunktionale, nachhaltige und wettbewerbsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie vitale ländliche Räume in den Regionen in Deutschland ab. Ausdrücklich wird darauf orientiert, die regional unterschiedlichen Stärken und Schwächen durch eine entsprechende Balance innerhalb und zwischen den Schwerpunkten zu berücksichtigen. Der Nationale Strategieplan zur Umsetzung des ELER bzw. der entsprechenden Verordnung verfolgt nachstehende schwerpunktübergreifende Ziele:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Erschließung neuer Einkommenspotenziale sowie Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen innerhalb und außerhalb der Land- und Forstwirtschaft,
- Verbesserung des Bildungsstandes, der Kompetenz und des Innovationspotenzials,
- Stärkung des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes sowie Verbesserung der Produktqualität,
- Sicherung und Entwicklung der Kulturlandschaften vor allem durch Landbewirtschaftung und
- Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum.

Zur Verfolgung oben genannter Ziele legt der Nationale Strategieplan den inhaltlichen Schwerpunkt auf folgende Maßnahmen:

- Förderung von Investitionen innerhalb und außerhalb der Land- und Forstwirtschaft,
- freiwillige Agrar- und Waldumweltmaßnahmen,
- Ausgleichszulagen für naturbedingte Nachteile und ordnungsrechtliche Beschränkungen,
- Informations-, Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen und
- sektorübergreifende Entwicklungsstrategien.

Dieses strategische Gesamtkonzept wird zusätzlich unterlegt durch eine Konkretisierung der Zielsetzungen auf Ebene der Schwerpunkte des ELER. Diese Zielstrukturen des Bundes sind zusammen mit den Zielstrukturen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt in der Abbildung 12 dargestellt.

Es zeigt sich, dass die vorgesehene Zielstruktur und mehr noch das Maßnahmespektrum zur Umsetzung der ELER-Verordnung im Bundesland Sachsen-Anhalt kongruent zur nationalen Gesamtstrategie ist, was positive Synergien in den auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Förderstrategien erwarten lässt. Insbesondere werden die in der nationalen Rahmenregelung vorgesehenen Maßnahmen in die Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt integriert, so dass Kohärenz zwischen regionaler und nationaler Förderstrategie für diesen Bereich der Entwicklung der ländlichen Räume besteht.

Die Nationale Rahmenregelung für Deutschland greift alle in der Abbildung 12 genannten Ziele und Schwerpunkte auf. Als länderübergreifendes Instrument zur Koordinierung und Finanzierung zentraler Maßnahmen zur Umsetzung der Nationalen Strategie über die Programme der Bundesländer setzt sie jedoch einen eindeutigen inhaltlichen Schwerpunkt im Bereich der Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur. Schaut man sich die vorgesehenen Maßnahmen im Bundesland Sachsen-Anhalt an, so scheint offensichtlich, dass auch hier die Förderung der Agrarstruktur ein wesentlicher Schwerpunkt ist.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass Kohärenzprobleme zu anderen regionalen Politiken nicht identifiziert wurden.

Abbildung 3: Zielstrukturen zum ELER in Deutschland und Sachsen-Anhalt

	Deutschland	Sachsen-Anhalt	Kommen- tar
Strate- gische Ziele	<u>Schwerpunktübergreifende Ziele:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wettbewerbsfähigkeit; Einkommenspotenziale; Arbeitsplätze ▪ Bildungsstand; Kompetenz; Innovationspotenzial ▪ Umwelt-, Natur- und Tierschutz; Produktqualität ▪ Kulturlandschaften ▪ Lebensqualität im ländlichen Raum 	<u>Strategieschwerpunkte:</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschung, Entwicklung und Innovation ▪ Bildung ▪ Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen 	Die im EPLR ersichtliche Orientierung auf schwerpunkt-spezifische Ziele und das gesamte Maßnahmen-bündel zum EPLR garantieren externe Kohärenz mit dem nationalen Referenzsystem.
ELER- spezi- fische Ziele	<u>Schwerpunkt 1:</u> Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung von Produktivität und Rentabilität in der Land- und Forstwirtschaft ▪ Verbesserung der Absatzmöglichkeiten und der Marktstruktur ▪ Verbesserung der Produktqualität ▪ Verbesserung des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes ▪ Verbesserung des Küsten- und Hochwasserschutzes 	<u>Schwerpunkt 1 des EPLR:</u> Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft	
	<u>Schwerpunkt 2:</u> Verbesserung der Umwelt und der Landschaft: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung und Verbesserung des Zustandes bzw. der Vielfalt an natürlichen bzw. schutzwürdigen Lebensräumen und heimischen Tier- und Pflanzenarten (Biodiversität) ▪ Vermeidung bzw. Reduzierung von Emissionen, unerwünschten Stoffeinträgen und Beeinträchtigungen von Boden, Wasser und Luft (Wasser-, Boden und Klimaschutz) ▪ Aufrechterhaltung einer möglichst flächendeckenden, nachhaltigen Landbewirtschaftung ▪ Ausbau einer umwelt- und besonders artgerechten landwirtschaftlichen Nutztierhaltung ▪ Erhöhung der Stabilität und der Naturnähe der Wälder 	<u>Schwerpunkt 2 des EPLR:</u> Verbesserung der Umwelt und der Landschaft	
	<u>Schwerpunkt 3:</u> Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen ▪ Sicherung und Verbesserung von Lebensqualität und Zukunftsperspektiven ▪ Erhaltung bzw. Herstellung der Mindestversorgung mit Gütern und Dienstleistungen ▪ Erhaltung und ggf. Wiederherstellung des ländlichen Natur- und Kulturerbes ▪ Erhaltung und Verbesserung des Freizeit- und Erholungswertes ländlicher Räume 	<u>Schwerpunkt 3 des EPLR:</u> Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft	

Quelle: Eigene Darstellung nach BUNDESREGIERUNG (2006a, b), LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006) und MLU (2006).

3.4 Bewertung der quantifizierten Zielvorgaben und Bewertung der erwarteten Auswirkungen (Modul 4)

In der Programmplanung für die EU-Fonds gehört die Festlegung von messbaren Zielen zu den wichtigen, aber auch zu den komplizierten Aufgaben. Die Quantifizierung von Zielen ist notwendig, um den späteren Zielerreichungsgrad messen und die Effizienz und Effektivität eines Programms bewerten zu können (vgl. UNTIEDT 2006). Für diese Bemessung kommt Indikatoren, die geeignet sind, den beabsichtigten und realisierten Zielerreichungsgrad darzustellen, eine besondere Bedeutung zu. Hinsichtlich des ELER und der Programmierung seiner Umsetzung auf regionaler Ebene hat die Europäische Kommission vergleichsweise genaue Vorstellungen darüber, welche Indikatoren hierzu geeignet und wie diese zu spezifizieren sind (DIRECTORATE GENERAL FOR AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT 2006; EUROPÄISCHE KOMMISSION 2006).

Grundsätzlich lassen sich vier Arten von Indikatoren und mit ihnen verknüpfte quantifizierbare Zielvorgaben unterscheiden. Die beiden ersten Gruppen von Indikatoren sollen den Förderverlauf dokumentieren und werden konkret als Input- bzw. Outputindikatoren bezeichnet; zwei weitere Gruppen von Indikatoren sollen den Politikerfolg messen und werden als Ergebnis- bzw. Wirkungsindikatoren bezeichnet. Inputindikatoren beschreiben insbesondere das Finanzvolumen, das eine Fördermaßnahme im Rahmen eines Programms umfasst. Outputindikatoren hingegen messen den direkten Beitrag, den eine Maßnahme zur Erreichung der operationellen Ziele dieser Maßnahme selbst oder eines Programms leistet. Ergebnisindikatoren sollen im Verständnis der EU den Beitrag eines Programms bzw. seiner Maßnahmen und Schwerpunkte zu den spezifischen Programmzielen messen, und Wirkungsindikatoren schließlich kommt die Aufgabe zu, den Beitrag zu den Oberzielen des Programms und seiner Bausteine zu messen.

In einem langfristigen Prozess hat sich in der EU und auch im Bundesland Sachsen-Anhalt ein auf Input- und Outputindikatoren beruhendes System zur Steuerung und Begleitung von Programmen entwickelt, das sehr detailliert war und versucht hat, neben wichtigen auch vergleichsweise weniger bedeutende Informationen der Programmimplementierung zu erfassen. Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat sich nunmehr entschlossen, dieses Indikatorensystem auf das Wesentliche zu beschränken, d.h. auf solche Indikatoren, die tatsächlich für die Steuerung und das begleitende Monitoring notwendig sind. Diese Reduzierung auf das eigentlich Notwendige und nicht auf das verwaltungstechnisch Mögliche soll positiv hervorgehoben werden.

Konkret konzentriert sich das Land mit Bezug auf die Inputindikatoren auf die Messung von finanziellen Bewilligungen auf der einen Seite und den Abfluss der verplanten und bewilligten Finanzmittel im Rahmen eines Soll-Ist-Vergleichs im Zeitablauf auf der anderen Seite. Im Hinblick auf die Outputindikatoren werden den einzelnen Maßnahmen des EPLR verschiedene Indikatoren zugewiesen. In der Regel wird zu jeder Maßnahme die Zahl der geförderten Vorhaben erfasst; denn dieser einfache erste Outputindikator muss allein aus statistischen Erwägungen im Indikatorensystem enthalten sein. Hinzu kommen weitere maßnahmenspezifische Outputindikatoren, deren Definition sich nur zum Teil an die Vor-

gaben gemäß DIRECTORATE GENERAL FOR AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT (2006) anlehnt. Es stellt sich die Frage, ob eine Formulierung und Nutzung von Outputindikatoren, die über die Vorgaben der Europäischen Kommission hinausgeht, erforderlich und sinnvoll ist.

Zu einer Vielzahl definierter Outputindikatoren im Rahmen des EPLR für das Bundesland Sachsen-Anhalt sind quantifizierte Zielwerte angegeben. In ihrer Gesamtheit sind diese Zielwerte anspruchsvoll, aber auch realistisch formuliert.

Die meisten der gewählten Input- und Outputindikatoren können als „SMART“³ bezeichnet werden: Sie sind theoretisch und praktisch relevant, sie sind zuverlässig und eindeutig zu interpretieren, zudem können die Daten zu diesen Indikatoren vergleichsweise einfach, zeitnah und zu angemessenen Kosten erhoben werden. Bei nicht „smarten“ Indikatoren sollte allerdings eine Streichung erwogen werden. Grundsätzlich würde dann das Bundesland Sachsen-Anhalt der vielfach ausgesprochenen Forderung gerecht werden, dass nur solche Daten zur Steuerung und Begleitung von wirtschaftlicher und ländlicher Entwicklung erhoben werden, die auch kontrollierbar sind und zweckmäßig genutzt werden (vgl. FORSTNER et al. 2004).

Die derzeit vorliegende Beschreibung auf der Maßnahmenebene zum EPLR enthält eine Reihe von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren. Diese Indikatoren sind jedoch nur im Einzelfall geeignet, den Beitrag zu den drei schwerpunktspezifischen Zielen „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft“, „Verbesserung der Umwelt und der Landschaft“ und „Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und der Diversifizierung der Wirtschaft“ sowie zu den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung zu messen. Das liegt einmal daran, dass viele dieser Indikatoren eigentlich Output- und nicht Ergebnis- und Wirkungsindikatoren sind; zum anderen ist bei einzelnen Indikatoren Validität, Zeitnähe und Kosteneffizienz schwer zu erreichen.

Grundsätzlich ist es bedauerlich, dass geeigneten Ergebnis- und Wirkungsindikatoren bislang nur eine unzureichende Bedeutung zugemessen worden ist; denn die Wirkung einzelner Maßnahmen bzw. Programme auf verfolgte Ziele steht doch eigentlich im Mittelpunkt der Bewertung und sollte die entscheidende Grundlage für die Entwicklung von Förderstrategien sein. Interessant ist, dass solche Indikatoren in der ablaufenden Förderperiode offenbar nicht vermisst worden sind (vgl. UNTIEDT 2006).

Die Europäische Kommission verlangt nunmehr verstärkt entsprechende Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, was sicherlich eine Herausforderung für das Bundesland Sachsen-Anhalt darstellt. Andererseits ist es nur folgerichtig, wenn das Land stärker auf Ergebnis- und Wirkungsindikatoren fokussiert, um die Qualität der Programmplanung und die Zielerreichung weiter zu erhöhen. Zudem verfügt das Land bereits über Erfahrungen bei der Ent-

³ SMART ist ein Akronym für „specific“, „measurable“, „achievable“, „relevant“ und „timely“ und dient vorrangig im Projekt- und Programmmanagement zur eindeutigen Definition von Zielen bzw. ihnen zugeordneten Indikatoren.

wicklung solcher Indikatoren, so dass die zu leistende Aufgabe bei entsprechender Unterstützung zu bewältigen ist.

So wichtig die weitergehende Nutzung von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren für eine fundierte Programmierung und Evaluierung von Fördermaßnahmen ist, so ist doch anzumerken, dass die Ermittlung entsprechender Indikatoren erheblichen methodischen Aufwand verursachen kann. Hier ist deshalb zwischen dem Nutzen einzelner Indikatoren und den Kosten für deren Ermittlung abzuwägen. Es kommt nicht auf die Darstellung eines umfangreichen Indikatorensystems an, sondern auf die Fokussierung auf wenige Indikatoren, die die Zielsetzungen des Landes bestmöglich erfassen. Das kann durch die Bündelung entsprechenden Fachwissens der Landesverwaltung selbst erfolgen, verlangt aber auch die Einbindung entsprechenden Expertenwissens und wissenschaftliche Entscheidungsunterstützung.

Unabhängig von der erforderlichen Weiterentwicklung von Indikatoren im Ergebnis- und Wirkungsbereich kann das Bundesland Sachsen-Anhalt bei der laufenden Programmplanung auf Analysen zurückgreifen, die eine erste Einschätzung der Wirkung von Programmen ermöglicht. GEFRA und ESRI (2006) zufolge wird bei einer auf Wachstum und Infrastruktur ausgerichteten Förderpolitik (vgl. die im Kapitel 2 dargestellte Variante 3) der Beitrag des ELER zum Wachstum von anfänglich etwa 0,3 % Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt auf bis 0,4 % Zuwachs zum Ende der Förderung steigen. Und mit Bezug auf die Beschäftigung würde der ELER einen Zuwachs von 0,4 % im Zeitraum 2007-2013 bewirken. Dieses ist zum Mindesten eine Grundlage für die Einschätzung von Politikwirkungen, die noch weiter ausgebaut werden muss.

3.5 Bewertung des vorgeschlagenen Durchführungssystems (Modul 5)

Das Bundesland Sachsen-Anhalt verfügt über ein bewährtes und erprobtes Durchführungssystem. Die Zuweisung der Verantwortlichkeiten im EPLR hinsichtlich der Programmierung, der Durchführung, des Begleit- und Kontrollsystems des Monitoring und der Bewertung entsprechen den Vorgaben der Europäischen Kommission (vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2005).

Es wird die Verwaltungsbehörde ELER benannt – (Referat 53, Abteilung 5 des MLU Sachsen-Anhalt), und deren Aufgaben werden klar beschrieben. Da diese Beschreibung in Übereinstimmung mit Artikel 75 der ELER-Verordnung erfolgt, ist davon auszugehen, dass die Verwaltungsbehörde ihrer Verantwortung für eine effiziente, wirksame und ordnungsgemäße Verwaltung und Durchführung des EPLR nachkommen wird. Das betrifft im Besonderen die Aufgaben im Hinblick auf die Organisation der Vorhabensauswahl, die Aufzeichnung und Erfassung der Buchführungsdaten und die Buchführung insgesamt, die Datenbereitstellung, die Begleitung und Bewertung, die Leitung und Unterrichtung des Regionalen Begleitausschusses ELER, die Information und Publizität – hier vor allem auch die Berichterstattung an die Europäische Kommission und die Informationsbereitstellung für die Zahlstelle –, die Unterstützung der LEADER-Aktionsgruppen und die Regeln für die Zuschussfähigkeit der Ausgaben.

Auch im Hinblick auf die zugelassene Zahlstelle, die zwischengeschalteten Stellen, die Bescheinigungs- und Prüfstellen sowie den Begleitausschuss kann konstatiert werden, dass das vorgeschlagene Durchführungssystem im Wesentlichen den Vorgaben der Europäischen Kommission folgt.

Die diversen Aufgabenbeschreibungen sowie die Vorgaben zur Organisations- und Kommunikationsstruktur im Bundesland Sachsen-Anhalt in Bezug auf das EPLR lassen eine funktionsfähige Kommunikation und Arbeitsteilung zwischen den beteiligten Institutionen erwarten.

Die mit der Durchführung der ELER-Fördermaßnahmen betrauten Stellen besitzen zudem ausreichende Verwaltungsressourcen. Diese werden sogar durch die übergreifende Programmplanung in der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt gestärkt, und eine solche Aufgaben- und Organisationsstruktur hilft, verwaltungstechnisch die Orientierung an fondsübergreifenden Zielen abzusichern.

Gleichwohl gilt es auf einige Aspekte aufmerksam zu machen, die noch einmal überdacht werden sollten:

- Obwohl die formalen Anforderungen an das EPLR hinsichtlich des Detaillierungsgrades der Darstellung und Beschreibung höher sind als in Bezug auf das OP für den EFRE und den ESF, so ist doch zu fragen, ob im vorliegenden Entwurf nicht zu viele Einzelheiten genannt werden, die eigentlich nicht der Europäischen Kommission zur Abstimmung vorgelegt werden müssen.
- Die Verwaltungsbehörde ELER beabsichtigt, das so genannte elektronische Datenbanksystem Profil-CS zu benutzen. Auf Bewährtes zu setzen, macht Sinn, aber es sollte sichergestellt werden, dass die mit diesem System erfassten Daten auch im EFRE- und ESF-Kontext, dem das Datenbanksystem efREporter zugrunde liegt, genutzt werden können und umgekehrt. Noch besser wäre es freilich, für den ELER, den EFRE und den ESF das gleiche System zu verwenden.
- Ein wesentliches und zu würdigendes Kennzeichen der Programmplanung im Bundesland Sachsen-Anhalt ist der fondsübergreifende Ansatz. Die fondsübergreifende Sicht ist natürlich auch für die Umsetzung der Programme von besonderer Bedeutung. Hier fällt in der Beschreibung des Durchführungssystems für den ELER auf, dass dieser übergreifende Aspekt kaum thematisiert wird.

Nach den vorliegenden Informationen zum Überwachungs-, Bewertungs- und Begleitsystem werden keine Probleme bei dieser speziellen Komponente des Durchführungssystems gesehen. Das System hat sich in den zurückliegenden Förderperioden bewährt und als anpassungsfähig erwiesen. Zudem ist bekannt, dass gerade das Bundesland Sachsen-Anhalt erfolgreich Experten für die Schulung anderer Regionen – insbesondere in den neuen EU-Mitgliedstaaten – im Hinblick auf Verwaltungs- und Durchführungssysteme im Kontext der EU-Agrarpolitik und der Politik für den ländlichen Raum bereitgestellt hat.

Vor diesem Hintergrund kann davon ausgegangen werden, dass die Sammlung, Verarbeitung und Verteilung von Daten zwischen Verwaltungsbehörde, zwischengeschalteten Stellen, Bescheinigungsbehörden und Zahlstellen sowie den übrigen Akteuren (z.B. Begleitausschuss) effizient und zweckmäßig erfolgen wird. Dies gilt zumal, weil das Monitoringssystem des Landes für den ELER auf einer Datenbank beruht, die standardisiert die Steuerung und Begleitung der Umsetzung der Programmplanung ermöglicht. Die Vorgaben zur standardisierten Steuerung werden sicherstellen, dass die Planwerte mit den Bewilligungs- und Zahlungswerten sowie den materiellen Indikatoren laufend verglichen und abgestimmt werden können. Dies wird sowohl ein finanzielles Monitoring als auch eine zeitnahe Überwachung der inhaltlichen Ziele erlauben. Insofern dürfte das System in der Lage sein, flexibel auf mögliche ungeplante Entwicklungen zu reagieren.

Es ist zudem zu erwarten, dass für Bewertungen und bei bestimmten Kontrollaufgaben auf Externe zurückgegriffen wird. Somit wird beim Begleitsystem auf interne Verwaltungsressourcen und beim Bewertungs- und Kontrollsystem auf externe Ressourcen zurückgegriffen. Dies trägt den unterschiedlichen Aufgaben von Begleitung und Bewertung Rechnung (vgl. FORSTNER et al. 2004), und die Nutzung externer Ressourcen schützt vor „Betriebsblindheit“.

Die vorliegenden Maßnahmenbeschreibungen sind, wo nicht schon geschehen, noch weiter zu verbessern. Insbesondere sollte überprüft werden, ob alle mit dem Programmplanungsdokument obligatorisch geforderten Informationen enthalten sind. Dies gilt besonders für die Abgrenzung einzelner Maßnahmen, etwa für die Finanzierung des Hochwasserschutzes, die Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen und Investitionen im Bereich von Kindertagesstätten im Rahmen des EFRE und ELER.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass einige zusätzliche wesentliche Bewertungen zum Durchführungssystem im Rahmen der Bewertung der allgemeinen Förderstrategie gegeben werden (vgl. Kapitel 6.5). Diese fondsübergreifenden Argumente stützen sich vor allem auch auf Erfahrungen aus der ablaufenden Förderperiode bzw. generieren ihren Gehalt aus Erkenntnissen, die während der Begutachtung des gesamten vorhandenen Materials gewonnen wurden.

3.6 Zusammenfassung (Modul 6)

Die durchgeführte Ex-Ante-Evaluierung des EPLR für das Bundesland Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2007-2013 bestätigt, dass die Programmplanung zum ELER im Land weit fortgeschritten ist. Im Folgenden werden die während der Bewertung gewonnenen Erkenntnisse noch einmal zusammengefasst und es werden weiterführende programmspezifische Empfehlungen ausgesprochen, die bei der andauernden Programmplanung durch die Landesregierung Sachsen-Anhalt noch Berücksichtigung finden sollten. Im Kapitel 4.6 werden darüber hinaus fonds- bzw. programmübergreifende Empfehlungen für die weitere Programmplanung gegeben. Auch diese sollten bei der Programmplanung für das EPLR berücksichtigt werden.

Modul 1: Bewertung der sozio-ökonomischen Analyse und der Relevanz der Strategie für den ermittelten Bedarf

Zusammenfassend kann man hinsichtlich der sozio-ökonomischen Analyse für das Bundesland Sachsen-Anhalt feststellen, dass viele wesentliche Strukturdaten, Potenzialfaktoren und finanzielle Restriktionen sowie Stärken und Schwächen der Region benannt und detailliert beschrieben werden und somit alle notwendigen Informationen für die Strategieentwicklung enthalten sind. Die Analyse beschreibt ausreichend klar und detailliert Herausforderungen, Risiken, Bedarfsanforderungen und Triebkräfte für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie den ländlichen Raum im Bundesland Sachsen-Anhalt. Dabei werden inhaltlich wesentliche Schwächen angesprochen, aber auch die besonderen Stärken des Landes aufgezeigt.

Die Analyse ist im Wesentlichen nachvollziehbar und beschreibt zentrale Anpassungsprobleme der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie im ländlichen Raum. Darüber hinaus werden die Bereiche mit besonderen Entwicklungschancen hervorgehoben. Allerdings ist zu empfehlen, die besonderen Anpassungserfordernisse für den Agrarsektor im Zuge der EU-Agrarreform noch stärker zu betonen.

Für den Förderbedarf im Rahmen der EU-Fonds und auch für den ELER wird eine zentrale Schlussfolgerung gezogen: Handlungsbedarf bestehe insbesondere in Bezug auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungsrückstände und weniger im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz. Das ist die wesentliche Botschaft der Analyse und diese Schlussfolgerung ist auf der Grundlage der durchgeführten Analyse nachvollziehbar und konsequent.

Der in der Analyse ermittelte Bedarf wird durch die vorliegende fondsübergreifende Strategie in wesentlichen Bereichen aufgegriffen. Mit den Oberzielen Wachstum und Beschäftigung werden Bedarfsanforderungen, wie z.B. der Abbau von Produktivitätsdefiziten und Einkommensdisparitäten, die Verbreiterung der ernährungswirtschaftlichen Basis und die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, bedient. Die Strategieschwerpunkte „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Bildung“ sowie „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen“ berücksichtigen zudem Zielbeiträge hinsichtlich solcher Herausforderungen wie die Verbesserung der Innovationsperformance, den Abbau von Qualitätsdefiziten beim Humankapital oder die Verringerung von Mängeln in der Kapitalausstattung und bei der Liquidität. Schließlich berücksichtigt das strategische Querschnittsziel „Umwelt und Naturschutz“ weitere identifizierte Erfordernisse für den Agrarsektor und den ländlichen Raum im Bundesland Sachsen-Anhalt. Die Relevanz der fondsübergreifenden Strategie für den ermittelten Bedarf ist also grundsätzlich positiv zu bewerten.

Modul 2: Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie

In der Programmplanung für den ELER werden durch das Bundesland Sachsen-Anhalt die von der EU vorgegebenen Ziele direkt übernommen: Es geht um Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt und Landschaft, wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität. Diese konsequente Zielorientierung ist ein deutlicher Hinweis für eine gegebene allgemeine Relevanz des EPLR bzw. der damit verbundenen Strategie.

In Bezug auf den Schwerpunkt 1 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ können von einer Investitions- und Innovationsförderung in diesem Sektor durchaus positive Effekte für das Wachstum und die Beschäftigung im Bundesland Sachsen-Anhalt ausgehen, wenngleich eine sektorspezifische Investitionsförderung generell kritisch zu prüfen ist.

Der Hochwasserschutz ist zweifellos eine wichtige landespolitische Aufgabe, doch geht es bei dieser Maßnahme primär um Risikovorsorge und nur indirekt um die Ausrichtung auf die Oberziele Wachstum und Beschäftigung. Allerdings muss gesehen werden, dass die Finanzierung dieser Maßnahme im ELER komplementär zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung auch im ländlichen Raum insbesondere durch den EFRE erfolgt, so dass eine Bewertung einzelner Maßnahmen nur im Gesamtkontext möglich ist.

Im Rahmen des Schwerpunkts 1 ist die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen der Investitions- und Innovationsförderung in Bezug auf Produktivität und Wachstum entscheidend. Es wird empfohlen, vorhandene Wachstums- und Beschäftigungspotenziale konsequent zu nutzen, um hohe Zielbeiträge zu erreichen.

Der Schwerpunkt 2 „Verbesserung der Umwelt und Landschaft“ orientiert sich an dem Ziel der Verbesserung von Umwelt und Landschaft und ist deshalb naturgemäß nicht an den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet. Die Programmplanung in diesem Bereich verdeutlicht deshalb zum einen Vorgaben für die Umsetzung des ELER, die das Land einzuhalten hat, und zum anderen macht sie den Zielkonflikt zwischen den Oberzielen Wachstum und Beschäftigung und dem Querschnittsziel Umwelt deutlich. Bei der Ausgleichszulage sollte geprüft werden, inwieweit diese Maßnahme des Schwerpunkts 2 noch stärker umweltpolitisch ausgerichtet werden könnte.

Die Programmplanung im Schwerpunkt 3 „Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ zielt neben den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung auf das spezifische Ziel der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum. Die Maßnahmen in diesem Schwerpunkt sind vor allem raumbezogen, weniger sektoral orientiert und können einen wirksamen

Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung von ländlichen Regionen leisten. Vor diesem Hintergrund sollte die Programmplanung und Maßnahmengestaltung konsequent an der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume orientiert sein.

Die beiden Maßnahmen Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen sowie Investitionen im Bereich Kindertagesstätten nehmen im Finanzvolumen des Schwerpunkts 3 einen erheblichen Raum ein. Diese Maßnahmen tragen ohne Zweifel zu einer Verbesserung der Wachstumschancen im ländlichen Raum bei, weil eine Erhöhung des Bildungsniveaus mittel- und langfristig das Wachstumspotenzial verbessert und bereits kurzfristig die Standortattraktivität erhöht wird. Unabhängig von der sachlichen Berechtigung der Förderung besteht Interpretationsbedarf. Nach Auskunft der Landesregierung ist jedoch die rechtliche Förderfähigkeit von Baumaßnahmen im Bereich der Schulen und Kindertagesstätten aus dem ELER geklärt.

Mehrere Maßnahmen im Schwerpunkt 3 sollen die Grundversorgung im ländlichen Raum stärken und damit zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Aus wirtschaftlicher Sicht, also zur Verwirklichung der landespolitischen Ziele Wachstum und Beschäftigung, wird empfohlen zu prüfen, ob das Land nicht noch stärker Maßnahmen zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft favorisieren und finanziell ausstatten könnte.

Der Förderung der Umsetzung von lokalen Entwicklungsstrategien und des Regionalmanagements im Rahmen von LEADER wird eine besondere Bedeutung beigemessen. Es wird empfohlen, deutlicher zu machen, wie der LEADER-Ansatz auf Maßnahmenebene formuliert und umgesetzt werden soll.

Die finanzielle Ausstattung der Schwerpunkte erscheint insgesamt ausgewogen. In Bezug auf den Schwerpunkt 2 wird nur wenig mehr als das geforderte Finanzvolumen geplant, und das entspricht dem Ergebnis der sozio-ökonomischen Analyse. Die Mittelaufteilung zwischen den Schwerpunkten 1 und 3 ist angemessen.

Modul 3: Bewertung der Kohärenz der Strategie mit regionalen und nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft

Der Entwurf für das EPLR im Bundesland Sachsen-Anhalt lässt erkennen, dass die Programmplanung des Landes wesentliche von der EU festgelegte bzw. vorgeschlagene übergeordnete, strategische und ELER-spezifische Ziele und Kernaktionen aufgreift und vor dem konkreten Landeshintergrund spezifiziert; somit ist externe Kohärenz mit den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft gegeben.

Es zeigt sich auch, dass die vorgesehene Zielstruktur und mehr noch das Maßnahmespektrum zur Umsetzung der ELER-Verordnung im Bundesland Sach-

sen-Anhalt kongruent zur nationalen Gesamtstrategie ist, was positive Synergien erwarten und schlussfolgern lässt, dass von Kohärenz zwischen regionaler und nationaler Förderstrategie für diesen Bereich der Entwicklung des Agrarsektors und der ländlichen Räume auszugehen ist.

Kohärenzprobleme zu anderen regionalen Politiken wurden nicht identifiziert.

Modul 4: Bewertung der quantifizierten Zielvorgaben und Bewertung der erwarteten Auswirkungen

Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat sich entschlossen, das bereits bestehende System von Input- und Outputindikatoren auf das Wesentliche und nicht auf das verwaltungstechnisch Mögliche zu reduzieren. Dieser Ansatz soll positiv hervorgehoben werden. Die einzelnen definierten Zielindikatoren und die ihnen jeweils zugeordneten quantifizierten Zielvorgaben sind relevant, jedoch auch anspruchsvoll formuliert. Es wird empfohlen zu prüfen, ob alle von der Europäischen Kommission verlangten Outputindikatoren Eingang in das Indikatorensystem gefunden haben.

Die derzeit vorliegende Beschreibung auf der Maßnahmenebene zum EPLR enthält eine Reihe von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren. Diese Indikatoren sind jedoch nur im Einzelfall geeignet, den Beitrag zu den fondsspezifischen Zielen und zu den landespolitischen Oberzielen Wachstum und Beschäftigung zu messen. Das liegt einmal daran, dass viele dieser Indikatoren eigentlich Output- und nicht Ergebnis- und Wirkungsindikatoren sind; zum anderen ist bei einzelnen Indikatoren Validität, Zeitnähe und Kosteneffizienz schwer zu erreichen. Grundsätzlich ist deshalb ein weitergehender und sachgerechter Ausbau der Formulierung und Nutzung von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren in der Programmplanung zu empfehlen.

So wichtig diese Perspektive für eine fundierte Programmierung und Evaluierung von Fördermaßnahmen ist, so ist doch anzumerken, dass die Ermittlung entsprechender Indikatoren erheblichen methodischen Aufwand verursachen kann. Hier ist deshalb zwischen dem Nutzen einzelner Indikatoren und den Kosten für deren Ermittlung abzuwägen. Die Weiterentwicklung des Indikatorensystems kann durch die Bündelung entsprechenden Fachwissens der Landesverwaltung selbst erfolgen, verlangt aber auch die Einbindung von Expertenwissen und wissenschaftliche Entscheidungsunterstützung.

Modul 5: Bewertung des vorgeschlagenen Durchführungssystems

Das Bundesland Sachsen-Anhalt verfügt über ein bewährtes und erprobtes Durchführungssystem. Die Zuweisung der Verantwortlichkeiten im EPLR hinsichtlich der Programmierung, der Durchführung, des Begleit- und Kontrollsystems des Monitoring und der Bewertung entsprechen den Vorgaben der Europäischen Kommission.

Die vorliegenden Informationen aus dem Entwurf des EPLR zum Kontroll- und Begleitsystem lassen erwarten, dass die Sammlung, Verarbeitung und Verteilung von Daten zwischen Verwaltungsbehörde, zwischengeschalteten Stellen, Bescheinigungsbehörde und Zahlstelle sowie den übrigen Akteuren effizient und zweckmäßig erfolgen wird. Dies gilt zumal, weil das Monitoringsystem des Landes für den ELER auf einer standardisierten Datenbank beruht.

4. Ex-Ante-Evaluierung der allgemeinen Förderstrategie

Im Kapitel 2 wurden bereits die Grundzüge der allgemeinen Förderstrategie dargestellt und Bewertungsfragen angesprochen. Nach der Ex-Ante-Evaluierung der fondsspezifischen Programme wird die Diskussion und Bewertung im Folgenden zusammenfassend dargestellt. Des Weiteren werden einige fondsübergreifende Bewertungen vorgenommen und Empfehlungen gegeben.

4.1 Bewertung der sozio-ökonomischen Analyse und der Relevanz der Strategie für den ermittelten Bedarf (Modul 1)

Die sozio-ökonomische Analyse für das Bundesland Sachsen-Anhalt benennt und beschreibt detailliert die wesentlichen Strukturdaten, Potenzialfaktoren und finanzielle Restriktionen sowie Stärken und Schwächen der Region. Sie beinhaltet damit alle notwendigen Informationen für die Strategieplanung. Die Analyse erfasst damit ausreichend klar Herausforderungen, Risiken, Bedarfsanforderungen und Triebkräfte für die strukturelle Entwicklung des Landes und benennt die relevanten Zielgruppen.

Für den Förderbedarf im Rahmen der EU-Fonds und somit für die allgemeine Förderstrategie des Landes wird eine zentrale Schlussfolgerung gezogen: Handlungsbedarf besteht insbesondere in Bezug auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungsrückstände und weniger im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz. Das ist die wesentliche Botschaft der Analyse und diese Schlussfolgerung ist auf der Grundlage der durchgeführten Analyse nachvollziehbar und konsequent.

Der in der Analyse ermittelte Bedarf wird durch die vorliegende fondsübergreifende Strategie in wesentlichen Bereichen aufgegriffen. Mit den Oberzielen Wachstum und Beschäftigung werden die Bedarfsanforderungen, wie z.B. der Abbau von Produktivitätsdefiziten und Einkommensdisparitäten, die Verbreiterung der wirtschaftlichen Basis und die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, bedient. Die Strategieschwerpunkten „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Bildung“ sowie „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen“ berücksichtigen zudem Zielbeiträge hinsichtlich solcher Herausforderungen wie die Verbesserung der Innovationsperformance, den Abbau von Qualitätsdefiziten beim Humankapital oder die Verringerung von Mängeln in der Kapitalausstattung und bei der Liquidität. Schließlich berücksichtigen strategische Querschnittsziele, wie etwa „Umwelt und Naturschutz“ und „Chancengleichheit“, weitere identifizierte Erfordernisse für das Bundesland Sachsen-Anhalt.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die sozio-ökonomische Analyse für das Bundesland Sachsen-Anhalt alle empirisch relevanten Zusammenhänge erfasst und aufbereitet.

4.2 Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie (Modul 2)

Die Landesregierung hat die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und die Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Arbeitsmarktlage als Oberziele für den Einsatz der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013 definiert. Dieses wird nachvollziehbar mit dem erheblichen ökonomischen Entwicklungsrückstand des Landes begründet, der im Rahmen der sozio-ökonomischen Analyse festgestellt wird. Hier bestehe deshalb ein ausgesprochen drängender und umfassender Handlungsbedarf, während ein vergleichbarer Entwicklungsrückstand im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes nicht gesehen wird. Diese grundlegende Zielorientierung des Landes auf Wachstum und Beschäftigung ist einleuchtend und positiv zu werten.

Vor diesem Hintergrund wurden für die Programmplanung zu den EU-Fonds drei fondsübergreifende Strategieschwerpunkte definiert: „Forschung, Entwicklung und Innovation“, „Bildung“ und „Investitionsförderung und Abbau von Finanzierungshemmnissen“. Grundsätzlich wird konstatiert, dass der Programmierungsansatz fondsübergreifend erfolgen soll und dass der EFRE, der ESF und der ELER zur Erreichung der drei Strategieschwerpunkte zusammenwirken sollen. Dieser übergreifende Ansatz ist zu begrüßen, weil er aus theoretischer Sicht Verzerrungen zu vermeiden sucht, die durch fondsbezogene Finanzierungsrestriktionen entstehen können.

Im Ergebnis verschiedener Modellrechnungen hat sich das Land entschlossen, bei der strategischen Ausrichtung von Programmen, Prioritätsachsen bzw. Schwerpunkten und Maßnahmen einer wachstumsorientierten Variante, die zusätzlich Infrastrukturaspekte berücksichtigt, höchste Priorität einzuräumen. Diese Ausrichtung ist konsequent und nachvollziehbar.

In der Programmplanung wurde schließlich ein Finanzierungsmix gefunden, der bereits in Abbildung 1 aufgezeigt wurde. Dieser Finanzierungsmix erscheint fondsübergreifend angemessen und ausgewogen.

Angesichts dieser fondsübergreifenden Programmplanung fügt sich die fondsspezifische Planung und Finanzierung für den EFRE, den ESF und den ELER in das Gesamtbild ein. In der Bewertung der Relevanz und der Gesamtkonsistenz der Strategie der einzelnen Fonds wird deshalb im Wesentlichen hervorgehoben, dass die spezifische Programmplanung kohärent ist mit der übergeordneten allgemeinen Förderstrategie.

Natürlich gibt es in der Programmplanung auch Zielkonflikte, die politisch entschieden werden müssen. So ist etwa der Hochwasserschutz zweifellos eine wichtige landespolitische Aufgabe, doch er dient vornehmlich der Risikovorsorge und hat mit der genannten Zielsetzung „Wachstum und Beschäftigung“ nur mittelbar zu tun. Dabei ist hervorzuheben, dass die Vermeidung von Risiken wie Überflutung gerade für das Bundesland Sachsen-Anhalt eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Auch bei der Investitions- und Innovationsförderung im Bundesland Sachsen-Anhalt sind Konflikte nicht zu vermeiden. Maßnahmen in diesem Bereich führen oftmals zu Produktivitätsschüben, die kurzfristige Beschäftigungsprobleme nach sich ziehen können. So wird es von der konkreten

Ausgestaltung der einzelnen Maßnahmen abhängen, ob diese Konflikte reduziert werden können oder eine übergeordnete Entscheidung zugunsten eines Ziels erforderlich ist. Schließlich zeigt die Ausgestaltung des ESF, dass bei einer grundsätzlich wachstumsorientierten Ausrichtung eine ebenso vorhandene sozialpolitische Komponente Konfliktpotenzial birgt. Insgesamt ist die Landesregierung Sachsen-Anhalt mit Zielkonflikten in transparenter Weise und verantwortungsbewusst umgegangen, wobei die grundsätzliche wachstums- und beschäftigungspolitische Ausrichtung im Vordergrund steht.

4.3 Beurteilung der Kohärenz der Strategie mit regionalen und nationalen Politiken und den strategischen Leitlinien der Gemeinschaft (Modul 3)

Die Gipfeltreffen in Lissabon 2000 und Göteborg 2001 haben das Wachstums- und Beschäftigungsanliegen sowie den nachhaltigen Umweltschutz hervorgehoben. Und diese strategische Orientierung auf Wachstum und Beschäftigung, Entwicklung einer wissens- und innovationsbasierten Wettbewerbsfähigkeit sowie Nachhaltigkeit ist erneut auf der Tagung des Europäischen Rates 2005 bekräftigt worden.

Wachstum und Beschäftigung spielen deshalb eine besondere Rolle in der europäischen Agenda, und die Fokussierung auf diese Ziele im Bundesland Sachsen-Anhalt unterstreicht die grundlegende Kohärenz der landesspezifischen Programmplanung im europäischen Rahmen. Diese spezifischen Bedingungen stellen eine angemessene und wirkungsvolle Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips dar und lassen zugleich deutliche Synergieeffekte erwarten. Trotz aller Übereinstimmung der grundlegenden Zielausrichtung finden sich in der Programmplanung für das Bundesland Sachsen-Anhalt landesspezifische Besonderheiten wider, so dass in diesem Sinne auch von einer gewissen Komplementarität zum generellen Vorgehen im europäischen Rahmen gesprochen werden kann.

Grundsätzlich ist die Programmplanung im Bundesland Sachsen-Anhalt auch kongruent zur nationalen Gesamtstrategie, was positive Synergien in den auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Förderstrategien erwarten lässt. Insbesondere werden die in der nationalen Rahmenregelung vorgesehenen Maßnahmen in die Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt integriert, so dass von Kohärenz zwischen regionaler und nationaler Förderstrategie auszugehen ist.

Angemerkt sei, dass in der Programmplanung Gender-Aspekte ausreichend gewürdigt werden. Zum einen werden spezifische geschlechtsspezifisch-sensible Maßnahmen geplant, z.B. die Unterstützung wissenschaftlicher Karrieren von Frauen und die Förderung der Chancengleichheit in Beruf und Bildung. Zum anderen wurde der so genannte Gender-Mainstreaming-Ansatz in die gesamte Programmplanung integriert.

Der Programmplanung im Bundesland Sachsen-Anhalt kann schließlich ein wesentlicher gemeinschaftlicher Mehrwert attestiert werden. Dieser Mehrwert wird insbesondere zu folgenden drei Punkten gesehen. Erstens ist die konsequente und methodische Orientierung der Programmplanung hervorzuheben, wobei auch die wissenschaftliche Unterstützung gesucht wird und in die Planung einfließt. Zweitens erlaubt der fondsübergreifende Ansatz eine integrierte Betrachtung der Programmplanung und eine Ausrichtung der fondsspezifischen

schen Planung an diesem Gesamtbild. Drittens ist die Idee revolvierender Fonds als neuer Förderansatz hervorzuheben. Der allgemeinen wirtschaftspolitischen Diskussion folgend, wird hier ein Anreiz geschaffen, um die Finanzierung Erfolg versprechender Projekte zu verbessern und insgesamt die Effizienz der öffentlichen Förderung zu heben.

4.4 Bewertung der quantifizierten Zielvorgaben und Bewertung der erwarteten Auswirkungen (Modul 4)

In der Programmplanung für die EU-Fonds gehört die Festlegung von messbaren Zielen zu den wichtigen, aber auch zu den komplizierten Aufgaben. Die Quantifizierung von Zielen ist notwendig, um den späteren Zielerreichungsgrad messen und die Effizienz und Effektivität eines Programms bewerten zu können. Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat sich entschlossen, die für diese Aufgabe notwendige Definition von Indikatoren weiter zu verbessern, sich dabei aber auf das Wesentliche zu beschränken. Diese Reduzierung auf das eigentlich Notwendige und nicht auf das verwaltungstechnisch Mögliche soll positiv hervorgehoben werden, was insbesondere für die Input- und Outputindikatoren gilt.

Die derzeit vorliegenden Programmentwürfe enthalten allerdings nur begrenzt geeignete Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, was aber von der Europäischen Kommission verstärkt und zu Recht verlangt wird. Es ist deshalb nur folgerichtig, wenn das Land stärker auf Ergebnis- und Wirkungsindikatoren fokussiert, um die Qualität der Programmplanung und den Grad der Zielerreichung weiter zu erhöhen. Zudem verfügt das Land bereits über Erfahrungen bei der Entwicklung solcher Indikatoren, so dass die zu leistende Aufgabe bei entsprechender Unterstützung zu bewältigen ist.

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, bei der Programmplanung zu den EU-Fonds und deren Umsetzung noch stärker auf Analysen zu setzen, die die Wirksamkeit spezifischer Maßnahmen bzw. Maßnahmenbündel im Hinblick auf die landespolitischen Ziele, aber auch konkret in Bezug auf die schwerpunktspezifischen Ziele der einzelnen Fonds bewerten. Das kann durch die Bündelung entsprechenden Fachwissens der Landesverwaltung selbst erfolgen, verlangt aber auch die Einbindung entsprechenden Expertenwissens und wissenschaftliche Entscheidungsunterstützung.

Die konkrete Programmierungsaufgabe könnte von wissenschaftlicher Seite wirkungsvoll durch interaktive Programmierungsansätze unterstützt werden. Konkret könnten mit einem solchen Ansatz Maßnahmen noch stärker zielorientiert ausgerichtet werden; Sparzwänge könnten bestmöglich berücksichtigt und ebenso unterschiedliche Ko-Finanzierungsmöglichkeiten im föderalen und supranationalen Kontext genutzt werden; und ein solcher Ansatz würde es erlauben, die vielfältigen politischen Restriktionen bei der Politikgestaltung optimal zu berücksichtigen. Der Ansatz wäre vor allem auch dazu geeignet, eine systematische Strategieentwicklung für geänderte Rahmenbedingungen, wie z.B. Budgetkürzungen oder der Verlust des Ziel-1-Status, zu unterstützen.

4.5 Bewertung des vorgeschlagenen Durchführungssystems (Modul 5)

Das Bundesland Sachsen-Anhalt verfügt über ein bewährtes und erprobtes Durchführungssystem. Die Zuweisung der Verantwortlichkeiten in den OP des EFRE und des ESF sowie im EPLR des ELER hinsichtlich der Programmierung, der Durchführung, des Begleit- und Kontrollsystems des Monitoring und der Bewertung entsprechen den Vorgaben der Europäischen Kommission.

Das Monitoringsystem des Landes beruht auf Datenbanken der Verwaltungsbehörden, die standardisiert die Steuerung und Begleitung der Umsetzung der Programmplanung ermöglichen. Die Vorgaben zur standardisierten Steuerung stellen sicher, dass die Planwerte mit den Bewilligungs- und Zahlungswerten sowie den materiellen Indikatoren laufend verglichen und abgestimmt werden können. Dies erlaubt sowohl ein finanzielles Monitoring als auch eine Überwachung der inhaltlichen Ziele. Die inhaltlichen Ziele sind zudem mit einem insgesamt sinnvollen System von Begleitindikatoren unterlegt.

Im Folgenden sollen einige Anmerkungen zur Durchführung der Programme gemacht werden, die insbesondere auf Erfahrungen aus der ablaufenden Förderperiode und im überregionalen Vergleich basieren:

- Allgemein sollte die Durchführung der Programme die vorhandenen Verwaltungsressourcen nicht überfordern. Vor diesem Hintergrund kann die im Land praktizierte übergreifende und in der Staatskanzlei angesiedelte Programmplanung als wegweisend bezeichnet werden, weil sie Arbeitsdoppelungen vermeiden hilft und die politische Kompromiss- und Konsensfindung vereinfacht.
- Die Programmplanung im Bundesland Sachsen-Anhalt hat gezeigt, dass der Kommunikation und effizienten Abstimmung zwischen den Behörden ein besonderer Stellenwert zukommt, um zeitnah zu Ergebnissen zu gelangen. Im Rahmen der Implementierung ist deshalb insbesondere auf eine reibungslose Kommunikation zwischen der Programmkoordinierungsstelle, der Zahlstelle, den Verwaltungsbehörden und den zwischengeschalteten Stellen zu achten. Klare Verantwortlichkeiten sind hierfür festzulegen. So wäre es beispielsweise sehr gut, wenn sich die Programmkoordinierungsstelle auch weiterhin und verstärkt als Impulsgeber und Moderator verstehen würde.
- Um einen vollständigen Abfluss der Mittel der EU, aber auch von Mitteln aus der Ko-Finanzierung des Bundes zu erreichen, sind hohe Anforderungen an das Begleitsystem zu stellen. Der Finanzinput ist stets aktuell zu dokumentieren, um Engpässe und Störungen rechtzeitig identifizieren zu können, und insbesondere zum Ende der Förderperiode ist, um Anlastungsrisiken so gering wie möglich zu halten, auf einen rechtzeitigen Abfluss der Mittel zu achten.
- Für Bewertungen – nicht nur für die kommende Halbzeit- und die Ex-Post-Bewertung, sondern auch für die prozessbegleitenden (jährlichen) Bewertungen – sollte auf Externe zurückgegriffen werden, die eng mit den an der Umsetzung und eventuellen Modifizierung der Programmplanung beteiligten Behörden zusammenarbeiten. In diesem Sinne kann die Vorgehensweise bei der Ex-Ante-Evaluierung als besonders zweckmäßig angesehen wer-

den. Das gilt ebenfalls für die Bewertung und Entscheidungsunterstützung durch den Einbezug von Wirtschafts- und Sozialpartnern, wie sie im Bundesland Sachsen-Anhalt praktiziert wird.

- In diesem Zusammenhang ist auf einen wichtigen Unterschied zwischen Begleitung und Bewertung hinzuweisen (vgl. FORSTNER et al. 2004). Begleitung dient in erster Linie der Feinsteuerung der Programme und muss daher in engen zeitlichen Abständen erfolgen, um Anpassungen zeitnah und zielgerichtet vornehmen zu können und auch den Rechenschaftspflichten über den Einsatz öffentlicher Mittel nachzukommen. Zuständig hierfür sind richtigerweise die Programmbehörden. Aufgabe der Bewertung ist andererseits die fundierte Auswertung und Analyse, insbesondere bei der Ermittlung von Ergebnissen und Wirkungen. Diese Aufgabe ist besser extern durchzuführen, wobei natürlich auf eine enge Kooperation mit den relevanten Verwaltungs- und Fachbehörden zu achten ist.
- Die für die Förderperiode 2007-2013 vorgesehene kontinuierliche Begleitung und Bewertung sollte verstärkt für eine Fortschreibung der Programmplanung und -implementierung und damit auch zu einem entsprechenden Capacity Building in den Verwaltungseinrichtungen genutzt werden. Hierzu kann die vorgesehene Technische Hilfe im Rahmen der EU-Fonds wirkungsvoll eingesetzt werden.
- Die begrenzten Finanzmittel der EU können im Bundesland Sachsen-Anhalt offensichtlich nicht adäquat durch Ko-Finanzierungen des Bundes und des Landes selbst aufgefangen werden, um alle Ressort- und Bedarfsanforderungen befriedigen zu können. Umso wichtiger erscheint es, die limitierenden Budgetmittel bestmöglich zu nutzen. Das unterstreicht einmal die Notwendigkeit eines noch stärker zielorientierten Programmierungsansatzes. Zum anderen bedeutet das in Bezug auf einzelne Maßnahmen, dass auf der Projektebene verstärkt die Idee einer Ausschreibung der Mittel im Sinne eines Wettbewerbs zum Tragen kommt. Potenzielle Projektträger sollten sich diesem Wettbewerb um die begrenzten Mittel stellen und nachweisen, dass sie den Anforderungen für eine erfolgreiche Umsetzung des Projekts gerecht werden. Gerade in Bezug auf wachstums- und beschäftigungsorientierte Projekte sollten Businesspläne Standard werden.

4.6 Zusammenfassung (Modul 6)

Zusammenfassend lässt sich für die Programmplanung zu den EU-Fonds im Bundesland Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2007-2013 Folgendes sagen:

- Die sozio-ökonomische Analyse zur Ausgangssituation ist angemessen und führt zu einer richtigen Einschätzung der Stärken und Schwächen des Landes. Der ermittelte Bedarf ist eine geeignete Grundlage für die Strategieentwicklung und Programmplanung.
- Die Planung der einzelnen Programme, Schwerpunkte und Maßnahmen und deren Finanzierung sind auf der Grundlage der verfolgten Ziele insgesamt begründet und konsistent, wobei bei einzelnen Maßnahmen Abstimmungsbedarf mit der Europäischen Kommission gesehen wird. Die politischen Entscheidungen zu unvermeidbaren Zielkonflikten sind nachvollziehbar.

- Die Programmplanung im Bundesland Sachsen-Anhalt fügt sich in die übergeordneten Vorgaben und Zielsetzungen der EU und der Bundesrepublik Deutschland ein; es werden keine Konflikte gesehen.
- Die Programmplanung nutzt Analysen zur Einschätzung der Wirkung von Maßnahmen und Programmen. Dieser Ansatz ist positiv zu bewerten, sollte aber weiterentwickelt werden. Insbesondere sollten die Wirkungsanalyse einzelner Maßnahmen und der gesamte Programmierungsansatz, auch mit Unterstützung von außen, konsequent und zielgerichtet ausgebaut werden.
- Das Durchführungssystem der geplanten Maßnahmen erscheint insgesamt angemessen. Die im Förderzeitraum vorgesehene Technische Hilfe sollte für eine kontinuierliche Fortschreibung der Programmplanung und -implementierung genutzt werden. Bei der Ausschreibung von Fördermitteln sollte ein verstärkter Wettbewerb im Vordergrund stehen.

Insgesamt können die Vorgehensweise im Bundesland Sachsen-Anhalt und die bislang erzielten Ergebnisse als gutes Beispiel für die Programmplanung der EU-Fonds für die Förderperiode 2007-2013 angesehen werden. Die Anregungen und Empfehlungen in diesem Gutachten mögen helfen, noch bestehende Herausforderungen anzugehen und den Programmierungsansatz weiterzuentwickeln, um die landespolitischen Ziele bestmöglich zu erreichen.

Literatur

- ALECKE, B.; BRADLEY, J.; MITZE, T.; MORGENROTH E.; UNTIEDT, G. (2004): Modellgestützte Analyse der gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der europäischen Strukturfondsförderung in Sachsen-Anhalt 2000-2006. Münster: GEFRA.
- BACHTLER, J. (2006): Evaluation of EU cohesion-policy: Research questions and policy challenges. In: *Regional Studies* (40): 143-153.
- BARRO, R.J.; SALA-I-MARTIN, X. (1998): *Wirtschaftswachstum*. München, Wien: Oldenbourg.
- BERNHARDS, U.; KLOCKENBRING, C.; PLANKL, R.; RUDOW, K. (2003): Pilotfallstudie zur Bewertung der Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten im Landkreis Freyung-Grafenau. Arbeitsbericht 04/2003. Braunschweig: FAL.
- BRADLEY, J.; MORGENROTH, E.; UNTIEDT, G. (2003): Macro-regional evaluation of the Structural Funds using the HERMIN modelling framework. In: *Italian Journal of Regional Science* 3: 5-28.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE (2006): *Nationaler strategischer Rahmenplan für die Bundesrepublik Deutschland*. Berlin.
- BUNDESREGIERUNG (2006a): *Nationaler Strategieplan der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume*. Entwurf (Stand 30.05.2006) In: <http://www.LEADERplus.de/data/000933A83BF4147F8CD76521C0A8D816.0.pdf> (06.07.2006).
- BUNDESREGIERUNG (2006b): *Nationale Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume*. Entwurf (Stand 07.06.2006) In: <http://www.LEADERplus.de/data/000B4657FC61487B2DD6521C0A8D816.0.pdf> (06.07.2006).
- BUNDESREGIERUNG (2005): *Nationales Reformprogramm Deutschland „Innovationen forcieren – Sicher im Wandel fördern – Deutsche Einheit vollenden“*. Berlin.
- DIRECTORATE GENERAL FOR AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT (2006): *Rural Development 2007-2013: Common Monitoring and Evaluation Framework: Draft List Common Baseline, Output, Result and Impact Indicators*. Brussels: European Commission.
- DIRECTORATE GENERAL FOR AGRICULTURE AND RURAL DEVELOPMENT (2005): *Rural Development 2007-2013. Common Monitoring and Evaluation Framework. Draft Guidelines for Ex ante Evaluation*. Brussels: European Commission.
- ELBE, S. (2006): *Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft – Begleitforschung 2004 bis 2006: Übergreifende Auswertung des Teil 2 der Abschlussberichte Regionen Aktiv*. Darmstadt: SPRINT.

- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2006): Entwurf Verordnung(EG) Nr. .../der Kommission vom ... mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. .../... des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Verordnung (EG) Nr. .../... des Europäischen Parlaments über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Arbeitsunterlagen der Europäischen Kommission vom 23. Mai 2006. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2005): Integrierte Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung (2005-2008). KOM(2005) 141endg., Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004a): Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds. KOM(2004)492, Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004b): Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. KOM(2004) 495 endg., Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004c): Vorschlag für eine Verordnung über den Europäischen Sozialfonds. KOM(2004) 495 endg., Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003): Ex-post evaluation of the Community Initiative LEADER II. Geographical report Germany. In: http://ec.europa.eu/agriculture/eval/reports/leader2/index_en.htm.
- FASTERDING, F.; RIXEN, D. (2005): Analyse der Beschäftigungsmöglichkeiten im Agrarsektor Deutschlands und Beschäftigungseffekte agrarpolitischer Maßnahmen. Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), Arbeitsberichte des Bereichs Agrarökonomie 05/2005, Braunschweig: FAL.
- FERTIG, M.; KLUVE, J.; SCHMIDT, C.M.; APEL, H.; FRIEDRICH, W.; HÄGELE, H.: (2004): Die Hartz-Gesetze zur Arbeitsmarktpolitik. Ein umfassendes Evaluationskonzept. In: RWI Schriften 74. Berlin: Duncker& Humblot.
- FISCHER BOEL, M. (2005): Landwirtschaft und ländliche Räume in der EU 25 – ein Blick nach vorn. In: http://ec.europa.eu/commission_barroso/fischer-boel/index_en.htm (03.07.2006).
- FORSTNER, B.; EFKEN, J.; GRAJEWSKI, R. (2004): Arbeitsbericht zum Workshop: Zwischenbewertung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999: Erfahrungsaustausch und Verbesserungsansätze. Braunschweig: FAL.
- GEFRA (GESELLSCHAFT FÜR FINANZ- UND REGIONALANALYSEN GBR MÜNSTER) (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts 2000-2006 (GFK) für den Einsatz der Strukturfonds in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. Münster: GEFRA.

- GEFRA und ESRI (GESELLSCHAFT FÜR FINANZ- UND REGIONALANALYSEN GBR MÜNSTER; ECONOMIC AND SOCIAL RESEARCH INSTITUT) (2006): Wissenschaftliche Begleitung und Beratung bei der Programmierung des Einsatzes der EU-Fonds in den Jahren 2007-2013 und bei der Bewertung der Wirkungen der einzelnen Fördermaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt. Münster: GEFRA.
- GEIßENDÖRFER, M.; SEIBERT, O.; MEYER, H. VON (1998): Ex post-Evaluierung der Gemeinschaftsinitiative LEADER I in Deutschland. In: Berichte über Landwirtschaft 76: 540-579.
- GENERALDIREKTION REGIONALPOLITIK (2005): Der neue Programmplanungszeitraum 2007-2013: Methodische Arbeitspapiere. Entwurf eines Arbeitspapiers zur Ex-Ante-Bewertung. Brüssel: Europäische Kommission.
- ISW (INSTITUT FÜR STRUKTURPOLITIK UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG GGMBH) (2005): Aktualisierung der Halbzeitbewertung des Operationellen Programms zum Einsatz der EU-Strukturfonds im Land Sachsen-Anhalt. Halle: ISW.
- IZA (FORSCHUNGSINSTITUT ZUR ZUKUNFT DER ARBEIT) (2006): „Hartz“-Reformen teilweise erfolgreich. In: IZA COMPACT (April/May 2006): 1-4.
- KARL, H. (2006): Der Beitrag der nationalen und europäischen Strukturpolitik zum Abbau regionaler Disparitäten. In: Informationen zur Raumordnung (9): 249-258.
- KIRSCHKE, D.; DAENECKE, E.; HÄGER, A.; KÄSTNER, K.; JECHLITSCHKA, K.; WEGENER, S. (2005a): Entscheidungsunterstützung bei der Gestaltung von Agrarumweltprogrammen: Ein interaktiver, PC-gestützter Programmierungsansatz für Sachsen-Anhalt. In: Berichte über Landwirtschaft 82 (4): 494-517.
- KIRSCHKE, D.; HÄGER, A. (2006): Anmerkungen zum Scoring-Verfahren im Rahmen der Programmierung der EU-Strukturfonds im Land Sachsen-Anhalt. Berlin.
- KIRSCHKE, D.; HÄGER, A.; GRAMS, M. (2005b): Fragen und Optionen zur Zukunft von Agrarpolitik und Agrarfinanzierung in der Europäischen Union. In: Bundesministerium der Finanzen (BMF) (Hrsg.) (2005): Monatsbericht 10-2005: 85-98.
- KIRSCHKE, D.; HÄGER, A.; JECHLITSCHKA, K.; WEGENER, S. (2005c): Co-financing and regional policy-making: The formulation of agri-environmental programmes in Saxony-Anhalt. DFG-Forscherguppe 497, SUTRA Working Paper 5. Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus. In: <http://www.agrar.hu-berlin.de/sutra/workingpaper/wp5/wp5.pdf> (08.02.2007).
- KIRSCHKE, D.; HÄGER, A.; NOLEPPA, S. (2005d): Entwicklung von Produkt- und Faktormärkten und landwirtschaftlichen Unternehmen in den neuen Bundesländern für die Jahre 2004 bis 2008/09. Gutachten im Auftrag der BVVG. Berlin.

- KIRSCHKE, D.; WEBER, G. (2004): Die Luxemburger Beschlüsse zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in der EU. In: Bundesministerium der Finanzen (BMF) (Hrsg.) (2005): Monatsbericht (10-2004): 61-73.
- KULTUSMINISTERIUM SACHSEN-ANHALT (2006): Planungshinweise: Mittelfristige Schulentwicklungsplanung. Magdeburg.
- LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006): Programmierung der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013: Finanzielle Gewichtung der vorgesehenen Förderschwerpunkte und Maßnahmen. Bericht der Landesregierung Sachsen-Anhalt. Magdeburg: Staatskanzlei.
- MARTIN, R.; TYLER, P. (2006): Evaluating the impact of structural funds on objective 1 regions: An exploratory discussion. In: Regional Studies (40): 201-210.
- MLU (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT) (2006): Entwurf des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum des Landes Sachsen-Anhalt (EPLR) im Förderzeitraum 2007-2013. (Stand 10.08.06) Magdeburg: MLU.
- MLU (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT) (2005): Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft und Tierschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg: MLU.
- NOLEPPA, S. (2005): Kosten- und Nutzenbewertungen zu Regionen Aktiv: Lübecker Bucht und Mecklenburgische Seenplatte. Berlin: agripol.
- RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2006): Beschluss des Rates vom 20. Februar 2006 über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007-2013). In: Amtsblatt der Europäischen Union L55/20-29.
- RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2005): Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). In: Amtsblatt der Europäischen Union L 277/1-40.
- ROTHGANG, M.; DEHIO, J.; LAGEMANN, B.; SCHIEMANN, F.; SCHULDT, K. (2004): Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Interventionen des Europäischen Sozialfonds. In: RWI-Materialien (3), Essen.
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006a): Entwurf des Operationellen Programms für den EFRE. (Stand 19.07.06) Magdeburg.
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006b): Entwurf des Operationellen Programms für den ESF. (Stand 11.08.06) Magdeburg.
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006c): Finanzverteilung zur Programmplanung der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013. (Stand 13.07.06) Magdeburg (unveröffentlicht).

- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006d): Indikatorenliste zur Programmplanung der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013. Magdeburg (unveröffentlicht).
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006e): Programmierung der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013: Finanzielle Gewichtung der vorgesehenen Förderschwerpunkte und -maßnahmen (Kabinettsvorlage vom Juni 2006). Magdeburg.
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2005): Einsatz der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013: Analyse der Ausgangslage, Förderprioritäten des Landes, Vorschläge der Ressorts in den festgelegten Politikfeldern. (Kabinettsvorlage vom Oktober 2005) Magdeburg.
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT (2004): Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt bis 2004 – Planungsgrundlage. Magdeburg.
- UNTIEDT, G. (2006): Indikatoren für die EU-Strukturfondsmaßnahmen in Sachsen-Anhalt: Einige Anmerkungen. Münster: GEFRA.
- WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT FÜR AGRARPOLITIK (2006): Weiterentwicklung der Politik für die ländlichen Räume. Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BMELV. In: <http://www.bmelv.de>.

Kontakt:

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke

Humboldt-Universität zu Berlin
Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät
Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues
Fachgebiet Agrarpolitik
Luisenstr. 56
10099 Berlin
Tel.: + 49 – 30 – 20 93 62 56
E-Mail: dieter.kirschke@agrار.hu-berlin.de

Dr. Steffen Noleppa

agripol – network for policy advice GbR
Czarnikauer Str. 22
10439 Berlin
Tel.: + 49 – 30 – 24 72 44 03
E-Mail: noleppa@agripol.net



**Umweltbericht zum
Einsatz des EPLR im
Bundesland Sachsen-Anhalt
in der Förderperiode 2007 – 2013**

*Europäische Strukturfonds
Sachsen-Anhalt 2000 – 2006*



Umweltbericht

**im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung ge-
mäß Richtlinie 2001/42/EG zu dem Entwicklungspro-
gramm für den ländlichen Raum für den ELER im
Bundesland Sachsen-Anhalt für die
Förderperiode 2007-2013**

Prüfung im Auftrag
der Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt

Endbericht zum 31.08.2006

Dr. Steffen Noleppa
agripol – network for policy advice GbR

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	i
Abbildungen und Übersichten	iii
Abkürzungen	iv
1. Einführung.....	5
1.1 Problemstellung und Zielsetzung	5
1.2 Vorgehensweise.....	7
2. Umweltschutzziele sowie Ziele und Inhalte des Programms	8
2.1 Umweltschutzziele auf internationaler, EU-, nationaler und regionaler Ebene	9
2.2 Inhalte der Förderstrategien sowie Kompatibilität und Zielkonflikte zwischen Umweltschutzzielen sowie Zielen der Förderstrategien	14
3. Derzeitiger Umweltzustand und dessen voraussichtliche Entwicklung sowie relevante Umweltmerkmale und -probleme	17
3.1 Luftemissionen und Luftqualität	17
3.2 Energieverbrauch.....	21
3.3 Abfallaufkommen	22
3.4 Wasser.....	24
3.5 Boden und Altlasten	26
3.6 Naturschutz.....	28
3.7 Wald.....	32
3.8 Zusammenfassende Einschätzung	33
4. Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen des Programms, Schwerpunkte und Maßnahmen sowie geplante Aktivitäten zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich der erheblichen negativen Umweltauswirkungen	34
4.1 Bewertung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum	38
4.2 Zusammenfassende Bewertung der Förderstrategie	51
5. Darstellung von geprüften Alternativen und der Umweltprüfung.....	51
5.1 Darstellung der Gründe der geprüfte Alternativen.....	51
5.2 Beschreibung der Umweltprüfung.....	52
6. Maßnahmen zur Überwachung während der Förderperiode.....	54

7. Nichttechnische Zusammenfassung.....Fehler! Textmarke nicht definiert.

Literatur.....57

Abbildungen und Übersichten

Abbildung 4.1: Relevanzmatrix zu den potenziell erheblichen Umweltauswirkungen von ELER-Maßnahmen	38
Übersicht ELER-1: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahmen „AFP (Art. 26)“, „Verarbeitung und Vermarktung (Art. 28)“, „Investitionsfonds für die Land-, Forst und Ernährungswirtschaft“, „Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (Art. 52a)“ und „Unternehmensgründungen und -entwicklung (Art. 54)“	42
Übersicht ELER-2: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Flurbereinigung (Art. 30 in Verbindung mit Art. 55, 56 und 57)“	43
Übersicht ELER-3: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Hochwasserschutz (Art. 20b (vi))“	44
Übersicht ELER-4: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau“	45
Übersicht ELER-5: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Ausgleichszulage (Art. 37)“	46
Übersicht ELER-6: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahmen „Erstaufforstung landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Flächen (Art. 43 und 45)“, „Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Art. 39 und 41)“, „Umweltschonender Anbau und Nutztiere (Art. 39 und 41)“, „Wiederaufbau Wald (Art. 48)“, „NATURA 2000 VNS/NATURA 2000 Ausgleich (Art. 38, 39, 41)/NATURA 2000 WRRL (Art. 38)“, „Netzwerk NATURA 2000 (Art. 57)“ und „Umsetzung WRRL – Kulturerbe (Art. 57)“	47
Übersicht ELER-7: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahmen „Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen“ und „Investitionen im Bereich Kindertagesstätten“	49
Übersicht ELER-8: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Dorferneuerung (Art. 52b (ii))“	49
Übersicht ELER-9: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser (Art. 56)“	50

Abkürzungen

AFP	Agrarinvestitionsförderungsprogramm
AOX	Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (X steht in der organischen Chemie für die Halogene Fluor, Chlor, Brom und Jod)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums
EPLR	Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum
ESF	Europäischer Sozialfonds
ESRI	Economic and Social Research Institute
EU	Europäische Union
EUR	Euro
GEFRA	Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen
GRDP	Greening Regional Development Programmes
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
KMU	Kleine und mittelständische Unternehmen
MLU	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt
MSL	Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung
OP	Operationelles Programm
PEV	Primärenergieverbrauch
PSM	Pflanzenschutzmittel
SUP	Strategische Umweltprüfung
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie

1. Einführung

1.1 Problemstellung und Zielsetzung

Die Europäische Kommission verbindet mit der Neuausrichtung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER) in der kommenden Förderperiode 2007-2013 eine verstärkte strategische Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Teil dieser strategischen Ausrichtung ist auch die Bewertung der Umweltauswirkungen der regionalen Programme zur Umsetzung der Fonds der Europäischen Union (EU) im Rahmen einer so genannten Strategischen Umweltprüfung (SUP). Diese SUP soll gemäß Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 (im Folgenden: SUP-Richtlinie) durchgeführt werden (siehe auch EUROPÄISCHES PARLAMENT und EUROPÄISCHER RAT 2001).

Eine SUP kann eng mit der durch Gutachter durchzuführenden Ex-Ante-Evaluierung der Programmplanung zu den EU-Fonds verbunden sein. In der Tat ist die Integration der SUP in diese Evaluierung sogar gewünscht, soll doch damit der Stellenwert der Umwelt und des Umweltschutzes für die Programmplanung und -erstellung unterstrichen werden. Die Durchführung und die Sicherstellung der Qualität der SUP liegen allerdings in der Verantwortung der für die Programmplanung zuständigen Behörden. Die Verantwortlichen können jedoch die mit der Ex-Ante-Evaluierung beauftragten Gutachter um Unterstützung bitten. Von diesem Recht wird durch das Bundesland Sachsen-Anhalt Gebrauch gemacht; konkret wurde die mit diesem Bericht vorgelegte Zuarbeit zur SUP erbeten.

Die mit der Ex-Ante-Evaluierung beauftragten Gutachter haben die bisherigen Bemühungen im Bundesland Sachsen-Anhalt, die SUP begleitend mit dieser Evaluierung zu erstellen, zur Kenntnis genommen, stellen aber auch fest, dass die für den zentralen Bestandteil der SUP – den Umweltbericht – notwendige Abstimmung der Inhalte mit den so genannten Umweltbehörden zum Beginn der Erstellung der Ex-Ante-Evaluierung noch nicht explizit erfolgt war, weil die Benennung der verantwortlichen Umweltbehörde erst später erfolgen konnte. Dadurch konnte eine Beschlussfassung zum Umfang und zum detaillierten Gegenstand des Berichts erst während der schon fortgeschrittenen Ex-Ante-Evaluierung erfolgen.

Die damit verbundenen Verzögerungen konnten allerdings durch den praktizierten interaktiven Ansatz bei der Erstellung des Umweltberichts zu großen Teilen kompensiert werden. Zum einen waren die Gutachter gemeinsam mit der Staatskanzlei des Bundeslandes Sachsen-Anhalt bereits frühzeitig zu der Einschätzung gelangt, dass zunächst die Erstellung eines kompakt formulierten fondsübergreifenden Umweltberichts oberste Priorität haben muss. Der Umweltbericht ist die wesentliche Grundlage für eine strategische Bewertung und wird im Rahmen der Konsultationen nach Artikel 6 SUP-Richtlinie den Landesbehörden, die in ihrem umweltbezogenen Aufgabenbereich von den durch die Durchführung der Programme verursachten Umweltauswirkungen betroffen sein könnten, sowie der Öffentlichkeit zugänglich

gemacht.. Zum anderen konnten in mehreren Gesprächen mit der benannten Umweltbehörde, dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (MLU), und der Staatskanzlei des Landes der Detaillierungsgrad und die Tiefe der Diskussion für den Umweltbericht noch rechtzeitig weiter konkretisiert werden.

Der nunmehr vorgelegte Umweltbericht stellt vor diesem Hintergrund einen substanziellen Meilenstein innerhalb der SUP dar und ist geeignet, diese Prüfung zu einem zeitnahen und zweckmäßigen Abschluss zu bringen.

Der Umweltbericht muss den Anforderungen der SUP-Richtlinie entsprechen. Die dort geforderten Informationen sind demnach zu sammeln und strategisch zu bewerten. Betont werden soll der Strategiecharakter: Es geht nicht darum, jede geplante Maßnahme einer detaillierten Bewertung von umweltrelevanten Aspekten, etwa im Sinne einer Umweltverträglichkeitsprüfung, zuzuführen; vielmehr sollen die grundsätzlich zu beachtenden strategisch-orientierten Umweltaspekte herausgearbeitet werden. Vor diesem Hintergrund gilt es im Einzelnen mit dem Umweltbericht folgende Informationen gemäß SUP-Richtlinie vorzulegen:

- eine Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Plans oder Programms sowie der Beziehung zu anderen relevanten Plänen und Programmen,
- die relevanten Aspekte des derzeitigen Umweltzustands und dessen voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung des Plans oder Programms,
- die Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden,
- sämtliche derzeitigen für den Plan oder das Programm relevanten Umweltprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Probleme, die sich auf Gebiete mit einer speziellen Umweltrelevanz beziehen, wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EG ausgewiesenen Gebiete,
- die auf internationaler oder gemeinschaftlicher Ebene oder auf der Ebene der Mitgliedstaaten festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Plan oder das Programm von Bedeutung sind, und die Art, wie diese Ziele und alle Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung des Plans oder Programms berücksichtigt wurden,
- die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, einschließlich der Auswirkungen auf Aspekte wie die biologische Vielfalt, die Bevölkerung, die Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft und die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren,
- die Maßnahmen, die geplant sind, um erhebliche negative Umweltauswirkungen aufgrund der Durchführung des Plans oder Programms zu verhindern, zu verringern und soweit wie möglich auszugleichen,
- eine Kurzdarstellung der Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen und eine Beschreibung, wie die Umweltprüfung vorgenommen wurde, einschließlich etwai-

ger Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Informationen (zum Beispiel technische Lücken oder fehlende Kenntnisse),

- eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung gemäß Art. 10 und
- eine nichttechnische Zusammenfassung der oben beschriebenen Informationen.

Diesem Informationsbedarf gerecht werdend, wird der Umweltbericht wie folgt strukturiert: Nach den einleitenden Anmerkungen (Kapitel 1) werden die relevanten Inhalte, Ziele und Umweltschutzziele zu der allgemeinen Förderstrategie des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, d.h. mit Bezug zu den Operationellen Programmen (OP) für den EFRE und den ESF und zu dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum (EPLR), benannt (Kapitel 2); anschließend folgt eine Beschreibung der derzeitigen Umweltsituation im Land und von relevanten Umweltprobleme bzw. -herausforderungen für das Land (Kapitel 3); dem schließt sich die eigentliche Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen der Programme, Schwerpunkte und Maßnahmen inklusive einer Beschreibung von eventuell notwendigen Aktivitäten zur Abschwächung negativer Umweltwirkungen an (Kapitel 4); schließlich werden die geprüften Alternativen während der Programmplanung diskutiert (Kapitel 5), und es werden Aussagen in Bezug auf das notwendige Begleitsystem zur Überwachung und zum Monitoring getroffen (Kapitel 6); eine zusammenfassende Bewertung folgt zum Abschluss (Kapitel 7).

1.2 Vorgehensweise

Hinsichtlich der Vorgehensweise zur Erstellung des Umweltberichts wurden die folgenden Arbeitsschritte vollzogen:

1. Die von Seiten des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten Informationen, insbesondere zur Beschreibung des Status quo der Umweltsituation, wurden gesichtet⁴.
2. Weitere umfangreiche Informationen aus der Sekundärliteratur wurden recherchiert und aufbereitet.
3. Fehlende und lückenhafte Informationen sowie einige notwendige Zuarbeiten und Kommentare aus Ministerien und anderen Behörden des Bundeslandes Sachsen-Anhalt wurden angefordert.
4. Alle so gesammelten Informationen wurden für die eigentliche Analyse der Umweltsituation und die weitere Berichterstellung kondensiert.

⁴ In der Leistungsbeschreibung zur Erstellung der Ex-Ante-Evaluierung und damit auch des Umweltberichts ist ausgeführt, dass die Beschreibung und Prüfung insbesondere auf vorliegenden schriftlichen Ergebnissen und bereits durchgeführten Analysen und Gutachten aufbauen soll. Das Land hat hierfür umfangreiches Informationsmaterial bzw. Verweise zu entsprechenden Dokumenten zur Verfügung gestellt.

5. Die auf verschiedenen territorialen und politischen Ebenen angesiedelten Umweltschutzziele wurden formuliert und mit den Inhalten der zu den EU-Fonds geplanten Fördertatbestände im Bundesland Sachsen-Anhalt abgeglichen.
6. Die grundlegende Relevanz sowie die Richtung der potenziellen Wirkung der Programme, Schwerpunkte und insbesondere einzelner Maßnahmen für einzelne Schutzgüter bzw. Umweltschutzziele wurden geprüft und beschrieben.
7. Eine detaillierte Diskussion insbesondere der Maßnahmen mit so genannten voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen wurde in enger Abstimmung mit Landesbehörden eingeleitet und forciert.
8. Die nach dieser Abstimmung identifizierten voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen wurden detailliert ausgewiesen und kommentiert.
9. Geprüfte Alternativen und geplante Aktivitäten für die Überwachung und das Monitoring wurden beschrieben.
10. Relevante Empfehlungen zur Beachtung bei der weiteren Programmplanung wurden dargelegt.
11. Der Umweltbericht wird zur Diskussion der Prüfergebnisse weiteren Konsultationen zugeführt.

Dieses schrittweise Vorgehen wurde in mehreren Diskussionsrunden mit Landesbehörden genau abgestimmt. Während eines Jour fix im Juni 2006 in der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt wurde eine Konzentration der Aktivitäten der Gutachter auf die Erstellung des Umweltberichts und dessen maßgeblichen Inhalt erörtert. Kurz nach der erfolgten Benennung des MLU als verantwortliche Umweltbehörde des Landes wurde von Seiten der Gutachter ein Gliederungs- und Inhaltsentwurf vorgelegt, der im Juli 2006 mit dem MLU und der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt diskutiert wurde. Daraufhin ist eine Relevanzmatrix erstellt und eine sich daraus ableitende Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen vorgenommen worden. Diese sind dem MLU und der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt Anfang August 2006 vorgelegt worden. Die Vorlage wurde innerhalb der Staatskanzlei und des MLU gesichtet, und weiterführende Kommentare wurden zur Umweltberichterstattung gegeben. Die Kommentare wurden noch einmal abschließend mit dem Auftraggeber diskutiert und dann entsprechend dieser Diskussion in dem nun ausformuliert vorliegenden Umweltbericht berücksichtigt.

2. Umweltschutzziele sowie Ziele und Inhalte des Programms

Folgende im Anhang I der SUP-Richtlinie geforderten Inhalte sind in diesem Abschnitt enthalten:

- (lit. e) die auf internationaler oder gemeinschaftlicher Ebene oder auf der Ebene der Mitgliedstaaten festgelegten Ziele des Umweltschutzes, die für den Plan oder das Programm von Bedeutung sind und die Art, wie diese Ziele und alle Umwelterwägungen bei der Ausarbeitung des Plans oder Programms berücksichtigt wurden sowie
- (lit. a) eine Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des jeweiligen Plans oder Programms sowie der Beziehung zu anderen relevanten Plänen und Programmen.

2.1 Umweltschutzziele auf internationaler, EU-, nationaler und regionaler Ebene

Der Begriff des Umweltschutzziels ist für die SUP nicht hinreichend genau definiert (SOMMER et al. 2002), was eine Identifikation der relevanten Umweltschutzziele für das Bundesland Sachsen-Anhalt im Kontext der Prüfung des EPLR erschwert. Der konkreten Diskussion im Land können jedoch zumindest größere Themenblöcke entnommen werden, die einzelne Umweltaspekte und die damit betroffenen Umweltschutzelange und Schutzziele beleuchten sowie auch auf internationaler und EU-Ebene und im nationalen Rahmen als wichtige Umweltaspekte bzw. -ziele diskutiert werden.

Im Rahmen internationaler Abkommen sind eine Vielzahl von Staaten, so auch die Bundesrepublik Deutschland mit ihren Bundesländern, Verpflichtungen und Selbstverpflichtungen hinsichtlich mehrerer Umweltschutzaspekte und -ziele eingegangen. Das kommt nicht von ungefähr, denn gerade in Zeiten einer zunehmenden Globalisierung hat die Umweltpolitik einen hohen Stellenwert bei der Ausgestaltung internationaler Beziehungen, weil globale Umweltprobleme nicht unilateral, nur selten bilateral, aber fast immer nur multilateral gelöst werden können.

Besonders umfassend wurden die wichtigen umweltpolitischen Problembereiche und die mit ihnen verbundenen Zielvorstellungen im September 2002 in Johannesburg diskutiert: Staats- und Regierungschefs haben mit dem so genannten Johannesburg-Aktionsplan Wege zur Erreichung des seit 1992 international anerkannten Ziels einer nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt. Das Themenspektrum ist umfassend: Hinsichtlich der für die SUP relevanten Umweltaspekte sind vor allem die Themen Klimawandel und Energiepolitik, Verlust der biologischen Vielfalt, Zerstörung der Wälder, Verschmutzung von Wasser, Chemikaliensicherheit, Kreislaufwirtschaft, Verbraucherschutz, aber auch gute Regierungsführung zu nennen, denen adäquate Ziele gegenüber stehen (vgl. BMU 2002).

Die EU widmet sich diesem Themenspektrum in umfassender Art und Weise. Nahezu alle Umweltbereiche sind in der EU durch das Gemeinschaftsrecht erfasst und in wesentlichen Teilen geregelt. D.h., es gibt genau festgelegte Ziele, Politiken und Maßnahmen der EU, die auf die Formulierung und Entwicklung anspruchsvoller Umweltstandards sowie eine zielgerichtete Anpassung an diese Standards hinwir-

ken sollen. Alle diese Ziele und Politiken nennen zu wollen, würde den Rahmen dieser Analyse sprengen⁵. Ähnlich wie schon bei der Darlegung zur internationalen Ebene lassen sich diese Ziele jedoch zusammenfassen. Im Kontext der EU ist das vor allem in Form und mit der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie geschehen. Die Ausformulierung dieser Strategie nahm ihren Anfang mit dem im Mai 1999 in Kraft getretenen so genannten Amsterdamer Vertrag. Mit diesem Vertrag wurde die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ausdrücklich als Ziel der EU festgelegt. Der Europäische Rat hat auf dieser Basis in Göteborg im Juni 2001 die EU-Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen (vgl. EUROPEAN COMMISSION 2001), die den Rahmen für die ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung der Union bilden soll und auch essenzieller Baustein der Formulierung des EFRE, ESF und E-LER und damit deren regionalspezifischer Programmplanung ist. Diese Europäische Nachhaltigkeitsstrategie stärkt somit zugleich die Integration des Umweltschutzes in die anderen Politikbereiche.

Seit dem Beschluss über die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie hat die EU maßgebliche Arbeit im Umweltschutz geleistet und die Aktivitäten auf spezielle Zielsetzungen fokussiert: Mit dem Sechsten Umweltaktionsprogramm der EU (EUROPÄISCHES PARLAMENT und EUROPÄISCHER RAT 2002) hat man sich auf vier Schwerpunkte für die Umweltpolitik der Gemeinschaft bis zum Jahr 2012⁶ geeinigt: (1) Klimaschutz, (2) Natur und biologische Vielfalt, (3) Umwelt und Gesundheit sowie (4) natürliche Ressourcen und Abfälle. Darüber hinaus sind weitere, nicht explizit als Schwerpunkt ausgewiesene Ziele zu nennen; etwa die Luftreinhaltung: Es geht hierbei u.a. um die Einführung und Verschärfung von EU-weiten Grenzwerten bei Emissionshöchstgrenzen für bestimmte Schadstoffe und um die Einführung schwefelarmer Kraftstoffe; weiterhin wird einer verbesserten Abfallwirtschaft Priorität eingeräumt und das Thema Wasser auf die Agenda gesetzt. Bei letzterem geht es vor allem um die Schaffung EU-weiter Abwasserstandards und eines Ordnungsrahmens für die europäische Wasserpolicy, was sich beispielsweise in der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) dokumentiert. Schließlich sei im EU-Kontext auf den angestrebten Aufbau und die ständige Verbesserung von modernen Umweltverwaltungen verwiesen.

Viele der aufgezeigten umweltbezogenen EU-Schwerpunkte und -ziele sind auch in der Bundesrepublik Deutschland Ziele der Umweltpolitik. Zu den nationalen Zielen und Schwerpunkten mit Bezug auf Umweltschutzgüter gehören GABRIEL (2006) zufolge die Weiterentwicklung des Klimaschutzes und der Energiepolitik (mit Prioritäten bei der Verbesserung der Energieeffizienz und des Ausbau des Sektors der erneuerbaren Energien), die Sicherung der biologischen Vielfalt und der Erhalt ei-

⁵ Ausführliche Informationen sind erhältlich in dem analytischen Verzeichnis „Umwelt, Verbraucher und Gesundheitsschutz“ des Portals zum Recht der EU unter der folgenden Internet-Adresse: http://europa.eu.int/eur-lex/de/consleg/ind/de_analytical_index_15.html.

⁶ Das bis zum Jahr 2012 festgeschriebene Umweltaktionsprogramm korrespondiert und überschneidet sich damit in besonderer Weise mit der jetzt in der Programmplanung befindlichen neuen Förderperiode zu den EU-Fonds, die bekanntlich bis zum Jahr 2013 andauern wird.

nes hohen Standards in der Abfall- und Chemikalienpolitik sowie eine Modernisierung dieser Politiken. Besonderes Augenmerk wird bei alledem darauf gelegt, Umweltpolitik und Umweltschutz als Standortfaktor für verbesserte Rahmenbedingungen in punkto Wettbewerbsfähigkeit zu sehen (BUNDESREGIERUNG 2005).

Auch für das Bundesland Sachsen-Anhalt ist Umweltpolitik ein Kernanliegen, was sich, um den Zusammenhang von Umweltschutz und aktueller Programmplanung von vornherein deutlich zu machen, u.a. in einer unterproportionalen Kürzung von „Umweltausgaben“ und damit einer relativ gestiegenen Bedeutung des Themas Umwelt für die kommende Förderperiode 2007-2013 niederschlägt.

Neben der Wichtigkeit von speziellen Förderungen sowie der Einhaltung von Gesetzen und staatlichen Kontrollen für die Erreichung umweltpolitischer Zielsetzungen, setzt das Land jedoch vor allem auf freiwillige Vereinbarungen für umweltgerechtes Wirtschaften, wie sie beispielsweise mit der Umweltallianz zwischen der Landesregierung und der Wirtschaft Sachsen-Anhalts getroffen wurden (vgl. hierzu u.a. MLU 2003). In der Tat haben sich die Landesregierung und die sachsen-anhaltische Wirtschaft bereits mit der im Juni 1999 geschlossenen Umweltallianz dazu bekannt, gemeinsam mehr für den Umweltschutz zu tun, als Gesetze und Verordnungen vorschreiben. Mit der langfristig angelegten freiwilligen Vereinbarung sollen die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige und umweltgerechte Wirtschaftsentwicklung auf der einen Seite und für einen wirksamen Umweltschutz auf der anderen Seite im Bundesland Sachsen-Anhalt weiter verbessert werden (vgl. auch GEFRA und ESRI 2006).

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Zielstrukturen auf internationale Ebene, auf der EU-Ebene und der nationalen Ebene und in Kenntnis der besonderen Bedeutung des Umweltschutzes für das Bundesland Sachsen-Anhalt (vgl. MLU 2004) kann für die regionale Ebene geschlussfolgert werden, dass nahezu alle wesentlichen Umweltschutzaspekte, -schutzgüter und -ziele von grundsätzlicher Relevanz sind und damit im Rahmen der SUP Beachtung finden sollten⁷. Im Einzelnen werden deshalb nachfolgend bei der Prüfung von Umweltauswirkungen der Programme die folgenden Umweltaspekte⁸, damit verbundenen Schutzziele und geeignete Indikato-

⁷ Zu beachten ist bereits hier der Informationsbedarf gemäß lit. f des Anhangs I der SUP-Richtlinie. Einzelne der dort ausgewiesenen so genannten Aspekte sind hier zweckmäßig und in Anlehnung an das Vorgehen in einer Vielzahl anderer SUP bzw. Umweltberichte zusammengefasst, konkret Biodiversität, Flora und Fauna, Gesundheit und Bevölkerung, Landschaft und kulturelles Erbe. Zusätzlich wurden die umweltrelevanten Aspekte Schutz vor Naturgefahren sowie Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe aufgenommen, weil hierzu begründete Umweltzielsetzungen formuliert sind. Demgegenüber geht der im Anhang I der SUP-Richtlinie ausgewiesene Aspekt Sachwerte in verschiedenen anderen Aspekten, etwa Ressourcen, Rohstoffe, etc., auf. Zudem erfolgt mit der im Folgenden ersichtlichen Zielformulierung für Landschaft und kulturelles Erbe die Einbeziehung von solchen Werten. Sachwerte werden demnach nicht gesondert analysiert, was im Übrigen auch in zahlreichen anderen SUP und bereits vorliegenden Umweltberichten zu den EU-Fonds so gehandhabt wird (vgl. u.a. JOANNEUM RESEARCH FORSCHUNGSGESELLSCHAFT 2006 und LEBENSMINISTERIUM 2006).

⁸ Bei der Definition der einzelnen Umweltaspekte wurde auf das übliche Vorgehen zurückgegriffen, so wie es etwa in JOANNEUM RESEARCH FORSCHUNGSGESELLSCHAFT (2006) oder LEBENSMINISTERIUM (2006) angewendet wurde.

ren zur Ermittlung des spezifischen Umweltzustandes bzw. der Veränderung des Zustandes⁹ genauer beleuchtet:

- Biodiversität, Flora und Fauna: Auch im Bundesland Sachsen-Anhalt geht es um den Schutz und die Wiederherstellung von biologischen und natürlichen Systemen und um die Wahrung der Biodiversität. Das konkrete damit verbundenen Umweltschutzziel lautet: Schutz von Habitaten, Flora und Fauna sowie Eindämmung des Verlusts bzw. Erhöhung der biologischen Vielfalt.

Zielbeiträge können vor diesem Hintergrund unterschiedlich sein. Insbesondere der folgende Indikator ist in der Lage, relevante Zielbeiträge zu messen: Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt.

- Gesundheit und Bevölkerung: Prinzipiell dienen alle Umweltschutzziele direkt oder indirekt der Bevölkerung. Im Speziellen gilt es auch im Bundesland Sachsen-Anhalt, bei der Vermeidung bzw. Abschwächung von umweltbedingten Gesundheitsbelastungen voranzukommen. Zu diesem Umweltaspekt lautet das Umweltschutzziel: Reduktion negativer Gesundheitsauswirkungen.

Für diesen Umweltaspekt und das zugrundeliegende Umweltschutzziel sind mehrere Indikatoren per se geeignet, Zielbeiträge zu messen. Dazu zählen: Trinkwasserqualität bei Endverbrauchern, Dioxine, persistierende organische Verbindungen und Schwermetalle in Lebensmitteln, Rohstoffproduktivität.

- Landschaft und kulturelles Erbe: Der Erhalt von Natur und Landschaft sowie des damit verbundenen Erholungswertes sind Prioritäten gerade auch für das mit UNESCO-Kulturerbestätten vergleichsweise reich ausgestattete Bundesland Sachsen-Anhalt. Die Zielformulierung ist entsprechend: Schutz von Vielfalt, Speziellem, Schönheit und des Wertes von Landschaft, Natur und Kulturerbe.

Wesentliche Indikatoren zur Messung der Zielverwirklichung können, je nach spezifischer Maßnahme, sein: Flächenverbrauch, Siedlungs- und Verkehrsflächen sowie die Schaffung neuer Landschaftselemente. Kriterien wie Vielfalt, Schönheit, etc. sind darüber hinaus einer objektiven Erfassung nur sehr eingeschränkt zugänglich.

- Boden: Die Konkurrenz hinsichtlich der Ressource Boden ist auch im Bundesland Sachsen-Anhalt erheblich, was Flächenverbrauch zur Folge hat, etwa durch Zersiedelung und Flächenversiegelung; folglich wird der sparsame Umgang mit Grund und Boden angestrebt. Die Zielsetzung lässt sich wie folgt formulieren: Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens.

⁹ Hinsichtlich der Indikatorendefinition wird in sehr vielen Fällen auf das so genannte Umwelt-Kernindikatorensystem des Umweltbundesamtes, das ca. 50 verschiedene standardisierte Indikatoren zur Messung von Umwelt(schutz)zielbeiträgen enthält und zugleich internationalen Anforderungen entspricht, zurückgegriffen (vgl. <http://www.env-it.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2702>). Darüber hinaus werden insbesondere zusätzlich gemachte Vorschläge der Umweltbehörde des Landes Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Indikatorendefinition aufgegriffen.

Die Erreichung von Umweltschutzzielen zum Aspekt Boden lässt sich vor allem mit den folgenden Indikatoren beschreiben: Veränderung der versiegelten Fläche, Inanspruchnahme von Flächen mit hoher und sehr hoher Erfüllung der Bodenfunktionen.

- Wasser: Ein guter und mehr noch ein verbesserter Gewässerzustand gemäß den Zielsetzungen der WRRL ist erklärte Priorität der Landesregierung Sachsen-Anhalt. Die Zielsetzung im Kontext der SUP lautet demzufolge wie folgt: Erreichung eines guten Gewässerzustandes sowie Erhalt des erreichten Zustandes gemäß WRRL.

Die Indikatoren zur Quantifizierung von Zielfortschritten mit Bezug auf das Medium Wasser bzw. dessen Grund- und Oberflächenstrukturen sind sehr vielfältig. Konkret wird es notwendig sein, projektspezifisch WRRL-relevante Indikatoren zur Messung des ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustandes der Gewässer zu definieren, wie sie etwa in Anhängen der WRRL gelistet sind. In speziellen Fällen geeignet ist zudem der Indikator Gewässerstrukturgüteklasse.

- Luft: Maßgebend ist im Bundesland Sachsen-Anhalt insbesondere die Kontrolle und Beherrschung von Luftemissionen. Das konkrete Umweltschutzziel ist anspruchsvoll und lautet: Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte und Verringerung von diversen Emissionen in die Atmosphäre.

Potenzielle Indikatoren der Luftqualität sind die vom Immissionsmessnetz des Landes ermittelten Jahreskenndaten für die einzelnen Luftschadstoffe, ein integrierter Luftgüteindex, die Emissionsentwicklung in den Verursacherbereichen Industrie, Kleingewerbe, Haushalte und Verkehr, sowie Parameter wie Modal Split der Personen- und Güterverkehrsleistung, Transportintensität für den Personen- und Güterverkehr.

- Klimatische Faktoren: Die Bekämpfung von und die Anpassung an den Klimawandel ist eine globale und langfristige politische Handlungsrichtung; somit gilt das auch für das Bundesland Sachsen-Anhalt. Als relevante Zielformulierung lässt sich definieren: Einhaltung der Reduktionsziele gemäß Kyoto-Protokoll, Entwicklung von Klimafolgen-Anpassungsszenarien für die Regionen Sachsen-Anhalts.

Klimarelevante Indikatoren sind insbesondere in dem Kyoto-Protokoll formuliert worden. Für den konkreten Untersuchungsgegenstand eignet sich vor allem der folgende Indikator: CO₂-Emissionen nach Emittentengruppen.

- Schutz vor Naturgefahren: Die Erhaltung und Verbesserung der Schutzfunktion von (ökologischen) Systemen ist eine wichtige umweltpolitische Komponente auch im Bundesland Sachsen-Anhalt und markiert zugleich die eigentliche umweltpolitische Zielsetzung. Im Speziellen ist für das Land ein wirksamer und nachhaltiger Hochwasserschutz wichtig.

Folgende nicht im Umwelt-Kernindikatorensystem enthaltene und sehr spezielle Indikatoren sind hier von grundlegender Relevanz: Grüne Hochwasserrückhaltebecken und Flutungspolder, ausgewiesene Überschwemmungsgebiete, Verbesserung von Hochwasservorhersage und -warnung, Vermeidung bzw. Reduzierung von Hochwassergefährdungen und von Retentionsflächen.

- Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe: Dieser komplexe Umweltaspekt bedient zahlreiche Facetten eines wirksamen Umweltschutzes. So geht es im Bundesland Sachsen-Anhalt im Sinne einer umweltpolitischen Zielsetzung um die Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energieträger sowie eine insgesamt verstärkte Nutzung nachwachsender Rohstoffe.

Diesem Umweltaspekt können eine Reihe von zum Teil sehr spezifischen Indikatoren zur Messung von Zielbeiträgen zugeschrieben werden. Die wesentlichen hier im Weiteren genutzten Indikatoren sind: Primärenergieverbrauch (PEV) nach Energieträgern, Anteil erneuerbarer Energien an der Gesamtenergieerzeugung und -nutzung und Energieproduktivität (Steigerung des PEV/Steigerung des BIP).

2.2 Inhalte der Förderstrategien sowie Kompatibilität und Zielkonflikte zwischen Umweltschutzzielen sowie Zielen der Förderstrategien

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat beschlossen, der Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Region und der Verbesserung der Beschäftigungssituation einen besonderen Stellenwert beim Einsatz der EU-Fonds EFRE, ESF und ELER in der kommenden Förderperiode 2007-2013 einzuräumen, ohne dabei Umweltschutzbelange zu vernachlässigen. Im Gegenteil: Der Umweltschutz ist ein fondsübergreifendes Querschnittsziel und wirkt im Sinne einer einzuhaltenden Nebenbedingung bereits während der gesamten Programmplanung (LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT 2006). Hierzu wurde eine allgemeine Förderstrategie zur Programmplanung für die EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013 entwickelt, deren Förderinhalte ausführlich in den fondsspezifischen Dokumenten für den EFRE, den ESF und den ELER dargelegt werden (STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT 2006a, b; MLU 2006a). Das OP für den EFRE (STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT 2006a) und den ESF (STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT 2006b) sowie das EPLR (MLU 2006a) greifen diese fondsübergreifenden Strategiepläne auf und konkretisieren sie im programmspezifischen Kontext.

Die geplanten fondsspezifischen Prioritätsachsen bzw. Schwerpunkte und Maßnahmen des ELER sollen an dieser Stelle kurz skizziert werden:

1. Wie auch der EFRE und der ESF soll der ELER im Kontext der Lissabon- und Göteborg-Strategie der EU einen entscheidenden Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit und zu Wachstum, Beschäftigung und Nachhaltigkeit leisten: Es geht um ei-

nen gezielten Ressourceneinsatz für Investitionen und Arbeitskräfte, Umwelt, Wissen und Innovation. Im Speziellen zielt der ELER darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft durch Förderung von Umstrukturierung, Entwicklung und Innovation zu steigern, Umwelt und Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung zu verbessern und die Lebensqualität sowie die Diversifizierung der Wirtschaft im ländlichen Raum zu fördern. Diese insgesamt drei speziellen Ziele markieren zugleich die drei wesentlichen, strategisch ausgerichteten Schwerpunkte im EPLR für das Bundesland Sachsen-Anhalt.

Der Schwerpunkt 1 widmet sich dem strategischen Leitgedanken einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft. Inhaltlich wird dieser Schwerpunkt durch die Implementierung der folgenden Maßnahmen, die sich i.d.R. an einzelne Artikel der ELER-Verordnung orientieren, geprägt sein: Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) (Art. 26); Beratung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Art. 24); Bildungs- und Informationsmaßnahmen (Art. 21); Flurbereinigung (Art. 30 in Verbindung mit Art. 55, 56 und 57); Hochwasserschutz (Art. 20b (vi)); Teilnahme an Lebensmittelqualitätsregelungen/Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen (Art. 32 und 33); Verarbeitung und Vermarktung (Art. 28); Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau; Zusammenarbeit/neue Technologien (Art 29); Investitionsfonds für die Land-, Forst und Ernährungswirtschaft.

Die Verbesserung der Umwelt und der Landschaft ist das Ziel des Schwerpunkts 2 des sachsen-anhaltischen EPLR. Folgende, wiederum i.d.R. auf einzelne Artikel der ELER-Verordnung basierende Maßnahmen sind geplant, um dieses Ziel inhaltlich zu bedienen: Ausgleichszulage (Art. 37); Erstaufforstung landwirtschaftlicher/nichtlandwirtschaftlicher Flächen (Art. 43 und 45); Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Art. 39 und 41); NATURA 2000, Umweltmaßnahmen (Art. 46), Waldumbau (Art. 46 und 49); Umweltschonender Anbau und Nutztiere (Art. 39 und 41); Wiederaufbau Wald (Art. 48); NATURA 2000 Vertragsnaturschutz/NATURA 2000 Ausgleich (Art. 38, 39 und 41)/NATURA 2000 WRRL (Art. 38).

Schließlich ist der Schwerpunkt 3 des ELER zu dokumentieren. Dieser zielt auf eine Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum ab. Die in seinem Rahmen geplanten zumeist artikelbezogene Maßnahmen sind: Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen; Nachhaltige sowie umweltintegrierte Entwicklung; Investitionen im Bereich Kindertagesstätten; Dorferneuerung (Art. 52 b (ii)); Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (Art. 52a); Netzwerk NATURA 2000 (Art. 57); Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser (Art. 56); Umweltbildung (Art. 57); Unternehmensgründungen und -entwicklung (Art. 54); Weinbau (Art. 57); Umsetzung WRRL – Kulturerbe (Art. 57).

Eine Besonderheit des EPLR stellt die obligatorisch vorzusehende Umsetzung von so genannten LEADER- Konzepten dar, die einen eigenen Schwerpunkt, jedoch ohne weitere Maßnahmen, bildet. Zudem ist auch hier, wie zuvor beim EFRE und ESF, wieder die schwerpunktübergreifende Maßnahme Technische Hilfe formuliert und budgetiert worden.

Umwelterwägungen wurden bei der Ausarbeitung der Programme in verschiedener Weise berücksichtigt, da der Umwelt- und Naturschutz ein Querschnittsziel der gesamten Förderung darstellt und im Sinne einer Nebenbedingung zu berücksichtigen ist. Umweltbelange können also restriktiv wirken und mussten demzufolge während der gesamten Programmplanung beachtet werden.

Vor diesem Hintergrund wurde bereits frühzeitig damit begonnen, Umweltbelangen in der Programmplanung einen angemessenen Stellenwert einzuräumen: Konkret wurde im Zuge der zum Beginn der Planung in Anspruch genommenen wissenschaftlichen Unterstützung eine Scoring-Analyse erstellt, welche die für das Bundesland Sachsen-Anhalt vorgeschlagenen Maßnahmen einer Kriterienanalyse unterzieht. Eines der in der Scoring-Analyse verwendeten Kriterien, mit dem die prinzipielle Förderungswürdigkeit bewertet werden sollte, zielte auf nicht beabsichtigte positive und/oder negative Externalitäten ab; zu den wichtigsten dieser so genannten Nebeneffekte zählten zu berücksichtigende Umwelteffekte.

Im Besonderen ist darauf hinzuweisen, dass den gegenwärtigen Planungen (vgl. LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT 2006) zufolge etwa 14,2 % der den drei EU-Fonds zuzurechnenden Mittel direkt bzw. unmittelbar zur Verbesserung der Umweltsituation und der Risikovorsorge genutzt werden sollen, was bei generell sinkenden Budgetmitteln eine unterproportionale Kürzung und damit eine Steigerung der relativen Wichtigkeit der Umweltbelange in der Programmplanung bedeutet. Von den insgesamt verplanten Mitteln entfallen z.B. allein 130 Mio. EUR auf die Maßnahme Hochwasserschutz (inkl. EFRE), 30 Mio. EUR werden für die Maßnahmen Umsetzung WRRL – Kulturerbe und 28,5 Mio. EUR für Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser verwendet.

Darüber hinaus hat die Programmplanung mittelbar weitere umweltrelevante Aspekte berücksichtigt, was explizit in den folgenden Kapiteln dargestellt wird. Diese Darstellung schließt eine Beschreibung des Umgangs mit Zielkonflikten ein. An dieser Stelle sei auf den grundlegenden Konflikt nur hingewiesen: Ein Spannungsfeld existiert zweifellos zwischen Wachstum und Beschäftigung auf der einen Seite und Umwelt auf der anderen Seite, und es muss gelingen, die wachstums- und beschäftigungsorientierten Wirkungen der Programme weitestgehend von insbesondere begleitenden negativen Umwelteffekten zu entkoppeln. Weitere Einzelheiten hierzu sind der gesonderten Diskussion entsprechender Konflikte bzw. Antagonismen vor allem im Kapitel 4.1 zu entnehmen.

3. Derzeitiger Umweltzustand und dessen voraussichtliche Entwicklung sowie relevante Umweltmerkmale und -probleme

Folgende im Anhang I der SUP-Richtlinie geforderten Inhalte sind in diesem Kapitel 3 enthalten:

- (lit. b) die relevanten Aspekte des derzeitigen Umweltzustands und dessen voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung des Plans oder Programms,
- (lit. c) die Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden und
- (lit. d) sämtliche derzeitigen für den Plan oder das Programm relevanten Umweltprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Probleme, die sich auf Gebiete mit einer speziellen Umweltrelevanz beziehen, wie etwa die gemäß den Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EG ausgewiesenen Gebiete.

Die derzeitige Umweltsituation und relevante künftige Umweltherausforderungen wurden im Zuge der Programmplanung des Bundeslandes Sachsen-Anhalt für die EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013 bereits ausführlich beschrieben (GEFRA und ESRI 2006). Diese Beschreibung soll in Abstimmung mit dem Auftraggeber im Rahmen des Umweltberichts in wichtigen und umfassenden Auszügen wiedergegeben und, dem Anliegen der SUP folgend, zielgerichtet akzentuiert werden. Diese Akzentuierung erfolgt im Wesentlichen unter Verwendung von Ausführungen des MLU zur so genannten sozio-ökonomischen Analyse, wie sie im Entwurf zum EPLR dokumentiert worden sind (vgl. MLU 2006a). Vereinzelt wurden weitere Quellen für die Beschreibung der Situation hinzugezogen.

Die Diskussion der derzeitigen Umweltsituation und von relevanten künftigen Umweltherausforderungen sowie der Trendbewertung ist vor diesem Hintergrund in Anlehnung an GEFRA und ESRI (2006) strukturiert worden.

3.1 Luftemissionen und Luftqualität

Das Bundesland Sachsen-Anhalt zählt heute zu den Regionen der EU, in denen es gelungen ist, die Belastungen der Luft mit klassischen Luftschadstoffen deutlich abzusenken: Bis auf örtliche Feinstaubbelastungen wird man den europäischen Anforderungen an die Luftqualität weitestgehend gerecht.

Besonders erfolgreich war das Land in den zurückliegenden Jahren bei der Senkung von CO₂-Emissionen. Diese beliefen sich für das Bundesland Sachsen-Anhalt insgesamt im Jahr 2001 auf knapp die Hälfte des Niveaus von 1990: Der Rückgang betrug etwa 47 %. Das Ergebnis ist bemerkenswert, denn in Deutschland ist diese Emission im gleichen Zeitraum deutlich langsamer gesunken, und zwar lediglich um 12 %. Gleichwohl entsprach die CO₂-Emission im Bundesland Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 mit etwas mehr als 10 t, bezogen auf einen Einwohner, in etwa dem

Bundesdurchschnitt. Trotzdem kann konstatiert werden, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt maßgeblich dazu beitrug und -trägt, dass Deutschland die Zielsetzungen des Kyoto-Abkommens im Hinblick auf CO₂-Emissionen bislang erfüllen kann.

Ein besonders deutlicher Rückgang der CO₂-Emission im Land fand zum Anfang der neunziger Jahre statt; seitdem hat sich die Emission zunächst stabilisiert, sie ist dann gegen Ende der neunziger Jahre noch einmal leicht angestiegen, in den letzten Jahren aber wieder gesunken: 2004 betrug der Rückgang gegenüber dem Jahr 1990 bereits 55 % (vgl. MLU 2004).

Auch bei anderen Parametern zur Luftqualität sind erfreuliche Entwicklungen zu verzeichnen. In der Tat hat sich die Luftqualität im Bundesland Sachsen-Anhalt bis zum Jahre 2004 weiter positiv entwickelt. So wurde eine nochmalige starke Reduktion der gesamten Schadstoffkonzentration beobachtet, die z.T. auch durch günstige meteorologische Bedingungen unterstützt wurde. Im Ergebnis dessen erreicht das Land bereits zum jetzigen Zeitpunkt z.B. bei Stickstoffdioxid den EU-Grenzwert, der erst ab dem 01. Januar 2010 erreicht werden soll. Auch die Schwefeldioxidwerte sind beispielgebend: Im Jahr 2000 wurden maximal noch 5 % der Werte, die Mitte der neunziger Jahre gemessen wurden, registriert; und mittlerweile ist die Konzentration an SO₂ so gering, dass die übliche Messtechnik im Bereich der Nachweisgrenze arbeitet.

Die Gründe für die seit nunmehr 15 Jahren erfolgreiche und positive Entwicklung sind vielfältig. Hervorzuheben ist zum einen die im Bundesland Sachsen-Anhalt abgeschlossene lufttechnische Sanierung industrieller Anlagen, der allgemein reduzierte Energieverbrauch und die fast vollständigen Umstellung von Kleinfeuerungsanlagen auf schadstoffarme Energieträger, wie Erdgas und Heizöl.

Darüber hinaus leistete auch die Landwirtschaft einen Beitrag zur Verminderung der Schadstoffemissionen. Die Landwirtschaft hat über die Freisetzung klimarelevanter Gase, zu nennen wären hier vor allem N₂O, CO₂, CH₄ und NH₄, einen beachtlichen Anteil an den gesamten Luftemissionen. Nennenswerte Emissionen sind beispielsweise auf die Wiederkäuerverdauung (hier CH₄), auf die Verwendung von Wirtschaftsdünger (hier CH₄ und N₂O), auf den Stoffumsatz ackerbaulich genutzter Böden (hier CO₂ und N₂O) und auf die Nutzung fossiler Energien beim Maschineneinsatz sowie bei der Herstellung von Betriebsmitteln zurückzuführen. Bedingt durch die deutliche Abnahme der Tierbestände und die modernisierten, dem aktuellen technischen Stand angepassten Tierhaltungsanlagen hat sich in den letzten Jahren das Emissionspotenzial aus der Wiederkäuerverdauung und dem Wirtschaftsdünger beträchtlich verringert. Gleiches gilt für den Ackerbau: Lachgasemissionen der Böden und Ammoniakverluste konnten durch geringere Stickstoffeinträge aus Mineral- und Wirtschaftsdünger, die Anwendung von Nitrifikationsinhibitoren, den Einsatz moderner Ausbringetechnik bei der Düngung sowie die Reduzierung der Bodenbearbeitungsintensität bei der konservierenden Bodenbearbeitung vermindert

werden. Hier wirken sich insbesondere Anstrengungen zur Umsetzung des Bundesimmissionschutzgesetzes und der Düngeverordnung sowie das Agrarinvestitionsprogramm und weitere Förderprogramme, etwa zur umweltverträglichen und tiergerechten Rinder- bzw. Schweinehaltung, aus.

Problematisch ist heute hingegen immer noch lokal die örtliche Feinstaubbelastung. Hier müssen vor allem die so genannten Überschreitungstage beachtet werden, Zeitpunkte bzw.

-perioden also, die sich durch eine besonders hohe Konzentration an Feinstäuben auszeichnen. Die Feinstaubbelastung ist in starkem Maße von meteorologischen Bedingungen abhängig, so dass sich in den einzelnen Jahren sehr unterschiedliche Belastungssituationen darstellen. Die höchste Feinstaubbelastung tritt in den Städten in sogenannten Straßenschluchten mit hohem Verkehrsaufkommen auf. Zwar trägt der Verkehr hier mit bis zu 30 % einen hohen Anteil an der Belastung, doch zeigen die Erfahrungen aus der Luftreinhalteplanung, dass mit regionalen Maßnahmen allein das Feinstaubproblem nicht zu lösen ist und es auch in Zukunft zu Grenzwertüberschreitungen kommen wird. Da der regionale und städtische Hintergrund bis zu 70 % beträgt und Schadstoffentransporte daran einen entscheidenden Anteil haben, sind insbesondere auch Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene angezeigt (Abgasgrenzwerte EURO V, EURO VI, anspruchsvolle Emissionsstandards im Bereich kleiner Feuerungsanlagen in allen EU-Staaten, raschere Altanlagenanierung in den Beitrittsstaaten u.a. .

Das Ziel, die Luftqualität weiter zu verbessern, hat, wie bereits erwähnt, einen hohen Stellenwert im Bundesland Sachsen-Anhalt und stellt eine besondere Herausforderung für das Land dar. In seinem Klimaschutzprogramm hat das Land beispielsweise als wichtigstes Ziel die Stabilisierung der CO₂-Emission auf dem Niveau von 1994 festgeschrieben. Das Ziel ist anspruchsvoll, doch auch realistisch.

Eine weitere Reduzierung der Schadstoffkonzentration in der Luft kann einmal prognostisch abgeleitet werden¹⁰. Sie fußt aber auch auf klaren Zielvorgaben. Im Allgemeinen will man den neuen Anforderungen, die sich aus dem Bundesimmissionsschutzgesetz und seinen Verordnungen ergeben, gerecht werden. Schwerpunkte beim Emissions- und Immissionsschutz sind neben der generellen Überwachung der Luftqualität und des Lärmschutzes die weitere Minderung energiebedingter Umweltbelastungen sowie die Genehmigung von Anlagen nach Kriterien der Schadstoffbelastung. Zudem sollen bestehende und identifizierte Emissionsminderungspotenziale bei landwirtschaftlichen Aktivitäten (z.B. unmittelbare Einarbeitung des Wirtschaftsdüngers, Einsatz emissionsarmer Ausbringungsverfahren, Ausweitung der Weidehaltung, Einführung der Multiphasenfütterung, etc.), in der Abluftreinigung oder durch den Einsatz von Biogasanlagen identifiziert, offen gelegt und auch genutzt werden. Im Speziellen geht es darum, dass das Land zur

¹⁰ Vergleiche hierzu insbesondere die Angaben des Umweltbundesamtes zu den entsprechenden Indikatoren unter <http://www.env-it.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2702>.

Feinstaubminderung in den Städten alles tun wird, was kommunal möglich und verhältnismäßig ist. Dabei kommt der Emittentengruppe Verkehr eine besondere Bedeutung zu.

Schließlich stellen die neuen Immissionsgrenzwerte für Schwermetalle und polyzyklische Kohlenwasserstoffe in der novellierten 22. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, die auf der 4. EU-Tochterraichtlinie basieren, neue und anspruchsvolle Anforderungen. Die dauerhafte Einhaltung der hohen europäischen Anforderungen an die Luftqualität setzt voraus, dass es in den kommenden Jahren auch im Bundesland Sachsen-Anhalt gelingt, neue und angepasste Ansätze zur Minderung der Feinstaubbelastung zu entwickeln, etwa durch die Schaffung von Anreizmechanismen zur Verminderung der Transportintensität, für ein ressourcenschonendes Verhalten und zur Steigerung der Energieeffizienz im Verkehrssektor.

Schließlich ist auf Herausforderungen zu verweisen, wie sie sich aus der kürzlich dem Bundeskabinett vorgelegten Verordnung zur Umsetzung einer Luftqualitätsrichtlinie der EU, die eine Verringerung der Emissionen von Schwermetallen und polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen zum Ziel hat, ergeben. Die Länder, und damit auch das Bundesland Sachsen-Anhalt, werden mit dieser Verordnung verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um definierte Zielwerte einzuhalten. Auch soll die Luftqualität in Reinluftgebieten möglichst gut erhalten werden. Die Vorschriften dieser Verordnung sind Voraussetzung und Wegweiser für die Realisierung gezielter Sanierungsmaßnahmen durch die Länder und damit auch durch das Bundesland Sachsen-Anhalt.

Eine Trendbewertung ist vor diesem komplexen Hintergrund nicht einheitlich: Es wird davon ausgegangen, dass sich die Emissionen der sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase weiter reduzieren lassen, wenn auch bei weitem nicht mehr in so rasantem Tempo wie in den vergangenen 15 Jahren; für CO₂ gilt das im Besonderen. Indikatoren, die diesen Trend messen können, sind vor allem „Luftgüteindex“, „Emissionsbelastung“, z.T. die „Immissionsbelastung“ und schließlich bei verkehrsbedingten Luftqualitätsbetrachtungen der „Modal Split der Personen- und Güterverkehrsleistung“ bzw. die „Transportintensität des Personen- und Güterverkehrs“.

Anders verhält es sich mit der Trendbewertung zu der Feinstaubbelastung; die Prognosen zeigen, dass eine dauerhafte Verbesserung der Situation in den meisten Städten erst nach Realisierung der in Planung bzw. Bau befindlichen Stadtumfahungskonzepte erreicht wird. Doch hier bestehen zum Teil sehr lange Planungs- und Realisierungszeiträume. Bis dahin muss auch weiterhin mit Überschreitungen des Feinstaub-Kurzzeit-Grenzwertes gerechnet werden. Schließlich ist im Hinblick auf das Medium Luft noch auf einen anderen Qualitätsparameter und zugleich Indikator zu verweisen, der hier nicht negiert werden soll: Die „Lärmbelästigung“. Es wird davon ausgegangen, dass diese Form der Qualitätsbeeinträchtigung zumindest stabil bleibt und lokal sogar leicht abgemindert werden kann.

3.2 Energieverbrauch

Das Niveau des Primärenergieverbrauchs (PEV) und des Endenergieverbrauchs gegenüber dem Jahr 1990 ist im Bundesland Sachsen-Anhalt innerhalb eines Jahrzehnts erheblich gesunken: Im Jahr 2001 wurden 38 % weniger Primärenergie und sogar 45 % weniger Endenergie konsumiert als ein Jahrzehnt zuvor. Im Bundesdurchschnitt ist der Primär- und Endenergieverbrauch hingegen im gleichen Zeitraum annähernd konstant geblieben. Offensichtlich hat die Effizienz im Umgang mit Energieressourcen im Land deutlich zugenommen, denn gemessen an der Einwohnerzahl entspricht der Primärenergieverbrauch 2001 in etwa dem bundesdeutschen Niveau, und der Endenergieverbrauch liegt im Bundesland Sachsen-Anhalt sogar unter dem Bundesdurchschnitt. Die Ursachen hierfür sind verschieden: Viele energieintensive Anlagen sind seit 1990 stillgelegt bzw. modernisiert worden; zudem zeigen auch die durch das Land seit langem geförderten Maßnahmen zur Energieeinsparung erfolgreich Wirkung; hinzu kommt, dass die Energiewirtschaft zunehmend auf jüngste Marktentwicklungen reagiert und herkömmliche Energiequellen wie Erdöl und Steinkohle substituiert hat.

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung des Landes ist von 11,9 % im Jahr 2002 auf beachtliche 18,4 % im Jahr 2004 gestiegen. Stärksten Anteil daran hat die Windenergie: Etwa 90 % der erneuerbaren Energien im Land wird so erzeugt. Mit einem Anteil von 8,8 % folgt die Produktion von Strom aus Biomasse bereits an zweiter Stelle, noch vor der traditionellen Wasserkraft. Trotz dieser großen Erfolge Sachsen-Anhalts zeichnet sich ab, dass die deutschen und die europäischen Ziele im Bereich der Nutzung erneuerbaren Energien (insbesondere in den Bereichen „Nutzung geothermischer Ressourcen für die Energieerzeugung“ und „Nutzung von Biomasse für die Energieerzeugung“) nur dann erreicht werden können, wenn es gelingt, diese wettbewerbsfähig zu machen und Lösungen zu finden, die die zum Teil noch gravierenden technischen Nachteile ausgleichen.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht seiner komparativen Vorteile setzt das Bundesland Sachsen-Anhalt beim Ausbau regenerativer Energien zukünftig vor allem auf die energetische Nutzung von Biomasse (MLU 2004). Nachdem Windkraft im Land bereits erfolgreich genutzt wird, werden der Biomasse ähnlich gute Entwicklungschancen eingeräumt. Das Land hat wegen seiner Industrie- und Landwirtschaftsstruktur in Verbindung mit den günstigen klimatischen und Bodenverhältnissen im Vergleich zu den anderen Bundesländern eine vergleichsweise vorzügliche Ausgangssituation für die energetische Biomassennutzung. Auf weit über 25 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche können Pflanzen zur Biomassennutzung angebaut und gewonnen werden, ohne die Aufgaben des Sektors für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung sowie im Hinblick auf die Aspekte von Nachhaltigkeit substantiell zu beeinträchtigen. Und in der Tat haben die sachsen-anhaltischen Landwirte die nachwachsenden Rohstoffe als Produktionsalternative bereits angenommen. Das Land belegt jedes Jahr im Anbauvergleich auf Stilllegungsflächen einen

führenden Rang unter allen Bundesländern. Raps und zunehmend Anbaualternativen durch Wegfall der Roggenintervention sind hier stichwortartig zu nennen. Die Techniken zur energetischen Biomassenutzung sind zudem weitgehend etabliert und haben zum Teil einen hohen technischen Entwicklungsstand erreicht, etwa bei der Gebrauchtholznutzung. Allerdings besteht in anderen Bereichen noch erheblicher Nachholbedarf: Nur 19 % der potenziell verfügbaren Biomasse wurden bislang genutzt (Biomassekatalog Sachsen-Anhalt 2002). Die größten noch ungenutzten Energieträgerpotenziale liegen bei Stroh, Waldrestholz, den tierischen Exkrementen und den Energiepflanzen. Ein Grund für das Brachliegen der bekannten Potenziale¹¹ sind sowohl technischer als auch wirtschaftlicher Art. So fehlt es an Wärmemutzungsmöglichkeiten für Biogasanlagen (u.a. Aufbau geeigneter Nahwärmenetze); Defizite bestehen auch bei der alternativen Gasnutzung (Direkteinspeisung von Biogas in das Gasnetz regionaler Versorger oder Aufbereitung als Treibstoff).

Was den Trend betrifft, so kann aus Gründen steigender fossiler Energie- und Rohstoffpreise sowie einer angestrebten Energiesicherheit (Unabhängigkeit von fossilen Importen bei Stärkung dezentraler Energiekreisläufe) eine positiver Entwicklung erwartet werden. Offen bleibt zudem, ob und wie es gelingt, das beabsichtigte und erwartete Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch zumindest in Teilen abzukoppeln. Die folgenden Indikatoren des Umwelt-Kernindikatorensystems können vor diesem Hintergrund für einen künftigen Abgleich dieser Trendbewertung mit der sich zeigenden Realität herangezogen werden: der „PEV nach Energieträgern“ und der „Anteil erneuerbarer Energien am PEV/an der Stromerzeugung“ sowie die „Energieproduktivität“.

3.3 Abfallaufkommen

Das Aufkommen an Hausmüll lag im Bundesland Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 um rund 39 kg je Einwohner über dem Bundesdurchschnitt. Die Verwertungsquote betrug 40 % und war damit deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Somit mussten im Land im Jahr 2001 noch 60 % der angefallenen Abfälle beseitigt werden. Das charakterisiert eine – im Bundesdurchschnitt gesehen – unbefriedigende Situation.

Allerdings sind in den letzten Jahren auch Erfolge erkennbar gewesen: So ist es beispielsweise gelungen, das Abfallaufkommen seit 1990 deutlich zu senken; auch kann konstatiert werden, dass es in Zukunft immer schwieriger werden wird, das kommunale Abfallaufkommen weiter zu reduzieren. Besonders hohe Anteile am Abfallaufkommen entfallen auf zwei Medien. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt spielt einerseits der Hausmüll noch eine markante Rolle: So wird etwa das jährliche Hausmüllaufkommen auf 500.000 t und mehr geschätzt, und das obwohl zwischen 1992 und 2002 das spezifische Aufkommen an Hausmüll, hausähnlichem Gewer-

¹¹ Ein Beispiel: Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat eine gute Holzvorratshaltung entwickelt, die aufgrund der sehr eingeschränkten Holzvermarktungsmöglichkeiten verstärkt für die Energiegewinnung genutzt werden könnte.

beanfall und Sperrmüll im Land um 60 % zurückging. Sehr spezifisch für das Land sind andererseits Abfälle in Form von verunreinigten Böden, verfestigten Abfällen und von Deponiesickerwasser. Um die Dimensionen deutlich zu machen, sei z.B. darauf verwiesen, dass sich fast 80 % der chemischen Industrie der ehemaligen DDR auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt befanden. Noch heute müssen deshalb erhebliche Mengen im Rahmen der Altlastensanierung anfallender kontaminierter Materialien entsorgt werden.

Die Zielsetzung im Bundesland Sachsen-Anhalt ist jetzt, eine umweltfreundliche deponiearme Entsorgung der verbliebenen Abfälle zu erreichen. Für die Ablagerung nicht verwertbarer Abfälle und von Behandlungsresten stehen ausreichende Deponiekapazitäten zur Verfügung, da vorhandene Deponien entsprechend den umweltrechtlichen Anforderungen nachgerüstet oder Deponien mit Basisabdichtung neu errichtet wurden. Für die Mitte 2005 wegen des Behandlungsgebots vorzeitig zu schließenden Siedlungsabfalldeponien sind aber noch Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen in großem Umfang erforderlich. Wegen hoher Schadstofffrachten sind Stilllegungsmaßnahmen hier vorrangig zu betreiben. Neben der weiteren Unterstützung der ordnungsgemäßen Stilllegung und Sanierung von Siedlungsabfalldeponien ist zukünftig auch die Weiterentwicklung und der Ausbau von Vermeidungs- und Verwertungsstrategien im Land eine wichtige Aufgabe.

Ein spezifisches umweltpolitisches Ziel auch der Landesregierung Sachsen-Anhalt ist es, die Abfall- und Kreislaufwirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten hin zu einer Stoffstromwirtschaft weiterzuentwickeln. Durch konsequente getrennte Haltung von Abfällen, ihre Vorbehandlung durch Recycling oder ihre energetische Nutzung wird angestrebt, die im Abfall gebundenen Stoffe und Materialien vollständig zu nutzen und somit eine Deponierung von Abfällen langfristig weitgehend überflüssig zu machen. Dadurch erhöht sich die stoffliche und energetische Nutzung des in Siedlungsabfällen noch immer enthaltenen hohen Anteils an organischen und anderen Stoffen, womit das Land dem Ziel, eine nachhaltige Abfallwirtschaft zu erreichen, näher rückt.

Auf zwei Pläne des Landes gilt es hinsichtlich der Trendbeschreibung aufmerksam zu machen. Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat einerseits einen Abfallbewirtschaftungsplan für Siedlungsabfälle aufgestellt. Dieser Plan ist das maßgebliche Planungsdokument für die zukünftige Entwicklung der Abfallwirtschaft des Landes. Er stellt landesweit die abfallwirtschaftlichen Ziele und Prämissen zur Abfallvermeidung und -verwertung bis zum Jahr 2015 dar und weist in diesem Zusammenhang über einen Prognosezeitraum von zehn Jahren die derzeitigen und die zu erwartenden Aufkommens- und Beseitigungsmengen sowie zur Planung der Entsorgungssicherheit die zur Vorbehandlung und Beseitigung erforderlichen Anlagenkapazitäten aus: Insgesamt wird demnach für die Jahre 2006 bis 2015 ein weiterer Rückgang des Abfallaufkommens prognostiziert.

Das Land hat des Weiteren einen Abfallbewirtschaftungsplan für besonders überwachungsbedürftige Abfälle aufgestellt. Auch dieser Plan stellt landesweit die entsprechenden abfallwirtschaftlichen Ziele und Prämissen zur Abfallvermeidung und -verwertung dar und weist zur Planung der Entsorgungssicherheit die zur Vorbehandlung und Beseitigung erforderlichen Anlagenkapazitäten aus. Darüber hinaus stellt dieser Abfallbewirtschaftungsplan aktuelle Angaben zu den Aufkommen der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle dar. Es findet zudem eine Zuordnung der für deren Verwertung oder Beseitigung zu verwendenden Anlagekapazitäten statt. Wie auch der zuvor genannte Abfallbewirtschaftungsplan für Siedlungsabfälle legt auch der Abfallbewirtschaftungsplan für besonders überwachungsbedürftige Abfälle Prognosen für einen Zeitraum von zehn Jahren vor: Für die Jahre 2005, 2009 und 2014 wurden Abfallaufkommen geschätzt. Die Prognose rechnet für das Jahr 2009 mit einem leichten Anstieg der spezifischen Aufkommen, gemessen am Status quo 2005, und für das Jahr 2014 wird wieder mit einem Aufkommensniveau gerechnet, das unter dem des Jahres 2005 liegen wird.

Folgende Indikatoren kommen für die Bewertung im Hinblick auf den Umweltaspekt Abfall in Betracht: „Ablagerungsquoten der Hauptabfallströme“, „Verwertungsquoten der Hauptabfallströme“, die „Rohstoffproduktivität“ und das „Gesamtabfallaufkommen“. Darüber hinaus ist auf Indikatoren zu verweisen, die von Abfällen, gleich welcher Art, ausgehende Emissionen und Immissionen in andere Medien messen. In diesem Zusammenhang sei insbesondere auf die beiden anschließenden Kapitel 3.4 und 3.5 verwiesen.

3.4 Wasser

Das Bundesland Sachsen-Anhalt weist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und auch im Vergleich zu anderen Flächenländern wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen noch immer geringeren Anschlussgrad der Bevölkerung an öffentliche Klär- und Abwasseranlagen auf: Er liegt mit ca. 87 % etwa 7 %-Punkte unter den entsprechenden Durchschnittswerten. Ein größerer relativer Anteil der Abwässer gelangt somit nicht oder nur unzureichend gereinigt in die Gewässer. Allerdings lässt sich für das Land im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auch feststellen, dass pro Kopf der Bevölkerung deutlich geringere Wasserentnahmen aus der Natur und Abwassereinleitungen in die Umwelt vorgenommen werden: Sowohl die Wasserentnahme aus der als auch die Abwassereinleitung in die Natur liegen bei lediglich einem Viertel bzw. einem Drittel des Bundesdurchschnitts. Das relativiert die besondere Problemsituation.

Heute werden im Land etwa 300 überwiegend neu gebaute oder sanierte kommunale Kläranlagen betrieben. Nach Abschluss des Ausbaus öffentlicher Abwasseranlagen ist davon auszugehen, dass 50.000 bis 70.000 Kleinkläranlagen als Dauerlösung im Bundesland Sachsen-Anhalt betrieben werden. Auch diese werden an den Stand der Technik der Abwasserreinigung angepasst.

Hauptursachen für das noch Nichterreichen der Zielstellung der WRRL für Grund- und Oberflächenwasserkörper „guter Zustand“ / „gutes ökologisches Potential“ sind relevante Belastungsschwerpunkte wie Punktquellen, diffuse Quellen, Wasserentnahmen, Abflussregulierungen, morphologische Veränderungen und Querbauwerke.

Das Ziel der im Dezember 2000 in Kraft getretenen WRRL ist anspruchsvoll formuliert, mithin ehrgeizig: Bis zum Jahr 2015 sollen alle Flüsse und Seen sowie das Grundwasser nach EU-weit einheitlichen Kriterien in einen „guten Zustand“ gebracht werden. Das Ergebnis einer in diesem Zusammenhang erstellten Bestandsaufnahme für das Bundesland Sachsen-Anhalt war nicht zufriedenstellend. Im Vergleich des Ist-Zustandes mit den Zielen der WRRL für das Jahr 2015 musste festgestellt werden, dass bei den Oberflächenwasserkörpern die Zielerreichung bei 1,2 % „wahrscheinlich“, bei 28,2 % „unklar“ und bei 70,6 % „unwahrscheinlich“ einzuschätzen ist. Ähnlich, wenngleich nicht ganz so schwerwiegend, ist das Bild bei Grundwasserkörpern: 77 % der Körper wird eine „unklare“ bzw. „unwahrscheinliche“ Zielerreichung attestiert, knapp ein Viertel hingegen werden in einem „guten Zustand“ gesehen (MLU 2006b).

Viele Gewässer im Bundesland Sachsen-Anhalt erreichen die Zielstellung der WRRL also noch nicht und werden diese ohne weitere Maßnahmen bis zum Jahr 2015 auch voraussichtlich nicht erreichen. Infolgedessen ergibt sich eine wesentliche Herausforderung und spezieller Handlungsbedarf für das Land: Notwendig wird sein, nicht nur den Anschlussgrad an Kläranlagen weiter zu verbessern, sondern die Wassergüte insgesamt zu heben.

Gearbeitet werden muss dazu vor allem an den folgenden Bereichen: Verringerung der nutzungsbedingten Beeinträchtigungen der Gewässerstruktur durch Abflussregulierungen, morphologische Veränderungen und Querbauwerke, z.B. durch die Schifffahrt; Verminderung von Nährstoffeinträgen aus diffusen Quellen, z.B. durch Düngung; Reduzierung von Schadstoffeinträgen aus der Niederschlagsentwässerung sowie in Teilbereichen auch aus industriellen Kläranlagen. Notwendig wird es darüber hinaus sein, den dem Stand der Technik entsprechenden Ausbau der Behandlung von kommunalem Abwasser weiter zu forcieren und die konsequente Einhaltung der branchenbezogenen Anforderungen an Abwassereinleitungen aus Industrie und Gewerbe sowie die damit verbundenen Innovationen, etwa im Bereich abwasserarmer Produktionsprozesse, fortzuführen.

Die Problematik der diffusen Quellen ist, wie bereits erwähnt, eng verknüpft mit dem Sektor Landwirtschaft. In diesem Kontext ergeben sich spezielle Herausforderungen und damit Schwerpunktaufgaben im Bundesland Sachsen-Anhalt: Es muss um eine gezielte Reduzierung des Nährstoffeintrages in die Gewässer gehen. Um das zu erreichen, müssen u.a. geeignete Maßnahmen zur Minimierung von Stoffeinträgen aus Düngung und Pflanzenschutz gefunden werden. Beratungsprojekte, die zur gezielten Reduzierung von Stickstoffeinträgen und damit zur langfristigen

nachhaltig wirkenden Minderung der Gewässerbelastung durch Nährstoffe beitragen, und Renaturierung von Gewässern in intensiv landwirtschaftlich genutzten Bereichen im Sinne der Wiederherstellung ihrer ökologischen Funktionsfähigkeit können hier unterstützend wirken.

3.5 Boden und Altlasten

Im Vergleich der Bundesländer weist das Bundesland Sachsen-Anhalt zwischen den Jahren 2001 und 2004 einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen auf: 0,15 % der Landesfläche erfahren so pro Jahr eine Umwidmung; im Bundesdurchschnitt sind es lediglich 0,11 %. Der hohe Wert für das Land ist allerdings nur zum Teil auf Neuversiegelungen zurückzuführen; zum anderen Teil ist auf einen relativ großen Zuwachs gering versiegelter Erholungsflächen sowie auf Aufholeffekte zu verweisen. In der Tat weist die Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes im Vergleich der Bundesländer einen deutlich unterdurchschnittlichen Anteil an der Gesamtfläche auf: Über alle Verwendungen hinweg kann von einem um etwa ein Viertel geringeren absoluten Verbrauch von Fläche ausgegangen werden. Auch in Bezug auf das Niveau der Bodenversiegelungen stellt sich die Umweltsituation damit vergleichsweise günstig dar, wenngleich die stärkere Bevölkerungsdichte in den Gunsträumen des Landes dazu führt, dass gerade die aus ackerbaulicher Sicht wertvollsten Böden vermehrt für die Siedlungsexpansion genutzt werden. Eine besondere planerische Herausforderung stellt nicht zuletzt aus solchen agrarischen Überlegungen das Ergreifen von Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Flächenentzuges, der heute noch immer etwa 10 ha pro Tag ausmacht (MLU 2004), dar.

Das Bundesland Sachsen-Anhalt ist durch Altlasten besonders stark betroffen (vgl. Ausführungen in Kapitel 3.3), denn in kaum einem anderen Gebiet der ehemaligen DDR sind die durch rücksichtslose Ressourcennutzung entstandenen spezifischen Umweltprobleme so groß wie im südöstlichen Teil des Landes. Nach wie vor gibt es von daher eine große Zahl von altlastverdächtigen Flächen und Altlasten. MLU (2004) zufolge gehören über 20.000 Flächenareale zu entsprechenden kontaminationsverdächtigen Standorten. Neben den im Rahmen der Altlastenfreistellung nach Umweltrahmengesetz zu sanierenden Standorten handelt es sich dabei um meist stillgelegte gewerbliche, militärische oder landwirtschaftliche Altstandorte sowie kommunale Altablagerungen mit überwiegend mittlerem bis geringerem Gefährdungspotenzial. Wegen der großen Belastung des Lebensraumes ist die Beseitigung der mit Altlasten verbundenen Umweltgefährdungen eine vorrangige Aufgabe und besondere Herausforderung der Umweltpolitik des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Boden ist die Grundlage jeder landwirtschaftlichen Produktion. Von daher kommt auch bei der Situationsbeschreibung dieses Umweltaspektes dem Agrarsektor eine besondere Bedeutung zu. Im Bereich der Nährstoffeinträge in den Boden durch die Landwirtschaft haben sich im Bundesland Sachsen-Anhalt die auf die Fläche bezo-

genen Stickstoffbilanzen auf ca. + 50 kg N/ha stabilisiert; sie liegen damit deutlich unter dem Durchschnittswert für die Bundesrepublik Deutschland, der mit + 90 kg N/ha fast doppelt so hoch ist. Maßgeblich dafür verantwortlich kann die komplette Umstellung der Humuswirtschaft in den Jahren seit der deutschen Einheit gemacht werden: Es ist zu einem deutlichen Rückgang des Gülle- und Stallunganfalls als Folge der Reduzierung der Tierbestände gekommen und im Gegenzug zu einer starken Ausdehnung der Stroh- und Gründüngung.

Hinsichtlich des Eintrags von Pflanzenschutzmitteln (PSM) in die Böden sieht es wie folgt aus: Im Jahr 2000 lag der Einsatz von PSM im Durchschnitt der zehn Hauptfruchtarten Winterweizen, Winterroggen, Triticale, Wintergerste, Sommergerste, Hafer, Winterraps, Kartoffel, Zuckerrübe und Mais in den intensiv genutzten Ackerbaugebieten des Landes bei einem so genannten Behandlungsindex von ca. 3,2; in ungünstigeren Produktionslagen, etwa der Altmark und des Fläming, lag der Index mit etwa 2,9 etwas niedriger. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Wert des Behandlungsindex für alle Agrarregionen Deutschlands betrug 3,1. Den erzielten Indexwert im Land weiter abzusenken, stellt wiederum eine beachtliche Herausforderung dar. Ein umfangreiches Maßnahmenpaket scheint geeignet, um die Risiken, die durch die Anwendung chemischer PSM für Mensch und Naturhaushalt entstehen können, weiter zu reduzieren. Dazu gehören z.B die Verbesserung der Sachkunde bei den Anwendern von PSM, die Bereitstellung zusätzlicher Fachinformationen, die Verbesserung der Pflanzenschutzgerätetechnik, die Unterstützung durch neue und verbesserte Prognose- und Entscheidungshilfen und die Erhebung und Kontrolle von PSM-Anwendungsdaten. Darüber hinaus können Schadstoffeinträge in die Böden durch die landbauliche Verwertung von Klärschlämmen erfolgen. Diese zu mindern bzw. zu begrenzen, stellt eine weitere Herausforderung für das Bundesland Sachsen-Anhalt dar.

Für das Bundesland Sachsen-Anhalt charakteristisch ist im Hinblick auf die Boden-Umwelt-Beziehungen auch, dass ca. 65 % der landwirtschaftlichen Böden potenziell durch Winderosion und ca. 15 % potenziell durch Wassererosion bedroht sind; das ist erheblich. Die Schwerpunkte der Wassererosionsgefährdung liegen dabei auf lößgeprägten Harzvorlandstandorten und Übergangstandorten im Südteil des Landes.

Neben den Veränderungen von Bodenparametern aufgrund von Bewirtschaftung, Rohstoffgewinnung und Versiegelung sind die Auswirkungen von Immissionsprozessen auf Böden von besonderem Interesse aus Sicht der Umwelt. Die spezielle Entwicklung des Gebietes im südlichen Teil des Landes, geprägt durch Erzbergbau und -verhüttung sowie die Chemieindustrie, lässt darauf schließen, dass zumindest in bestimmten Regionen die landwirtschaftlich genutzten Böden erhöhte Schadstoffgehalte aufweisen. Ungefähr 90 % der in verschiedenen Studien untersuchten Bodenproben weisen zwar Schwermetallgehalte im Hintergrundbereich auf, die eine uneingeschränkte Nutzung dieser Böden zulassen, allerdings muss auch konstatiert werden, dass mindestens 1 % der Proben Werte aufweisen, die über dem

Grenzwert, der keine landwirtschaftliche Nutzung mehr zulässt, liegen. Schwerpunktgebiete sind die bekannten Regionen mit erhöhten Schwermetallgehalten, insbesondere im Einflussbereich der Altindustrien der chemischen Industrie und der Buntmetallurgie sowie im Überschwemmungsgebiet der Muldeau. Einzig positiv hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die Belastungsgebiete kleinräumig und meist in unmittelbarer Emittentennähe sind, was die Vermeidung weiterer unmittelbarer und mittelbarer Schäden auf andere Umweltmedien und das Recycling erleichtert. Für diese Flächen sind entsprechende Überwachungsprogramme aufgestellt und Nutzungseinschränkungen bzw. -verbote ausgesprochen worden.

Die Trendabschätzung gestaltet sich uneinheitlich. Hinsichtlich der Anreicherung von Schadstoffen im Oberboden könnte das Niveau in etwa gehalten werden, wenn Ersatzinvestitionen in die in der Vergangenheit bereits deutlich verbesserte Emissionsvermeidungs- bzw. -absenkungstechnik erfolgen. Der weitgehende Abschluss großer Infrastrukturprojekte und das voraussichtlich moderate Wirtschaftswachstum lassen zudem erwarten, dass ein erheblich höherer Flächenverbrauch gegenüber den vergangenen Jahren nicht stattfinden wird, man also von einer in etwa gleich bleibenden Belastung ausgehen kann. Bei der Altlastensanierung wird das Land der Planung entsprechend weiter vorankommen, so dass die diskutierten Belastungen zurückgehen werden. Folgende Indikatoren werden aufzeigen können, inwieweit das gelingt: „Veränderung der versiegelten Fläche“, „Inanspruchnahme von Flächen mit hoher und sehr hoher Erfüllung der Bodenfunktionen“, „Anteil nicht wendender/ konservierender Bodenbearbeitung“ und eventuell auch der „Stickstoffbilanzüberschuss“.

3.6 Naturschutz

Im Zentrum der Landes-Naturschutzpolitik stehen der Aufbau des europäischen Netzes NATURA 2000 und die Erhaltung der Biodiversität. Beide Themen sollen im Folgenden getrennt behandelt werden.

Darüber hinaus sei zuvor erwähnt, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt natürlich auch andere Naturschutzaspekte beachtet. So verfügt das Land über zahlreiche nach Naturschutzrecht geschützte Gebiete und Objekte: Allein 32 % der Landesfläche, etwas mehr als 650.000 ha, sind als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen und mehr als 50.000 ha sind als Naturschutzgebiete deklariert. Der mit diesen Beispielen beschriebene Umfang von unter Naturschutz stehenden Flächen hat sich nach besonderen Anstrengungen zur Mehrung der Fläche in den neunziger Jahren in den letzten Jahren konsolidiert.

NATURA 2000

Das kohärente europäische Schutzgebietssystem „NATURA 2000“ soll einen wesentlichen Beitrag zum Biotopverbundsystem in der EU leisten. Die dafür maßgebende FFH-Richtlinie fordert, dass die EU-Mitgliedstaaten die Pflege von Land-

schaftselementen fördern, die von ausschlaggebender Bedeutung für insbesondere wildlebende Tiere und Pflanzen sind.

Das Bundesland Sachsen-Anhalt hat sich dieser besonderen Herausforderung gestellt und weist insgesamt 231.936 ha Gesamtfläche des Landes als „NATURA 2000“-Gebiete aus. Das sind über 11 % der Landesfläche und entspricht in etwa dem derzeitigen Bundesdurchschnitt der Binnenländer. Zu diesen Schutzgebieten nach EU-Recht gehören insgesamt 265 FFH-Vorschlagsgebiete mit einer Gesamtfläche von 179.729 ha sowie 32 europäische Vogelschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 170.611 ha. Unterschiede in der Fläche kommen dabei durch zum Teil großflächige Gebietsüberschneidungen zustande. Dazu gehören auch Wälder mit einer Gesamtfläche von knapp 90.000 ha. Das sind fast 20 % der Gesamtwaldfläche des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Für diese Gebiete sind u.a. Schutz- und Erhaltungsziele formuliert bzw. noch zu formulieren. Grundlage für die Formulierung dieser Ziele sind neben der flächenscharfen Erfassung der Lebensraumtypen nach Anhang I und der Habitate der Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie auch die sichere und nachvollziehbare Beurteilung des Erhaltungszustandes der jeweiligen Vorkommen. Außerdem sind fundierte Angaben zu notwendigen Erhaltungsmaßnahmen erforderlich.

Da der überwiegende Teil der „NATURA 2000“-Gebiete von land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen eingenommen wird, ist auf Besonderheiten zu deren Nutzung hinzuweisen. Die entsprechenden Flächen unterliegen in unterschiedlichem Maße Nutzungsbeschränkungen. Die in diesem Zusammenhang zu erstellenden Managementpläne enthalten verbindliche Vorgaben für die land- und forstwirtschaftlichen Landnutzer. Die Vorgaben sollen zum einen die Art der Bewirtschaftung regeln und gleichzeitig die Einhaltung der entsprechend formulierten Regeln sicherstellen, und sie sollen zum anderen garantieren, dass der Erhaltungszustand der Lebensräume und Arten innerhalb der „NATURA 2000“-Gebiete konstant bleibt bzw. weiter verbessert wird.

Infolge der Bewirtschaftungsbeschränkungen und zur Sicherung der weiterhin gewünschten land- bzw. forstwirtschaftlichen Produktion in den „NATURA 2000“-Gebieten erhalten die Landwirte Ausgleichszahlungen, die bei Wahrung von „NATURA 2000“-Schutzzielen und des nationalen Schutzregimes gewährt werden, wenn die Bewirtschaftung im Einklang mit den Ge- und Verboten der Schutzgebietsverordnung steht.

Umfangreiche Anstrengungen sind auch weiterhin nötig, um die Erhaltungsmaßnahmen für die Lebensräume, Arten und Arthabitate innerhalb dieser Gebiete zu gewährleisten und Verschlechterungen zu vermeiden bzw. Verbesserungen herbeizuführen. Insbesondere sollen Zahlungen für freiwillige Naturschutzleistungen erfolgen, zu denen sich Wirtschaftsakteure, insbesondere Landwirte, verpflichten können. Mit dieser Maßnahme sollen u.a. naturschutzfachliche Zielstellungen erfüllt

werden. Nachhaltige Bewirtschaftungsweisen auf landwirtschaftlichen Flächen sollen auf speziell dafür geeigneten Flächen unterstützt werden. Es sollen Investitionen zum Schutz von Lebensräumen und Arten sowie nichtproduktive Investitionen zur Einhaltung von Agrarumweltzielen in Gebieten mit hohem Naturwert gefördert werden.

Vor dem Hintergrund der aufgezeigten eher generellen Problematik und insbesondere der Unterstützung durch die öffentliche Hand wird hinsichtlich der Trendbewertung davon ausgegangen, dass der gegenwärtige Zustand in „NATURA 2000“-Gebieten erhalten bleibt. Dieser kann über die unter Biodiversität aufgeführten Indikatoren abgebildet werden.

Biodiversität

In Sachsen-Anhalt gibt es eine Reihe von naturräumlichen Besonderheiten, wie Wärmelagen, Regenschattengebiete, Feuchtgebiete und Auen, aus denen sich Lebensräume für seltene Pflanzen- und Tierarten in der gesamten Kulturlandschaft, aber auch direkt auf den landwirtschaftlich genutzten Standorten ergeben. Andererseits bestehen für viele Arten, insbesondere so genannte Kulturfolger, durch die heutige Agrarlandbewirtschaftung erhebliche Lebensraumdefizite, wodurch ihre Existenz in Frage gestellt ist. Letzteres gilt beispielsweise für die Großtrappe, den Feldhamster, den Feldhasen und das Rebhuhn. Gründe für diesen Konflikt sind u.a. die durch die EU-Agrarpolitik ausgelösten Anpassungsprozesse in den Landwirtschaftsbetrieben. Diese ziehen sichtbare Veränderungen in der Produktionsstruktur und der Agrarlandschaft nach sich. Dazu zählen die Einengung der Fruchtfolgen und der Rückgang der Fruchtartendiversität, die Ausdehnung des Marktfruchtanbaus, der weitere Abbau der Tierbestände sowie die Reduzierung des Feldfutterbaus. Negativ im Hinblick auf die Artenvielfalt sind zudem der Umbruch und die Neuansaat weidefester Gräser sowie eine intensive Weide- und Schnittnutzung; zudem führten auf Niedermoorstandorten Meliorationsmaßnahmen bzw. Grundwasserabsenkungen bis in die 90er Jahre hinein zu einer Mineralisierung und Degradierung vorhandener Moorböden und der dort heimischen Artenvielfalt. Andererseits entstehen aus neuen, sich ändernden Bewirtschaftungsstrukturen auch wieder neue Lebensräume, etwa durch die Verstärkung der extensiven Grünlandnutzung. Auch der für das Land typische, touristisch attraktive, einzigartige und kleinparzellierte Weinbau in Steil- und Terrassenlagen bietet Lebensraum für viele Pflanzen und Tiere, die sonst nicht dort vorzufinden sein würden.

Nicht nur die Landwirtschaft beeinflusst die Biodiversität: Intensivere Stoff- und Energiekreisläufe (vgl. hierzu u.a. auch die Argumentationen in den Kapiteln 3.2 und 3.3) wirken sich auf die Ausprägung bzw. den Verlust von Artengruppen aus. Arten, welche an dem intensiveren Stoffkreislauf teilhaben, finden günstige Bedingungen und vermehren sich, während andere verschwinden bzw. nur noch begrenzt auftreten.

Der Schutz der biologischen Vielfalt insbesondere im ländlichen Raum wurde durch verschiedene, an den jeweiligen Standort angepasste Bewirtschaftungsformen und Fördermaßnahmen unterstützt: Die sachsen-anhaltischen Grünlandstandorte, die vornehmlich in ökologisch sensiblen Gebieten liegen, erfüllen beispielsweise auch die Funktion, Lebensraum für viele Tierarten insbesondere in Feuchtwiesen zu bieten. Neben der extensiven Grünlandbewirtschaftung ist verschiedenen Bewertungen zu entnehmen, dass insbesondere auch die Bewirtschaftung von marginalen Standorten im Rahmen des Steillagenweinbaus, der Trockenrasenkultivierung und von Streuobstwiesen geeignete Lebensbedingungen für eine außerordentliche Vielzahl von Spezies der Flora und Fauna bieten. Eine den Boden schonende Bodenbewirtschaftung, etwa durch praktizierte Mulchverfahren, hat ebenfalls einen positiven Einfluss auf die Biotopentwicklung, da durch die Reduzierung der so genannten erosiven Stoffeinträge in die angrenzenden Lebensräume Beeinflussungen von verschiedensten Arten gemindert werden und der Eutrophierung entgegengewirkt wird.

Biodiversität kann also positiv oder negativ beeinflusst sein, und es fällt schwer, quantifizierte Argumente zu finden, die die Stellung des Landes im Vergleich aufzeigen. Einen ganz wesentlichen Anhaltspunkt zur Messung von Arten- und Lebensraumvielfalt liefert der zum Umweltkernindikatorensystem gehörende Indikator „Fläche und Anzahl unzerschnittener, verkehrsarmer Räume“. Und hier kann das Bundesland Sachsen-Anhalt positiv, etwa gegenüber anderen Bundesländern herausgehoben werden: 32 % der Landesfläche wurden im Jahr 2003 zu dieser Fläche gezählt, 1998 waren es nur 29 % und im Bundesdurchschnitt waren es im Jahr 2003 lediglich 21 % bei rückläufiger Tendenz¹².

Aufbauend auf dem Landschaftsprogramm des Bundeslandes Sachsen-Anhalt wurde aktuell ein Programm zur Entwicklung eines ökologischen Verbundsystems erarbeitet, um die ersten erreichten Fortschritte zu verstetigen. Untersetzt durch entsprechende Biotopverbundplanungen auf Landkreisebene, soll dieses u.a. für den Erhalt großer unzerschnittener bzw. miteinander vernetzter Landschaftsräume und damit auch für die Sicherung der ökologischen Austauschbeziehungen sorgen. Defizite hinsichtlich der Verbundstrukturen bestehen jedoch insbesondere in den durch hochwertige Böden geprägten weiträumigen Agrarlandschaften. Diese Defizite abzubauen, stellt eine besondere Herausforderung für die nächsten Jahre dar, um Artenvielfalt, Biotopvielfalt und genetische Vielfalt auch weiterhin gewährleisten zu können.

Es ist deutlich geworden, dass Biodiversität sowohl positiv als auch negativ beeinflusst wurde und auch weiterhin wird. Dies erschwert eine Trendextrapolation. Angesichts der aufgezeigten und weiterhin geplanten Anstrengungen zum Erhalt der Biodiversität im Land kann eine Verschlechterung im Hinblick auf die Artenvielfalt

¹² Vergleiche auch hierzu wieder die ausführlichen Angaben zum Umweltkernindikatorensystem unter <http://www.env-it.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=2702>.

nicht vermutet werden. Ob dies jedoch ausreicht, um die Biodiversität auch weiter zu erhöhen, ist eine offene Frage und lässt sich am ehesten über den Indikator „Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt“ beantworten.

3.7 Wald

Der Waldschadensbericht 2005 belegt, dass es dem Wald im Bundesland Sachsen-Anhalt wieder besser geht: Mit 52 % ist mehr als die Hälfte der Bäume in einem gesunden Zustand, was eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr, als lediglich 43 % gezählt wurden, bedeutet und auf die Regenerationskraft der heimischen Wälder schließen lässt, denn der Wert aus dem Jahr 2004 war maßgeblich durch die Strapazen des Rekordhitzejahres 2003 bedingt gewesen. Die Zahl der sichtbar kranken Bäume hat demnach abgenommen: Wenngleich es nur 5 % weniger als im Vorjahr sind, weisen noch immer 20 % aller Bäume deutliche Schäden auf.

Interessanter als dieser relativ kurzfristige Vergleich über das Jahr fällt ein langfristiger Vergleich über die letzten 15 Jahre, zu denen Waldschadenserhebungen laufen, aus. Lediglich 28 % der Wälder im Bundesland Sachsen-Anhalt wurde 1991 ein gesunder Zustand attestiert, 34 % des Bestandes wies deutliche Schäden auf. Hier ist also ein eindeutig positiver Trend zu erkennen.

Potenziale für weitere Verbesserungen des beschriebenen Zustandes liegen vor allem in einer noch stärker umweltgerechten Waldbewirtschaftung und einem langfristigen Waldumbau hin zu einer höheren Varietät bei den Baumarten und einer tieferen Durchdringung der Wälder mit Laub- und Mischkulturen. Das soll zu einer Minderung der Schädigungen infolge von Schädlingen und Schadstoffbelastungen führen und darüber hinaus eine deutliche Erhöhung der Stabilität, der Betriebssicherheit und der Wertleistung der Waldbestände bewirken.

Über die ebenfalls beabsichtigte Erhöhung des Waldanteils an der Gesamtfläche werden zudem positive Wirkungen auf die Luft- und Wasserqualität und den Naturschutz (Hochwasser- und Brandschutz¹³) erwartet.

Die Entwicklung seit 1991 und die laufenden und beabsichtigten Anstrengungen seitens des Landes lassen auf eine anhaltend positive Entwicklung in der Zukunft schließen. Messbar wird dieser Trend vor allem über die folgenden Indikatoren: „Waldschäden der Schadstufe 2 und mehr“ und „Flächenanteil FSC- oder Naturland-zertifizierter Waldfläche“.

¹³ Das Bundesland Sachsen-Anhalt gehört zu den waldbrandgefährdetsten Bundesländern. Für 60 % der Waldfläche besteht sogar eine hohe Gefährdung bzw. die Gefahr von Großbränden. Das gilt zumal für die nördlichen und östlichen Landesteile. Ursachen sind die relativ geringen Niederschläge und die Dominanz von Kiefernwäldern, weil gerade Kiefern eine hohe Zündbereitschaft aufweisen. Ausgedehnte Misch- und Laubwaldareale werden die Waldbrandgefährdung mindern.

3.8 Zusammenfassende Einschätzung

Die Umweltsituation im Bundesland Sachsen-Anhalt hat sich gegenüber dem Zustand zum Beginn der neunziger Jahre auf vielen Problemfeldern zum Teil massiv verbessert. In anderen Bereichen konnte der Umweltstatus weitgehend erhalten bleiben. Deutliche Verschlechterungen bei einzelnen, sehr spezifischen Umweltaspekten sind die Ausnahme.

Bereits die der EU-Fondsprogrammierung für die Jahre 2007 bis 2013 vorgeschaltene sozio-ökonomische Analyse (vgl. GEFRA und ESRI 2006) kommt zu dem Schluss, dass für das Bundesland Sachsen-Anhalt Handlungsbedarf im Rahmen der EU-Fonds EFRE, ESF und ELER insbesondere in Bezug auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungsrückstände und weniger im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz bestehe. Die hier vorgebrachte Akzentuierung dieser Analyse stützt diese zentrale Botschaft, sie ist nachvollziehbar und konsequent.

Das gilt zumal, weil mehrere Trendbewertungen in Richtung einer weiteren Verbesserung der Umweltsituation weisen und nur vereinzelt Trendbewertungen vorgenommen werden mussten, die eine mögliche Verschlechterung zu speziellen Umweltaspekten prognostizieren.

Die Ableitung eines vergleichsweise guten gegenwärtigen und künftigen Status quo hinsichtlich der Umweltsituation im Bundesland Sachsen-Anhalt bedeutet jedoch nicht, dass die gegenwärtige Situation optimal wäre; im Gegenteil: Für die weitere Verbesserung der Umweltsituation bzw. die Abmilderung von Umweltschäden ließen sich, wie oben erwähnt, eine Vielzahl von Herausforderungen ableiten, die zugleich Herausforderungen für umweltpolitische Planung und Gestaltung darstellen.

4. Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen des Programms, Schwerpunkte und Maßnahmen sowie geplante Aktivitäten zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich der erheblichen negativen Umweltauswirkungen

Folgende im Anhang I der SUP-Richtlinie geforderten Inhalte sind in diesem Kapitel 4 enthalten:

- (lit. f) die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen (einschließlich sekundärer, kumulativer, synergetischer kurz-, mittel- und langfristiger, ständiger und vorübergehender, positiver und negativer Auswirkungen), insbesondere Auswirkungen auf Aspekte wie die biologische Vielfalt, die Bevölkerung, die Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft sowie die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren und
- (lit. g) die Maßnahmen, die geplant sind, um erhebliche negative Umweltauswirkungen aufgrund der Durchführung des Plans oder Programms zu verhindern, zu verringern und soweit wie möglich auszugleichen.

Bevor die fondsspezifische Untersetzung zum ELER erfolgt, sind der besseren Einordnung wegen zunächst einige Begriffe zu klären bzw. zu diskutieren. Bei der Prüfung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen werden die Programmebene, die Schwerpunktebene und die Maßnahmeebene unterschieden. Die Programmebene bezieht sich auf das EPLR für den ELER; auf der Schwerpunktebene werden mehrere verschiedene Schwerpunkte (bzw. Prioritätsachsen) analog zum Programm definiert; diese Schwerpunkte bzw. Prioritätsachsen werden wiederum mit den im EPLR geplanten Maßnahmen auf der Maßnahmeebene untersetzt werden.

Die Diskussion potenziell und voraussichtlich erheblicher Umweltauswirkungen basiert auf der grundlegenden Annahme, dass nicht das Programm per se diese Effekte generiert; vielmehr lassen sich die Wirkungszusammenhänge nur begrenzt auf der Schwerpunktebene und am ehesten noch auf der Maßnahmeebene konkret fassen. Deshalb wird im Folgenden zunächst eine qualifizierte Bewertung auf der Maßnahmeebene vorgenommen; eine zweckmäßige Verdichtung (Aggregation) dieser Bewertung folgt erst im Anschluss¹⁴.

¹⁴ Hinzuweisen ist darauf, dass selbst die Maßnahmeebene noch über ein vergleichsweise hohes Abstraktionsniveau verfügt, weil einzelne Maßnahmen mehrere Förderansätze subsumieren können. Dies erschwert eine Quantifizierung der Auswirkungen auf einzelne oder mehrere Umweltaspekte und macht sie in einigen Fällen sogar unmöglich.

Drei qualifizierende, die folgende Analyse strukturierende Aussagen gilt es vor diesem Hintergrund vorab zu treffen:

1. Zunächst wird anhand der Maßnahmebeschreibungen abgewogen, ob eine Maßnahme potenziell erhebliche Umweltauswirkungen nach sich zieht. Für den Fall, dass das nicht so ist bzw. die Auswirkungen vernachlässigbar sind, wird die Bewertung abgebrochen.
2. Wird erwartet, dass eine Maßnahme hingegen potenziell erhebliche Umweltauswirkungen nach sich ziehen kann, wird eine Tendenzbewertung vorgenommen: Grundsätzlich positive Effekte werden von negativen Wirkungen unterschieden. Referenzsystem ist dabei die Beschreibung des analysierten und begründeten Trends zu den Umweltaspekten gemäß Kapitel 3 des Umweltberichts; diese Trendbewertung gibt an, wie sich die Umweltsituation ohne staatliche Intervention im Rahmen der hier zur Debatte stehenden EU-Förderung über das EPLR weiterentwickeln würde. Positiv bedeutet dann, dass die konkrete Maßnahme im Hinblick auf einen konkreten Umweltaspekt einen für diesen Aspekt beschriebenen positiven Trend verstärkt bzw. einen negativen Trend abschwächt oder eine Stagnation im Sinne des konkret zugrunde liegenden Umweltziels positiv verändert; demgegenüber bedeutet negativ, dass die entsprechende Maßnahmen einen offensichtlichen negativen Trend verstärkt bzw. einen positiven Trend abschwächt oder eine Stagnation zum betrachteten Umweltaspekt negativ beeinflusst.
3. Schließlich wird dann analysiert, ob Maßnahmen, die potenziell erhebliche positive oder negative Auswirkungen zu einzelnen oder mehreren Umweltaspekten auslösen können, auch Maßnahmen darstellen, von denen voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen auf einzelne oder mehrere Aspekte ausgehen, d.h. es wird untersucht, ob mit hoher Wahrscheinlichkeit von entsprechenden Umwelteffekten auszugehen ist.

Das Ergebnis der beiden ersten Schritte dieser qualifizierenden Analyse ist in der folgenden Abbildung 4.1 für den ELER ausgewiesen: Eine Leerzelle in diesen drei Abbildungen charakterisiert, dass einer konkreten Maßnahme keine oder nur eine vernachlässigbare potenzielle Wirkung auf einen bestimmten Umweltaspekt eingeräumt wird; ein Pluszeichen kennzeichnet hingegen eine grundsätzlich positive Wirkung der entsprechenden Maßnahme; ein Minuszeichen schließlich verdeutlicht eine vor allem negative Wirkung. In Einzelfällen wurden sowohl Plus- als auch Minuszeichen in einer Zelle vergeben; dies ist dann der Fall, wenn auf der Basis der jeweiligen Maßnahmebeschreibung die Vermutung zulässig ist, dass beide Tendenzen prinzipiell möglich sind, aber keine Tendenz voraussichtlich vorherrschen wird¹⁵.

¹⁵ Ein markantes Beispiel liefern Investitionsförderungen. Handelt es sich bei der konkreten Investition um eine Ersatzinvestition, sind eher positive Umweltwirkungen möglich, da alte Technologien abgebaut und

An diese zweistufige Relevanzprüfung schließt sich eine Bewertung der Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer spezifizierten Umweltwirkung an (vgl. Schritt 3 der Analyse). Das ist zugleich die eigentlich zentrale Frage, die es analog zu (lit. f) des Anhangs I der SUP-Richtlinie zu beantworten gilt. Entsprechend viel Raum wird folglich dieser Fragestellung bzw. Bewertungskomponente gewidmet. Die Darstellung des Ergebnisses dieser letzten und entscheidenden Stufe der Bewertung wird folgt der Darstellung in der genannten Abbildung 4.1. Dazu werden eigenständige Übersichten entwickelt. In diesem Zusammenhang werden dann auch vorab die Kriterien genannt, die zu der konkreten Unterscheidung zwischen potenziell erheblichen und voraussichtlich – d.h. wahrscheinlich – erheblichen Umweltwirkungen der Maßnahmen geführt haben.

Abschließend werden also verschiedene Übersichten aufgeführt, und zwar konkret zu Maßnahmen, von denen bezüglich einzelner oder mehrerer Umweltaspekte voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können: Es werden die Maßnahmen, die betroffenen Umweltaspekte, die relevanten Umweltschutzziele, die Wirkungsrichtung der Beeinflussung und die offensichtlich geeigneten Indikatoren zur Messung der jeweiligen Wirkung¹⁶ genannt. Dabei erscheint es in einigen Fällen zweckmäßig, einzelne Maßnahmen zu bündeln, weil voraussichtlich erhebliche Auswirkungen sehr ähnlich bzw. sogar identisch sein bzw. Maßnahmen im Hinblick auf Förderinhalte und -richtungen ähnlich strukturiert und untersetzt werden. Darüber hinaus entspricht diese Orientierung auf die Bündelung von Maßnahmen eher dem strategischen Ansatz der Prüfung als etwa eine stringente Diskussion von einzelnen Maßnahmen¹⁷.

Hingewiesen sei zudem noch einmal auf die zu unterscheidenden Umweltaspekte gemäß der Argumentation im Kapitel 2.1 des Umweltberichts (vergleiche insbesondere auch Fußnote 4): „Biodiversität, Flora und Fauna“, „Gesundheit und Bevölkerung“, „Landschaft und kulturelles Erbe“, „Boden“, „Wasser“, „Luft“, „Klimatische

durch neue Technologien ersetzt werden, an die i.d.R. höhere Umwelanforderungen gestellt werden; handelt es sich hingegen um Neuinvestitionen, ob nun in produktive oder infrastrukturelle Kapazitäten, dann können u.U. eher umweltschädliche Einflüsse möglich sein, z.B. eine weitere Versiegelung von Flächen.

¹⁶ Hinsichtlich der Indikatoren ist es wichtig, solche Indikatoren auszuwählen, die einen guten Einblick in die Situation und deren Veränderung geben, die messbar und auch weitestgehend kontrollierbar sind, und die einen Vergleich (über die Zeit aber auch mit anderen Regionen) ermöglichen, um relative Veränderungen bzw. vor- und nachteilige Entwicklungen zu identifizieren. Aus diesem Grund werden, wie bereits in den Kapiteln 2 und 3 erwähnt, soweit möglich, Indikatoren des so genannten Umwelt-Kernindikatorensystems des Umweltbundesamtes genutzt. Dieses System ist so konzipiert, dass problemorientiert Ursachen und Wirkungen abgebildet werden können, aber auch eine möglichst große Vergleichbarkeit erreicht wird und internationale Standards beachtet werden. Vergleiche hierzu wiederum die umfangreichen Angaben unter <http://www.env-it.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2702>. In Einzelfällen, insbesondere dann, wenn die Indikatoren des Umwelt-Kernindikatorensystems keine zielkonformen Indikatoren für den speziellen Sachverhalt beinhalten, wird – soweit möglich – auf andere weitgehend akzeptierte Indikatoren zurückgegriffen. Hierzu wurden insbesondere Indikatorenbenennungen der Umweltbehörde herangezogen.

¹⁷ An dieser Stelle sei erwähnt, dass auch eine Diskussion je Schwerpunkt oder Prioritätsachse eines Programms wenig zweckmäßig ist, da eine klare Zuordnung von Umweltaspekten und -beeinflussungen je Schwerpunkt bzw. Prioritätsachse im Sinne der Umweltprüfung nicht zielkonform ist.

Faktoren“, „Schutz vor Naturgefahren“ sowie „Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe“.

4.1 Bewertung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum

Die in der Abbildung 4.1 ausgewiesene Relevanzmatrix verdeutlicht zunächst wieder potenziell erhebliche Umweltauswirkungen für die Maßnahmen der Schwerpunkte des OP für den ELER¹⁸.

Abbildung 4.1: Relevanzmatrix zu den potenziell erheblichen Umweltauswirkungen von ELER-Maßnahmen

Schwerpunkte, Maßnahmen	Biodiversität, Flora und Fauna	Gesundheit und Bevölkerung	Landschaft und kulturelles Erbe	Boden	Wasser	Luft	Klimatische Faktoren	Schutz vor Naturgefahren	Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe
Schwerpunkt 1: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft									
AFP (Art. 26)		+		+/-	+	+			+
Beratung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Art. 24)	+	+		+	+				
Bildungs- und Informationsmaßnahmen (Art. 21)									
Flurbereinigung (Art. 30 in Verbindung mit Art. 55, 56 und 57)	+/-		+/-	+/-					
Hochwasserschutz (Art. 20b (vi))	+/-		+/-	+/-	+/-			+	
Teilnahme an Lebensmittelqualitätsregelungen/Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen (Art. 32 und 33)		+							
Verarbeitung und Vermarktung (Art. 28)		+		+/-	+	+			+
Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau	+/-		+/-	+/-		+/-	+/-		
Zusammenarbeit/neue Technologien (Art. 29)				+	+	+	+		+
Investitionsfonds für die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft		+		+/-	+	+			+
Schwerpunkt 2: Verbesserung der Umwelt und der Landschaft									
Ausgleichszulage (Art. 37)	+/-		+/-						
Erstaufforstung landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Flächen (Art. 43 und 45)	+	+	+/-	+	+	+	+	+	
Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Art. 39 und 41)	+		+/-	+	+			+	
NATURA 2000, Umweltmaßnahmen (Art. 46) sowie Waldumbau (Art. 46 und 49)	+	+	+/-	+	+	+	+		
Umweltschonender Anbau und Nutztiere (Art. 39 und 41)	+			+	+				
Wiederaufbau Wald (Art. 48)	+	+	+/-	+	+	+	+	+	

¹⁸ Die Maßnahmenbezeichnung wurde gemäß LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006) vorgenommen. Zur Vereinfachung der Zuordnung im Rahmen des EPLR (vgl. MLU 2006a) wurden gemäß ELER-Verordnung zusätzlich die entsprechenden Artikelnummern der Verordnung in den Kontext eingefügt.

Schwerpunkte, Maßnahmen	Biodiversität, Flora und Fauna	Gesundheit und Bevölkerung	Landschaft und kulturelles Erbe	Boden	Wasser	Luft	Klimatische Fak- toren	Schutz vor Na- turgefahren	Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Res- ourcen und nachwachsende Rohstoffe
NATURA 2000 VNS/NATURA 2000 Ausgleich (Art. 38, 39, 41)/NATURA 2000 WRRL (Art. 38)	+	+	+/-	+	+	+	+		
Schwerpunkt 3: Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft									
Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen									+
Nachhaltige, umweltintegrierte Entwicklung									
Investitionen im Bereich Kindertagesstätten									+
Dorferneuerung (Art. 52b (ii))			+						+
Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (Art. 52a)	+	+		+/-	+	+			+
Netzwerk NATURA 2000 (Art. 57)	+	+	+/-	+	+	+	+		
Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser (Art. 56)		+		+/-	+				
Umweltbildung (Art. 57)		+	+	+	+	+	+		+
Unternehmensgründungen und –entwicklung (Art. 54)	-	+	-	+/-	+				+
Weinbau (Art. 57)			+						
Umsetzung WRRL – Kulturerbe (Art. 57)	+		+	+	+		+		
Schwerpunkt 4: LEADER									
Umsetzung von LEADER-Konzepten (Art. 63)									

Verschiedene ELER-Maßnahmen wurden identifiziert, von denen u.U. potenziell erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können. Nicht alle diese Maßnahmen werden jedoch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen nach sich ziehen. Selbstverpflichtend für die Begünstigten der unterschiedlichen Förderungen sollte sein, die jeweils in Bezug auf den einzelnen Umweltaspekt geltenden gesetzlichen Regelungen und Richtlinien der EU, der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt zu beachten bzw. strikt zu befolgen; das gilt zumal für die Bestimmungen in Bezug auf die gute landwirtschaftliche Praxis. Das wird zumindest mögliche negative Umwelteffekte vermindern helfen. Einige der Maßnahmen sind zudem hinsichtlich ihrer Maßnahmenbeschreibung und der ihnen zugewiesenen Finanzen so geplant, dass voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen allein deshalb nicht wahrscheinlich sind. Nicht betrachtet werden aus diesen Erwägungen heraus im Folgenden die Maßnahmen „Beratung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Art. 24)“, „Teilnahme an Lebensmittelqualitätsregelun-

gen/Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen (Art. 32 und 33)“, „Zusammenarbeit/neue Technologien (Art. 29)“, „NATURA 2000, Umweltmaßnahmen (Art. 46) sowie Waldumbau (Art. 46 und 49)“¹⁹, „Umweltbildung (Art. 57)“ und „Weinbau (Art. 57)“.

Hinsichtlich der verbleibenden Maßnahmen sollen weitere Einschränkungen für die Bewertung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen vorgenommen werden. Begründete Ausschlüsse ergeben sich wie folgt:

- Bei der „Flurbereinigung (Art. 30 in Verbindung mit Art. 55, 56 und 57)“ ist der Effekt auf das „Landschaftsbild“ als eher subjektiv denn objektiv einzuschätzen, weshalb diese Wirkung nicht weiter beachtet wird.
- Gleiches gilt für die „Ausgleichszulage (Art. 37). Argumenten, denen zufolge die Maßnahme das landwirtschaftlich geprägte Bild der Kulturlandschaft sichert, stehen Argumente, denen zufolge ohne diese Maßnahme es mehr naturbelassene Landschaftselemente gäbe, gegenüber. Die Wahrnehmung ist in jedem Fall sehr subjektiv.
- Die Bewertung für den Umweltaspekt „Landschaft und kulturelles Erbe“ hinsichtlich der Maßnahmen „Erstaufforstung landwirtschaftlicher und nicht landwirtschaftlicher Flächen (Art. 43 und 45)“, „Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Art. 39 und 41)“, „NATURA 2000, Umweltmaßnahmen (Art. 46) sowie Waldumbau (Art. 46 und 49)“, „Wiederaufbau Wald (Art. 48)“, „NATURA 2000 VNS/NATURA 2000 Ausgleich (Art. 38, 39, 41)/NATURA 2000 WRRL (Art. 38)“ sowie „Netzwerk NATURA 2000 (Art. 57)“ ist in großen Teilen indifferent. Zum einen handelt es sich bei den Maßnahmen zum Themenkomplex Wald um Aktivitäten, die allenfalls das subjektive Empfinden tangieren (Ist mehr Wald positiv oder negativ für das Landschaftsempfinden?) und nicht „messbar“ sind. Zum anderen sind die genannten Ausgleichsmaßnahmen zunächst einmal auf die Konservierung von Flächennutzungsverhältnissen gerichtet; diese Konservierung allein bedingt keine Wertung mit Hinblick auf das Landschaftsbild oder das kulturelle Erbe. Im Einzelfall mag der Betrachter freilich ein positives Fazit ziehen (z.B. mehr naturbelassene Räume) bzw. ein negatives Plädoyer für angebracht halten (z.B. Verlust an traditioneller landwirtschaftlich geprägter Kulturlandschaft). Solche subjektiven Effekte werden nicht weiter betrachtet.
- Der Maßnahme „Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung“ wird auch eine Partizipation an einem aktiven Hochwasserschutz attestiert. Der Effekt mit Bezug auf den Schutz vor Naturgefahren dürfte gleichwohl gering sein und wird nicht weiter in die Erwägungen mit einbezogen.
- Angesichts der Fokussierung des verplanten Mittelvolumens für die Maßnahme „Unternehmensgründungen und -entwicklung“ kann ein voraussichtlich erheblicher

¹⁹ Die Effekte hier sind, abgesehen von Niveauunterschieden, allerdings wahrscheinlich sehr ähnlich zu den Effekten anderen Maßnahmen zum Komplex NATURA 2000.

Effekt wohl nur für den Umweltaspekt „Energieeffizienz, erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe“ erwartet werden.

Fasst man das Gesagte zusammen, ergeben sich voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zu den folgenden Maßnahmen bzw. Maßnahmebündeln. Die zu einem Maßnahmenbündel zusammengefassten Maßnahmen haben i.d.R. ähnliche Förderansatzpunkte, was die konkrete Bündelung zum einen aus Sicht der Förderziele rechtfertigt; zum anderen ist es für eine solche Bündelung jedoch auch notwendig, dass den konkreten Maßnahmen hinsichtlich der Umwelteffekte nahezu ähnliche bzw. sogar identische Wirkungen zugesprochen werden:

- „AFP (Art. 26)“, „Verarbeitung und Vermarktung (Art. 28)“ und „Investitionsfonds für die Land-, Forst und Ernährungswirtschaft“ (zum Schwerpunkt 1) sowie „Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (Art. 52a)“ und „Unternehmensgründungen und -entwicklung (Art. 54)“ (zum Schwerpunkt 3)
- „Flurbereinigung (Art. 30 in Verbindung mit Art. 55, 56 und 57)“ (zum Schwerpunkt 1),
- „Hochwasserschutz (Art. 20b (vi))“ (zum Schwerpunkt 1),
- „Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau“ (zum Schwerpunkt 1),
- „Ausgleichszulage (Art. 37)“ (zum Schwerpunkt 2),
- „Erstaufforstung landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Flächen (Art. 43 und 45)“, „Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Art. 39 und 41)“, „Umweltschonender Anbau und Nutztiere (Art. 39 und 41)“, „Wiederaufbau Wald (Art. 48), „NATURA 2000 VNS/NATURA 2000 Ausgleich (Art. 38, 39, 41)/NATURA 2000 WRRL (Art. 38)“ (zum Schwerpunkt 2) sowie „Netzwerk NATURA 2000 (Art. 57)“ und „Umsetzung WRRL – Kulturerbe (Art. 57)“ (zum Schwerpunkt 3),
- „Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen“ und „Investitionen im Bereich Kindertagesstätten“ (zum Schwerpunkt 3),
- „Dorferneuerung (Art. 52b (ii))“ (zum Schwerpunkt 3) und schließlich
- „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser (Art. 56)“ (zum Schwerpunkt 3).

Detaillierte Angaben zu den voraussichtlich erheblichen Auswirkungen dieser neun Maßnahmen bzw. der sehr ähnlich ausgerichteten Maßnahmebündeln auf einzelne Umweltaspekte finden sich in den folgenden Übersichten ELER-1 bis ELER-9 sowie in den jeweils den Übersichten angeschlossenen Texten. Die Übersichten weisen auf die relevanten Umweltaspekte sowie die damit verbundenen Umweltschutzziele hin; darüber hinaus werden die Richtung der Beeinflussung des jeweiligen Umwelt-

aspekts und Indikatoren zur Messung dieser Beeinflussung genannt. Weiterführende Anmerkungen zu den genannten Zielen und den Indikatoren wurden bereits in den Kapiteln 2 und 3 des Umweltberichts gemacht; diese werden nachfolgend nicht wiederholt. Vielmehr wird im Anschluss an eine jede Übersicht diskutiert, warum spezielle voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen erwartet werden können.

Übersicht ELER-1: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahmen „AFP (Art. 26)“, „Verarbeitung und Vermarktung (Art. 28)“, „Investitionsfonds für die Land-, Forst und Ernährungswirtschaft“, „Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (Art. 52a)“ und „Unternehmensgründungen und -entwicklung (Art. 54)“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Gesundheit und Bevölkerung	Reduktion negativer Gesundheitsauswirkungen	+	Trinkwasserqualität bei Endverbrauchern; Dioxine, persistierende organische Verbindungen und Schwermetalle in Lebensmitteln; Lärmbelästigung; Anteil biologisch produzierter Lebensmittel
Boden	Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens	+	Veränderung der versiegelten Fläche; Inanspruchnahme von Flächen mit hoher oder sehr hoher Erfüllung der Bodenfunktionen; Anteil nicht wendender/konservierender Bodenbearbeitung
		—	
Wasser	Guter Gewässerzustand/Erhalt des Zustandes nach WRRL	+	Projektspezifisch sind geeignete WRRL-relevante Indikatoren zur Messung des ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustands zu definieren
Luft	Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte/Verringerung von diversen Emissionen	+	Luftgüteindex; Emissionsbelastung; Immissionsbelastung; Lärmbelästigung; Überschreitung von Critical Loads
Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe	Steigerung der Energieeffizienz, des Anteils erneuerbarer Energien an der Energienutzung und/oder der Nutzung nachwachsender Rohstoffe	+	PEV nach Energieträgern; Anteil erneuerbarer Energien; Energieproduktivität (Steigerung des PEV/Steigerung des BIP)

Bei den Maßnahmen handelt es sich um Förderungen, die auf Investitionen in Agrarbetriebe und z.T. auch andere Unternehmen im ländlichen Raum ausgerichtet sind. In den meisten Fällen wird es sich dabei um Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen bzw. um Investitionen zur Umwidmung vorhandenen Kapitals

handeln. Die Beachtung von höheren als bei den Vorinvestitionen gegebenen Umweltstandards wird zu insgesamt positiven Wirkungen auf die einzelnen Umweltaspekte führen. Im Besonderen wird die Anwendung moderner Technologien zu einem besseren und schonenden Umgang mit verschiedenen Ressourcen und Stoffen (dadurch geringere Belastungen der Umwelt) und einer effizienten Energienutzung führen, und sie wird dazu beitragen, dass für den Menschen gesündere Lebensmittel und landwirtschaftliche Primärprodukte zur weiteren Veredelung auf den Markt kommen. Negativ dürfte insbesondere der Aspekt „Boden“ betroffen sein, wenn Investitionen mit versiegelungsrelevanten Baumaßnahmen verbunden sind, oder wenn ausgelöste Produktivitätssteigerungen und Größenwachstum zu einer Intensivierung der Flächennutzung führen. Mitunter wären dann auch weitere Umweltaspekte, aber nur mittelbar und unter Zugrundelegung weiterer Annahmen (u.a. Änderung der Struktur der Produktion) und deshalb hier nicht beachtet, von dieser Intensivierung betroffen. Andererseits kann bei einer zunehmenden Diversifizierung auch mit dem Herausnehmen (intensiv) genutzter Flächen aus dem Bewirtschaftungsprozess gerechnet werden, was vor allem dem Boden zugute kommt. Erwähnt sei schließlich, dass speziell von der Maßnahme „Diversifizierung der Landwirtschaft hin zu nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten (Art. 52a)“ positive, in der Übersicht nicht extra ausgewiesene Wirkungen auf die „Biodiversität, Flora und Fauna“ ausgehen können und in Teilen auch werden, dann nämlich, wenn mit dieser Diversifizierung vor allem Extensivierungen in der Flächennutzung verbunden sind.

Der Umweltaspekt „Boden“ kann negativ beeinträchtigt sein. Es sollte bei der Fördervergabe geprüft werden, ob bei gegebener Relevanz/Gefahr einzelne Investitionen mit der Verpflichtung zur teilweisen Extensivierung verbunden werden.

Übersicht ELER-2: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Flurbereinigung (Art. 30 in Verbindung mit Art. 55, 56 und 57)“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Biodiversität, Flora und Fauna	Schutz von Habitaten, Flora und Fauna/Eindämmung des Verlusts bzw. Erhöhung der biologischen Vielfalt	+	Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt
		—	
Boden	Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens	+	Veränderung der versiegelten Fläche; Fläche und Anzahl unzerschnittener (verkehrsarmer) Räume; Anteil nicht wendender/konservierender Bodenbearbeitung
		—	

Im Rahmen der Flurbereinigung werden sowohl Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit von Flächen und zur Schaffung günstigerer Bewirt-

schaftungs- bzw. Eigentumseinheiten als auch bodenschützende Maßnahmen gefördert; zudem sind Maßnahmen zur Sicherung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes förderungswürdig. Im Fall von Infrastrukturmaßnahmen wird mit einer negativen Beeinflussung des Faktors Boden gerechnet, im zweiten Fall ist selbstredend eine positive Wirkung offensichtlich. Ähnlich kann hinsichtlich der Biodiversität argumentiert werden: Die Schaffung günstigerer Bewirtschaftungseinheiten und die diese Schaffung bedingenden Infrastrukturmaßnahmen werden Lebensräume eher zerstören. Die beiden anderen Fördermaßnahmen hingegen sind geeignet, Biodiversität zu erhöhen.

Zur Abmilderung der negativen Umweltauswirkungen sollten bei der Fördervergabe nicht nur Belange der Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch der Natur und Umwelt Berücksichtigung finden. In ökologisch sensiblen Gebieten sollte genau geprüft werden, ob Maßnahmen wirklich notwendig sind. In Flurbereinigungsverfahren sollten Strukturelemente weitgehend erhalten bleiben.

Übersicht ELER-3: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Hochwasserschutz (Art. 20b (vi))“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Biodiversität, Flora und Fauna	Schutz von Habitaten, Flora und Fauna/Eindämmung des Verlusts bzw. Erhöhung der biologischen Vielfalt	+	Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt
		—	
Boden	Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens	+	Inanspruchnahme von Flächen mit hoher und sehr hoher Erfüllung der Bodenfunktionen
		—	
Wasser	Guter Gewässerzustand/Erhalt des Zustandes nach WRRL	+	Projektspezifisch sind geeignete WRRL-relevante Indikatoren zur Messung des ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustands zu definieren; Gewässerstrukturgüteklasse
		—	
Schutz vor Naturgefahren	Erhaltung und Verbesserung der Schutzfunktion von (ökologischen) Systemen	+	Grüne Hochwasserrückhaltebecken und Flutungspoldern, ausgewiesene Überschwemmungsgebiete; Verbesserung von Hochwasservorhersage und -warnung; Vermeidung/Reduzierung von Hochwassergefährdungen

Durch die Realisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen ist mit einer Inanspruchnahme geschützter Biotope und naturschutzrechtlicher Gebiete sowie Habitate zu rechnen, was die negative Wirkung hinsichtlich „Biodiversität, Flora und

Fauna“ begründet; gleichwohl werden Hochwasserschutzmaßnahmen, wie etwa Deichrückverlegungen, und Polderflächen durch Auenerweiterungen auch neue Lebensräume für Arten schaffen (positive Wirkung). Analog sind in Teilen die Betrachtungen zum Boden und zu Wasser: Deichrückverlegungen und Polder werden durch die damit verbundene Wiedervernässung Bodenstruktur und Bodenwasserhaushalt positiv beeinflussen. Boden wird aber über die Inanspruchnahme bei der Realisierung der verschiedenen Hochwasserschutzmaßnahmen auch negativ beeinflusst, z.B. in Form von Verdichtungen und Bebauungen. Temporäre Effekte dürften hier vorherrschen. Insbesondere die Errichtung von Rückhaltebecken wird wegen des damit verbundenen Querbauwerks auf den „guten Gewässerzustand“ zunächst negativ wirken; Poldern kommt hingegen eine positive Beeinflussung zu.

Hochwasserschutzmaßnahmen können auf der einen Seite negative Auswirkungen auf die Umweltaspekte „Biodiversität, Flora und Fauna“, „Boden“ sowie „Wasser“ haben. Der Hochwasserschutz ist aber auf der anderen Seite von so großer Bedeutung für das Bundesland Sachsen-Anhalt (vgl. Ex-Ante-Evaluierung), dass Einschränkungen weitgehend vermieden werden sollten. Dennoch, bei der Förderung ist hinsichtlich der Förderkonditionen darauf zu achten, dass möglichst ressourcenschonende Verfahren zur Anwendung kommen und der neueste Stand der Umwelttechnik bei der Durchführung der Maßnahmen Verwendung findet. Es sollte zudem geprüft werden, welche Eingriffe in ökologisch besonders sensiblen Gebieten im Rahmen der Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen wirklich erforderlich sind bzw. ob einzelne Aktivitäten im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse auch unterbleiben könnten bzw. eingeschränkt durchgeführt werden können.

Übersicht ELER-4: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Land- und forstwirtschaftlicher Wegebau“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Biodiversität, Flora und Fauna	Schutz von Habitaten, Flora und Fauna/Eindämmung des Verlusts bzw. Erhöhung der biologischen Vielfalt	+	Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt
		—	
Landschaft und kulturelles Erbe	Schutz von Vielfalt, Speziellem, Schönheit und des Wertes von Landschaft, Natur und Kulturerbe	+	Siedlungs- und Verkehrsfläche; Flächenverbrauch
		—	
Boden	Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens	+	Veränderung der versiegelten Fläche; Inanspruchnahme von Flächen mit hoher und sehr hoher Erfüllung der Bodenfunktionen
		—	
Luft	Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte/Verringerung von diversen Emissionen	+	Luftgüteindex; Emissionsbelastung; Immissionsbelastung; Lärmbelästigung
		—	

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Klimatische Faktoren	Einhaltung der Ziele gemäß Kyoto-Protokoll	+	CO ₂ -Emissionen nach Emittentengruppen; Modal Split der Personen- und Güterverkehrsleistung
		—	

Die potenzielle Gefahr negativer Auswirkungen auf einzelne Umweltaspekte zu diesem Maßnahmenbündel kann bei der Programmplanung und -implementierung nicht negiert werden, wenn Wege neu gebaut oder bestehende Trassen erweitert werden. Insbesondere der Aus- und Neubau entsprechender Verkehrswege kann die „Biodiversität, Flora und Fauna“ auf lokaler Ebene beeinträchtigen, etwa durch die damit verbundene erhöhte Hinderniswirkung, was Wanderungen und Ausbreitung einzelner oder mehrerer Spezies verhindern oder erschweren bzw. zerstören kann. Durch entsprechende Vorhaben werden Flächen zerschnitten, was das traditionelle Landschaftsbild negativ verändern wird, und der Boden wird zusätzlich verdichtet bzw. versiegelt. Nicht zu vernachlässigen sind Effekte, die aus einer verstärkten Nutzung um-, aus- und neugebauter Verkehrswege resultieren: Zusätzliche Luft- und Lärmemissionen werden die Luftqualität und klimatische Faktoren negativ beeinflussen.

Andererseits werden bestehende Wege auch rückgebaut: In diesem Fall dreht sich die Argumentation um und positive Umwelteffekte werden offensichtlich.

Die beschriebenen negativen Wirkungen können vermieden oder gemindert werden, indem entsprechende Schritte unternommen werden, die geeignet sind, erhebliche negative Umweltauswirkungen aufgrund der Durchführung des Plans oder Programms zu verhindern, zu verringern und auszugleichen. Zu diesen Schritten zählen vor allem die Vermeidung von Neu-, Aus- und Erweiterungsbauten von Verkehrswegen in ökologisch sensiblen Gebieten des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, entsprechende Begleitmaßnahmen bzw. Förderkonditionen, um eine erhebliche Beeinträchtigung zu verhindern, und die Aufnahme der Verpflichtung zur Beachtung von entsprechenden Umweltkriterien bei der Fördervergabe für entsprechende Projekte. Das kann z.B. die Verpflichtung zur Nutzung möglichst ressourcensparender und -schützender Technologien beim Anlegen neuer Wege bedeuten.

Übersicht ELER-5: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Ausgleichszulage (Art. 37)“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Biodiversität, Flora und Fauna	Schutz von Habitaten, Flora und Fauna/Eindämmung des Verlusts bzw. Erhöhung der biologischen Vielfalt	+	Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt
		—	

Die Ausgleichszulage wirkt sowohl positiv als auch negativ auf den ermittelten Umweltaspekt. Die Ausgleichszulage wird für die Aufrechterhaltung landwirtschaftlicher Produktion in benachteiligten Gebieten gezahlt; mit dieser landwirtschaftlichen Produktion haben sich spezielle artenreiche Räume gebildet. Die Ausgleichszulage schafft also Lebensraum. Auf der anderen Seite verhindert sie Lebensraum, da die dort angesiedelten Kultur- und andere Arten punktuell, d.h. bei Ausbleiben der landwirtschaftlichen Produktion (durch Wegfall der Ausgleichszulage), durch andere Spezies substituiert werden würden.

Eine besondere Aktivität zur Minderung des negativen Effekts wird nicht vorgeschlagen, weil sich hier Flora und Fauna lediglich substituieren.

Übersicht ELER-6: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahmen „Erstaufforstung landwirtschaftlicher und nicht-landwirtschaftlicher Flächen (Art. 43 und 45)“, „Markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL) (Art. 39 und 41)“, „Umweltschonender Anbau und Nutztiere (Art. 39 und 41)“, „Wiederaufbau Wald (Art. 48)“, „NATURA 2000 VNS/NATURA 2000 Ausgleich (Art. 38, 39, 41)/NATURA 2000 WRRL (Art. 38)“, „Netzwerk NATURA 2000 (Art. 57)“ und „Umsetzung WRRL – Kulturerbe (Art. 57)“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Biodiversität, Flora und Fauna	Schutz von Habitaten, Flora und Fauna/Eindämmung des Verlusts bzw. Erhöhung der biologischen Vielfalt	+	Nachhaltigkeitsindikator für die Artenvielfalt

Gesundheit und Bevölkerung	Reduktion negativer Gesundheitsauswirkungen	+	Trinkwasserqualität bei Endverbrauchern; Dioxine, persistierende organische Verbindungen und Schwermetalle in Lebensmitteln; Anteil biologisch produzierter Lebensmittel
Landschaft und kulturelles Erbe	Schutz von Vielfalt, Speziellem, Schönheit und des Wertes von Landschaft, Natur und Kulturerbe	+	Schaffung neuer Landschaftselemente
		-	
Boden	Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens	+	Anteil nicht wendender/konservierender Bodenbearbeitung; Anteil Fläche mit ökologischer Landwirtschaft
Wasser	Guter Gewässerzustand/Erhalt des Zustandes nach WRRL	+	Projektspezifisch sind geeignete WRRL-relevante Indikatoren zur Messung des ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustands zu definieren; Stickstoffbilanzüberschuss
Luft	Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte/Verringerung von diversen Emissionen	+	Luftgüteindex; Emissionsbelastung; Immissionsbelastung; Lärmbelastung
Klimatische Faktoren	Einhaltung der Ziele gemäß Kyoto-Protokoll	+	CO ₂ -Emissionen nach Emittentengruppen
Schutz vor Naturgefahren	Erhaltung und Verbesserung der Schutzfunktion von (ökologischen) Systemen	+	Anteil von Laub- und Mischwäldern; Retentionsflächen

Der Maßnahmenkomplex wirkt in eine Richtung: Der intensive Faktoreinsatz, ob nun in Form von Fläche oder verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln, wird in der Tendenz verringert und mehr naturbelassene Räume entstehen bzw. werden nachhaltig genutzt. Umweltbelange werden durch die Maßnahmen explizit gefördert bzw. gestärkt. Die Wirkungen sind demnach vielfältig. Zu den wesentlichen zählen folgende: In den verschiedenen Biotopen werden sich neue Lebensräume für Flora und Fauna bilden bzw. bestehende werden sich weiterentwickeln; eher naturbelassene und naturnahe Räume werden positiv im Hinblick auf die Kulturlandschaft wahrgenommen, wenn diese weiterhin offen gestaltet ist; die Landschaft profitiert ferner von Habitaten gemäß FFH-Richtlinie und vorgeschriebenem naturverträglichen Umgang mit Landschaftselementen; verschiedene Stoffeinträge in dieses System werden minimiert (Extensivierung), was positiv auf Medien wie Wasser und Luft, aber auch Boden wirkt; der Mensch profitiert direkt (z.B. Erholung) und indirekt (gesunde Lebensmittel) von den Maßnahmen; die Mehrung und Bewahrung des Waldes bedingt zudem eine positive Wirkung hinsichtlich des Schutzes vor Naturgefahren, weil insbesondere der beabsichtigte Durchsatz des

Waldes mit Laubbaumkulturen brandschutzfördernd ist, und vermindert Erosionsschäden des Bodens. Das Klima profitiert von geringeren Tierbesätzen und Speicherfunktionen diverser Räume.

Eine Erörterung von Maßnahmen zur Abmilderung negativer Umweltauswirkungen ist nicht notwendig, da solche Wirkungen nicht erwartet werden.

Übersicht ELER-7: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahmen „Bau- und Ausstattungsförderung allgemeinbildender und berufsbildender Schulen“ und „Investitionen im Bereich Kindertagesstätten“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe	Steigerung der Energieeffizienz, des Anteils erneuerbarer Energien an der Energienutzung und/oder der Nutzung nachwachsender Rohstoffe	+	PEV nach Energieträgern; Anteil erneuerbarer Energien; Energieproduktivität (Steigerung des PEV/Steigerung des BIP)

Vordergründig wird im Bildungsbereich in bestehende Infrastrukturen investiert. Der Anteil von Modernisierungen ist sehr hoch. Mit diesen Modernisierungen werden Belange im Hinblick auf die Energie- und Ressourcenschonung und -effizienz stark berücksichtigt werden. Das gilt auch für den Fall von Neubauten und -investitionen. Dies wird ohne Zweifel zu einem positiven Effekt auf den in der Übersicht ELER-7 dargestellten Umweltaspekt führen.

Voraussichtlich erhebliche negative Umweltauswirkungen wurden nicht identifiziert; eine Beachtung von weiteren Maßnahmen zur Abmilderung bzw. Vermeidung solcher Effekte ist hier nicht notwendig.

Übersicht ELER-8: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Dorferneuerung (Art. 52b (ii))“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Landschaft und kulturelles Erbe	Schutz von Vielfalt, Speziellem, Schönheit und des Wertes von Landschaft, Natur und Kulturerbe	+	Flächenverbrauch, Schaffung neuer Landschaftselemente
Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe	Steigerung der Energieeffizienz, des Anteils erneuerbarer Energien an der Energienutzung und/oder der Nutzung nachwachsender Rohstoffe	+	PEV; Energieproduktivität (Steigerung des PEV/Steigerung des BIP); ggf. Bedeutung erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärmekoppelung an der Energieerzeugung

Im Rahmen der Dorferneuerung sollen laut Maßnahmenbeschreibung Investitionen in das dörfliche Umfeld so gelenkt werden, dass sich der ländliche Raum zu einem

attraktiven Lebensraum entwickelt; das impliziert, dass das Landschaftsbild in der Tendenz positiv beeinflusst wird, so die Förderungen maßnahmenkonform abgewickelt werden. Hinsichtlich der Energie- und Ressourcenthematik sind positive Effekte ebenso offensichtlich: Bei den entsprechenden Investitionen wird i.d.R. den höheren Anforderungen an verschiedene energetische Prozesse und Kreisläufe Rechnung getragen werden, was positiv auf den Ressourcen- und insbesondere Energieverbrauch und die Energieeffizienz wirkt.

Auch hier werden keine voraussichtlich erheblichen negativen Umweltauswirkungen gesehen, so dass eine Beachtung von weiteren Maßnahmen zur Abmilderung bzw. Vermeidung solcher Effekte nicht notwendig ist.

Übersicht ELER-9: Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen der Maßnahme „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung Trink- und Abwasser (Art. 56)“

Umweltaspekt	Umweltschutzziel	Beeinflussung	Indikator(en)
Gesundheit und Bevölkerung	Reduktion negativer Gesundheitsauswirkungen	+	Trinkwasserqualität bei Endverbrauchern; Rohstoffproduktivität
Boden	Schutz der natürlichen Funktionen und der Archivfunktion des Bodens	+	Veränderung der versiegelten Fläche; Inanspruchnahme von Flächen mit hoher und sehr hoher Erfüllung der Bodenfunktionen
		—	
Wasser	Guter Gewässerzustand/ Erhalt des Zustandes nach WRRL	+	Projektspezifisch sind geeignete WRRL-relevante Indikatoren zur Messung des ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustands zu definieren; insbesondere Frachtreduzierungen

Gefördert werden sollen der Bau von öffentlichen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen. Das sind Trinkwassergewinnungs-, Trinkwasseraufbereitungsanlagen und Anlagen zur Verteilung des Trinkwassers sowie Kläranlagen und Kanalisation. Die Förderung umfasst dabei u.a. Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der öffentlichen Trinkwasserversorgung, den Ausbau der öffentlichen Kanalisation sowie den Bau bzw. die Anpassung besonders von kleinen Kläranlagen. Die Maßnahme insgesamt zielt somit auf die Verbesserung von Stoffkreisläufen und vor allem auch auf die Reduzierung von Belastungen der Umwelt durch Schadstoffe (im Wasser) sowie auf die Bereitstellung unbedenklichen Trinkwassers ab. Beides kommt direkt der Gesundheit der daran partizipierenden Bevölkerung zugute. Boden und Wasser als Medien werden durch geringere Stoffeintragungen positiv beeinflusst. Für den Boden ergeben sich temporär negative Implikationen im Rahmen der Baudurchführung.

Negative Auswirkungen in Bezug auf den Umweltaspekt „Boden“ können also nicht ausgeschlossen werden. Nach Möglichkeit sollten entsprechende Projekte in ökologisch sensiblen Gebieten des Bundeslandes Sachsen-Anhalt unterbleiben; Begleitmaßnahmen bzw. Förderkonditionen sind andernfalls so zu wählen, dass erhebliche Beeinträchtigung nach Möglichkeit verringert werden, etwa durch die Aufnahme einer Verpflichtung zur Beachtung von entsprechenden Umweltkriterien bei der Fördervergabe. Das kann z.B. auch die Verpflichtung zur Nutzung möglichst ressourcensparender und -schonender Technologien und des neuesten Standes der verfügbaren Umwelttechnik bedeuten.

4.2 Zusammenfassende Bewertung der Förderstrategie

Bei der Vielzahl der zu beurteilenden Maßnahmen wurden zahlreiche neutrale, viele positive und vergleichsweise wenige negative Umweltauswirkungen identifiziert, von denen eine Reihe nicht nur potenziell, sondern auch voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen wird generieren können. Hinsichtlich der Maßnahmen mit voraussichtlich erheblichen Auswirkungen auf verschiedene Umweltaspekte dominieren eindeutig die positiven Auswirkungen; negative Auswirkungen werden zwar auch für einzelne Maßnahmen konstatiert, doch sind diese Maßnahmen, auch durch die Anwendung von anderen Maßnahmen, die in der Lage sind, diese negativen Effekte abzumildern oder gar punktuell zu vermeiden, in der kommenden Förderperiode zu managen. Wesentliche Anpassungen zur Berücksichtigung in der noch laufenden Programmformulierung ergeben sich nicht.

5. Darstellung von geprüften Alternativen und der Umweltprüfung

Folgende im Anhang I der SUP-Richtlinie geforderten Inhalte sind in diesem Abschnitt 5 enthalten:

- (lit. h) eine Kurzdarstellung der Gründe für die Wahl der geprüften Alternativen und eine Beschreibung, wie die Umweltprüfung vorgenommen wurde, einschließlich etwaiger Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der erforderlichen Informationen.

5.1 Darstellung der Gründe der geprüfte Alternativen

Die SUP und die Umweltberichterstattung konnten im Bundesland Sachsen-Anhalt erst relativ spät im Planungs- und Programmformulierungsprozess starten, was nur noch wenig Raum für eine umfassende Alternativprüfung ließ. Das bedeutet jedoch nicht, dass hinsichtlich umweltrelevanter Kriterien keine Prüfung von Alternativen stattfand. Im Gegenteil: Die Landesbehörden hatten „vorgearbeitet“.

Eine erste Prüfung wurde bereits im Rahmen der wissenschaftlichen Unterstützung der Landesbehörden zum Beginn der Planungsperiode unternommen (vgl. GEFRA und ESRI 2006). Mittels einer so genannten Scoring-Analyse wurden die zunächst durch die einzelnen Ressorts vorgeschlagenen Maßnahmen (Alternativen der För-

derung) einer unmittelbaren Bewertung unterzogen. Zu mehreren Kriterien wurden Scores vergeben, u.a. auch zum Kriterium „Externe Effekte“, unter denen ganz maßgeblich Umwelteffekte verstanden werden. Zu geringe Gesamtscores führten zum Ausschluss entsprechender Maßnahmen.

Eine zweite den Planungsprozess begleitende Prüfung der verbleibenden Alternativen wurde im Anschluss unternommen, bei der das Umweltziel gemäß dem Ergebnis der sozio-ökonomischen Analyse zu den EU-Fondsinterventionen und der Zielformulierung des Bundeslandes Sachsen-Anhalt für die neue Förderperiode als Nebenbedingung (Restriktion) fungierte: Die Umweltschutzziele des Landes galt es bei der Maßnahmenformulierung abzuprüfen und bei der Ausformulierung zu beachten.

Das hier dargestellte Ergebnis zeigt, dass es durch beide Prüfschritte im Wesentlichen gelungen ist, negative Umweltauswirkungen oftmals zu vermeiden und vor allem potenziell positive Beeinflussungen von Umweltaspekten der künftigen Förderung in die Programmplanung zu integrieren.

Mit der Umweltberichterstattung wurde schließlich geprüft, welche Alternativen es zu den verbleibenden Maßnahmen mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen gibt. Wie beschrieben, werden die Alternativen am ehesten in der zeitgleichen Etablierung von kompensatorisch wirkenden Maßnahmen zur Abminderung und Vermeidung der negativen Einzeleffekte gesehen. Dadurch sollte es möglich sein, die negativen Effekte auf ein Maß zu reduzieren, das i.d.R nicht mehr als erheblich angesehen werden kann. Darüber hinausgehende Vermeidungen von negativen Umwelteffekten, etwa durch den Verzicht auf entsprechende Maßnahmen, sind keine wirklichen Alternativen, weil das einen ungerechtfertigten „trade off“ nach sich ziehen würde, der mitunter deutlich zulasten des aus der sozio-ökonomischen Analyse richtig abgeleiteten Oberziels der Landesregierung, Wachstum und Beschäftigung, gehen würde.

5.2 Beschreibung der Umweltprüfung

Für das Verständnis der Inhalte des gesamten Umweltberichts war es notwendig, wesentliche Aspekte der Vorgehensweise bereits in den einleitenden Bemerkungen zum Umweltbericht vorzunehmen (vgl. Kapitel 1). Diese Beschreibung soll an dieser Stelle nicht wiederholt werden. Grundsätzlich muss konstatiert werden, dass die Umweltprüfung gemäß Richtlinie 2001/42/EG zu dem EPLR für den ELER im Bundesland Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2007-2013 erst relativ spät im Rahmen des Programmierungsprozesses erfolgen konnte, weil die gewünschte Expertise externer Gutachter nicht eher eingeholt und die Umweltbehörde im Sinne der SUP-Richtlinie nicht vorher benannt werden konnte.

Allerdings konnten die dadurch zunächst entstandenen Defizite rasch aufgearbeitet werden, weil die Zusammenarbeit zwischen Gutachtern, Umweltbehörde, Staatskanzlei und anderen Behörden im Bundesland Sachsen-Anhalt konstruktiv und

pragmatisch erfolgte. Durch den vergleichsweise späten Einstieg in die Umweltprüfung konnten die an der Prüfung Beteiligten von der insgesamt guten Informationsbasis profitieren: Zahlreiche Dokumente wurden während des zuvor abgelaufenen Programmplanungsprozesses bereits erstellt und lieferten wertvolle Informationen, die anderenfalls hätten zeitaufwendig gesammelt werden müssen. Einschränkend sei lediglich erwähnt, dass einige wichtige Informationen, insbesondere Bezeichnungen von Prioritätsachsen und Schwerpunkten sowie Maßnahmen der Programme, bis zum Schluss der Umweltprüfung in wesentlichen Planungsdokumenten unterschiedlich waren, was zusätzlichen Abstimmungs- und auch Interpretationsbedarf nach sich zog.

6. Maßnahmen zur Überwachung während der Förderperiode

Folgende im Anhang I der SUP-Richtlinie geforderten Inhalte sind in diesem Abschnitt 6 enthalten:

(lit. i) eine Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Überwachung gemäß Artikel 10.

Nach Artikel 10 der SUP-Richtlinie sind die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Pläne und Programme zu überwachen. Allgemein sollten für diese besondere Komponente der Überwachung ähnliche, am besten gleiche Grundsätze gelten, wie für das Monitoring gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission in den Verordnungen zur Förderung mittels ELER.

In festgelegten Intervallen haben die fondsspezifischen Verwaltungsbehörden einen fondsspezifischen Bericht an die Europäische Kommission anzugeben, der Rechenschaft über die Umsetzung des jeweiligen Programms ablegt. Ein solcher Bericht hat auch Informationen über die Entwicklung verschiedener Indikatoren (vgl. hierzu die Aussagen zu den Input-, Output-, Ergebnis- und Wirkungsindikatoren im Rahmen der Ex-Ante-Evaluierung), die für die Bewertung und Kontrolle der Effizienz eines Programms notwendig sind, zu enthalten. Aussagen zu den im Kapitel 4 zu den Maßnahmen mit voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen gelisteten Indikatoren und deren Ausprägungen im Programmzeitraum sollten in das obligatorische Berichtswesen integriert werden.

Die Programme zu den verschiedenen EU-Fonds für die Förderperiode 2007 bis 2013 werden verschiedenen Bewertungen unterzogen, von denen die parallel zu der SUP verlaufende Ex-Ante-Evaluierung die erste ist. Es folgen Halbzeit- und Ex-Post-Evaluierung sowie laufende (jährliche) Evaluationen. Die SUP (im Rahmen der Ex-Ante-Evaluierung) stellt zunächst sicher, dass die im Umweltbericht vorgesehenen Indikatoren in das Rahmenwerk der Bewertung der Programmdurchführung aufgenommen werden. Mit den anderen genannten Evaluierungen sollte stets auch eine von Externen erbrachte Bewertung der Umweltauswirkungen erfolgen, die ebenfalls auf die Indikatoren zurückgreift.

Allerdings sind mit der SUP-Richtlinie keine technischen Anforderungen an die Methoden, die für die Durchführung des Monitorings zur Überwachung der Umweltauswirkungen in der Förderperiode genutzt werden, verbunden. Die Überwachung sollte sich vor diesem Hintergrund auf das Monitoring der voraussichtlich erheblichen Umweltwirkungen konzentrieren, und sie sollte geeignet sein, auf insbesondere negative Umweltwirkungen zeitnah zu reagieren. Auch sollte sie so gestaltet werden, dass – eventuell aufgrund von sich in Zukunft verändernden Rahmenbedingungen – neue, in dieser Umweltprüfung nicht berücksichtigte Annahmen ggf. aufgenommen werden können. D.h. das Monitoring soll sich an den Ergebnissen

der mit diesem Umweltbericht dokumentierten Prüfung orientieren, aber auch offen konstruiert sein. Dies dürfte durch die vorgesehenen Berichtspflichten im Rahmen der verschiedenen internen und externen Evaluierungen weitgehend abgedeckt sein, so dass keine weiterführenden expliziten Vorgaben notwendig erscheinen. Einzig ist auf die bereits angesprochene Integration der Umweltberichterstattung in die allgemeine Berichterstattung zu achten.

Eine solche Integration bedarf im Mindesten der Formulierung von Zielfragen. Zu nennen wären in diesem Zusammenhang vor allem die folgenden Fragen:

- Gibt es entscheidende Änderungen bzw. Abweichungen zu den im Umweltbericht getroffenen Aussagen?
- Gibt es geänderte Rahmenbedingungen, z.B. Vorgaben aufgrund von fachlichen, rechtlichen und/oder gesellschaftlichen Entwicklungen, die zu berücksichtigen sind?
- Sind die im Umweltbericht festgelegten Umweltschutzziele und Trendbewertungen noch aktuell bzw. ergibt sich der Bedarf einer zweckmäßigen Anpassung?
- Inwieweit wurden die festgelegten Umweltschutzziele erreicht, und welcher Anteil kommt dabei den Maßnahmen des jeweiligen Programms bzw. Plans zu?
- Gibt es zusätzliche bzw. nicht vorhergesehene erhebliche Umweltauswirkungen, insbesondere negative?
- Welche Maßnahmen sollten zusätzlich zu den in dem Umweltbericht genannten Aktivitäten ergriffen werden, um solche negativen Umweltauswirkungen aufzuheben bzw. abzumildern?
- Ist das Monitoringwesen selbst anzupassen?

Im Rahmen der Ex-Ante-Evaluierung zu den Strukturfonds wurde dargelegt, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt über ein erfahrenes und erprobtes Durchführungssystem im Hinblick auf das Management der EU-Fonds verfügt. Die Zuweisung der Verantwortlichkeiten insbesondere für das allgemeine Begleit- und Kontrollsystems des Monitoring und der Bewertung entsprechen den Vorgaben der Europäischen Kommission. Die Aufgabenbeschreibungen sowie die Vorgaben zur Organisations- und Kommunikationsstruktur im Bundesland Sachsen-Anhalt lassen eine funktionsfähige Kommunikation und Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Behörden und auch externen Monitoren erwarten. Zudem beruht das bewährte Monitoringsystem des Landes auf Datenbanken, die standardisiert die Steuerung und Begleitung der Umsetzung der Programmplanung – auch im Hinblick auf Umweltschutzziele und geeignete Indikatoren für die Messung des Zielerreichungsgrades im Bereich Umwelt – ermöglichen. Die Vorgaben zur standardisierten Steuerung werden – abgesehen von den notwendigen Anpassungen des Systems – insbesondere sicherstellen, dass die im Umweltbericht genannten Indikatoren hinsicht-

lich ihrer Ausprägung verglichen und im Sinne eines Soll-Ist-Vergleichs abgestimmt werden können. Dies wird sowohl ein insgesamt zweckmäßiges und zeitnahes Monitoring als auch eine Überwachung der konkreten Ziele erlauben. Insofern dürfte das Monitoringsystem in der Lage sein, schnell und flexibel auf mögliche ungeplante oder unvorhergesehene negative Entwicklungen zu reagieren und positive Entwicklungen ausreichend zu würdigen.

7. Nichttechnische Zusammenfassung

Folgende im Anhang der SUP-Richtlinie geforderten Inhalte sind in diesem Abschnitt 7 enthalten:

(lit. j) eine nichttechnische Zusammenfassung der beschriebenen Informationen.

Kapitel 1 des Umweltberichts führt mit einleitenden Anmerkungen in die Problemstellung, Zielsetzung und Vorgehensweise ein. Betont wird im Besonderen der zwischen Gutachtern und Landesbehörden praktizierte interaktive und zielführende Ansatz der Erstellung des Umweltberichts im Rahmen der SUP.

Kapitel 2 stellt die zu beachtenden Umweltschutzziele, die weiteren Ziele und die Inhalte der Programme bzw. Pläne dar. Schwerpunkte werden zum einen gesetzt mit der Diskussion von Umweltschutzzielen auf internationaler, EU-, nationaler und regionaler Ebene und zum anderen mit der Erörterung der Inhalte der Förderstrategien. Informationen gemäß (lit. a) und (lit. e) des Anhangs I der SUP-Richtlinie werden somit aufbereitet. Im Ergebnis zeigt sich, dass es für die Prüfung der Programmplanung zum ELER, deren Inhalte (Schwerpunkte und Maßnahmen) ausführlich beschrieben sind, Sinn macht, neun Umweltschutzziele für das Bundesland Sachsen-Anhalt zu definieren. Im Einzelnen sind das Ziele zu den Umweltaspekten „Biodiversität, Flora und Fauna“, „Gesundheit und Bevölkerung“, „Landschaft und kulturelles Erbe“, „Boden“, „Wasser“, „Luft“, „Klimatische Faktoren“, „Schutz vor Naturgefahren“ und schließlich „Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Ressourcen und nachwachsende Rohstoffe“. Bereits im Kapitel 2 werden zu diesen Umweltaspekten und den ihnen zugewiesenen Zielen Indikatoren zur Messung der Zielbeiträge benannt.

Kapitel 3 stellt sodann den derzeitigen Umweltzustand und dessen voraussichtliche Entwicklung (Trendbewertung) sowie relevante Umweltmerkmale und -probleme für das Bundesland Sachsen-Anhalt in den Vordergrund. Erörtert werden insbesondere Umweltaspekte der Luftemissionen und der Luftqualität, des Energieverbrauchs, des Abfallaufkommens, hinsichtlich der Medien Wasser und Boden sowie der Altlasten, des Naturschutzes und zum Themenkomplex Wald. In diesem Kontext werden die geforderten Informationen gemäß (lit. b), (lit. c) und (lit. d) des Anhangs I der SUP-Richtlinie gegeben. Es zeigt sich, dass sich die Umweltsituation im Bundesland Sachsen-Anhalt gegenüber dem Zustand zum Beginn der neunziger Jahre auf vielen Problemfeldern zum Teil massiv verbessert hat bzw. in weiten Bereichen der Umweltstatus weitgehend erhalten werden konnte. Deutliche Verschlechterungen bei einzelnen, sehr spezifischen Umweltaspekten sind die Ausnahme. Vor diesem Hintergrund kann die Aussage in der der EU-Fondsprogrammierung für die Jahre 2007 bis 2013 vorgeschaltene sozio-ökonomischen Analyse, wonach für das Bundesland Sachsen-Anhalt Handlungsbedarf im Rahmen des ELER insbesondere in Bezug auf die ökonomischen und sozialen Entwicklungsrückstände und weniger im Hinblick auf den Umwelt- und Naturschutz bestehe, bestätigt werden.

Diese zentrale Botschaft ist nachvollziehbar, und sie ist konsequent. Das gilt zumal, weil mehrere Trendbewertungen in Richtung einer weiteren Verbesserung der Umweltsituation weisen und nur vereinzelt Trendbewertungen vorgenommen werden mussten, die eine mögliche Verschlechterung zu speziellen Umweltaspekten unter klar umrissenen Rahmenbedingungen prognostizieren. Die Ableitung eines vergleichsweise guten gegenwärtigen und künftigen Status quo hinsichtlich der Umweltsituation im Bundesland Sachsen-Anhalt bedeutet jedoch nicht, dass die gegenwärtige Situation optimal wäre; im Gegenteil: Für die weitere Verbesserung der Umweltsituation bzw. die Abmilderung von Umweltschäden lassen sich eine Vielzahl von Herausforderungen ableiten, die zugleich Herausforderungen für umweltpolitische Planung und Gestaltung darstellen.

Das anschließende Kapitel 4 beantwortet die Fragen nach den voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen der Programme und deren Maßnahmen sowie den geplanten Aktivitäten zur Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich von erheblichen negativen Umweltauswirkungen. Die im Umweltbericht zu integrierenden Informationen gemäß (lit. f) und (lit. g) des Anhangs I der SUP-Richtlinie werden hierdurch verfügbar. Unterschieden werden dabei potenziell erhebliche Umweltauswirkungen von voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen. Für den ELER wurden insgesamt 26 Maßnahmen identifiziert, die potenziell erhebliche Umweltauswirkungen haben könnten; die Programmausgestaltung legt jedoch den Schluss nahe, dass nur 20 Maßnahmen zu voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen führen können. Diese Maßnahmen lassen sich aufgrund ihrer Einbettung in die Programmplanung in neun Gruppen zusammenfassen. Eine genaue Analyse dieser Gruppen von Maßnahmen hat ergeben, dass in 17 Fällen (Wirkung einer Maßnahme auf einen der im Kapitel 2 beschriebenen insgesamt neun Umweltaspekt/-schutzziele) positive Umweltauswirkungen erwartet werden; in 14 Fällen sind sowohl positive als auch negative Umweltauswirkungen wahrscheinlich, in keinem Fall müssen voraussichtlich alleinige negative Umweltauswirkungen konstatiert werden. Hinsichtlich der Maßnahmen mit voraussichtlich erheblichen Auswirkungen auf verschiedene Umweltaspekte dominieren also eindeutig die positiven Auswirkungen; negative Auswirkungen werden zwar auch für einzelne Maßnahmen konstatiert, doch sind diese Maßnahmen, auch durch die Anwendung von anderen Maßnahmen, die in der Lage sind, diese negativen Effekte abzumildern oder gar punktuell zu vermeiden – das trifft z. B. auf eine Steuerung über die Projektauswahl zu –, in der kommenden Förderperiode zu managen. Wesentliche Anpassungen zur Berücksichtigung in der noch laufenden Programmformulierung ergeben sich demnach nicht.

Mit dem Kapitel 5 werden vor allem die geprüften Alternativen und weitere Aspekte der Umweltprüfung kurz dargestellt, womit dem besonderen Informationsbedarf gemäß (lit. h) des Anhangs I der SUP-Richtlinie nachgekommen wird. Insbesondere wird die stufenweise Abprüfung von Alternativen, beginnend mit der praktizierten Scoring-Analyse und endend mit der Prüfung im Rahmen der Umweltberichterstat-

tung innerhalb der SUP, gewürdigt. Einzelne, jedoch steht lösbare Schwierigkeiten, die sich während der Prüfung ergeben haben, werden zudem skizziert.

Im Kapitel 6 werden die notwendigen Maßnahmen zur Überwachung während der Förderperiode beschrieben; die Informationen gemäß (lit. i) des Anhangs I der SUP-Richtlinie werden somit gegeben. In diesem Kontext gilt es, darauf hinzuweisen, dass für die Überwachung der voraussichtlich erheblichen Auswirkungen der Pläne und Programme am besten die gleiche Grundsätze gelten sollten, wie für das Monitoring gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission in den entsprechenden Verordnungen zum ELER. Hierzu zählen insbesondere das Monitoring im Rahmen des obligatorischen Berichtswesens bzw. der verbindlichen Bewertung. Mit den Evaluierungen sollte stets auch eine von Externen erbrachte Bewertung der Umweltauswirkungen erfolgen. Hierfür wurden Zielfragen formuliert, die die Integration der umweltspezifischen Überwachung erleichtern. Abgesehen davon wird konstatiert, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt über ein erfahrenes und erprobtes Durchführungssystem im Hinblick auf das Management der EU-Fonds verfügt. Insofern dürfte das Monitoringsystem in der Lage sein, schnell und flexibel auf mögliche ungeplante oder unvorhergesehene negative Entwicklungen zu reagieren und positive Entwicklungen ausreichend zu würdigen.

Diese nichttechnische Zusammenfassung im Kapitel 7 beschließt den Umweltbericht mit der Bereitstellung der angeforderten Informationen gemäß (lit. j) des Anhangs I der SUP-Richtlinie.

Literatur

- BMU (BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT) (Hrsg.) (2002): Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 26. August bis 4. September 2002 in Johannesburg: Dokumente. Berlin: BMU.
- BUNDESREGIERUNG (2005): Nationales Reformprogramm Deutschland „Innovationen forcieren – Sicher im Wandel fördern – Deutsche Einheit vollenden“. Berlin: Bundesregierung.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2003): Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme. Brüssel: Europäische Kommission.
- EUROPEAN COMMISSION (2001): A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development. Gothenburg: European Commission.
- EUROPÄISCHES PARLAMENT und EUROPÄISCHER RAT (2001): Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme. Brüssel: Europäische Union.
- EUROPÄISCHES PARLAMENT und EUROPÄISCHER RAT (2002): Beschluss Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft. Brüssel: Europäische Union.
- GABRIEL, S. (2006): Die Qualität des Lebens – Orientierung deutscher Umweltpolitik. Berlin: BMU.
- GEFRA und ESRI (GESELLSCHAFT FÜR FINANZ- UND REGIONALANALYSEN GBR MÜNSTER; ECONOMIC AND SOCIAL RESEARCH INSTITUT) (2006): Wissenschaftliche Begleitung und Beratung bei der Programmierung des Einsatzes der EU-Fonds in den Jahren 2007 bis 2013 und bei der Bewertung der Wirkungen der einzelnen Fördermaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt. Münster: GEFRA.
- GRDP (GREENING REGIONAL DEVELOPMENT PROGRAMMES) (2006): Handbook on SEA for Cohesion Policy 2007-2013. Exeter: GRDP.
- JOANNEUM RESEARCH FORSCHUNGSGESELLSCHAFT (2006): Umweltbericht im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung des Operationellen Programms „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Steiermark 2007-2013“. Wien und Graz: Joanneum Research.

- LANDESREGIERUNG SACHSEN-ANHALT (2006): Programmierung der EU-Fonds in der Förderperiode 2007-2013: Finanzielle Gewichtung der vorgesehenen Förderschwerpunkte und Maßnahmen. Bericht der Landesregierung Sachsen-Anhalt. Magdeburg: Staatskanzlei.
- LEBENSMINISTERIUM (2006): Österreichisches Programm für die Ländliche Entwicklung 2007-2013: Umweltbericht im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung gemäß RL 2001/42/EG. Wien: Lebensministerium.
- MLU (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT) (2003): Umweltallianz II Sachsen-Anhalt. Magdeburg: MLU.
- MLU (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT) (2004): Lebenswertes Sachsen-Anhalt: Umweltschutz mit den Menschen – für die Menschen. Regierungserklärung der Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt Petra Wernicke. Magdeburg: MLU.
- MLU (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT) (2006a): Entwurf des Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum. (Stand 10.08.2006) Magdeburg: MLU.
- MLU (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT) (2006b): II/2006 – Informationen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Sachsen-Anhalt. Magdeburg: MLU.
- SOMMER, K.; SCHMIDT, A.; CEYSSSENS, J. (2002): Umsetzung der SUP-RL 2001/42/EG: Machbarkeitsstudie für ein Behördenhandbuch „Umweltschutzziele in Deutschland“. Berlin: Umweltbundesamt.
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006a): Entwurf des Operationellen Programms für den EFRE. (Stand 19.07.2006) Magdeburg: Staatskanzlei.
- STAATSKANZLEI SACHSEN-ANHALT (2006b): Entwurf des Operationellen Programms für den ESF. (Stand 11.08.2006) Magdeburg: Staatskanzlei.

Kontakt:

Dr. Steffen Noleppa

agripol – network for policy advice GbR

Czarnikauer Str. 22

10439 Berlin

Tel.: + 49 – 30 – 24 72 44 03

E-Mail: noleppa@agripol.net

Anhang 4

Anlage 1: Gemeinde- und Gemarkungsverzeichnis der benachteiligten Gebiete des Landes Sachsen-Anhalt (Gebietskulisse)

Anlage 2: Gebietskulisse für Natura 2000- Ausgleich für die Landwirtschaft

Anlage 3: Gebietskulisse für Freiwillige Gewässerschutzleistungen

Anhang 4, Anlage 1

Gemeinde- und Gemarkungsverzeichnis der benachteiligten Gebiete des Landes Sachsen-Anhalt

vom Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt

Referat 55

Stand: Mai 2006

Druck am: 15. Dez 06

Zusammen- hängendes landw. Gebiet	Landkreis	LN [ha]	Anzahl Gemeinden	LVZ
I – Fläming (F)		105.018	144	27
15 151	Anhalt - Zerbst	35.435	44	29
15 171	Wittenberg (Nord)	37.352	62	24
15 358	Jerichower Land	32.231	38	27
II - Dübener Heide (DH)		23.404	49	27
15 101	Stadt Dessau	899	2	38
15 151	Anhalt - Zerbst	1.715	4	27
15 154	Bitterfeld	7.129	22	28
15 171	Wittenberg (Süd)	13.661	21	25
III – Drömling (D)		81.831	102	29
15 362	Ohre - Kreis	35.892	45	29
15 363	Stendal (Süd)	7.375	16	27
15 370	Altmarkkr. Salzwedel (Süd)	38.564	41	29
IV – Harz (H)		15.900	28	28
15 266	Sangerhausen	3.650	7	31
15 364	Quedlinburg	4.321	6	30
15 369	Wernigerode	7.929	15	26
V - Elbe - Havel Gebiet (EH)		13.894	13	25
15 363	Stendal (Ost)	13.894	13	25
VI – Altmark (A)		29.085	39	28
15 363	Stendal (Nord)	6.389	10	24
15 370	Altmarkkr. Salzwedel (Nord)	22.696	29	30
Sachsen - Anhalt		269.132	375	28

Anz.	Gemeinde - Nr.	LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
				Nr.	Name	

I – Fläming (F)

38	15	151		Anhalt - Zerbst	35.435			29
1	15	151	0 0 2	Bornum	1.636	1441	Bornum	32
2	15	151	0 0 2	Bornum		1442	Garitz	32
3	15	151	0 0 3	Bräsen	278	1504	Bräsen	24
4	15	151	0 0 4	Brambach	1.217	1505	Brambach	30
5	15	151	0 0 7	Buko	634	1506	Buko	29
6	15	151	0 0 8	Cobbelsdorf	763	1507	Cobbelsdorf	37
7	15	151	0 0 9	Coswig (Anhalt), Sta	901	1508	Coswig	30
8	15	151	0 1 0	Deetz	1.204	1444	Deetz	28
9	15	151	0 1 1	Dobritz	639	1445	Dobritz	30
10	15	151	0 1 3	Düben	732	1509	Düben	31
11	15	151	0 1 7	Griebo	622	1510	Griebo	32
12	15	151	0 1 9	Grimme	389	1449	Grimme	21
13	15	151	0 2 4	Hundeluft	480	1511	Hundeluft	26
14	15	151	0 2 5	Jeber-Bergfrieden	810	1512	Jeber-Bergfrieden	25
15	15	151	0 2 6	Jütrichau	1.526	1453	Jütrichau	27
16	15	151	0 2 9	Köselitz	570	1518	Köselitz	36
17	15	151	0 3 4	Loburg, Stadt	20	1461	Loburg (Ost)	28
18	15	151	0 3 7	Luso	1.531	1463	Luso	29
19	15	151	0 3 8	Möllensdorf	313	1520	Möllensdorf	26
20	15	151	0 4 0	Mühlstedt	735	1521	Mühlstedt	28
21	15	151	0 4 1	Nedlitz	831	1465	Nedlitz	23
22	15	151	0 4 4	Polenzko	974	1467	Polenzko	26
23	15	151	0 4 6	Pulspforde	890	1469	Pulspforde	31
24	15	151	0 4 7	Ragösen	588	1522	Ragösen	26
25	15	151	0 4 9	Reuden	465	1470	Reuden	22
26	15	151	0 5 1	Rodleben	772	1523	Rodleben	30
27	15	151	0 5 2	Rosian	2.871	1471	Rosian	28
28	15	151	0 5 2	Rosian		1472	Isterbies	28
29	15	151	0 5 2	Rosian		1473	Rosian Nord	28
30	15	151	0 5 3	Roßlau (Elbe), Stadt	847	1524	Roßlau	32
31	15	151	0 5 3	Roßlau (Elbe), Stadt		1525	Meinsdorf	32
32	15	151	0 5 4	Schweinitz	401	1474	Schweinitz	28
33	15	151	0 5 5	Senst	486	1526	Senst	41
34	15	151	0 5 6	Serno	1.009	1527	Serno	24
35	15	151	0 5 7	Stackelitz	452	1528	Stackelitz	25
36	15	151	0 5 8	Steutz	2.303	1475	Steutz	30
37	15	151	0 5 8	Steutz		1476	Steckby	30
38	15	151	0 5 9	Straguth	1.572	1477	Straguth	31
39	15	151	0 6 0	Streetz	1.004	1529	Streetz	23
40	15	151	0 6 1	Thießen	555	1530	Thießen	26
41	15	151	0 6 1	Thießen	676	1519	Luko	29
42	15	151	0 6 5	Wörpen	712	1531	Wörpen	32
43	15	151	0 6 7	Zerbst, Stadt	2.780	1482	Zerbst	29
44	15	151	0 6 9	Zieko	668	1532	Zieko	32

62	15	171		Wittenberg (Nord)	37.352			24
45	15	171	0 0 1	Abtsdorf (Euper)	475	1559	Euper	24
46	15	171	0 0 2	Annaburg, Stadt	1.684	1613	Annaburg	23
47	15	171	0 0 9	Bethau	484	1618	Bethau	28
48	15	171	0 1 0	Boßdorf	1.718	1554	Boßdorf	27
49	15	171	0 1 1	Bülzig	615	1555	Bülzig	22
50	15	171	0 1 2	Busckuhnsdorf	296	1619	Busckuhnsdorf	24
51	15	171	0 1 4	Dietrichsdorf	628	1557	Dietrichsdorf	23
52	15	171	0 1 7	Elster (Elbe)	1.561	1621	Elster	23
53	15	171	0 1 7	Elster (Elbe)		1622	Meltendorf	23
54	15	171	0 1 9	Gadegast	755	1623	Gadegast	26
55	15	171	0 2 0	Gentha	1.007	1624	Gentha	19
56	15	171	0 2 4	Groß-Naundorf	861	1651	Groß-Naundorf	27
57	15	171	0 2 5	Holzsdorf	976	1630	Holzsdorf	22
58	15	171	0 2 5	Holzsdorf		1636	Kremitz	22
59	15	171	0 2 6	Jessen(Elster),Stadt	6.516	1626	Gorsdorf + Hemsendorf	32
60	15	171	0 2 6	Jessen(Elster),Stadt		1627	Hemsendorf	32

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Anz.	Gemeinde - Nr.					LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
								Nr.	Name	
61	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1628	Grabo	19
62	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1629	Großkorga	19
63	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1631	Jessen	19
64	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1642	Lindwerder	19
65	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1649	Mügeln	19
66	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1664	Schweinitz	19
67	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1662	Rehain	20
68	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1665	Klossa	19
69	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1668	Steinsdorf + Dixförda	19
70	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt		1669	Dixförda	19
71	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt	426	1614	Arnsdorf	21
72	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt	348	1639	Leipa	20
73	15	171	0	2	6	Jessen(Elster),Stadt	593	1661	Ruhlsdorf	20
74	15	171	0	3	0	Kleinkorga	256	1633	Kleinkorga	26
75	15	171	0	3	3	Kropstädt	1.207	1566	Kropstädt	27
76	15	171	0	3	3	Kropstädt		1567	Jahmo	27
77	15	171	0	3	6	Leetza	1.202	1568	Leetza	26
78	15	171	0	3	8	Linda (Elster)	749	1640	Linda	24
79	15	171	0	3	9	Listerfehrda	591	1643	Listerfehrda	20
80	15	171	0	4	0	Löben	460	1644	Löben	21
81	15	171	0	4	0	Löben		1645	Meuselko	21
82	15	171	0	4	1	Mellnitz	442	1646	Mellnitz	20
83	15	171	0	4	3	Mochau	598	1571	Mochau	24
84	15	171	0	4	3	Mochau		1572	Thießen	24
85	15	171	0	4	5	Mönchenhöfe	343	1647	Mönchenhöfe	20
86	15	171	0	4	6	Morxdorf	591	1648	Morxdorf	20
87	15	171	0	4	7	Mühlanger	948	1573	Mühlanger	25
88	15	171	0	4	7	Mühlanger		1574	Gallin	25
89	15	171	0	4	8	Naundorf bei Seyda	784	1652	Naundorf	28
90	15	171	0	4	9	Neuerstadt	486	1653	Neuerstadt	26
91	15	171	0	5	0	Nudersdorf	189	1575	Nudersdorf	24
92	15	171	0	5	2	Premsendorf	313	1655	Premsendorf	22
93	15	171	0	5	6	Purzien	718	1658	Purzien	28
94	15	171	0	6	0	Rahnsdorf	780	1564	Rahnsdorf	29
95	15	171	0	6	1	Reicho	248	1660	Reicho	26
96	15	171	0	6	6	Schmilkendorf	394	1583	Schmilkendorf	28
97	15	171	0	7	0	Seyda, Stadt	1.054	1666	Seyda	26
98	15	171	0	7	0	Seyda, Stadt		1667	Schadewalde	26
99	15	171	0	7	2	Straach	1.078	1586	Straach	31
100	15	171	0	7	7	Lutherst. Wittenberg	1.813	1581	Reinsdorf	23
101	15	171	0	7	7	Lutherst. Wittenberg		1589	Wittenberg	29
102	15	171	0	7	7	Lutherst. Wittenberg		1590	Apollensdorf	29
103	15	171	0	7	8	Zahna, Stadt	2.358	1563	Klebitz	29
104	15	171	0	7	8	Zahna, Stadt		1591	Zahna	28
105	15	171	0	7	9	Zemnick	570	1671	Zemnick	23
106	15	171	0	8	0	Zörnigall	237	1592	Zörnigall	24

38	15	358				Jerichower Land	32.231			27
107	15	358	0	0	1	Bergzow	1.128	304	Bergzow	31
108	15	358	0	0	8	Derben	628	307	Derben	33
109	15	358	0	0	9	Detershagen	216	862	Detershagen	30
110	15	358	0	1	0	Dörnitz	274	863	Dörnitz	17
111	15	358	0	1	1	Drewitz	534	864	Drewitz	20
112	15	358	0	1	1	Drewitz		865	Magdeburgerforth-Drew.	20
113	15	358	0	1	6	Gladau	2.544	310	Gladau	29
114	15	358	0	1	8	Grabow	1.587	869	Grabow	32
115	15	358	0	1	8	Grabow		870	Pietzpuhl-Grabow	32
116	15	358	0	2	0	Güsen	823	311	Güsen	29
117	15	358	0	2	1	Hohenseeden	1.084	312	Hohenseeden	27
118	15	358	0	2	2	Hohenwarthe	618	872	Hohenwarthe	24
119	15	358	0	2	2	Hohenwarthe		873	Lostau-Hohenwarthe	24
120	15	358	0	2	3	Hohenzitz	1.715	874	Hohenzitz	28
121	15	358	0	2	6	Kade	1.348	314	Kade	28
122	15	358	0	2	8	Karow	2.489	315	Karow	24
123	15	358	0	3	2	Krüssau	735	880	Krüssau	29
124	15	358	0	3	3	Küsel	257	881	Küsel	23
125	15	358	0	3	6	Magdeburgerforth	2.150	885	Magdeburgerforth	22

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Anz.	Gemeinde - Nr.				LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
							Nr.	Name	
126	15	358	0	3	9	Möckern			
127	15	358	0	3	9	Möckern	18	866 Friedensau	17
128	15	358	0	3	9	Möckern	2.150	884 Lübars	28
129	15	358	0	4	0	Möser	376	890 Möser	28
130	15	358	0	4	1	Mützel	366	317 Mützel	29
131	15	358	0	4	5	Paplititz	2.186	319 Paplititz	24
132	15	358	0	4	7	Parchen	1.765	320 Parchen	26
133	15	358	0	4	9	Pietzpuhl	366	894 Pietzpuhl	29
134	15	358	0	5	1	Reesdorf	275	895 Reesdorf	22
135	15	358	0	5	1	Reesdorf		896 Magdeburgerforth-Rees.	22
136	15	358	0	5	2	Reesen	954	897 Reesen	25
137	15	358	0	5	3	Rietzel	712	898 Rietzel	34
138	15	358	0	5	6	Schermen	918	901 Schermen	30
139	15	358	0	5	8	Schopsdorf	553	902 Schopsdorf	24
140	15	358	0	5	8	Schopsdorf		903 Magdeburgerforth-Schops.	24
141	15	358	0	6	0	Stresow	471	905 Stresow	36
142	15	358	0	6	1	Theeßen	922	906 Theeßen	26
143	15	358	0	6	3	Tucheim	3.563	325 Tucheim	24
144	15	358	0	6	9	Wüstenjerichow	438	913 Wüstenjerichow	22

II - Dübener Heide (DH)

2	15	101			Stadt Dessau	899			38
145	15	101	0	0	0	Dessau, Stadt	899	1703 Kleutsch	40
146	15	101	0	0	0	Dessau, Stadt		1716 Sollnitz	34

4	15	151			Anhalt - Zerbst	1.715			27
147	15	151	0	0	5	Brandhorst	38	1693 Brandhorst	36
148	15	151	0	1	6	Gohrau	374	1694 Gohrau	26
149	15	151	0	2	7	Kakau	457	1702 Kakau	33
150	15	151	0	4	3	Oranienbaum, Stadt	846	1706 Oranienbaum	24

22	15	154			Bitterfeld	7.129			28
151	15	154	0	0	5	Burgkernitz	220	1747 Burgkernitz	25
152	15	154	0	0	6	Friedersdorf	104	1748 Friedersdorf	27
153	15	154	0	0	9	Gossa	436	1695 Gossa	21
154	15	154	0	1	1	Gröbern	337	1699 Gröbern	22
155	15	154	0	1	3	Heideloh	295	1753 Heideloh	33
156	15	154	0	1	4	Holzweißig	181	1754 Holzweißig	33
157	15	154	0	1	5	Jeßnitz, Stadt	590	1755 Jeßnitz	36
158	15	154	0	1	6	Krina	400	1704 Krina	22
159	15	154	0	1	9	Mühlbeck	587	1758 Mühlbeck	32
160	15	154	0	2	0	Muldenstein	14	1759 Muldenstein	22
161	15	154	0	2	1	Petersroda	63	1760 Petersroda	31
162	15	154	0	2	2	Plodda	158	1761 Plodda	22
163	15	154	0	2	3	Pouch	809	1762 Pouch	29
164	15	154	0	2	3	Pouch		1763 Döbern	29
165	15	154	0	2	6	Ramsin	409	1766 Ramsin	30
166	15	154	0	3	4	Sandersdorf	103	1774 Sandersdorf	25
167	15	154	0	3	6	Schlaitz	260	1776 Schlaitz	21
168	15	154	0	3	8	Schwemsal	672	1713 Schwemsal	27
169	15	154	0	4	1	Thalheim	583	1781 Thalheim	34
170	15	154	0	4	4	Wolfen, Stadt	773	1769 Reuden	29
171	15	154	0	4	4	Wolfen, Stadt		1785 Wolfen	30
172	15	154	0	4	6	Zscherndorf	135	1787 Zscherndorf	23

21	15	171			Wittenberg (Süd)	13.661			25
173	15	171	0	0	4	Ateritz	631	1553 Ateritz	22
174	15	171	0	0	6	Bad Schmiedeberg, Stadt	1.657	1580 Reinharz	21
175	15	171	0	0	6	Bad Schmiedeberg, Stadt		1582 Schmiedeberg	23
176	15	171	0	2	3	Gräfenhainichen, Stadt	1.434	1696 Gräfenhainichen	25
177	15	171	0	2	3	Gräfenhainichen, Stadt		1697 Gremmin	25
178	15	171	0	2	7	Jüdenberg	418	1701 Jüdenberg	21
179	15	171	0	2	8	Kemberg, Stadt	1.538	1562 Kemberg	34

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Anz.	Gemeinde - Nr.				LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
							Nr.	Name	
180	15	171	0	3	2	Korgau	414	1565 Korgau	22
181	15	171	0	4	2	Meuro	1.403	1569 Meuro	27
182	15	171	0	4	2	Meuro		1570 Ogkeln	27
183	15	171	0	4	4	Möhlau	277	1705 Möhlau	23
184	15	171	0	5	4	Pretzsch (Elbe), Sta	1.386	1577 Pretzsch	26
185	15	171	0	5	5	Priesitz	732	1578 Priesitz	29
186	15	171	0	5	9	Radis	523	1707 Radis	30
187	15	171	0	6	2	Rotta	649	1710 Rotta	20
188	15	171	0	6	4	Schköna	505	1711 Schköna	20
189	15	171	0	6	5	Schleesen	591	1712 Schleesen	22
190	15	171	0	7	1	Söllichau	670	1715 Söllichau	27
191	15	171	0	7	3	Tornau	448	1717 Tornau	18
192	15	171	0	7	5	Uthausen	235	1718 Uthausen	17
193	15	171	0	8	1	Zschornewitz	150	1721 Zschornewitz	24

III – Drömling (D)

45	15	362				Ohre - Kreis	35.892				29
194	15	362	0	0	4	Angern	1.611		828	Angern	33
195	15	362	0	1	1	Berenbrock	1.112		681	Berenbrock	26
196	15	362	0	1	2	Bertingen	490		420	Bertingen	30
197	15	362	0	1	2	Bertingen			421	Bertingen-Kehnert	30
198	15	362	0	1	3	Böddensell	474		682	Böddensell	30
199	15	362	0	1	4	Bösdorf	1.014		683	Bösdorf	25
200	15	362	0	1	5	Born	223		684	Born	22
201	15	362	0	2	0	Bülstringen	1.207		689	Bülstringen	32
202	15	362	0	2	1	Burgstall	1.067		829	Burgstall	23
203	15	362	0	2	1	Burgstall			830	Uchtdorf-Burgstall	23
204	15	362	0	2	2	Calvörde	1.656		690	Calvörde	29
205	15	362	0	2	3	Colbitz	2.249		787	Colbitz	26
206	15	362	0	2	4	Cröchern	975		831	Cröchern	28
207	15	362	0	2	4	Cröchern			832	Uchtdorf-Cröchern	28
208	15	362	0	2	7	Dolle	735		833	Dolle	23
209	15	362	0	2	8	Dorst	337		692	Dorst	24
210	15	362	0	3	6	Etingen	1.402		700	Etingen	31
211	15	362	0	4	2	Grauingen	572		706	Grauingen	30
212	15	362	0	4	7	Haldensleben, Stadt	4.704		710	Haldensleben	32
213	15	362	0	4	7	Haldensleben, Stadt			743	Satuelle	29
214	15	362	0	4	7	Haldensleben, Stadt			756	Uthmöden	29
215	15	362	0	5	8	Kathendorf	676		724	Kathendorf	30
216	15	362	0	5	8	Kathendorf			725	Rätzlingen-Kathendor	30
217	15	362	0	6	0	Klüden	1.003		726	Klüden	23
218	15	362	0	6	3	Mahlwinkel	967		444	Mahlwinkel	26
219	15	362	0	6	4	Mannhausen	843		728	Mannhausen	28
220	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt	7.466		588	Breitenrode	28
221	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			589	Buchhorst	16
222	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			594	Gehrendorf	30
223	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			625	Niendorf	31
224	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			626	Bergfriede	31
225	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			627	Oebisfelde	33
226	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			628	Wassensdorf-Oebisfel	33
227	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			638	Wassensdorf	29
228	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			639	Weddendorf	32
229	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			640	Niendorf-Weddendorf	32
230	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			641	Oebisfelde-Weddendor	32
231	15	362	0	7	3	Oebisfelde, Stadt			727	Lockstedt	29
232	15	362	0	7	5	Rätzlingen	1.274		736	Rätzlingen	28
233	15	362	0	7	9	Sandbeiendorf	680		834	Sandbeiendorf	25
234	15	362	0	8	7	Velsdorf	490		759	Velsdorf	29
235	15	362	0	9	2	Wegenstedt	921		765	Wegenstedt	30
236	15	362	0	9	4	Wenddorf	470		835	Wenddorf	28
237	15	362	0	9	5	Wiegitz	306		766	Wiegitz	26
238	15	362	0	9	8	Zobbenitz	968		767	Zobbenitz	26

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Anz.	Gemeinde - Nr.	LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
				Nr.	Name	

16	15	363		Stendal (Süd)	7.375			27	
239	15	363	0 1 4	Birkholz	371		422	Birkholz	28
240	15	363	0 1 4	Birkholz			423	Birkholz-Tangermünde	28
241	15	363	0 1 6	Bittkau	500		424	Bittkau	27
242	15	363	0 2 3	Cobbel	567		427	Cobbel	25
243	15	363	0 2 3	Cobbel			428	Cobbel-Ringfurth	25
244	15	363	0 2 3	Cobbel			429	Cobbel-Mahlwinkel	25
245	15	363	0 6 3	Kehnert	701		438	Kehnert	27
246	15	363	0 9 2	Ringfurth	998		445	Ringfurth	26
247	15	363	1 0 0	Schernebeck	599		447	Schernebeck	30
248	15	363	1 0 6	Schönwalde (Altmark)	437		449	Schönwalde	29
249	15	363	1 1 6	Tangerhütte, Stadt	1.442		453	Tangerhütte	29
250	15	363	1 1 6	Tangerhütte, Stadt			454	Mahlpfuhl	29
251	15	363	1 1 8	Uchtdorf	832		455	Uchtdorf	25
252	15	363	1 2 1	Uetz	347		456	Uetz	22
253	15	363	1 2 1	Uetz			457	Uetz-Ringfurth	22
254	15	363	1 2 9	Weißewarte	581		458	Weißewarte	26

41	15	370		Altmarkkr. Salzwedel (Süd)	38.564			29	
255	15	370	0 1 1	Berge	1.296		483	Berge	29
256	15	370	0 2 2	Dannefeld	1.498		590	Dannefeld	27
257	15	370	0 2 4	Dönitz	494		592	Dönitz	32
258	15	370	0 2 4	Dönitz			593	Kunrau-Dönitz	32
259	15	370	0 2 9	Gardelegen, Stadt	2.831		487	Gardelegen	30
260	15	370	0 3 9	Hottendorf	432		491	Hottendorf	27
261	15	370	0 4 1	Jävenitz	1.237		492	Jävenitz	33
262	15	370	0 4 1	Jävenitz			493	Trüstedt	33
263	15	370	0 4 2	Jahrstedt	1.534		602	Jahrstedt	29
264	15	370	0 4 2	Jahrstedt			603	Böckwitz	29
265	15	370	0 4 5	Jeggau	966		494	Jeggau	29
266	15	370	0 4 7	Jerchel	820		495	Jerchel	29
267	15	370	0 4 8	Jeseritz	937		496	Jeseritz	26
268	15	370	0 5 3	Kassieck	795		497	Kassieck	27
269	15	370	0 5 9	Klötze, Stadt	2.360		606	Klötze	32
270	15	370	0 5 9	Klötze, Stadt			607	Nesenitz	32
271	15	370	0 6 0	Kloster Neuendorf	441		499	Kloster Neuendorf	27
272	15	370	0 6 1	Köckte	1.469		608	Köckte	28
273	15	370	0 6 3	Kunrau	1.689		609	Kunrau	30
274	15	370	0 6 3	Kunrau			610	Jahrstedt-Kunrau	30
275	15	370	0 6 4	Kusey	1.696		611	Kusey	31
276	15	370	0 6 8	Letzlingen	1.226		500	Letzlingen	24
277	15	370	0 7 6	Mieste	3.098		504	Mieste	31
278	15	370	0 7 6	Mieste			506	Wernitz	31
279	15	370	0 7 7	Miesterhorst	1.838		615	Miesterhorst	33
280	15	370	0 8 2	Neuferchau	822		622	Neuferchau	34
281	15	370	0 8 6	Peckfitz	469		508	Peckfitz	29
282	15	370	0 8 7	Potzehne	887		509	Potzehne	26
283	15	370	0 8 7	Potzehne			510	Jerchel-Potzehne	26
284	15	370	0 9 3	Röwitz	1.383		632	Röwitz	28
285	15	370	0 9 5	Roxförde	651		511	Roxförde	24
286	15	370	0 9 6	Sachau	674		512	Sachau	28
287	15	370	1 0 3	Seethen	558		514	Seethen	29
288	15	370	1 0 4	Sichau	957		515	Sichau	25
289	15	370	1 0 6	Solpke	1.057		516	Solpke	30
290	15	370	1 0 8	Steimke	1.188		634	Steimke	27
291	15	370	1 0 8	Steimke			635	Jahrstedt-Steimke	27
292	15	370	1 1 7	Wannefeld	1.063		517	Wannefeld	24
293	15	370	1 1 8	Wenze	2.198		642	Wenze	31
294	15	370	1 1 8	Wenze			643	Quarnebeck	31
295	15	370	1 1 8	Wenze			644	Trippigleben	31

Anz.	Gemeinde - Nr.	LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
				Nr.	Name	

IV – Harz (H)

7	15	266		<i>Sangerhausen</i>	3.650			31
296	15	266	0 0 6	Breitenbach	455	2027	Breitenbach	34
297	15	266	0 0 7	Breitenstein	533	2028	Breitenstein	32
298	15	266	0 1 0	Dietersdorf	656	2031	Dietersdorf	33
299	15	266	0 1 9	Hayn (Harz)	900	2040	Hayn	30
300	15	266	0 2 1	Horla	297	2042	Horla	32
301	15	266	0 4 4	Stolberg (Harz), Kur	405	2069	Stolberg	20
302	15	266	0 5 2	Wolfsberg	404	2078	Wolfsberg	33

6	15	364		<i>Quedlinburg</i>	4.321			30
303	15	364	0 0 6	Friedrichsbrunn	168	1235	Friedrichsbrunn	27
304	15	364	0 0 8	Güntersberge, Stadt	1.091	1237	Güntersberge	25
305	15	364	0 0 9	Harzgerode, Stadt	1.077	1238	Harzgerode	31
306	15	364	0 1 5	Neudorf	424	1241	Neudorf	31
307	15	364	0 2 0	Siptenfelde	706	1245	Siptenfelde	37
308	15	364	0 2 2	Straßberg	855	1247	Straßberg	27

15	15	369		<i>Wernigerode</i>	7.929			26
309	15	369	0 0 2	Allrode	716	1230	Allrode	31
310	15	369	0 0 3	Altenbrak	118	1163	Altenbrak	26
311	15	369	0 0 4	Benneckenstein (Harz)	746	1164	Benneckenstein	19
312	15	369	0 1 0	Elbingerode (Harz),	1.109	1172	Elbingerode	22
313	15	369	0 1 1	Elend	98	1173	Elend	18
314	15	369	0 1 2	Hasselfelde, Stadt	1.612	1174	Hasselfelde	31
315	15	369	0 1 5	Hüttenrode	872	1177	Hüttenrode	31
316	15	369	0 1 7	Königshütte (Harz)	296	1179	Königshütte	16
317	15	369	0 2 0	Rübeland	321	1183	Rübeland	24
318	15	369	0 2 1	Schierke	61	1184	Schierke	14
319	15	369	0 2 3	Sorge	44	1187	Sorge	21
320	15	369	0 2 5	Stiege	1.110	1189	Stiege	26
321	15	369	0 2 6	Tanne	370	1190	Tanne	27
322	15	369	0 2 8	Trautenstein	429	1191	Trautenstein	26
323	15	369	0 2 9	Treseburg	27	1192	Treseburg	4

V - Elbe - Havel Gebiet (EH)

9	15	363		<i>Stendal (Ost)</i>	13.894			25
324	15	363	0 3 5	Garz	658	284	Garz	26
325	15	363	0 4 7	Havelberg, Stadt	3.018	261	Havelberg	28
326	15	363	0 4 7	Havelberg, Stadt		262	Toppel	28
327	15	363	0 5 9	Jederitz	830	264	Jederitz	27
328	15	363	0 6 2	Kamern	2.021	265	Kamern	24
329	15	363	0 6 2	Kamern		266	Rehberg	24
330	15	363	0 7 3	Kuhlhausen	1.060	269	Kuhlhausen	26
331	15	363	0 8 8	Nitzow	955	272	Nitzow	33
332	15	363	1 0 7	Schollene	2.569	276	Schollene	22
333	15	363	1 0 7	Schollene		277	Molkenberg	22
334	15	363	1 2 2	Vehlgast-Kümmernitz	1.832	278	Kümmernitz	22
335	15	363	1 2 2	Vehlgast-Kümmernitz		279	Vehlgast	22
336	15	363	1 2 8	Warnau	951	280	Warnau	26

VI – Altmark (A)

10	15	363		<i>Stendal (Nord)</i>	6.389			24
337	15	363	0 0 3	Aulosen	1.146	142	Aulosen	31

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Anz.	Gemeinde - Nr.				LANDKREIS / GEMEINDE /	LN [ha]	GEMARKUNG		LVZ
							Nr.	Name	
338	15	363	0	3	9	Gollensdorf	1.392	175 Gollensdorf	22
339	15	363	0	3	9	Gollensdorf		176 Bömenzien	22
340	15	363	0	4	3	Groß-Garz	2.702	177 Groß-Garz	24
341	15	363	0	4	3	Groß-Garz		178 Deutsch	24
342	15	363	0	4	3	Groß-Garz		179 Lindenberg	24
343	15	363	0	4	3	Groß-Garz		180 Groß-Garz-Lindenberg	24
344	15	363	0	4	3	Groß-Garz		181 Groß-Garz-Wanzer	24
345	15	363	0	7	8	Losse	512	205 Losse	31
346	15	363	1	2	7	Wanzer	637	232 Wanzer	29

29	15	370			Altmarkkr. Salzwedel (Nord)	22.696			30
347	15	370	0	0	6	Arendsee (Altmark),	1.282	139 Arendsee	28
348	15	370	0	0	6	Arendsee (Altmark),		140 Genzien	28
349	15	370	0	1	3	Binde	1.096	5 Binde	33
350	15	370	0	1	3	Binde		6 Ritzleben	33
351	15	370	0	1	7	Brietz	773	9 Brietz	27
352	15	370	0	1	7	Brietz		10 Chüttlitz	27
353	15	370	0	1	9	Chüden	1.635	29 Chüden	33
354	15	370	0	1	9	Chüden		30 Ritze	33
355	15	370	0	2	3	Diesdorf	920	15 Diesdorf	34
356	15	370	0	3	5	Henningen	1.151	32 Andorf	34
356	15	370	0	3	5	Henningen		34 Grabenstedt	34
358	15	370	0	3	6	Höwisch	451	185 Höwisch	31
359	15	370	0	5	4	Kaulitz	919	35 Kaulitz	29
360	15	370	0	5	6	Kläden	855	189 Kläden	30
361	15	370	0	6	5	Lagendorf	962	40 Holzhausen	32
362	15	370	0	6	5	Lagendorf		42 Schmölau	32
363	15	370	0	6	7	Leppin	1.329	202 Leppin	26
364	15	370	0	7	3	Mechau	1.030	46 Mechau	29
365	15	370	0	7	9	Neuekrug	1.057	49 Neuekrug	31
366	15	370	0	8	3	Neulingen	559	212 Neulingen	33
367	15	370	0	9	1	Riebau	1.257	57 Riebau	29
368	15	370	0	9	7	Salzwedel, Stadt	3.414	58 Salzwedel	30
369	15	370	0	9	7	Salzwedel, Stadt		59 Krinau	30
370	15	370	1	0	0	Schrampe	888	222 Schrampe	28
371	15	370	1	0	0	Schrampe		223 Zießau	28
372	15	370	1	0	2	Seebenau	1.788	60 Seebenau	28
373	15	370	1	0	2	Seebenau		61 Cheine	28
374	15	370	1	1	1	Thielbeer	695	229 Thielbeer	32
375	15	370	1	2	6	Ziemendorf	635	235 Ziemendorf	21

Anhang 4, Anlage 2

Gebietskulisse für Natura 2000 - Ausgleich für die Landwirtschaft

(FFH- oder SPA-Gebiete, die gleichzeitig Naturschutzgebiete sind)

Es kann nur die landwirtschaftlich genutzte Fläche in den nachfolgend aufgeführten Gebieten im Rahmen des Programms Natura 2000- Ausgleich für die Landwirtschaft ausgeglichen werden.

Name	Code neu	FFH-Code	SPA-Code
Abtei und Saaleaue bei Planena	NSG0364__	FFH0124LSA	SPA0021LSA
Albrechtshaus	NSG0026__	FFH0096LSA	
Alte Burg	NSG0068__	-	SPA0019LSA
Alte Elbe bei Bösewig	NSG0102__	FFH0073LSA	SPA0016LSA
Alte Elbe zwischen Kannenberg und Berge	NSG0045__	FFH0009LSA	SPA0011LSA
Alte Elster und Rohrbornwiesen	NSG0175__	FFH0075LSA	SPA0023LSA
Alter Stolberg (Sachsen-Anhalt) und Grasburger Wiesen	NSG0135__	FFH0100LSA	
Anhaltinischer Saalstein	NSG0066__	-	SPA0019LSA
Arneburger Hang	NSG0009__	FFH0012LSA	SPA0011LSA
Auwald bei Plötzkau	NSG0082__	FFH0164LSA	SPA0017LSA
Bachtäler des Lappwaldes	NSG0158__	FFH0028LSA	
Bartenslebener Forst	NSG0012__	FFH0041LSA	
Beetzendorfer Bruchwald und Tangelnscher Bach	NSG0042__	FFH0004LSA	
Bergholz	NSG0114__	FFH0116LSA	
Bischofswiese	NSG0117__	FFH0122LSA	
Blonsberg	NSG0177__	FFH0117LSA	
Bockberg	NSG0021__	FFH0090LSA	
Bodetal	NSG0022__	FFH0161LSA	SPA0019LSA
Borntal	NSG0107__	FFH0135LSA	
Brambach	NSG0092__	FFH0126LSA	
Brandberge	NSG0155__	FFH0179LSA	
Bucher Brack-Bölsdorfer Haken	NSG0043__	FFH0157LSA	SPA0011LSA
Buchholz	NSG0094__	FFH0062LSA	
Bürgerholz bei Burg	NSG0156__	FFH0040LSA	
Bürgerholz bei Rosian	NSG0061__	FFH0050LSA	
Burgesroth-Bruchholz	NSG0069__	FFH0177LSA	SPA0019LSA
Colbitzer Lindenwald	NSG0014__	FFH0029LSA	SPA0012LSA
Crassensee	NSG0100__	FFH0067LSA	SPA0001LSA
Diebziger Busch	NSG0087__	FFH0163LSA	SPA0015LSA
Dornburger Mosaik	NSG0056__	FFH0050LSA	
Eichenberg	NSG0194__	FFH0161LSA	SPA0019LSA
Eislebener Stiftsholz	NSG0108__	FFH0111LSA	
Elbaue Beuster-Wahrenberg	NSG0053__	FFH0008LSA	SPA0006LSA
Elendstal	NSG0020__	FFH0088LSA	
Elsholzwiesen	NSG0193__	FFH0157LSA	SPA0011LSA
Elsteraue bei Ermlitz	NSG0323__	FFH0143LSA	SPA0021LSA
Fenn	NSG0008__	FFH0033LSA	
Ferchauer Forst	NSG0049__	FFH0244LSA	
Fiener Bruch	NSG0169__	FFH0158LSA	SPA0013LSA
Forst Bibra	NSG0127__	FFH0139LSA	

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Name	Code neu	FFH-Code	SPA-Code
Forstwerder	NSG0185__	FFH0120LSA	
Friedenthaler Grund	NSG0290__	FFH0240LSA	
Galgenberg und Fuchshöhlen	NSG0111__	FFH0112LSA	
Garbe-Alandniederung	NSG0003__	FFH0007LSA FFH0008LSA	SPA0006LSA
Gegensteine - Schierberg	NSG0157__	FFH0093LSA	
Gipskarstlandschaft Heimkehle	NSG0160__	FFH0100LSA FH0121LSA	
Gipskarstlandschaft Pölsfeld	NSG0164__	FFH0108LSA	
Gipskarstlandschaft Questenberg	NSG0166__	FFH0101LSA	
Göttersitz	NSG0136__	FFH0152LSA	
Große Nachthut	NSG0075__	FFH0258LSA	
Großer Fallstein	NSG0029__	FFH0045LSA	SPA0027LSA
Großer Ronneberg-Bielstein	NSG0137__	FFH0097LSA	SPA0030LSA
Großer Streng	NSG0101__	FFH0073LSA	SPA0016LSA
Großes Bruch bei Wulferstedt	NSG0051__	FFH0043LSA	
Hackpfüffler See	NSG0271__	FFH0134LSA	
Hakel	NSG0146__	FFH0052LSA	SPA0005LSA
Halbberge bei Mertendorf	NSG0267__	FFH0188LSA	
Hammelwiese	NSG0063__	FFH0087LSA	
Harper Moor	NSG0273__	FFH0006LSA	
Harslebener Berge und Steinholz	NSG0062__	FFH0084LSA	
Harzer Bachtäler	NSG0181__	FFH0089LSA	
Hasenwinkel	NSG0109__	FFH0112LSA	
Heideteiche bei Osterfeld	NSG0202__	FFH0264LSA	
Helme bei Martinsrieth	NSG0363__	FFH0134LSA	
Herrenberg und Vorberg im Huy	NSG0031__	FFH0047LSA	
Hirschrodaer Graben	NSG0201__	FFH0150LSA	
Hoppelberg	NSG0032__	FFH0083LSA	
Jävenitzer Moor	NSG0007__	FFH0027LSA	SPA0012LSA
Jederitzer Holz	NSG0005__	FFH0011LSA	SPA0003LSA
Kalbescher Werder bei Vienau	NSG0046__	FFH0003LSA	
Kleiner Fallstein	NSG0028__	FFH0045LSA	SPA0027LSA
Klüdener Pax-Wanneweh	NSG0154__	FFH0025LSA	
Krägen-Riß	NSG0096__	FFH0067LSA	SPA0001LSA
Kreuzhorst	NSG0016__	FFH0050LSA	
Kuckenburger Hagen	NSG0141__	FFH0140LSA	
Lämmerberg und Vockenwinkel	NSG0110__	FFH0112LSA	
Lausiger Teiche und Ausreißer-Teich	NSG0130__	FFH0132LSA	
Lindbusch	NSG0116__	FFH0122LSA	
Lunzberge	NSG0139__	FFH0118LSA	
Luppeaue bei Horburg und Zweimen	NSG0197__	FFH0143LSA	SPA0021LSA
Magdeburgerforst	NSG0018__	FFH0055LSA	
Mahlpfuhler Fenn	NSG0044__	FFH0035LSA FFH0034LSA	SPA0026LSA
Mittlere Glücksburger Heide	NSG0196__	FFH0068LSA	SPA0022LSA
Mittlere Oranienbaumer Heide	NSG0184__	FFH0168LSA	SPA0032LSA
Möster Birken	NSG0119__	FFH0128LSA	
Müchelholz	NSG0124__	FFH0145LSA	
Muldetalhang Rösa	NSG0274__	FFH0180LSA	

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

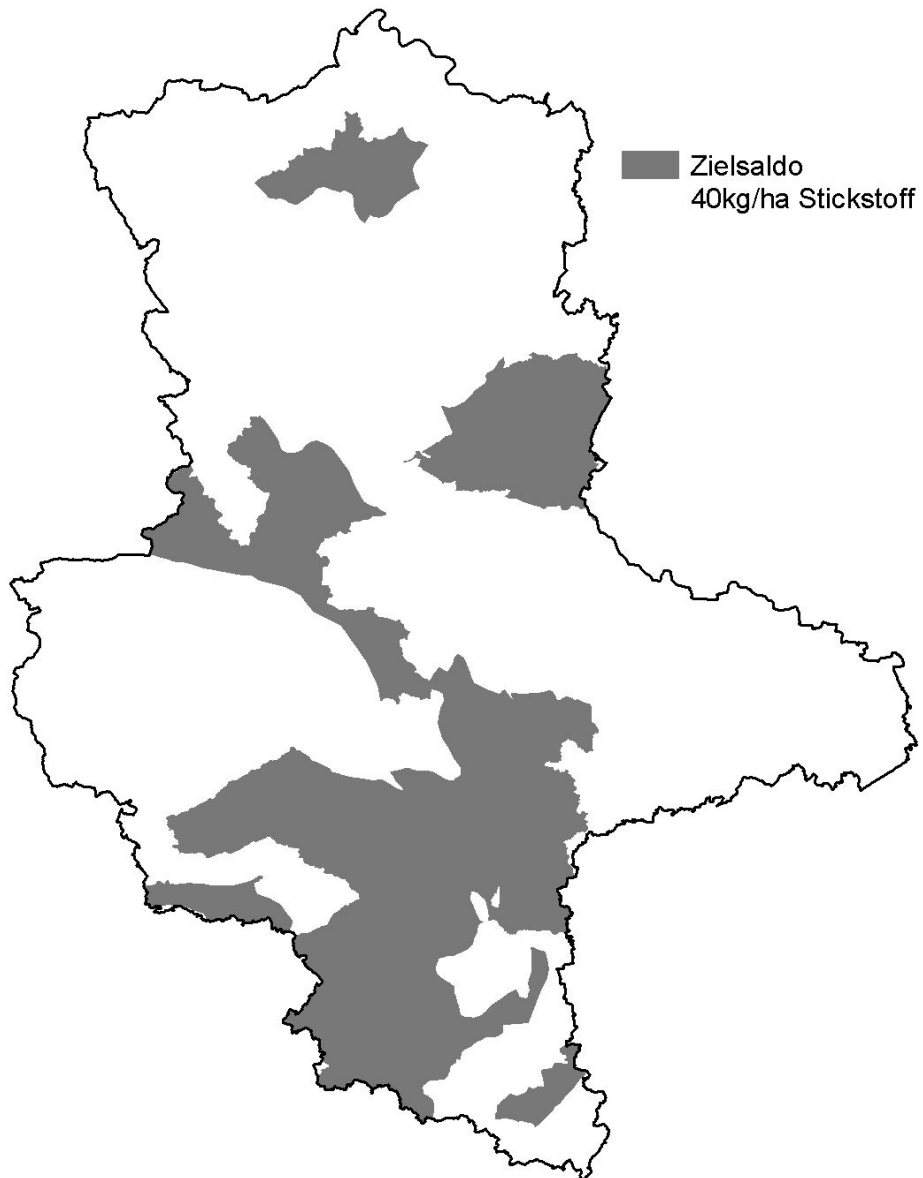
Name	Code neu	FFH-Code	SPA-Code
Münchenberg	NSG0065__	FFH0092LSA	
Muschelkalkhänge der Nietleben-Bennstedter Mulde	NSG0266	FFH0123LSA	
Nedlitzer Niederung	NSG0037__	FFH0059LSA	
Nelbener Grund und Georgsburg	NSG0084__	FFH0114LSA	
Neolith-Teich	NSG0088__	-	SPA0015LSA
Neue Göhle	NSG0126__	FFH0149LSA	
Nordspitze Peißnitz	NSG0138__	FFH0120LSA	
Oberes Selketal	NSG0178__	FFH0096LSA	SPA0019LSA
Ohreaue	NSG0195__	FFH0275LSA	
Ohre-Drömling	NSG0387__	FFH0018LSA FFH0019LSA FFH0020LSA FFH0022LSA	SPA0007LSA SPA0024LSA
Okertal	NSG0171__	FFH0044LSA	
Osteroder Holz	NSG0027__	FFH0045LSA	SPA0027LSA
Osterwesten	NSG0054__	-	SPA0002LSA
Pfaffenbusch	NSG0074__	FFH0258LSA	
Pfaffenheide - Wörpener Bach	NSG0174__	FFH0064LSA	
Pferdekopf	NSG0103__	FFH0097LSA	SPA0030LSA
Pfingstanger bei Wörmnitz	NSG0183__	FFH0141LSA	SPA0021LSA
Platzbruch	NSG0040__	FFH0059LSA	
Porphyrlandschaft bei Brachwitz	NSG0265__	FFH0118LSA	
Porphyrlandschaft bei Gimritz	NSG0142__	FFH0118LSA	
Rabeninsel und Saaleaue bei Böllberg	NSG0165__	FFH0141LSA	SPA0021LSA
Radeweg	NSG0023__	FFH0094LSA	
Rahmbruch	NSG0038__	FFH0059LSA	
Rathsbruch	NSG0093__	FFH0059LSA	
Ringelsdorf	NSG0145__	FFH0055LSA	
Riß	NSG0002__	FFH0072LSA	
Rogätzer Hang - Ohremündung	NSG0015__	FFH0038LSA	SPA0011LSA
Saalberghau	NSG0090__	FFH0125LSA	SPA0001LSA
Saaleaue bei Goseck	NSG0268__	FFH0183LSA	
Saaledurchbruch bei Rothenburg	NSG0199__	FFH0114LSA	
Saale-Elster-Aue bei Halle	NSG0173__	FFH0141LSA	SPA0021LSA
Saalehänge bei Dobis	NSG0113__	FFH0114LSA	
Saale-Ilm-Platten bei Bad Kösen	NSG0198__	FFH0153LSA, FFH0216LSA	
Saarenbruch-Matzwerder	NSG0095__	FFH0067LSA	SPA0001LSA
Salzatal zwischen Langenbogen und Köllme	NSG0366__	FFH0124LSA	SPA0020LSA
Salziger See	NSG0147__	FFH0165LSA	SPA0020LSA
Salzstelle bei Hecklingen	NSG0035__	FFH0102LSA	
Salzstellen bei Sülldorf	NSG0149__	FFH0051LSA	
Salzwiesen bei Aseleben	NSG0112__	FFH0113LSA	
Sandberg	NSG0121__	FFH0136LSA	
Schelldorfer See	NSG0010__	FFH0157LSA	SPA0011LSA
Schierstedter Busch	NSG0072__	FFH0257LSA	
Schießberg	NSG0161__	FFH0258LSA	
Schlauch Burgkernitz	NSG0163__	FFH0285LSA	
Schleesen	NSG0039__	FFH0060LSA	
Schmoner Busch, Spielberger Höhe und Elsloch	NSG0122__	FFH0137LSA	

Anhang 4 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

Name	Code neu	FFH-Code	SPA-Code
Schollener See	NSG0006__	FFH0011LSA	SPA0003LSA
Schöninger See	NSG0097__	FFH0067LSA	SPA0001LSA
Schwarze Elster-Kuhlache	NSG0188__	FFH0070LSA FFH0074LSA FFH0175LSA	
Selketal	NSG0073__	FFH0096LSA	SPA0019LSA
Spaltenmoor	NSG0067__	FFH0162LSA	SPA0019LSA
Sprohne	NSG0081__	FFH0103LSA	
Steckby-Lödderitzer Forst	NSG0036__	FFH0054LSA	SPA0001LSA
Steinberg	NSG0076__	FFH0104LSA	
Steinhorste	NSG0187__	FFH0128LSA	
Steinklöße	NSG0123__	FFH0136LSA	
Steinköpfe	NSG0186__	FFH0161LSA	SPA0019LSA
Stremel	NSG0004__	FFH0011LSA	SPA0003LSA
Tännichen	NSG0024__	FFH0096LSA	
Taubequellen	NSG0162__	FFH0128LSA	
Taufwiesenberge	NSG0189__	FFH0038LSA	SPA0011LSA
Teufelsgrund und Saalehänge	NSG0085__	FFH0114LSA	
Teufelsmauer	NSG0064__	FFH0091LSA FFH0172LSA	
Tote Täler	NSG0128__	FFH0151LSA	
Trockenrasenfläche bei Karsdorf	NSG0140__	FFH0147LSA	
Untere Geiselniederung bei Merseburg	NSG0230__	FFH0144LSA	
Untere Mulde	NSG0120__	FFH0129LSA	SPA0001LSA
Untere Schwarze Elster	NSG0001__	FFH0071LSA	SPA0016LSA
Vogtei	NSG0133__	FFH0127LSA	
Waldfrieden und Vogelherd im Hohen Holz	NSG0033__	FFH0042LSA	
Waldhaus	NSG0030__	FFH0045LSA	SPA0027LSA
Weinberg bei Hohenwarthe	NSG0017__	FFH0050LSA	
Weinfeld	NSG0180__	FFH0106LSA	
Wellenberge-Rüsterberg	NSG0013__	FFH0048LSA	
Wendelstein	NSG0272__	FFH0194LSA	
Wulfener Bruchwiesen	NSG0132__	FFH0163LSA	SPA0015LSA
Zickeritzer Busch	NSG0086__	FFH0114LSA	
Ziegenberg	NSG0079__	FFH0178LSA	
Ziegenberg bei Heimbürg	NSG0050__	FFH0079LSA	

Anhang 4, Anlage 3

Gebietskulisse „Freiwillige Gewässerschutzleistungen“



Anhang 5 Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen

- | | |
|----------|--|
| Anlage 1 | Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für die „markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung“ |
| Anlage 2 | Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für „freiwillige Naturschutzleistungen“ |
| Anlage 3 | Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für „freiwillige Gewässerschutzleistungen“ |
| Anlage 4 | Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für die „Natura 2000 - Ausgleichszahlung“ |

Anhang 5, Anlage 1

Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für die „markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung (MSL)“

Relevanz gemäß Art. 39 bzw. Art. 40 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005	Bezug zu Anlagen 5 und 6 der NRR	Anforderungen, die über die Grundanforderungen hinausgehen
Gültig für alle MSL-Maßnahmen		
<p>Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 i. V. mit Art. 3 und 4 der Verordnung (EG) Nr. 1122/2009 richtet sich an den Mitgliedstaat und fordert die Erhaltung des Dauergrünlandanteils sicherzustellen. Die entsprechenden Verordnungsermächtigungen im Direktzahlungen-Verpflichtungengesetz richten sich an die Länder.</p> <p>In Deutschland wurde der Erhalt des Dauergrünlandanteils auf Ebene der Regionen festgelegt. Erst wenn in diesen der Dauergrünlandanteil um mehr als 5% sinkt, erlassen die Länder eine Verordnung, nach der der Umbruch von Dauergrünland einer vorherigen Genehmigung bedarf. Hat sich der aktuell ermittelte Dauergrünlandanteil um mehr als 8 % verringert <u>kann</u> - bei einer Verringerung von mehr als 10 % <u>muss</u> - das Land Zahlungsempfänger, die umgebrochenes Dauergrünland bewirtschaften, verpflichten, dieses wieder anzusäen oder auf anderen Flächen Dauergrünland wieder neu einzusäen.</p>		<p>Der Umfang des Dauergrünlandes des Betriebes darf insgesamt nicht verringert werden.</p> <p>Im Falle der Teilnahme an der betriebszweigbezogenen Grünlandextensivierung (zu B.1): Generelles Grünlandumbruchverbot.</p>
zu A.1 Fruchtartendiversifizierung		
<p>Auf betrieblicher Ebene muss nach § 3 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung der Betriebsinhaber seine Ackerflächen so bewirtschaften, dass die organische Substanz im Boden erhalten bleibt. Er hat 4 Alternativen, um dies nachzuweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Anforderung gilt als erfüllt, soweit auf betrieblicher Ebene das anbaujährliche Anbauverhältnis auf Ackerflächen aus mindestens drei Kulturen bestehen (stillgelegte und nicht bewirtschaftete Flächen gelten als eine Kultur), wobei jede Kultur einen Anteil von mindestens 15 % der Ackerfläche ausmachen muss. - Die Anforderung gilt auch als erfüllt, soweit auf betrieblicher Ebene jährlich eine Humusbilanz bis zum 31. März des Folgejahres erstellt wird; im Ergebnis darf der Wert von minus 75 kg Humus-C je ha nicht unterschritten werden. Wird der Grenzwert in einem Jahr unterschritten, so ist die Verpflichtung dennoch erfüllt, wenn dieser bei einer Mittelwertbildung dieses Jahres mit dem vorangegangenen oder mit den beiden vorangegangenen Jahren erfüllt wird. 	CC 3	<ul style="list-style-type: none"> • Anbau von mindestens fünf verschiedenen Hauptfruchtarten (ohne stillgelegte und nicht bewirtschaftete Fläche) mit jeweils mindestens 10 % Anteil der Ackerfläche, max. 30 % • Getreideanteil von maximal zwei Drittel an der Ackerfläche sowie nach Leguminosenanbau Anbau einer über Winter beizubehaltenden Folgefrucht • Mindestens 5 % Leguminosenanteil an der Ackerfläche

zu A.2 Anbau von Zwischenfrüchten oder Untersaaten im Ackerbau		
Nach § 2 Abs.1 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung richten sich die Erosionsschutzmaßnahmen nach dem Grad der Erosionsgefährdung der einzelnen Ackerflächen. Hierzu teilen die Länder die landwirtschaftlichen Flächen je nach Grad der Wasser- oder Winderosionsgefährdung bestimmten Klassen zu. Ackerflächen der Wasser-Erosionsstufe 1 dürfen -soweit die Bewirtschaftung nicht quer zum Hang erfolgt- vom 1. Dezember bis 15. Februar nicht gepflügt werden. Ackerflächen der Wassererosionsstufe 2 dürfen darüber hinaus zwischen dem 16. Februar und 30. November nur bei einer unmittelbar folgenden Aussaat gepflügt werden. Winderosionsgefährdete Ackerflächen dürfen grundsätzlich nur bei Aussaat vor dem 1. März gepflügt werden. Die Länder können Ausnahmen von den Erosionsschutzaufgaben zulassen.	CC 1	Anbau von Zwischenfrüchten nach der Ernte der Hauptfrucht oder der Beibehaltung von Untersaaten bzw. Begrünungen über Winter; Umbruch nicht vor dem 01.03. im auf die Ansaat folgenden Jahr.
zu a) Begrünung von Dauerkulturen		
Nach § 2 Abs.1 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung richten sich die Erosionsschutzmaßnahmen nach dem Grad der Erosionsgefährdung der einzelnen Ackerflächen. Hierzu teilen die Länder die landwirtschaftlichen Flächen je nach Grad der Wasser- oder Winderosionsgefährdung bestimmten Klassen zu. Ackerflächen der Wasser-Erosionsstufe 1 dürfen -soweit die Bewirtschaftung nicht quer zum Hang erfolgt- vom 1. Dezember bis 15. Februar nicht gepflügt werden. Ackerflächen der Wassererosionsstufe 2 dürfen darüber hinaus zwischen dem 16. Februar und 30. November nur bei einer unmittelbar folgenden Aussaat gepflügt werden. Winderosionsgefährdete Ackerflächen dürfen grundsätzlich nur bei Aussaat vor dem 1. März gepflügt werden. Die Länder können Ausnahmen von den Erosionsschutzaufgaben zulassen.	CC 1	Begrünung von Dauerkulturflächen; Umbruch nicht vor dem 01.03. im auf die Ansaat folgenden Jahr.
zu A.3 Anwendung von Mulch- oder Direktsaat oder Mulchpflanzverfahren		
Nach § 2 Abs.1 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung richten sich die Erosionsschutzmaßnahmen nach dem Grad der Erosionsgefährdung der einzelnen Ackerflächen. Hierzu teilen die Länder die landwirtschaftlichen Flächen je nach Grad der Wasser- oder Winderosionsgefährdung bestimmten Klassen zu. Ackerflächen der Wasser-Erosionsstufe 1 dürfen -soweit die Bewirtschaftung nicht quer zum Hang erfolgt- vom 1. Dezember bis 15. Februar nicht gepflügt werden. Ackerflächen der Wassererosionsstufe 2 dürfen darüber hinaus zwischen dem 16. Februar und 30. November nur bei einer unmittelbar folgenden Aussaat gepflügt werden. Winderosionsgefährdete Ackerflächen dürfen grundsätzlich nur bei Aussaat vor dem 1. März gepflügt werden. Die Länder können Ausnahmen von den Erosionsschutzaufgaben zulassen.	CC 1	Anbau von Hauptfrüchten ohne wendende Bodenbearbeitung auf mindestens 15 % der Ackerfläche des Betriebes, so dass Pflanzenreste der Vor- oder Zwischenfrüchte oder der Untersaaten auf der Bodenoberfläche verbleiben.

zu A.5 Anwendung von bodenschonenden Produktionsverfahren des Ackerbaus		
Nach § 2 Abs.1 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung richten sich die Erosionsschutzmaßnahmen nach dem Grad der Erosionsgefährdung der einzelnen Ackerflächen. Hierzu teilen die Länder die landwirtschaftlichen Flächen je nach Grad der Wasser- oder Winderosionsgefährdung bestimmten Klassen zu. Ackerflächen der Wasser-Erosionsstufe 1 dürfen -soweit die Bewirtschaftung nicht quer zum Hang erfolgt- vom 1. Dezember bis 15. Februar nicht gepflügt werden. Ackerflächen der Wassererosionsstufe 2 dürfen darüber hinaus zwischen dem 16. Februar und 30. November nur bei einer unmittelbar folgenden Aussaat gepflügt werden. Winderosionsgefährdete Ackerflächen dürfen grundsätzlich nur bei Aussaat vor dem 1. März gepflügt werden. Die Länder können Ausnahmen von den Erosionsschutzauflagen zulassen.	CC 1	<ul style="list-style-type: none"> - Beschränkung der Maßnahme auf Luzernegrasgemische und Klee-grasgemische - Umbruch des Ackerfutters nicht vor dem 15.03. des auf die Ansaat folgenden Jahres
zu A.6 Verzicht auf die Anwendung von Herbiziden im Betriebszweig Dauerkulturen		
1. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	Verzicht der Anwendung jeglicher Herbizide.
2. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:		
- Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung.	CC 28	
- Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüfplakette).	CC 29	
- Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	CC 30	
- Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und – beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.	CC 31	
Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen: <ul style="list-style-type: none"> - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet. 	CC 31a	

zu A.7 Anlage von Blühflächen oder Blüh- bzw. Schonstreifen		
1. Nach § 2 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung richten sich die Erosionsschutzmaßnahmen nach dem Grad der Erosionsgefährdung der einzelnen Ackerflächen. Hierzu teilen die Länder die landwirtschaftlichen Flächen je nach Grad der Wasser- oder Winderosionsgefährdung bestimmten Klassen zu. Ackerflächen der Wassererosionsstufe 1 dürfen -soweit die Bewirtschaftung nicht quer zum Hang erfolgt- vom 1. Dezember bis 15. Februar nicht gepflügt werden. Ackerflächen der Wassererosionsstufe 2 dürfen darüber hinaus zwischen dem 16. Februar und dem 30. November nur bei einer unmittelbar folgenden Aussaat gepflügt werden. Winderosionsgefährdete Ackerflächen dürfen grundsätzlich nur bei Aussaat vor dem 1. März gepflügt werden. Die Länder können Ausnahmen von den Erosionsschutzauflagen zulassen.	CC 1	Auf bewirtschafteten Flächen: - Anlegen von Blühflächen, Blühstreifen und Schonstreifen, bestehend aus Pflanzenarten, die Nützlingen, Bienen oder anderen Wildtieren als Wirts- Nahrungs- oder Schutzpflanzen dienen. - Bearbeitungsmaßnahmen sind auf Bestellmaßnahmen und mechanische Unkrautbekämpfung bzw. Pflegeschnitte (bei Schonstreifen) begrenzt. - Verbot der Anwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln
2. Nach § 4 Abs.1 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung gilt: Ackerflächen, die aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen wurden, sind der Selbstbegrünung zu überlassen oder durch eine gezielte Ansaat zu begrünen. Der Aufwuchs ist zu zerkleinern und auf der Fläche ganzflächig zu verteilen oder zu mähen und das Mähgut abzufahren (im Zeitraum vom 1. April bis zum 30. Juni eines Jahres verboten). Die Länder können aus natur- oder umweltschutzfachlichen Gründen oder auf Grund regionaler Gegebenheiten Ausnahmen von diesen Regelungen festlegen oder genehmigen.	CC 8	
3. Nach § 3 Abs. 5 der Düngeverordnung darf die Aufbringung nur auf aufnahmefähigen Böden erfolgen.	CC 18	
4. Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung beträgt bei dem Aufbringen von Düngemitteln mit wesentlichem Nährstoffgehalt an Stickstoff und Phosphor der Abstand zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers grundsätzlich mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m.	CC 19	
5. Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff und Phosphor direkt in den Boden eingebracht werden. (Gilt nicht für Festmist.)	CC 20	

<p>Innerhalb eines Bereichs von 10 bis 20 m (Festmist: 3 – 20 m) zur Böschungsoberkante gilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf unbestellten Ackerflächen sind die Düngemittel sofort einzuarbeiten, - auf bestellten Ackerflächen - bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm) ist das Düngemittel sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist, - bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder - die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein. 	CC 21	
<p>6. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.</p>	CC 27	
<p>7. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:</p>		
<ul style="list-style-type: none"> - Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung. 	CC 28	
<ul style="list-style-type: none"> - Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüfplakette). 	CC 29	
<ul style="list-style-type: none"> - Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern 	CC 30	
<ul style="list-style-type: none"> - Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und –beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden. 	CC 31	
<p>Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet. 	CC 31a	

8. Nach § 2 Abs. 1-4 der Bienenschutzverordnung ist bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln speziell der Bienenschutz zu beachten. So dürfen entsprechend der Bienenschutzverordnung bienengefährliche Pflanzenschutzmittel nicht	CC 32	
<ul style="list-style-type: none"> - an blühenden oder von Bienen beflogenen Pflanzen angewandt werden (§ 2 Abs. 1 Bienenschutzverordnung), - so angewandt werden, dass solche Pflanzen bei der Applikation mit getroffen werden (§ 2 Abs.2 Bienenschutzverordnung). 		
zu A.8 Anwendung von biologischen oder biotechnischen Maßnahmen des Pflanzenschutzes		
1. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	Beschränkung der Maßnahme auf die Anwendung von biologischen oder biotechnischen Maßnahmen des Pflanzenschutzes bei Dauerkulturen Hopfen, Kern- und Steinobst sowie Wein
2. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:		
<ul style="list-style-type: none"> - Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung. 	CC 28	
<ul style="list-style-type: none"> - Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüflakette). 	CC 29	
<ul style="list-style-type: none"> - Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern 	CC 30	
<ul style="list-style-type: none"> o Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und – beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden. 	CC 31	
Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen:	CC 31a	
<ul style="list-style-type: none"> - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet. 		
zu B.1 Extensive Bewirtschaftung des Dauergrünlandes mit höchstens 1,4 RGV/ha HFF		
1. Nach § 4 Abs. 3 und 4 der Düngeverordnung dürfen im Durchschnitt des Betriebes auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdün-	CC 22	Extensive Bewirtschaftung mit max. 1,4 RGV/ha Hauptfutterfläche (Grünland u. Ackerfutter).

gern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Dabei sind bestimmte in Anlage 6 der Düngeverordnung festgelegte Stall- und Lagerungsverluste anrechenbar.		Es dürfen nicht mehr Düngemittel (mineralisch und organisch) ausgebracht werden, als es dem Dunganfall eines Gesamtviehbesatzes von 1,4 GVE je Hektar LF entspricht.
		Im Sinne dieser Regelung dürfen maximal 75 kg N/ha/a, 30 kg P ₂ O ₅ /ha/a und 140 kg K ₂ O/ha/a angewendet werden.
2. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.
3. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:		
- Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung.	CC 28	
- Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüfplakette).	CC 29	
- Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	CC 30	
- Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und –beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.	CC 31	
Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen: - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet.	CC 31a	
zu B.2 Umwandlung von Ackerflächen in extensiv zu nutzendes Grünland		
1. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	Nutzung als Grünland. Verbot der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln.
2. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:		

- Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung.	CC 28	
- Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüfplakette).	CC 29	
- Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	CC 30	
- Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und –beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.	CC 31	
Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen: <ul style="list-style-type: none"> - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet. 	CC 31a	
zu B.3.1 Extensive Bewirtschaftung von bestimmten Grünlandflächen zur Verringerung der Betriebsmittelanwendung oder zur Anwendung bestimmter Verfahren der Weidehaltung		
1. Nach § 3 Abs. 5 der Düngeverordnung darf die Aufbringung nur auf aufnahmefähigen Böden erfolgen.	CC 18	<p>Extensive Bewirtschaftung durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begrenzung des Tierbesatzes im Betrieb auf max. 1,4 RGV/ha Hauptfutterfläche (Grünland u. Ackerfutter). - Verbot der Anwendung von chemisch synthetischen Düngemitteln. - Verbot der Anwendung von chemisch synthetischen Pflanzenschutzmitteln.
2. Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung beträgt bei dem Aufbringen von Düngemitteln mit wesentlichem Nährstoffgehalt an Stickstoff und Phosphor der Abstand zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers grundsätzlich mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m.	CC 19	
3. Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff und Phosphor direkt in den Boden eingebracht werden. (Gilt nicht für Festmist).	CC 20	

Innerhalb eines Bereichs von 10 m bis 20 m (Festmist: 3- 20 m) zur Böschungsoberkante gilt:	CC 21	
- auf unbestellten Ackerflächen sind die Düngemittel sofort einzuarbeiten,		
- auf bestellten Ackerflächen		
- bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm) ist das Düngemittel sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist,		
- bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder		
- die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein.		
4. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	
5. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:		
- Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüfung.	CC 28	
- Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüfplakette).	CC 29	
- Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	CC 30	
- Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und – beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.	CC 31	
Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen: - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet.	CC 31a	

C Förderung ökologischer Anbauverfahren		
1. Nach § 4 Abs. 3 und 4 der Düngeverordnung dürfen im Durchschnitt des Betriebes auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Dabei sind bestimmte in Anlage 6 der Düngeverordnung festgelegte Stall- und Lagerungsverluste anrechenbar.	CC 22	Einführung oder Beibehaltung einer Bewirtschaftung im gesamten Betrieb nach der VO (EWG) Nr. 2092/91 sowie des EG-Folgerechts.
2. Nach § 3 Abs. 5 der Düngeverordnung darf die Aufbringung nur auf aufnahmefähigen Böden erfolgen.	CC 18	
3. Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung beträgt bei dem Aufbringen von Düngemitteln mit wesentlichem Nährstoffgehalt an Stickstoff und Phosphor der Abstand zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers grundsätzlich mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m.	CC 19	
4. Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff und Phosphor direkt in den Boden eingebracht werden. (Gilt nicht für Festmist, aber für Geflügelkot)	CC 20	
Innerhalb eines Bereichs von 10 m bis 20 m (Festmist: 3- 20 m) zur Böschungsoberkante gilt:	CC 21	
- auf unbestellten Ackerflächen sind die Düngemittel sofort einzuarbeiten,		
- auf bestellten Ackerflächen		
- bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm) ist das Düngemittel sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist,		
- bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder		
- die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein.		
5. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	
6. Bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten folgende Anwendungsbestimmungen:		
- Sachkundenachweis gemäß Pflanzenschutz-Sachkundeverordnung: Nachweis zum Beispiel durch einen entsprechenden Berufsabschluss oder eine bestandene Sachkundeprüf-	CC 28	

fung.		
- Nutzung geprüfter Geräte (§ 7a Pflanzenschutzmittelverordnung): Spritz- und Sprühgeräte müssen regelmäßig überprüft werden (Nachweis durch gültige Prüfplakette).	CC 29	
- Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	CC 30	
- Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und – beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.	CC 31	
Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen: <ul style="list-style-type: none"> - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet. 	CC 31a	

Anhang 5, Anlage 2

Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für „Freiwillige Naturschutzleistungen“ (FNL-A)

Relevanz gemäß Art. 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005	Bezug zu Anlagen 5 und 6 der Nationalen Rahmenregelung	Anforderungen, die über die Grundanforderungen hinausgehen
<p>Nach § 4 Abs. 2 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung gilt: Pfleger: Auf aus der landw. Erzeugung genommenen Dauergrünlandflächen ist der Aufwuchs mind. einmal jährlich zu zerkleinern und ganzflächig zu verteilen (Mulchen oder Häckseln) oder mind. alle 2 Jahre zu mähen und das Mähgut von der Fläche abzufahren</p> <p>Nach § 4 Abs 3 der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung gilt: - Obligatorisch stillgelegte oder freiwillig aus der Erzeugung genommene Dauergrünlandflächen dürfen in der Zeit vom 1.4. bis 30.6. weder gemulcht noch gehäckselt oder gemäht werden. - Abweichende Vorschriften des Bundes- und der Länder auf dem Gebiet des Naturschutzes oder des Wasserhaushaltes zu § 4 Abs. 1 und Abs. 2 bleiben unberührt</p>	<p>CC 9</p> <p>CC 10</p>	<p>Das Ziel der freiwilligen Naturschutzleistungen (Sicherung und Verbesserung des Zustandes und der Vielfalt an natürlichen sowie schutzwürdigen Lebensräumen und heimischen Tier- und Pflanzenarten) kann nur erreicht werden, wenn die landwirtschaftliche Nutzung der bewirtschaftungsabhängigen Lebensraumtypen beibehalten wird. Werden die mit der Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung verbundenen Kosten nicht ausgeglichen, werden diese Grenzstandorte möglicherweise aus der Produktion genommen. Die nachfolgend aufgeführten freiwilligen Bewirtschaftungsmaßnahmen gehen über die Anforderungen zur Instandhaltung von aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Dauergrünlandflächen hinaus: -Einschränkung der Erstmahd (nach dem 15.07. bzw. 15.08.), -Einschränkung der Schnitthöhe (mindestens 10 cm), -Einschränkung der Mahdwerkzeuge mit Balkenmäherwerk.</p>
<p>Insbesondere sehen die Bestimmungen vor, Pläne und Projekte, die ein Vogelschutzgebiet erheblich beeinträchtigen könnten, vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen zu überprüfen. Darüber hinaus besteht ein Beseitigungsverbot bestimmter Landschaftselemente und die Einhaltung von Artenschutzbestimmungen, d. h. Nist-, Brut-, Wohn- und Zufluchtstätten der europäischen Vogelarten dürfen weder beseitigt noch beschädigt werden. Es wird auf die einschlägigen Landesgesetze verwiesen.</p> <p>Lebensraumtypen und Habitattypen dürfen nicht er-</p>	<p>CC 12</p> <p>CC 13</p>	<p>Die freiwilligen Verpflichtungen gehen über den rechtlich vorgegebenen Grundschutz hinaus, insofern werden die Lebensraumtypen, Arten und Arthabitate gemäß Natura 2000 nicht nur erhalten, sondern durch gezielte Bewirtschaftungsanforderungen verbessert oder vermehrt. Es sind von der zuständigen Naturschutzbehörde konkrete Festlegung zum Weidemanagement für die Verpflichtungs-</p>

Relevanz gemäß Art. 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005	Bezug zu Anlagen 5 und 6 der Nationalen Rahmenregelung	Anforderungen, die über die Grundanforderungen hinausgehen
<p>heblich beeinträchtigt werden. Insbesondere sehen die Bestimmungen vor, Pläne und Projekte, die ein FFH-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnten, vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen zu überprüfen.</p> <p>Soweit Flächen in einem FFH-Gebiet bewirtschaftet werden, ergeben sich zusätzliche Bewirtschaftungsvorgaben oder -auflagen, wenn verbindliche Vorschriften in Form einer Schutzgebietsverordnung, einer Einzelanordnung oder in einer diese ersetzenden vertraglichen Vereinbarung festgelegt wurden. Es wird auf die einschlägigen Landesgesetze verwiesen.</p>		<p>fläche zu treffen. Die Tierart ist eingeschränkt.</p> <p>Für Streuobstwiesen ist der Baumpflegeschnitt und bei Notwendigkeit eine Nachpflanzung einmal im Verpflichtungszeitraum vorgegeben.</p>

Anlage 5 der Nationalen Rahmenregelung (zu den Kapiteln 4.2.1.4.1.4 Agrarumweltmaßnahmen) u. 4.2.1.5.1.4 (Tierschutzmaßnahmen)

„Freiwillige Naturschutzleistungen (FNL-B)“

Relevanz gemäß Art. 39 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005	Bezug zu Anlagen 5 und 6 der Nationalen Rahmenregelung	Anforderungen, die über die Grundanforderungen hinausgehen
1. Nach § 3 Abs. 5 der Düngeverordnung darf die Aufbringung nur auf aufnahmefähigen Böden erfolgen.	CC 18	Kein Einsatz von chem. Düngemitteln
2. Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung beträgt bei dem Aufbringen von Düngemitteln mit wesentlichem Nährstoffgehalt an Stickstoff und Phosphor der Abstand zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers grundsätzlich mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m.	CC 19	
3. Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig.	CC 27	Kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln
4. Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz): Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	CC 30	

5. Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und – beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die in dieser Verordnung aufgeführte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.	CC 31	
6. Nach § 4 Abs. 3 und 4 der Düngeverordnung dürfen im Durchschnitt des Betriebes auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Dabei sind bestimmte in Anlage 6 der Düngeverordnung festgelegte Stall- und Lagerungsverluste anrechenbar.	CC 22	Keine Einsatz von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft

Anhang 5, Anlage 3

Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für „Freiwillige Gewässerschutzleistungen“

Relevanz gemäß Art. 39 bzw. Art. 40 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005	Bezug zu Anlagen 5 und 6 der NRR	Anforderungen, die über die Grund- anforderungen hinausgehen
Freiwillige Gewässerschutzleistungen		
Nach § 4 Abs. 3 und 4 der Düngeverordnung dürfen im Durchschnitt des Betriebes auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Dabei sind bestimmte in Anlage 6 der Düngeverordnung festgelegte Stall- und Lagerungsverluste anrechenbar.	CC 22	
Nach § 3 Abs. 3 der Düngeverordnung bestehen vor der Ausbringung Bodenuntersuchungspflichten bzw. es müssen Richtwerte für N im Boden vorliegen.	CC 23	Nach § 3 Abs. 3 Nr. 1 DüV ist für eine schlagspezifische Berücksichtigung des Stickstoffbodgehaltes eine Bodenprobenahme und –untersuchung nicht zwingend erforderlich. Die Ermittlung der verfügbaren Stickstoffmengen im Boden kann u. a. auch anhand veröffentlichter Richtwerte, die durch die LLFG anhand landesweit festgelegter Testflächen und Auswertung von Bodenproben zertifizierter Labore ermittelt werden oder durch Anwendung von Berechnungs- und Schätzverfahren erfolgen. Die Teilnahme am Förderprogramm „Freiwillige Gewässerschutzleistungen“ verlangt hingegen zwingend die schlagweise Beprobung und Untersuchung der Proben durch ein zugelassenes Labor. Die Ermittlung des Stickstoffbedarfs für die 1. und 2. Stickstoff-Gabe erfolgt auf der Grundlage von Bodenproben auf 100% der geförderten Flächen, Zudem wird nicht nur das reine Analyseergebnis geliefert, sondern gleichzeitig eine qualifizierte Düngungsempfehlung (u. a. Aufteilung der Stickstoffdüngung auf die 1. und 2. Stickstoff-Gabe). Für die Berechnung der Stickstoff-Gaben wird das von der LLFG entwickelte System SBA verwandt, das den zertifizierten Laboren zur Verfügung steht.
Nach § 4 Abs. 5 der Düngeverordnung bestehen Ausbringungsverbote für Düngemittel mit wesentlichem Stickstoffgehalt, ausgenommen	CC 24	

Festmist ohne Geflügelkot, innerhalb der Sperrfrist (AF: 1.Nov bis 31.Jan GF: 15.Nov bis 31.Jan)		
Nach § 4 Abs. 6 der Düngeverordnung bestehen Einschränkungen bzgl. der Herbstausbringung von Gülle, Jauche und flüssigen organischen und organisch-mineralischen Düngemitteln oder Geflügelkot (u.a. max. 80 kg N bzw. NH ₃)	CC 25	
Nach § 5 Abs. 1 und 2 der Düngeverordnung ist die Erstellung von Nährstoffvergleichen verpflichtend, falls nicht bestimmte Ausnahmetatbestände gelten (§ 5 Abs. 4 der Düngeverordnung). Gemäß § 6 Abs. 2 der Düngeverordnung ist der zulässige N-Bilanzüberschuss auf 60 kg N/ha im dreijährigen Mittel (ab 2009) begrenzt.	CC 26	<p>Nach § 5 Abs. 1 DüV ist die Erstellung von Nährstoffvergleichen auf Betriebsebene verpflichtend. Bei diesen Nährstoffvergleichen handelt es sich um eine summarische Gegenüberstellung der Nährstoffzufuhr und der Nährstoffabfuhr in einem Betrieb in einem Ein-Jahreszeitraum. Sie sind eine nachträgliche Erfolgsbetrachtung. § 5 Abs. 1 DüV schreibt vor, dass dies auf Betriebsebene zu erfolgen hat. Methodisch kann man dazu eine Flächenbilanz auf Betriebsebene heranziehen, wobei es zulässig ist, nicht Einzelschläge zu betrachten sondern den Betrieb als eine Einheit. Eine schlagspezifische Betrachtung ist dazu nicht erforderlich. Allerdings werden weitergehende schlagspezifische Aufzeichnungen zur Erfüllung der Norm anerkannt. Daher ist optional auch die Aggregation von Schlagbilanzen zulässig (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 DüV). Bei Teilnahme am Förderprogramm „Freiwillige Gewässerschutzleistungen“ wird eine schlagspezifische Bilanzierung im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 2 DüV zwingend verlangt und zwar sowohl für den Gesamtbetrieb als auch zusätzlich für die geförderte Ackerfläche. Hierzu ist außerdem verbindlich der von der LLFG bereitgestellte NPK-Rechner zu nutzen und die Daten zur Auswertung den zuständigen Stellen zur Verfügung zu stellen. Weiterhin hat der Zuwendungsempfänger nicht nur eine Bilanzierung über eine aggregierte Schlagbilanz (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 DüV) vorzunehmen, sondern auch jede einzelne operative Düngungsmaßnahme in Form einer Schlagkartei zu dokumentieren. Für das Führen der Schlagkartei sind Mindestanforderungen vorgeschrieben, u. a. Art des Düngemittels, Schlagbezeichnung, Datum der Ausbringung, Höhe der ausgebrachten Menge, Kulturart. Eine detaillierte</p>

		<p>Schlagkarteiführung für operative Maßnahmen auf der Fläche ist in der DüV nicht verpflichtend vorgesehen. Weiterhin ist für die dritte Gabe die Nutzung von Methoden der operativen Düngebedarfsermittlung vorgeschrieben. Hierbei handelt es sich z. B. um neue Methoden zur Bestimmung des Chlorophyll- oder Stickstoff-Gehaltes in der Pflanze. Daraus kann nicht nur die Höhe und der optimale Zeitpunkt der Stickstoffdüngung abgeleitet werden sondern auch eine zusätzliche Gabenteilung. Für die Erfüllung der Verpflichtungen nach § 3 Abs. 4 DüV ist dies nicht erforderlich. Hier können auch Erfahrungs- und Richtwerte herangezogen werden.</p>
--	--	---

Anhang 5, Anlage 4

Maßnahmenbezogene Gegenüberstellung der Beihilfen begründenden Anforderungen für die „Natura 2000 - Ausgleichszahlung“

Relevanz gemäß Art. 39 bzw. Art. 40 der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005	Bezug zu Anlagen 5 und 6 der NRR	Anforderungen, die über die Grundanforderungen hinausgehen
		GRÜNLAND:
Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung beträgt bei dem Aufbringen von Düngemitteln mit wesentlichem Nährstoffgehalt an Stickstoff der Abstand zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers grundsätzlich mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m.	CC 19	Verbot der Anwendung von Dünger eingeschränkte Anwendung von Dünger (mineralische Düngung verboten; mineralische Düngung eingeschränkt; organische Düngung verboten; organische Düngung eingeschränkt; Verbot der Düngung aus der Luft-Einschränkung, da keine Startdüngung möglich; Verbot des Ausbringens von Gülle, Jauche, Fäkalien und Klärschlamm oder Geflügelmist)
Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung ist ein direkter Eintrag von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsstoffen mit wesentlichen Nährstoffgehalten an Phosphat in oberirdische Gewässer durch Einhalten eines Abstandes zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers von mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m zu vermeiden.	Z 5	
Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff direkt in den Boden eingebracht werden. (Gilt nicht für Festmist).	CC 20	
Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen (im 20 m Bereich der Böschungsoberkante eines Gewässers bei einer Hangneigung mit mehr als 10 von Hundert) in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Phosphat direkt in den Boden eingebracht werden (gilt nicht für Festmist).	Z 6	
Innerhalb des Bereichs von 10 m bis 20 m (Festmist: 3 - 20 m) zur Böschungsoberkante gilt: - auf unbestellten Ackerflächen sind die Düngemittel sofort einzuarbeiten, - auf bestellten Ackerflächen - bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm)	CC 21	

<p>ist das Düngemittel sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist,</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein. <p>Nach § 4 Abs. 3 und 4 der Düngeverordnung dürfen im Durchschnitt des Betriebes auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Dabei sind bestimmte in Anlage 6 der Düngeverordnung festgelegte Stall- und Lagerungsverluste anrechenbar. Auf intensiv genutztem Grünland und Feldgras dürfen nach Genehmigung und mit Auflagen versehen 230 kg Stickstoff je Hektar ausgebracht werden.</p>	C 22	
<p>Insbesondere sehen die Bestimmungen vor, Pläne und Projekte, die ein Vogelschutzgebiet erheblich beeinträchtigen könnten, vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen zu überprüfen.</p> <p>Darüber hinaus besteht ein Beseitigungsverbot bestimmter Landschaftselemente und die Einhaltung von Artenschutzbestimmungen, d. h. Nist-, Brut, Wohn- und Zufluchtstätten der europäischen Vogelarten dürfen weder beseitigt noch beschädigt werden. Es wird auf die einschlägigen Ländergesetze verwiesen.</p> <p>Lebensraumtypen und Habitattypen dürfen nicht erheblich beeinträchtigt werden. Insbesondere sehen die Bestimmungen vor, Pläne und Projekte, die ein FFH-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnten, vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen zu überprüfen.</p> <p>Soweit Flächen in einem FFH-Gebiet bewirtschaftet werden, ergeben sich zusätzliche Bewirtschaftungsvorgaben oder -auflagen, wenn verbindliche Vorschriften in Form einer Schutzgebietsverordnung, einer Einzelanordnung oder in einer diese ersetzenden vertraglichen Vereinbarung festgelegt wurden. Es wird auf die einschlägigen Ländergesetze verwiesen.</p>	<p>CC 12</p> <p>CC 13</p>	<p>Eingeschränkte Nutzungsform (z. B. Grünlandumbruchverbot; Verbot der Umwandlung der Nutzungsform, Verbot der Beweidung, Formen der Beweidung eingeschränkt, Mahdverbot, Anzahl der Mahd eingeschränkt, Verbot, das Mahdgut auf der Fläche zu belassen, keine Zufütterung bei Beweidung, Beweidung mit Nachmahd gefordert, Mahd gefordert, keine Umwandlung von Umtriebs- in Standweide, Koppelhaltung und Pferchen verboten)</p> <p>zulässige flächenbezogene Viehbestandsgrenze</p> <p>zeitliche Nutzungsbeschränkungen (zeitliche Einschränkung der Beweidung, Mahd, Bodenbearbeitung)</p>
		ACKERLAND:
<p>Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung beträgt bei dem Aufbringen von Düngemitteln mit wesentlichem Nährstoffgehalt an Stickstoff der Abstand zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers grundsätzlich mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m.</p> <p>Nach § 3 Abs. 6 der Düngeverordnung ist ein direkter Eintrag von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsstoffen mit wesentlichen</p>	<p>CC 19</p> <p>Z 5</p>	<p>Verbot der Anwendung von Dünger und Pflanzenschutzmittel</p> <p>eingeschränkte Anwendung von Dünger und Pflanzenschutzmittel</p>

<p>Nährstoffgehalten an Phosphat in oberirdische Gewässer durch Einhalten eines Abstandes zwischen dem Rand der durch die Streubreite bestimmten Ausbringungsfläche und der Böschungsoberkante des jeweiligen oberirdischen Gewässers von mindestens 3 m, bei der Ausbringung mit Geräten, bei denen die Streubreite der Arbeitsbreite entspricht oder die über eine Grenzstreueinrichtung verfügen, mindestens 1 m zu vermeiden</p>		
<p>Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Stickstoff direkt in den Boden eingebracht werden. (Gilt nicht für Festmist)</p>	CC 20	
<p>Nach § 3 Abs. 7 der Düngeverordnung darf auf stark geneigten Ackerflächen (im 20 m Bereich der Böschungsoberkante eines Gewässers bei einer Hangneigung mit mehr als 10 von Hundert) in einem Abstand von 3 m zum Gewässer keine Düngung erfolgen; im Bereich zwischen 3 und 10 Metern Entfernung zur Böschungsoberkante müssen Düngemittel mit einem wesentlichen Gehalt an Phosphat direkt in den Boden eingebracht werden (gilt nicht für Festmist).</p>	Z 6	
<p>Innerhalb des Bereichs von 10 m bis 20 m (Festmist: 3 - 20 m) zur Böschungsoberkante gilt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf unbestellten Ackerflächen sind die Düngemittel sofort einzuarbeiten, auf bestellten Ackerflächen - bei Reihenkulturen (Reihenabstand mehr als 45 cm) ist das Düngemittel sofort einzuarbeiten, sofern keine entwickelte Untersaat vorhanden ist, - bei allen anderen Kulturen muss eine hinreichende Bestandsentwicklung vorliegen oder die Fläche muss mit Mulch- oder Direktsaat bestellt worden sein. 	CC 21	
<p>Nach § 4 Abs. 3 und 4 der Düngeverordnung dürfen im Durchschnitt des Betriebes auf Acker- und Grünlandflächen pro Hektar nicht mehr als 170 kg Stickstoff je Hektar aus Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft ausgebracht werden. Dabei sind bestimmte in Anlage 6 der Düngeverordnung festgelegte Stall- und Lagerungsverluste anrechenbar. Auf intensiv genutztem Grünland und Feldgras dürfen nach Genehmigung und mit Auflagen versehen 230 kg Stickstoff je Hektar ausgebracht werden.</p>	CC 22	
<p>Nach § 6a des Pflanzenschutzgesetzes dürfen nur zugelassene Pflanzenschutzmittel angewandt werden. Die Anwendung ist nur in den bei der Zulassung festgesetzten oder genehmigten Anwendungsgebieten zulässig</p>	CC 27	
<p>Anwendungsverbote (§ 6 Pflanzenschutzgesetz) Grundsätzlich keine Anwendung außerhalb der landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzter Flächen bzw. in oder unmittelbar an oberirdischen Ge-</p>	CC 30	

wässern.		
<p>Die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung enthält zusätzlich Anwendungsverbote und –beschränkungen für bestimmte Pflanzenschutzmittel, die bestimmte Wirkstoffe enthalten / in bestimmten Gebieten angewendet werden.</p> <p>Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind elektronische oder schriftliche Aufzeichnungen zu führen, die mindestens folgende Punkte umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Name des Anwenders, - die jeweilige Anwendungsfläche, - das Anwendungsdatum, - das verwendete PSM, - die Aufwandmenge, - das Anwendungsgebiet. 	CC 31	
<p>Nach § 2 Abs. 1-4 der Bienenschutzverordnung ist bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln speziell der Bienenschutz zu beachten. So dürfen entsprechend der Bienenschutzverordnung bienengefährliche Pflanzenschutzmittel nicht an blühenden oder von Bienen beflogenen Pflanzen angewandt werden (§ 2 Abs. 1 Bienenschutzverordnung), so angewandt werden, dass solche Pflanzen bei der Applikation mit getroffen werden (§ 2 Abs. 2 Bienenschutzverordnung).</p>	CC 31 a	
	CC 32	
<p>Insbesondere sehen die Bestimmungen vor, Pläne und Projekte, die ein Vogelschutzgebiet erheblich beeinträchtigen könnten, vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen zu überprüfen.</p> <p>Darüber hinaus besteht ein Beseitigungsverbot bestimmter Landschaftselemente und die Einhaltung von Artenschutzbestimmungen, d. h. Nist-, Brut, Wohn- und Zufluchtstätten der europäischen Vogelarten dürfen weder beseitigt noch beschädigt werden. Es wird auf die einschlägigen Ländergesetze verwiesen.</p>	CC 12	Einschränkung der Bodenbearbeitung
<p>Lebensraumtypen und Habitattypen dürfen nicht erheblich beeinträchtigt werden. Insbesondere sehen die Bestimmungen vor, Pläne und Projekte, die ein FFH-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnten, vor ihrer Zulassung oder Durchführung durch die Genehmigungsbehörde auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen zu überprüfen.</p> <p>Soweit Flächen in einem FFH-Gebiet bewirtschaftet werden, ergeben sich zusätzliche Bewirtschaftungsvorgaben oder -auflagen, wenn verbindliche Vorschriften in Form einer Schutzgebietsverordnung, einer Einzelanordnung oder in einer diese ersetzenden vertraglichen Vereinbarung festgelegt wurden. Es wird auf die einschlägigen Ländergesetze verwiesen.</p>	CC 13	<p><u>Verbot:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Bodenbearbeitungsmaßnahmen mit Bodenlockerung über 25 cm Tiefe und - vollständige Strohbergrung (bis 2 Wochen nach der Mahd) und - Stoppelumbruch innerhalb von 4 Wochen nach Mahd

Anhang 6

Anlage 1: Plan zum Schutz des Waldes

Anlage 2: Darstellung der Gebiete mit hohem Waldbrandrisiko in Sachsen-Anhalt

Anhang 6, Anlage 1

Plan für Gebiete mit hohem Brandrisiko gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 für das Land Sachsen - Anhalt für den Zeitraum 2005 bis 2009

A. Betroffene Gebiete

Gemäß Waldbrandschutzverordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 30.12.1996, zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.12.2005 (GVBl. LSA S. 730, 731) sind nachfolgende Landkreise den Gebieten mit einem hohen Waldbrandrisiko zuzurechnen:

- Altmarkkreis Salzwedel
- Anhalt-Zerbst
- Jerichower Land
- Ohrekreis
- Stendal
- Wittenberg

Eine kartenmäßige Darstellung der Waldbrandgefahrenklasse A ist in Anlage 2 zu diesem Anhang beigelegt.

Betroffene Waldfläche 195.000 ha

B. Bestandsaufnahme über die aktuellen Verhütungs- und Überwachungsmittel

Wund -und Schutzstreifensystem

Das Land Sachsen-Anhalt unterhält in den Waldgebieten mit hohem Waldbrandrisiko entlang von Autobahnen, Bundesstraßen, Bahnstrecken, Zeltplätzen, Parkplätzen und ähnlichen Einrichtungen ein 1.600 km langes Wund- und Schutzstreifensystem.

Diese Wundstreifen müssen von jeglichem brennbarem Material einschließlich des humosen Oberbodens in der waldbrandgefährdeten Zeit (März - Oktober) ständig freigehalten werden. Dieses geschieht mit Waldbauaktoren und der entsprechenden Zusatztechnik.

Die Wundstreifen (2,50 m breit) befinden sich bis zu 15 m vom Fuß des Bahnkörpers, an Bundesstraßen und Autobahnen in einer Entfernung bis zu 15 m vom Außenrand der befestigten Fahrbahn.

Am Anfang der Vegetationsperiode müssen die oben benannten Streifen gepflügt, gescheibt und geeggt werden. Danach ist in den meisten Fällen ein Scheiben ausreichend. Je nach Witterungsverlauf und Vegetation müssen Wundstreifen 2-4-mal jährlich bearbeitet werden. Da keine natürliche Astreinigung an den Wundstreifen einsetzt, muss der Traufbildung (tiefreichende Beastung) und dem Überwachsen entgegengewirkt werden. Dies geschieht durch Ausasten und Freischneiden der Randbäume.

Die Schutzstreifen sind mit Wirtschaftsbäumen bestandene Flächen, die von leicht brennbarem Material wie Schlagabraum, Gestrüpp und Dürholz freizuhalten sind. Sie sind 15 bis 25 m breit und werden, da ihre Wartung einen hohen manuellen Arbeitsaufwand voraussetzt, an stark frequentierten Gefahrenschwerpunkten unterhalten.

Waldbrandriegel

In zusammenhängenden Kiefernwaldgebieten mit hohem Waldbrandrisiko werden laufend, durch geplante waldbauliche Maßnahmen Waldbrandriegelsysteme (Laubholzanbau, Bestandesaufschluss) angelegt, die im Zuge der Forstplanung weitergeführt werden.

Riegelsysteme dienen dem Aufhalten von Waldbränden und sind Angriffslinie der Feuerwehr bei der Waldbrandbekämpfung.

Zu den waldbaulichen Maßnahmen zählen auch solche, die das Mikroklima in den einzelnen Kiefernbeständen verbessern und die Entwicklung von Kiefernreinbeständen in Mischbestände ermöglichen.

Löschwasserentnahmestellen

Das Land Sachsen-Anhalt unterhält zurzeit in Gebieten des hohen Waldbrandrisikos 26 natürliche und 86 künstliche Löschwasserreserven. Im Ereignisfall muss eine reibungslose Entnahme des Wassers durch die Saugleitungen der Löschfahrzeuge gewährleistet sein. Die Wasserentnahmestellen müssen jährlich gewartet werden. Dazu gehört das Entschlammen der Saugstellen und Saugschächte, das Befestigen der Ufer, Auffüllen der künstlichen Entnahmestellen und das Anpumpen der Flachspiegelbrunnen.

Da sich in Sachsen-Anhalt die Waldeigentumsstrukturen in den letzten Jahren grundlegend geändert haben, kann die Landesforstverwaltung das vorhandene Löschwasserentnahmernetz und das dazugehörige Wegesystem in der bisherigen Form nicht mehr unterhalten. Aus diesem Grund wird ein Löschwasserentnahmernetz in den nächsten Jahren auf dem Gebiet des Landeswaldes angelegt, deren Wartung und Bestückung kostengünstiger ist. Die vorhandenen Wasserentnahmestellen werden gemeinsam mit den Waldeigentümern aufrechterhalten.

Waldwege

Für die Erreichbarkeit der Löschwasserentnahmestellen ist die Forstbehörde während der waldbrandgefährdeten Zeit zuständig. Dies bedeutet eine ständige Wege- und Brückeninstandsetzung von ca. 480 km.

Feuerwachtürme (ortsfeste Überwachungseinrichtung)

Zur planmäßigen Überwachung brandgefährdeter Gebiete zum Zweck der möglichst frühen Erkennung der Waldbrände ist ein Netz von Feuerwachtürmen geschaffen worden. Die Feuerwachtürme sind mit einer Peilausrüstung, Funk, Telefon und Fernglas ausgerüstet. Das Land Sachsen-Anhalt unterhält 36 solcher 25-30 m hohen Feuerwachtürme.

Automatisiertes Waldbrandfrüherkennungssystem (AWFS) - Waldbeobachtung mittels Kamerasystemen (Fire Watch)

Die Anwendung des „AWFS“ ist wirtschaftlich sinnvoll, da erhebliche Betriebskosteneinsparungen erfolgen. Es werden darüber hinaus auch 30 Feuerwachtürme nicht mehr notwendig sein. Die manuell stupide Turmüberwachung bei extremen Witterungsverhältnissen wird durch 3-4 Arbeitsplätze (12 Waldarbeiter) in den Waldbrandzentralen ersetzt.

In den Landkreisen, die von großen zusammenhängenden Kiefernwaldgebieten geprägt sind, werden im Zeitraum 2005 bis 2009 12 Kamerasysteme mit 3-4 Waldbrandzentralen benötigt.

Das in diesen Gebieten vorhandene Netz von stationären Feuerwachtürmen unterschiedlicher Bauart beginnt langsam auf Grund des Alters und Bauzustandes der Türme und der Besetzungsprobleme zu zerfallen. Die Mehrzahl der Feuerwachtürme ist sanierungsbedürftig.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um perspektivisch die in §§ 13 und 14 Landeswaldgesetz festgeschriebenen Aufgaben durch die Landesforstverwaltung wahrnehmen zu können.

Die einzige Alternative zu der jetzigen Situation ist die Überwachung der sachsen-anhaltinischen Wälder mittels automatisierten Waldbrandfrüherkennungssystemen (AWFS). Die Kameras sind vollständiger Ersatz für die personalintensive Turmbesetzung. Voraussetzung ist eine intensive, fachkundige Schulung für die Mitarbeiter, die in den Waldbrandzentralen eingesetzt werden. Dies sind hauptsächlich Waldarbeiter, die zurzeit in der forstlichen Produktion tätig sind.

Technik für den vorbeugenden Waldbrandschutz

Die vorhandene Technik für den Bereich Waldbau wie Schlepper, Pflüge, Wasserwagen u. a. werden während der waldbrandgefährdeten Zeit hauptsächlich für die Waldbrandvorbeugung genutzt.

Die Pflüge und Eggen sind wenig störanfällig und zurzeit ausreichend vorhanden. Die Vorspanntechnik muss kontinuierlich ersetzt werden.

Waldbrandmeldesystem

Für die Zeit der Waldbrandgefährdung (März - Oktober) ist in den Forstbehörden ein Waldbrandmeldesystem eingerichtet, das mit entsprechenden Dienstplänen unteretzt ist. Unter anderem ist ein Bediensteter des Forstamtes während der waldbrandgefährdetsten Zeit des Tages (9 - 20 Uhr MEZ) ständig erreichbar. Er hält Verbindung mit den Besatzungen der Feuerwachtürme, den Waldbrandzentralen und den Einsatzleitstellen für den Brand- und Katastrophenschutz sowie dem Rettungswesen der Landkreise.

Kommunikation

Eine wichtige Aufgabe der Forstbehörde ist die Aufklärung der Bevölkerung über Verhaltensregeln zum Schutz des Waldes vor Bränden. Die Landesforstverwaltung wird in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens tätig, zum Beispiel bei Vorträgen besonders in Schulen und bei Waldwanderungen, Presseveröffentlichungen, Anbringen von Hinweistafeln und -schildern an markanten Stellen und ähnlichem.

Zusammenfassung

Die Forstbehörden sind zuständig für alle Maßnahmen des vorbeugenden Waldbrandschutzes, einschließlich der Vorbereitungsmaßnahmen zur wirksamen Waldbrandbekämpfung, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, Wassertransport als Zubringung bei der aktiven Brandbekämpfung für die Feuerwehr sowie der Sensibilitätskampagnen. Sie haben durch die Überwachung der Waldgebiete zu gewährleisten, dass Waldbrände so schnell wie möglich festgestellt werden (Früherkennung).

Die direkte Brandbekämpfung obliegt der Feuerwehr.

C. Bilanz der Waldbrände einschließlich einer Beschreibung der Hauptursachen

In den Gebieten mit hohem Waldbrandrisiko kommt es jährlich zu 200-300 Bränden mit einer durchschnittlichen Brandfläche zwischen 0,3-1,0 ha (Mittel der letzten 10 Jahre ohne militärische Liegenschaften).

	Anzahl der Brände	Ausmaß der Brände in ha
1992	224	272
1993	136	89
1994	199	60
1995	182	93
1996	129	72
1997	128	40
1998	93	28
1999	145	62
2000	147	153
2001	66	6
2002	43	8
2003	178	88
2004	44	10
2005	73	12

Als Hauptursache für die Entstehung von Waldbränden ist der Mensch selbst zu benennen. Er ist Hauptursache Nummer eins bei:

- Vorsätzlicher Brandstiftung; dazu zählen viele Umweltdelikte, wie z. B. das Inbrandsetzen von Autowracks,
- Bränden, die von Straßen und Eisenbahnen ausgehen (glimmende Zigarettenreste),
- Tourismus, in Verbindung mit sehr „naturnahem Verhalten“ z. B. unsachgemäße und verbotene Lagerfeuer,
- Abflämmen/Abbrennen von Weiden oder anderen landwirtschaftlichen Nutzflächen, die oft in den Wald überlaufen.

Die Statistik ergibt eine Ursachenanalyse für das Land Sachsen-Anhalt:
(Mittel der letzten sechs Jahre)

Fahrlässigkeit	32%
Brandstiftung	26%
Blitz	1%
unbek. Ursache	41%

D. Beschreibung der Maßnahmen, die während der Laufzeit des Plans verwirklicht werden sollen

Die Hauptbrandursache geht von subjektiv geprägten Verhaltensformen aus. Daraus werden für das Land Sachsen-Anhalt folgende Maßnahmen abgeleitet:

1. Ursachenanalyse zur Verbesserung der Vorbeugungsmaßnahmen

- Weiterführung einer zentralen Waldbrandstatistik,
- Auswertung des jährlichen Brandgeschehens mit den zuständigen Behörden der Forstverwaltung, der Landkreise, des Landesverwaltungsamtes und der Ministerien.

2. Festlegung waldbaulich-technischer Maßnahmen; dazu gehören:

- Erweiterung der begonnen Waldbrandschutzriegel,
- Laubholzvoranbauten in zusammenhängenden Kiefernreinbeständen,
- Mischungsregulierung zur Verbesserung des Mikroklimas,
- Unterhaltung des Wege- und Brückennetzes, um die Befahrbarkeit für die Feuerwehr in der waldbrandgefährdeten Zeit zu gewährleisten,
- Erhaltung und Vervollständigung der vorhandenen Waldbautechnik in den Forstämtern mit hohem Waldbrandrisiko, z. B. Streifenpflüge, Vorspanntechnik,
- Einsatz von Waldbrandbeauftragten in der Zeit der Waldbrandgefährdung.

3. Durchführung einer vorbeugenden Überwachung zu Schwerpunktzeiten; dazu gehören:

- Erhaltung und Besetzung der Feuerwachtürme,
- Beobachtungsflüge mit dafür geeigneten Luftfahrzeugen,
- Streifendiensttätigkeit an besonders gefährdeten Schwerpunkten,
- Zusammenarbeit und Zusammenwirken mit Partnern der Behörden und anderen Gruppen, z. B. "Arbeitsgruppe Waldbrandschutz" in den Landkreisen u.s.w.,
- Aus- und Fortbildung der Kräfte, die beim vorbeugenden Waldbrandschutz zum Einsatz kommen,
- Durchführung einer breiten Sensibilitätskampagne.

E. Beschreibung der Aufgaben zur Umsetzung dieser Maßnahmen

1. Erarbeiten von Waldbrandkarten in Übereinstimmung mit den topographischen Karten (Maßstab 1:50 000 mit UTM Gitternetz) und Schwerpunkten für den Brandschutz
2. Kennzeichnung von Wegen und deren Fahrbreite, Sammelplätzen, Wendeplätzen, Feuerwachtürmen mit Gradpeilung, Forstdienststellen, Löschwasserentnahmestellen mit Kapazitätsangaben, Landemöglichkeiten für luftgestützte Technik in waldbrandgefährdeten Gebiete u. a. auf den Waldbrandkarten
3. Maßnahmen zur weiteren Ausgestaltung der Waldbrandschutzvorbeugung, wie Reserve und Zusatzvorhaltung von Sondertechnik, Einrichtung von Waldbrandgerätedepots und Erhaltung der Feuerwachtürme.
4. Mitarbeit bei der Erarbeitung von Einsatzvarianten für den Einsatz zur Waldbrandbekämpfung auf der Grundlage aktueller Einsatzpläne der Landkreise (NUTS- Ebene III).
5. Stärkere Einbeziehung der Landwirtschaft in die Vorbeugungs- und Bekämpfungsmaßnahmen.
6. Erarbeitung von Bereitschafts- und Waldbrandschutzplänen auf der Ebene der unteren und oberen Forstbehörde.
7. Gestaltung einer engen Zusammenarbeit zwischen den Forstbehörden, Kommunen und dem Landesverwaltungsamt, mit dem Ziel der Erhöhung der Wirksamkeit der Waldbrandbekämpfung und der tätigen Hilfeleistung.

F. Angaben der für den Brandschutz zuständigen Stellen mit Einzelheiten für die Koordinierung ihrer Arbeit

1. Oberste Forstbehörde:

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt

Abt. Naturschutz und Forsten
Olvenstedter-Str.4
39108 Magdeburg

Aufgaben:

- Zentrale Zusammenstellung der Anträge der Forstbehörden auf Zuschüsse der Gemeinschaft für die Durchführung von Programmen oder Vorhaben im Sinne der EU Verordnungen,
- Führung der Landeswaldbrandstatistik,
- Analysen der Ursachen zur Verbesserung der Vorbeugungsmaßnahmen,
- Koordinierung der Zusammenarbeit der Abteilung Brand - und Katastrophenschutz im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt,
- Erarbeitung von Einsatzdokumenten (Erlasse, Verordnungen) zur Waldbrandvorbeugung für das Land Sachsen - Anhalt.

2. Obere Forstbehörde Sachsen-Anhalt:

Landesverwaltungsamt Sachsen – Anhalt

Referat Forst- und Jagdhoheit
Willy-Lohmann-Str. 7
06114 Halle

Aufgaben:

- Bestellen eines fachlich befähigten Forstbediensteten als Waldbrandschutzbeauftragten für den Wirkungsbereich eines Landkreises (deckungsgleich mit der NUTS Ebene III),
- Erstellen von Bereitschafts- und Meldeplänen der oberen Forstbehörde,
- Durchführung von Schulungen des gegenwärtigen Standes der Waldbrandvorbeugung für die Forstbehörden,
- Koordinierung von Waldbrandübungen mit allen Waldbesitzern über die Größe eines Forstamtes hinaus.

3. Untere Forstbehörden:

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Altmark

Akazienweg 25
39576 Stendal

112.540 ha Waldfläche mit hohem Waldbrandrisiko

Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Anhalt

Ferdinand von Schill Str. 24
08644 Dessau

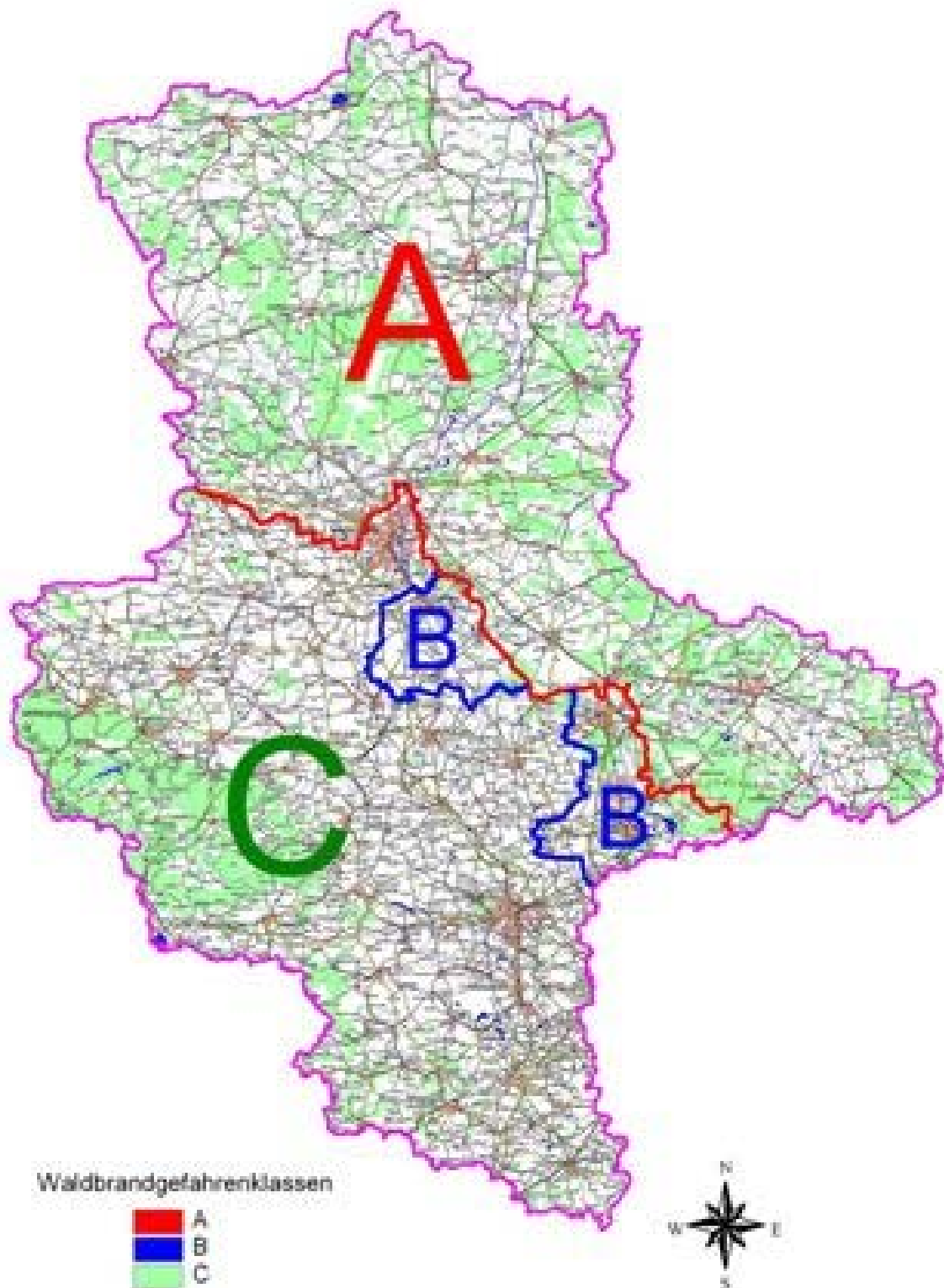
82.460 ha Waldfläche mit hohem Waldbrandrisiko

Aufgaben:

- Ermittlung der Waldbrandgefährdung (Zünd -und Brennbereitschaft) auf der Grundlage des Witterungs- und Vegetationsverlaufs,
- Jährliche Erarbeitung von Waldbrandschutzordnungen und Bereitschaftsplänen,
- Aktualisierung der Waldbrandschutzkarten,
- Herstellung der Einsatzbereitschaft der Feuerwachtürme und der technische Geräte,
- Vorhalten eines Waldbrandgerätedepots,
- Wirksamhaltung der vorhandenen Wund- und Schutzstreifen bzw. Schaffung notwendiger Neuanlagen,
- Erhaltung und Schaffung von Löschwasserentnahmestellen,
- Gewährleistung der Besetzung der Feuerwachtürme,
- Vorhalten von geeigneten Einsatzflugplätzen für den Einsatz von Luftfahrzeugen (Starrflügler, Hubschrauber),
- Unterweisung von Forstbediensteten, Waldarbeitern und Waldbesitzern in spezifische Aufgaben des Waldbrandschutzes.

Anhang 6, Anlage 2

Waldbrandgefahrenklassen in Sachsen-Anhalt



Anhang 7

Hektarpauschalen für Maßnahmen der naturnahen Waldbewirtschaftung und Erstaufforstung in Eigenregie

Fördergegenstand RL-Nr.	Pauschale		
	Bezeichnung der Maßnahme/Teilmaßnahme	EA	WB
1	2	3	4
C 2.5	Bodenschutzkalkung		
	- normale Verhältnisse		165 €/ha
	- schwierige Verhältnisse		205 €/ha
B 2.1.1/2.2.1 B 2.3. C 2.2./2.3.	Kulturbegründung		
	a) Kulturvorbereitung		
	- Flächenräumung (nur bei Wiederaufforstungsmaßnahmen)		420 €/ha
	- plätze- / streifenweise Bodenbearbeitung	225 €/ha	225 €/ha
	- Vollumbruch (nur bei Erstaufforstung)	450 €/ha	
	- Sonstige Bodenbearbeitungsmaßnahmen (Bodenmeißel o.a.)	100 €/ha	100 €/ha
	- Anlage einer Schutzpflanzendecke	80 €/ha	
	- Sonstige Flächenvorbehandlungsmaßnahmen		230 €/ha
	b) Bestandesbegründung*		
	1) Pflanzung		
	- Buche, Stiel- und Traubeneiche	4560 €/ha	3650 €/ha
	- Linde, Hartlaubbaumarten (ohne Hainbuche)	2690 €/ha	2150 €/ha
	- Hainbuche, Weichlaubbaumarten einschließlich Sträucher	3620 €/ha	2900 €/ha
	- Kiefer	1790 €/ha	1430 €/ha
	- Fichte, Douglasie, sonstige Nadelbaumarten	1120 €/ha	900 €/ha
	2) Saat		
	- Stiel- und Traubeneiche (mindestens 200 kg)	1200 €/ha	1200 €/ha
	- sonstige Laubbaumarten	1000 €/ha	1000 €/ha
	c) Schutz der Kulturen vor Wild		
	- Rot- / Damwildzaun (Mindesthöhe 1,80 m; bei Nadelbäumen nur DGL/TA**)	1200 €/ha	1200 €/ha
	- Rehwildzaun (Mindesthöhe 1,60 m; Nadelbäume nur DGL/TA**)	800 €/ha	800 €/ha
	d) Zuschlag für schwierige Verhältnisse (z.B. relief- oder standortbedingte Erschwernisse)	100 €/ha	100 €/ha
B 2.1.2/2.2.2. C 2.2.2.	Kulturpflege		
	a) manuelle/motormanuelle Pflege:		
	- normale Verhältnisse	300 €/ha	300 €/ha
	- schwierige Verhältnisse	400 €/ha	400 €/ha
	b) Sonstige Verfahren	250 €/ha	250 €/ha
C 2.4.	Waldbauliche Maßnahmen in Jungbeständen		
	a) Jungwuchspflege		450 €/ha
	b) Dickungspflege		360 €/ha

Anhang 7 des EPLR Sachsen-Anhalt 2007 bis 2013

	c) Läuterung		300 €/ha
	d) Zuschlag für schwierige Verhältnisse		80 €/ha
	e) einmaliger Zuschlag für Feinerschließung im Zusammenhang mit vorstehenden Pflegemaßnahmen		100 €/ha

* Die Werte gelten für Arbeitsleistungen einschließlich Vermehrungsgut. Bei Mischbeständen ist die Hektarpauschale aus den für die Baumarten vorgesehenen Beträgen entsprechend der konkreten Flächenanteile herzuleiten.

** DGL - Douglasie; TA - Tanne

Anhang 8

Kommunikationsplan des Landes Sachsen-Anhalt zur Durchführung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum im Zeitraum 2007 bis 2013

a) Ziele und Zielgruppen

Ziel der Informations- und Publizitätsmaßnahmen ist es, nachvollziehbar über die Möglichkeiten zu informieren, die sich aus den von der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten gemeinsam getragenen Interventionen zugunsten der Regionen ergeben.

Durch eine umfassende Information über die Möglichkeiten der EU-Förderung im Rahmen von ELER soll(en)

- die Chancengleichheit zwischen allen potenziellen Begünstigten gewährleistet werden,
- die Förderung transparent gemacht werden,
- die Aktionen der Union bekannt gemacht werden.

Zielgruppen sind die

- Endbegünstigten und potenziell Begünstigten (potenzielle Antragsteller),
- regionalen, lokalen und anderen öffentlichen Behörden des Landes Sachsen-Anhalt,
- Wirtschafts- und Sozialpartner,
- Nichtregierungsorganisationen, insbesondere solche Institutionen, die für die Gleichstellung von Männern und Frauen beziehungsweise für den Schutz und die Verbesserung der Umwelt eintreten,
- Akteure und Projektträger sowie
- die breite Öffentlichkeit.

b) Inhalt und Strategie der Kommunikations- und Informationsmaßnahmen, die für die Maßnahmen des EPLR, ergriffen werden

Strategie der Informations- und Publizitätsmaßnahmen ist es, das komplexe und komplizierte Geflecht der Vorschriften/Verordnungen über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums auf einen, für die Öffentlichkeit eingängigen und auf das Wesentliche konzentrierten Informationsgehalt zu reduzieren. Es soll erreicht werden, dass das Förderspektrum auf breiter Front angenommen und in einen nachhaltigen Erfolg umgewandelt wird. Des Weiteren soll die breite Öffentlichkeit über den Beitrag der Europäischen Union zur Entwicklung des ländlichen Raums informiert werden.

Der Inhalt der Publizitätsmaßnahmen wird einerseits an den spezifischen Schwerpunktzielen der einzelnen Schwerpunkte der ELER-Verordnung ausgerichtet. Andererseits aber wird Sorge getragen, dass die übergreifenden Schnittstellen zwischen einzelnen EU-Fonds sowie auch das integrierte Zusammenwirken, insbesondere von ELER und EFRE, deutlich erkennbar sind.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Publizität des EPLR

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission über das EPLR des Landes Sachsen-Anhalt wird dieses den in das Beteiligungsverfahren einbezogenen Institutionen und Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird die breite Öffentlichkeit in geeigneter Form z. B. über Pressemitteilungen und Pressekonferenzen, Internetpräsentationen informiert.

Wenn der Eingang des EPLR von der EU-Kommission bestätigt worden ist, wird der Wettbewerbsaufruf für die Beteiligung am Leader-Prozess über Presseinformationen, über das

Ministerialblatt und über das Internet erfolgen. Damit werden die lokalen Akteure offiziell aufgefordert, ihre Entwicklungskonzepte vorzubereiten.

Die im Verlauf der Förderphase 2007 bis 2013 vorgenommene Änderungen am Entwicklungsprogramm sowie auch die vorgenommenen Bewertungen werden der Öffentlichkeit analog zur Verfügung gestellt. Die entsprechenden Internetpräsentationen werden aktuell gehalten.

- Informationsveranstaltungen, Seminare, Workshops

Die Veranstaltungen dienen der Informationsvermittlung, dem Austausch von Erfahrungen sowie auch der Vernetzung von lokalen Akteuren. Sie können auf Landesebene sowie auf der Ebene der lokalen Akteure stattfinden. In Seminaren und Workshops werden Sachprobleme und Schwerpunktthematika ergebnisorientiert diskutiert. Die Themen werden aktuell und fachspezifisch gewählt.

- Veröffentlichungen

Veröffentlichungen können durch die Verwaltungsbehörde sowie durch die lokalen Akteure initiiert werden. Der Informationsgehalt sollte geeignet sein, die Erfahrungen und Ergebnisse der Umsetzung des EPLR allen Interessierten näher zu bringen. Dazu gehören u. a. Studien, Pressemappen, Broschüren, Flyer etc..

Nach der Entscheidung der Europäischen Kommission über das Entwicklungsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt werden die Maßnahmen u. a. über Broschüren und Faltblätter bekannt gemacht. Die den einzelnen Maßnahmen zugrunde liegenden Richtlinien, Verwaltungsvorschriften sowie auch der Wettbewerbsaufruf zur Auswahl der Leader- Gebiete werden breitenwirksam veröffentlicht.

Besondere Bedeutung haben ereignisnahe Hinweise und Fachartikel in der lokalen Presse sowie in Fachzeitschriften.

- Messen, Ausstellungen, Kongresse

Messen, Ausstellungen, Kongresse etc., die einen Bezug zur Entwicklung des ländlichen Raums präsentieren, können einem interessierten Fachpublikum neben fachlichen Schwerpunkten auch die Ziele der Europäischen Gemeinschaft näher bringen. Sie sind eine gute Plattform für Akteure, die hier bspw. ihre lokalen Entwicklungskonzepte vorstellen können. Beispielhaft in Sachsen-Anhalt sind die Europa-Woche, der Sachsen-Anhalt-Tag.

- Medienarbeit

Die Medien sind für die Behörden eine sehr spezifische und wichtige Zielgruppe, da sie der Öffentlichkeit gegenüber als Informationsmultiplikator wirken. Vor allem die regionalen Medien sollten angeregt werden, über abgeschlossene Genehmigungsverfahren, Programmfortschritte und erfolgreiche Projekte zu informieren. Dies kann durch Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und Interviews.

Für die Darstellung des ELER-Fonds in der Öffentlichkeit – insbesondere gegenüber den Medien - ist die Verwaltungsbehörde verantwortlich.

- Kommunikationsnetze

Der Austausch von Ergebnissen, Erfahrungen und Know-how erfolgt für Maßnahmen, die eine integrierte ländliche Entwicklung zum Ziel haben, über regionale, nationale und europaweite Netzwerke. Dabei wird auf die guten Erfahrungen mit der Vernetzung bei LEADER+

zurückgegriffen. Hierdurch können best practice-Beispiele schnell und kostengünstig allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Zuwendungsbescheid werden alle Leader-Endbegünstigten verpflichtet, aktiv in diesen Netzwerken mitzuwirken.

Darüber hinaus können sich an diesen Netzen alle ländlichen Gebiete unabhängig von ihrer Mitwirkung in einer Leader-Aktionsgruppe beteiligen.

- Internet

Die bereits eingerichteten Internetseiten des MLU mit allgemeinen Informationen zu Zielen und Aufgaben des Fonds sowie zu den einzelnen Förderprogrammen werden aktuell gehalten. Die Nutzung dieses Informationsinstrumentes ist noch effektiver und attraktiver zu gestalten.

c) sein indikativer Haushalt

Für die Publizitätsmaßnahmen sind bis zu 10 % des indikativen Finanzplanes der Technische Hilfe vorgesehen.

d) die administrativen Abteilungen oder Stellen, die für die Durchführung verantwortlich sind

Zuständig für die Umsetzung des Kommunikationsplanes ist die Verwaltungsbehörde des MLU. Sie erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Referat Presse/Öffentlichkeitsarbeit des MLU.

e) die Kriterien, die verwendet werden sollen, um die Auswirkungen der Information und Werbung zu bewerten, messen im Hinblick auf Transparenz, Bewusstsein der Programme der ländlichen Entwicklung und die Rolle, die von der Gemeinschaft gespielt wird

Die im Kommunikationsplan beschriebene Strategie und die Ziele sind die Grundlage für die Bewertung der Aktionen. Dementsprechend werden für die Evaluierung der Information und Publizität u. a. folgende Kriterien herangezogen:

- Vergrößerung der Informationsmöglichkeiten für die verschiedenen Zielgruppen,
- Steigerung des Bekanntheitsgrades der Möglichkeiten, die das EPLR bietet,
- Informationsmaßnahmen in Bezug auf die Rolle der EU,
- Publizitätsmaßnahmen in Bezug auf Fachthemen/Fachbereiche.